

## IV. Vierte Sitzung am 6. und 7. Juni 1946

### Tagesordnung

1. Bericht über die Tätigkeit des Flüchtlingsausschusses  
Berichterstatter: Abg. Krüger  
*[Unterbringung und Versorgung von 2 1/4 Millionen Flüchtlingen, Ausbau der Grenzverteilungslager, Beschaffung von Bedarfsartikeln, ablehnende Haltung der Bevölkerung, Entschließung des Flüchtlingsausschusses zur problematischen Lage der Flüchtlingsfürsorge]*
2. Bericht über die Tätigkeit des Ernährungspolitischen Ausschusses  
Berichterstatter: Abg. Kredel  
*[Lebensmittelversorgung und -verteilung, Gesundheitszustand der Bevölkerung, Lebensmittelerzeugung, Schwarzhandel, Antragsentwurf des Ernährungspolitischen Ausschusses zur Beschlußfassung für den Beratenden Landesausschuß über die Durchführung der Richtlinien der Berliner Wirtschaftskonferenz]*
3. Bericht über die Tätigkeit des Sozialpolitischen Ausschusses  
Berichterstatter: Abg. Leweke  
*[Durchführung der Verordnung über Arbeitsverpflichtung, Gesetz über Arbeitnehmervertretungen, Gesetz über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten, Verordnung über die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Kleingärten und Kleinpachtland, Einrichtung eines Obergesundheitsamtes in Frankfurt, Gesetzentwurf über die Reform der Sozialversicherung/]*
4. Bericht über die Tätigkeit des Kulturpolitischen Ausschusses  
Berichterstatter: Abg. Schwarzhaupt  
*[Entwurf des Kultusministeriums über den Schulneuaufbau, Schulgeld- und Lernmittelleihe, Lehrerbildung, Simultanschule, Antragsentwurf des Kulturpolitischen Ausschusses zur Beschlußfassung für den Beratenden Landesausschuß über Gestaltungsgrundlagen der künftigen Staatsschule, Entschließung des Kulturpolitischen Ausschusses bezüglich der politischen Betätigung von Kirchen und Geistlichen]*
5. Bericht über die Tätigkeit des Kommunalpolitischen Ausschusses  
Berichterstatter: Abg. Rehbein  
*[Kommunalverbände und Neuaufbau der Verwaltungseinrichtungen]*
6. Bericht über die Tätigkeit des Rechts- und Verfassungsausschusses  
Berichterstatter: Abg. Dr. von Brentano  
*[Einmalige Tagung des Rechts- und Verfassungsausschusses, Tätigkeit der Verfassungskommission, Ausgangsbedingungen des Verfassungsentwurfs, Grundrechte, Staatsaufbau, Beamtenrecht, Gerichtsbarkeit, Notstandsrecht, Verhältnis von Kirche und Staat, Sozialverfassung/]*
7. Diskussion der Anfragen an den Ministerpräsidenten  
*[u.a. Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu folgenden Punkten: Generalamnestie für die Jugend, Situation der Theater, Problem der Wohnungsbeschlag-*

*nahmen, kulturelle und kulturelle Fragen, Behandlung der Verfassungsfrage, Grundrechte, Ein- oder Zweikammersystem, Staatspräsidentenamt, Geldleistungen des Landes an das Großherzogliche Haus, Kriegsgefangenenfrage, Rhein- und Ruhfrage, Zentralstellen in der britischen Zone)*

8. Verschiedenes<sup>222</sup>

## Sitzung vom 6. Juni 1946

Anwesend waren:

[Vorsitzender Dr. Hilpert]

Fraktion der SPD: Abg. Knothe, Abg. Drott, Abg. Heigl, Abg. Heißwolf, Abg. Locke, Abg. Nitsche, Abg. Rehbein, Abg. Richter, Abg. Rupp, Abg. Witte, Abg. Wittrock, Abg. Zinnkann.

Fraktion der CDU: Abg. Leweke, Abg. Dr. von Brentano, Abg. Frau Epstein, Abg. Leitz jr., Abg. Graf Matuschka, Abg. Pauly, Abg. Philipp, Abg. Trabert, Abg. Waßmuth.

Es fehlten die Abg. Fraktionsvorsitzender Dr. Köhler (krank), Sevenich und Wendel.

Fraktion der KPD: Abg. Leopold Bauer, Abg. Diez, Abg. Fisch, Abg. Krüger, Abg. Frau Mihaly, Abg. Rademacher, Abg. Willmann, Abg. Frau Wolf, Abg. Zängerle, Abg. Zeiß.

Es fehlten und waren entschuldigt die Abg. Barthel und Schmäser.

Fraktion der LDP: Abg. Schwarzhaupt, Abg. Hermann Bauer, Abg. Frau Brinzeu, Abg. Catta, Abg. Geiger, Abg. Kredel, Abg. Weidner, Abg. Weinsperger, Abg. Wilhelmi.

Es fehlten die Abg. Dr. Fertsch, Dr. Schönwandt und Stetefeld.

[Vertreter der Regierung:

Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler

Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Binder

Minister für Arbeit und Wohlfahrt Müller

Minister für Kultus und Unterricht Dr. Schramm]

Der Vorsitzende, Herr Minister Dr. Hilpert, eröffnet die Sitzung gegen 13 Uhr mit den Worten:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und stelle fest, daß das Haus beschlußfähig ist, da mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich die Herren Fraktionsvorsitzenden, mit mir eine Reihe von Feststellungen zu treffen. Ich dachte, daß wir bei den einzelnen Punkten gleichzeitig die Anträge beziehungsweise Anfragen mitbehandeln, die auf die betreffenden Ausschüsse Bezug haben, wobei die Frage offenbleibt, inwieweit die Antworten, die bereits schriftlich erteilt worden

<sup>222</sup> Bei der Auflistung der Tagesordnungspunkte wird in einem handschriftlichen Vermerk auf eine Rednerliste und die Anträge am Schluß des Protokolls hingewiesen. Vorhanden in AHLT Abt. OBLA 03 Nr.4.

sind, den anfragenden Fraktionen genügen oder inwieweit sie neue Antworten wünschen. Die Antworten der Ministerien sind im großen ganzen, teilweise mit etwas Verspätung, eingegangen, so daß es technisch nur noch möglich war, jedem Fraktionsvorsitzenden ein Exemplar dieser Antworten zur Verfügung zu stellen. Ich nehme an, daß die Fraktionsvorsitzenden dieses Exemplar besitzen.

Dann darf ich Sie bitten, mit mir abzustimmen. Zu Punkt 1 „Bericht über die Tätigkeit des Flüchtlingsausschusses“ gehören nach meinen Feststellungen die Anträge unter Ziffer 22, 23, 27, 28, 29.

Zu Punkt 2 „Bericht über die Tätigkeit des Ernährungspolitischen Ausschusses“ gehören die Ziffern 46, 47, 56 und 57.

Zu Punkt 3 „Sozialpolitischer Ausschuß“ gehören die Ziffern: Anfragen 18 und 19, Anträge 17, 21, 26, 51, 52, 53, 55, Anfragen 7, 20 und Anträge 24, 25.

Zu 17 bemerke ich, daß die Angelegenheit bereits vom Herrn Finanzminister beantwortet wurde und als erledigt angesehen werden kann. Die Vergünstigungen für Schwerbeschädigte bleiben aufrechterhalten.

Ziffer 26 ist zusammen mit 51 zu behandeln.

Zu Punkt 4 „Kulturpolitischer Ausschuß“ gehören die Anfragen 30, 31, 32, 33 und 34 und die Anträge 35 und 36.

Zu Punkt 5 „Kommunalpolitischer Ausschuß“ gehören die Anfragen 6, 8 und 9.

Zu Punkt 6 „Rechts- und Verfassungsausschuß“ die Anträge 10 und 11.

Zu Punkt 7 „Anfragen an den Ministerpräsidenten“ gehören die Ziffern 1 bis 5.

Den Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr betreffen die Anfragen 37, 38, die Anträge 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, Anfragen 48, 54 und Antrag 58. Der größte Teil dieser Ziffern ist schriftlich beantwortet, und es wäre mir angenehm, wenn im Laufe der Debatte gesagt würde, ob trotz der Antworten noch weitere Aufklärungen gewünscht werden.

Dann kommen die Finanzfragen, das sind die Anfragen 12 bis 15, Antrag 16. Die Anfragen sind bereits schriftlich beantwortet, der Antrag 16 wurde bereits in der letzten Sitzung erledigt.

**Abg. Bauer (KPD):**

Bei dem neuen Material ist auch der Gesetzentwurf nebst Ausführungsbestimmungen zur Regelung des Zahlungsmittelumschlages, der ebenfalls zu den Finanzfragen gehört.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wird dazu Bericht erstattet?

**Abg. Bauer (KPD):**

Dazu müßte wohl Bericht erstattet werden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Da müßten wir das vielleicht als Punkt 6a in die Tagesordnung einfügen: Bericht des Finanzpolitischen Ausschusses.

(Zustimmung)

Zur Frage der politischen Bereinigung liegt der Antrag 49 vor. Unter „Verschiedenes“ behandeln wir vielleicht die Ziffer 50 „Nächtliche Überfälle auf dem Lande“.

Dann gedachte ich folgendermaßen zu verfahren: Morgen vormittag werden wir pünktlich 9 Uhr beginnen, werden vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst Herrn Landesrat Witte das Wort geben zu einer Erklärung, die sich befaßt mit dem, wo nunmehr die Grenze des überhaupt noch vertretbaren Vorgehens in der Frage der Wohnungsbeschlagnahme in verschiedenen unserer großhessischen Städte liegt; daran anschließend würde ich dem Herrn Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, Herrn Knothe, das Wort erteilen zu einer kurzen Begründung der Erklärung der SPD-Fraktion zur Frage der Personalpolitik der Regierung. Hierauf würden wir in die Tagesordnung eintreten.

Wir sind uns also jetzt über die Behandlung der Anträge und Anfragen einig. Ich habe das vorweggenommen, denn es wird uns die Behandlung der Sachen und den Überblick wesentlich erleichtern.

Da der Herr Ernährungsminister erst später an der Sitzung teilnehmen kann, ist der Wunsch ausgesprochen worden, Punkt 2 und 4 der Tagesordnung zu tauschen.

Ferner erhebt sich die Frage, ob wir uns in unserer heutigen Sitzung irgendwie zeitlich limitieren wollen. Die Herren Pressevertreter haben zum Ausdruck gebracht, daß sie infolge anderweitiger Abhaltung nur bis 6 Uhr hierbleiben könnten. Ich selbst hatte mir vorgestellt, bis gegen 7 oder halb 8 Uhr zu verhandeln. Wir müssen aber Schluß machen mit Rücksicht auf verschiedene Angestellte. Morgen tagen wir dann von 9 bis 1 und von halb 3 bis Schluß. Ich nehme Ihr Einverständnis hierzu an.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein, und ich erteile dem Herrn Kollegen Krüger das Wort zu seinem Bericht über die Tätigkeit des Flüchtlingsausschusses.

**Abg. Krüger (KPD):**

Meine Damen und Herren! Am 4. April 1946 hat der Vorsitzende zum ersten Mal den Flüchtlingsausschuß zusammengerufen, um zu Flüchtlingsproblemen Stellung zu nehmen.<sup>223</sup> Als Sachreferenten waren erschienen der Herr Staatskommissar Regierungsrat Mann sowie Regierungskommissare aus Kassel, Wiesbaden und Frankfurt am Main, die auf Grund ihrer praktischen Arbeit den Bericht des Herrn Staatskommissars ergänzten.

Es wurde uns folgendes Bild gegeben: Im ganzen müssen 2¼ Millionen Flüchtlinge untergebracht werden. Neben der Unterbringung, Verpflegung und Betreuung dieser Ostflüchtlinge steht das zweite Problem, die Rückführung und Wiederaufnahme von hunderttausenden Evakuierten, das durch eine Anordnung der Militärregierung noch hinzugetreten ist.

Es sind dies zwei Riesenaufgaben, die auf Grund der Sachlage, die uns von dem Staatskommissar und den Regierungskommissaren geschildert wurde, fast unlösbar erscheint.

In Groß-Hessen müssen 600 000 Menschen, das sind etwa 27 Prozent der Ostflüchtlinge, aufgenommen werden. Es soll versucht werden, diese Zahl auf 400 000 herabzudrücken. In der Mehrzahl müssen diese Menschen auf dem

<sup>223</sup> Vgl. das Sitzungsprotokoll in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 21.

Lande untergebracht werden, bis auf wenige, die in den noch zum Teil erhaltenen Städten Unterkunft finden sollen. Aber die Großstädte sind in der Mehrzahl sehr stark durch Kriegseinwirkung zerstört, so daß sie nur in ganz geringem Umfang zur Unterbringung dieser Menschenmassen herangezogen werden können. Daß dabei natürlich ziemlich große Schwierigkeiten in der praktischen Lösung dieses Problems auftauchen und sich besonders auch neue Gefahren entwickeln, ist selbstverständlich. Es wurde gerade durch den Staatskommissar durch bestimmte Zahlen nachgewiesen, daß diese Schwierigkeiten zum Teil eine fast drohende Gefahr darstellen und sich zu einer Katastrophe entwickeln können. Es ist in erster Linie der Wohnraum, der, wenn er zur Verfügung steht, zum Teil sehr stark in Anspruch genommen ist. Und es besteht die Gefahr, daß in hygienischer Hinsicht sich sowohl für Flüchtlinge wie auch für die Gastgeber beträchtliche unangenehme Folgen ergeben können. Neben diesen Gefahren ist durch die Raumnot die körperliche Gefährdung sehr groß, besonders ergeben sich auch in moralischer Hinsicht schwere Bedenken. So müssen vielfach männliche und weibliche Personen in einem engen Wohnraum zusammengepfercht werden. Daß dies gewisse demoralisierende Erscheinungen nach sich zieht, ist selbstverständlich.

Es war besonders auf dem Lande folgendes festzustellen: Dort, wo Flüchtlinge untergebracht werden, ist es in den wenigsten Fällen möglich, den Flüchtlingsfamilien einen eigenen Herd zu geben. Und wir wissen ja alle, der eigene Herd ist ja das Maßgebliche für jede Familie. Daß hier soziale Spannungen entstehen, die auf die Dauer nicht tragbar sind, ist klar. Die so getroffene Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge ist also nur als eine provisorische Lösung anzusehen. Es ist daher notwendig und man muß sich darauf einstellen, eine Lösung zu finden, die insbesondere beim Eintritt der Wintermonate als eine Dauerlösung angesehen werden kann, und zwar so, daß nicht die Gesundheit der Menschen in Gefahr kommt. Auch die beabsichtigte notwendige Eingliederung dieser Flüchtlinge in den Arbeitsprozeß ist nicht immer möglich, weil es an allem fehlt: an Maschinen, Arbeitszeug, Rohstoffen und auch Produktionsmöglichkeiten. Und es ist nun so, daß der größte Teil dieser einströmenden Menschen der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen muß. Sie werden betreut durch die öffentliche Fürsorge und sind für uns heute eine unerträgliche neue Belastung.

Es ist aber insbesondere noch darauf hinzuweisen, daß bei der Unterbringung der Flüchtlinge, insbesondere bei ihrer Aufnahme in die Grenzverteilungslager, es schon da an den notwendigen Räumlichkeiten fehlt. Der Bau oder der Ausbau der bestehenden Lager oder neuer Lager ist fast unmöglich, weil die nötigen Baustoffe und Materialien nicht in hinreichendem Maße zur Verfügung stehen. Allein für den Ausbau der Grenzverteilungslager ist eine Menge von Baustoffen notwendig, die nicht aufgebracht werden können. An Rundholz besteht allein ein Bedarf von 1550 lfd. Metern; an Schnittholz 4200 Meter, Leichtbaustoffe 30 000 Quadratmeter, Ziegelsteine 60 000 Stück, Dachziegel 240 000 Stück, Kalk 150 Tonnen, Zement 600 Tonnen, Gips 100 Tonnen, Dachpappe 180 000 Quadratmeter (wo gerade bei Dachpappe im ganzen Regierungsbezirk Wiesbaden nur 128 000 Quadratmeter zur Verfügung stehen), Glas 130 000 Quadratmeter, Glaserkitt 15 000 Kilo, Feuerschutzmittel 60 000 Kilo und so weiter.

Sie sehen, daß schon allein für die Aufbringung dieser dringendsten Notwendigkeiten die größten Schwierigkeiten bestehen, um hinreichenden Wohnraum zu schaffen. Der Ausbau von halberstörten Wohnungen oder der Neubau von Siedlungen ist also im wesentlichen davon abhängig, inwieweit wir in der Lage sind, die Baustoffe aufzubringen, und das erscheint fast aussichtslos.

Hinzu tritt noch der Umstand, daß alle diese Menschen nichts weiter mitbringen als die 50 Kilo ihrer Habe, und nicht etwa einen Herd, sondern meist nur einige Kleidungsstücke und das Notwendigste, was sie brauchen. Es ist also festzustellen, daß hier die Beschaffung von weiteren Kleidungsstücken notwendig ist, ferner von Haushaltgegenständen, Möbeln, Betten, Waschmitteln, Medikamenten und so weiter. Wenn wir nun den 510000 Flüchtlingen, die bereits in Bayern untergebracht sind, und den 1 Million Sudetenflüchtlingen, welche einströmen, den Bedarf gegenüberstellen, dann ergibt sich folgendes: Den 1/2 Millionen Menschen stehen zur Verfügung: 16% Bedarfsartikel, Frauenkleidung und Wäsche 5 1/2 %, Kinder und Kleinstkinder 5 1/2 %, Schuhe für Männer, Frauen und Kinder 13%. Kochgeschirr und Kochgeräte 3 1/3 %, Bestecke, Gabel, Löffel und so weiter 1/2 %, Tische 3-4%, Stühle 4%, Matratzen 10%, Wolldecken 12 1/2 %, Kopfkissen 2 1/2 %, Bettdecken 16%, Ofen und Herde 5%.

Bei diesen Zahlen ist nur das Dringendste zugrunde gelegt. Ganz abgesehen von diesem Bedarf ist es kaum möglich, die kulturelle Betreuung durchzuführen, da es hierfür an allen Ecken und Enden fehlt, wobei noch folgendes zu beachten ist: das Flüchtlingswesen ist eine neuartige Organisation, die das erste Mal in der deutschen Geschichte in einem solchen Umfange in Erscheinung getreten ist und nicht auf Grund von Erfahrungen arbeiten kann, sondern immer wieder neu disponieren muß, weil die Schwierigkeiten auf allen Gebieten derart groß sind, daß sie fast unüberwindlich erscheinen. Wenn wir zudem nun noch feststellen, daß die Menschen, die da einströmen, wieder als Arbeitskräfte Verwendung finden müssen, dann ist es schon so, daß wir vor wirklichen problematischen Verhältnissen stehen, die nur gelöst werden können, wenn alle die Kreise, die dazu herangezogen werden, zusammenarbeiten und das notwendige Verständnis dafür aufbringen. Von den nach Bayern eingeströmten Flüchtlingen sind 21 Prozent Kinder, 54 Prozent Frauen und nur 25 Prozent Männer, von letzteren ist aber mehr als die Hälfte nicht arbeitsfähig. Wir sehen an diesen Prozentsätzen und der Zusammensetzung der Flüchtlinge, daß sie im wesentlichen der Wohlfahrt, der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen müssen. Dazu treten noch andere Faktoren, insbesondere auch in moralischer Hinsicht, so daß diese Flüchtlinge von großen Volksteilen abgelehnt werden. Es wurden auch einige Fälle geschildert, wo selbst Bürgermeister nicht das notwendige Verständnis gezeigt und eine ablehnende Haltung eingenommen haben, wenn sie in ihrer Gemeinde eine Anzahl Flüchtlinge unterbringen sollten.

Diese ablehnende Haltung, insbesondere der Landbevölkerung, gegenüber den Flüchtlingen sollte nun durch den Einfluß aller maßgeblichen Behörden, besonders auch der politischen Parteien und Wohlfahrtsorganisationen bekämpft werden dahingehend, daß ein gewisses Verständnis für die Lage der Flüchtlinge auch bei der Landbevölkerung Platz greift, daß diese Leute untergebracht werden müssen und ihre Verpflegung möglich gemacht wird. Es ist doch

auch möglich, daß eine gewisse Anzahl Frauen bei der Landarbeit Verwendung finden und sich ihre Arbeitskraft auswirken kann. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Flüchtlingsausschuß des Beratenden Landesausschusses neben der Frage der Unterbringung auch der Frage der Verwendung der Flüchtlinge bei der Arbeit Aufmerksamkeit zugewendet, so daß wir hoffen, in moralischer Beziehung zu einer besseren Einschätzung des Flüchtlingsproblems zu kommen.

Ich möchte noch bemerken, daß auch die Frage der Siedlung in dem Flüchtlingsausschuß des Beratenden Landesausschusses diskutiert wurde. Man kam zu dem Ergebnis, daß die Lehmbauweise, im Moment gesehen, eine Übergangslösung darstellen kann, weil für diese Lehmbauweise nur in beschränktem Maße Baustoffe, insbesondere Holz, notwendig sind und doch immerhin eine Anzahl Wohnstätten zusätzlich für die Ostflüchtlinge geschaffen werden können. Es kam aber auch zum Ausdruck, daß diese Lehmbauweise in ihrer primitiven Art im Winter wahrscheinlich nicht ausreicht, um die Gesundheit sicherzustellen.

Der Ausschuß hat auf Grund der problematischen Lage der Flüchtlinge, insbesondere auch der Einstellung der Bevölkerung, eine Entschliebung gefaßt und auch einstimmig angenommen, und zwar von allen Parteien. Diese Entschliebung lautet:

„Der Flüchtlingsausschuß des Beratenden Landesausschusses hat in einer Sitzung vom 4. April 1946 Stellung zu dem Flüchtlingsproblem genommen. Trotz größter Anstrengungen der Regierungsstellen vom Staatskommissar bis zu den Flüchtlingskommissaren gelingt es nicht immer, die Schwierigkeiten der Aufnahme und Unterbringung der aus dem Osten einströmenden Flüchtlinge zu überwinden.

Eine der Hauptschwierigkeiten liegt in der ablehnenden Haltung eines großen Teiles der Bevölkerung, welche bisher noch nicht das notwendige Verständnis für die menschliche Verpflichtung gegenüber den heimatlos gewordenen deutschen Menschen entgegenbringt. Es ist deshalb dringend notwendig, daß sofort durch Presse und Rundfunk eine breite Aufklärungskampagne entfaltet wird, durch welche die Flüchtlingsnot und das Flüchtlingselend mit allen seinen Erscheinungen und Auswirkungen geschildert wird.

Zugleich muß an sämtliche karitativen Verbände und Wohlfahrtsorganisationen erneut herangetreten werden, damit sie durch ihre Organisationen bis in die kleinste Gemeinde hinein die Mobilisierung des Volksgewissens zur Mithilfe und Teilnahme an der Lösung der Flüchtlingsfrage durchführen.

Von der Überwindung des Unverständnisses und der falschen ablehnenden Haltung gegenüber der Aufnahme der Ostflüchtlinge wird entscheidend die Lösung des Flüchtlingsproblems abhängen.

Die Entschliebung hat bereits gute Auswirkungen gezeitigt. Seit dem 4. April 1946 können wir bereits feststellen, daß derselben in weitem Maße Rechnung getragen wird, und zwar durch den Aufruf der karitativen und Wohlfahrtsorganisationen sowohl als auch durch Rundfunk und Presse, die sich gegen das Unverständnis und die ablehnende Haltung gegenüber den Flüchtlingen in gewissen Bevölkerungskreisen gewendet hat.

Ich möchte abschließend noch folgendes sagen: Aus den Berichten der Regierungsvertreter trat eindeutig hervor: Wenn nicht ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der maßgeblichen Stellen der Militärregierung und der deutschen Behörden sowie der politischen Organisationen, Wohlfahrtsausschüsse und sonstigen derartigen Organisationen in der Lösung der Flüchtlingsfrage in nächster Zeit eintritt, wird dieses Problem in dem Ausmaß, wie es an uns herangetreten ist, nicht gelöst werden. Insbesondere wurde auch darauf verwiesen – und das war auch meine Ansicht –, die großhessische Regierung müßte bei allen Besprechungen mit der Militärregierung immer wieder darauf verweisen, daß man die Möglichkeit findet, die Lager und Heime, die noch von der UNRRA<sup>224</sup> besetzt oder beschlagnahmt sind, für die Flüchtlinge aus dem Osten freizumachen und ihnen damit einen Wohnraum zu schaffen. Wenn in dieser Hinsicht eine Zusammenarbeit erfolgt und von den maßgebenden Stellen das notwendige Verständnis in dieser Frage aufgebracht wird, dann ist wohl zu hoffen, daß die Flüchtlingsfrage auch in Zusammenarbeit und mit dem notwendigen Verständnis der Bevölkerung in Groß-Hessen in menschlicher Weise gelöst werden kann.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Es ist angeregt worden, gleich noch den Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses anzuhören. Gemäß unserer Vereinbarung behandeln wir gleichzeitig die Flüchtlingsfragen und sozialpolitischen Fragen zusammen, und der Herr Arbeitsminister hat dann ebenfalls Gelegenheit, über beide Themen zu sprechen.

**Abg. Leweke** (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich sehe meine Aufgabe darin, nicht ein allgemeines Referat über die Sozialpolitik zu erstatten, sondern über die Arbeiten des Ausschusses zu sprechen. Die erste Sitzung fand am 2. Mai statt. Die vorgesehene Tagesordnung konnte nur teilweise abgewickelt werden. Im wesentlichen handelte es sich um die erste<sup>225</sup> Anordnung zur Durchführung der Verordnung über die Arbeitsverpflichtung<sup>225</sup>. Im allgemeinen ist über diese Verordnung zu sagen, daß wir sie wohl alle als ein notwendiges Übel betrachten. Die Durchführungsbestimmungen mildern erfreulicherweise eine Reihe von Härten. Es handelt sich vor allem darum, den Personenkreis, auf den die Arbeitsverpflichtung angewandt werden kann, genau festzustellen. Der Ausschuß hat den Durchführungsbestimmungen im allgemeinen zustimmen können. Es ist zunächst festgelegt, welche Arbeitsvorhaben unter die Verordnung fallen, ferner wird der Personenkreis umschrieben, der von der Verordnung erfaßt werden kann. Von vornherein ist festgelegt, daß für die Arbeitsverpflichtungen zuerst die Personen zu berücksichtigen sind, die auf Grund des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus in die Gruppe der Hauptbelasteten und Minderbelasteten<sup>226</sup> eingereiht sind. Die Beratung dieser Durchführungsverordnung hat

<sup>224</sup> Das Kürzel UNRRA meint die United Nations Relief and Rehabilitation Administration, die im November 1943 als „Specialized Agency“ der Vereinten Nationen von 44 Staaten gegründet wurde. Ihre Hauptaufgabe lag in der Flüchtlingshilfe. Vgl. Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 25f.

<sup>225</sup> Vgl. Anm. 123.

im wesentlichen die erste Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses ausgefüllt<sup>227</sup>.

Die Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten<sup>228</sup> wurde für die nächste Sitzung zurückgestellt, weil Unterlagen fehlten.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung „Durchführung des Gesetzes über Arbeitnehmervertretungen“ konnte abgesetzt werden, weil inzwischen das Gesetz des Kontrollrats<sup>229</sup> erschienen war, das zunächst einmal die Angelegenheit regelt, hoffentlich aber nicht eine endgültige Regelung darstellt<sup>230</sup>. Ein weiterer Punkt „Errichtung eines Oberversicherungsamtes für das Land Groß-Hessen“ wurde auch, weil keine Einigung zu erzielen war, für die nächste Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses zurückgestellt.

Die zweite Sitzung des Ausschusses fand am 3. Juni statt. Außer den Punkten, die in der letzten Sitzung zurückgestellt worden waren, enthielt die Tagesordnung noch als weitere Punkte die „Verordnung über die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Kleingärten und Kleinpachtland“ und „Gesetzentwurf über die Reform der Sozialversicherung“.

Zu der Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten hat der Ausschuss noch eine Reihe von Ergänzungs- und Verbesserungsvorschlägen gemacht<sup>231</sup>. Wir haben ja bedauerlicherweise die Tatsache zu verzeichnen, daß keine Renten an Kriegsbeschädigte gezahlt werden

<sup>227</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 2. Mai 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 19.

<sup>228</sup> Ebd. als Anlage zum Protokoll der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 3. Juni 1946.

<sup>229</sup> Der Kontrollrat hatte das sogenannte Betriebsrätegesetz am 10. April 1946 als Gesetz Nr. 22 erlassen und damit für die gewählten Betriebsräte aller vier Zonen eine einheitliche und verbindliche Regelung geschaffen. Das Gesetz enthielt Rahmenbestimmungen zur Durchführung von Betriebsratswahlen und legte allgemeine Aufgabenbestimmungen des Betriebsrates zur „Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten“ fest. Die Errichtung von Betriebsräten wurde durch das Gesetz „gestattet“, war jedoch nicht zwingend vorgeschrieben. Abdruck des Gesetzes in GVBl. 17 (1946), Beilage 2, S. 29f.

<sup>230</sup> Der Abg. Leweke spielt mit dieser Äußerung insbesondere auf Hoffnungen der Gewerkschaften an, bei denen das Gesetz auf scharfe Kritik gestoßen war, da es die gewerkschaftliche Forderung nach einer umfassenden betrieblichen Mitbestimmung nicht erfüllte. Die Gewerkschaften erwarteten vielmehr die gesetzliche Verankerung voller Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in Fragen der Produktion, Preisgestaltung sowie im Personalwesen und damit eine Verpflichtung für die Arbeitgeberseite, den Wünschen der Betriebsräte nachzukommen. Vgl. Weiß-Hartmann, Gewerkschaftsbund, S. 181 und Jacobi-Bettien, Metallgewerkschaft, S. 326, die aber auch darauf hinweist, daß das Gesetz als Rahmenbestimmung durchaus Ansatzpunkte zur Sicherung von Mitbestimmungsrechten bot. Vgl. ebd. S. 327.

<sup>231</sup> Der Entwurf der Verordnung über die Errichtung des Oberversicherungsamtes findet sich als Anlage zum Protokoll der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 3. Juni 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 19.

<sup>232</sup> Ebd. als Anlage zum Protokoll der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 3. Juni 1946.

<sup>233</sup> Vgl. ebd. das Protokoll der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 3. Juni 1946.

<sup>234</sup> dürfen Wir sind nun allgemein davon abgegangen, eine Unterscheidung zwischen Kriegsbeschädigten und Schwerbeschädigten zu machen, so daß wir diese beiden Begriffe in der künftigen Sozialgesetzgebung überhaupt nicht mehr trennen wollen, sondern nur schlechthin von Schwerbeschädigten sprechen. Wir nehmen hierbei an, daß gerade die Verwaltungen und Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften in der Besetzung von Arbeitsplätzen mit Schwerbeschädigten vorbildlich vorgehen.

Verordnung über die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Kleingärten und Kleinpachtland<sup>235</sup>: Es ist schon in der zweiten Tagung des Landesausschusses über diese Sache geredet worden, und es wurde als unbedingt notwendig erachtet, eine gesetzliche Regelung zu treffen. § 1 der Verordnung sah vor, daß nur Gärten, die von Kleingärtnervereinen verpachtet waren, unter die Verordnung fallen. Wir haben diese Einschränkung fallenlassen und sämtliche Kleingärten in die Verordnung einbezogen. Außerdem haben wir eine Reihe Verbesserungsvorschläge vorgesehen, und möchten deshalb bitten, daß das Arbeitsministerium die Verordnung in der von uns vorgeschlagenen Form herausgibt.

Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Verordnungen, bei denen erfreulicherweise volle Einmütigkeit erzielt wurde, ergaben sich bezüglich der Errichtung eines Oberversicherungsamtes mit Sitz in Frankfurt am Main statt der bisherigen Oberversicherungsämter bei den drei Bezirksverbänden Einwände seitens der Herren aus Kassel, die diese schwer zerstörte Stadt nicht von den Behörden, die bisher dort beheimatet waren, entblößt sehen möchten, auf denen bisher ein Teil des Lebens in Kassel gefußt hat. Diese Einwände sind vom Standpunkt Kassels durchaus verständlich, andererseits brachten die Vertreter des Arbeitsministeriums zum Ausdruck, daß diese Vereinfachung im Zusammenhang mit der ganzen Frage der Sozialgesetzgebung nicht zu umgehen sei, da Frankfurt als Zentralplatz innerhalb des Landes Groß-Hessen zu gelten habe. Wir sind deshalb mit einer Mehrheit dem Entwurf beigetreten, der für das Land Groß-Hessen ein Oberversicherungsamt mit dem Sitz in Frankfurt am Main vorsieht.

Des weiteren wurde noch der „Gesetzentwurf über die Reform der Sozialversicherung“<sup>235</sup> behandelt, aber bei dem Umfang des Entwurfs war es selbstverständlich nicht möglich, ihn eingehend zu beraten. Es wurde Einigung erzielt, daß eine Heraufsetzung der Versicherungsgrenze nicht zu umgehen ist, da die Krankenkassen diesen Zufluß an zahlungsfähigen Mitgliedern einfach nicht entbehren können und die Bessergestellten mit dazu beitragen müssen, die Kassen zu erhalten. Des ferneren herrschte Übereinstimmung, daß Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung zusammenzulegen sind zu einer einheitlichen Rentenversicherung. Nicht völlige Übereinstimmung konnte erzielt werden bezüglich der Grundfrage, ob nun die früher getrennten Krankenkassen in

<sup>234</sup> Eine solche Anordnung war von der Militärregierung schon im August 1945 erlassen worden. Für alle Sozialversicherungsleistungen sollten die Zahlungen und Gutschriften verboten sein, die ihre Ursache in „militärähnlichen Dienstleistungen oder irgendeiner anderen Kriegsursache“ hatten. Zit. nach einer Stellungnahme der Zusatzversorgungskasse Frankfurt betreffend der Zahlungen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in HStAW Abt. 503 Nr. 4888.

<sup>235</sup> Ein Exemplar des Entwurfs findet sich in HStAW Abt. 502 Nr. 1131.

ihrer Vielfalt vollkommen aufgehoben und in das Einheitliche des Werkes eingebaut werden sollen. Sie kennen wahrscheinlich zum großen Teil die immerhin berechtigt erscheinenden Einwände, die von den Verbänden der Ersatzkassen, auch der Betriebskrankenkassen, gegen diese Vereinheitlichung geltend gemacht werden. Aber ich bin persönlich der Auffassung, daß hierbei zum Teil historische Gründe ins Feld geführt werden, die nun einmal in einer Zeit, die alle Verhältnisse auf den Kopf stellt, nicht mehr in Geltung gebracht werden können. Es werden immer wieder die Vorzüge der Kassen angeführt in einer Zeit, als sie tatsächlich noch eine reale Unterlage hatten, und es ist anscheinend in den Kreisen der Verfechter der Selbständigkeit noch nicht der Gedanke durchgedrungen, wie arm wir geworden sind und daß auch diese Kassen in der bisherigen Art einfach nicht mehr weiterexistieren können. Es ist nur eine Scheinblüte, begründet auf unseren augenblicklichen Währungsverhältnissen. Aber diese Einwände dürfen auch nicht einfach mit einer Handbewegung hinweggewischt werden, und es muß auch den Verfechtern dieser Auffassung nochmals in einer ihren Bedenken entgegenkommenden Art dargelegt werden, daß sie letztlich gegen die Interessen ihrer Mitglieder handeln, wenn sie sich der Notwendigkeit der Eingliederung verschließen.

Eine Einheitlichkeit der Auffassung herrschte aber darüber, daß, ganz gleich wie die Versicherung nun ausgestaltet wird, bezüglich der Rentenversicherung und überhaupt des Versicherungswesens, das wir schaffen wollen, der Charakter einer wirklichen Versicherung gewahrt bleibt und nicht etwa das Fürsorgeprinzip an die Stelle dieses Versicherungsprinzips tritt, daß also nicht eine Entwicklung, die wir in der östlichen Zone bereits verwirklicht sehen, in unserem Gebiet Platz greift. Wir hoffen vielmehr, daß eine Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung in allen Zonen durch eine Entscheidung des Kontrollrats dahin führen wird, daß der augenblickliche Stand in der östlichen Zone zu Gunsten unserer Auffassung revidiert wird. Im großen ganzen können wir also dieses umfangreiche Werk begrüßen, und es wäre zu hoffen, daß es bald zu einem Abschluß gelangt. Es ist zwar der Gedanke richtig, daß man den endgültigen Abschluß einer demokratisch gewählten Körperschaft, wie wir sie demnächst in der Verfassungsgebenden Versammlung haben werden, überlassen soll, aber ich glaube, dann wäre auch der äußerste Termin gekommen, an welchem dieses Werk abgeschlossen werden muß, damit wir nicht überrascht werden durch eine Verfügung des Kontrollrats, der die Dinge dann in einer Art regelt, wie wir sie nicht wollen, wie wir es schon bei dem Betriebsrätegesetz erlebt haben. Wir möchten wünschen, daß demgegenüber wenigstens der Entwurf zur Annahme gelangt, der vom Arbeitsministerium bearbeitet worden ist, vielleicht mit Berücksichtigung einiger berechtigter Wünsche der bisherigen Versicherungsträger in der Krankenversicherung. Wir hoffen, daß der Abschluß dieses Werkes eine der ersten Taten der neuen Verfassungsgebenden Versammlung sein wird.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Darf ich den Herrn Berichterstatter bitten, mir die Anträge zu geben, damit sie vervielfältigt werden können.

Wir kommen jetzt zur Aussprache über den Bericht des Herrn Kollegen Krüger als Berichterstatter des Flüchtlingsausschusses und des Herrn Kollegen Lewe-

ke als Berichterstatter des Sozialpolitischen Ausschusses. Gleichzeitig werden behandelt die Anträge und Anfragen, die zu diesen Punkten gehören. Ich bitte um Wortmeldungen.

**Abg. Richter (SPD):**

[Handschriftlicher Vermerk auf dem oberen Seitenrand: „Nicht korrigiert, da vom Abg. Richter nicht zurückgeschickt.“]

Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag zu dem von dem Kontrollrat als Gesetz Nr. 22 erlassenen Betriebsrätegesetz gestellt. Es ist Ihnen bekannt, daß das Betriebsrätegesetz die Fragen über die Arbeitnehmervertretungen regelt, die schon immer ein Gegenstand eingehender Betrachtungen waren. Wir sind bei unserem Antrag von der Erkenntnis ausgegangen, daß dieses Kontrollratsgesetz Nr. 22 nicht die Belange der Arbeitnehmervertretungen regelt, wie sie als berechtigt verlangt werden können und wie sie aufgrund der gegebenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse geboten sind. Das alte Betriebsrätegesetz von 1920<sup>236</sup>, das die Naziregierung im Jahre 1939 aufhob und durch das Gesetz der nationalen Arbeit ersetzte und das alles andere als ein Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers in den Betrieben vorgesehen hat<sup>237</sup>, dieses Gesetz muß nun durch ein neues Gesetz abgelöst werden.

Das Kontrollratsgesetz weist viele Lücken und Unklarheiten auf, die durch unseren Antrag Nr. 51 zum Ausdruck gebracht werden und durch Erlaß von Ausführungen und Ergänzungsbestimmungen beseitigt werden sollen. Auf das Mitwirkungsrecht der Arbeitnehmerverbände<sup>238</sup> auf sozialpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet darf nicht verzichtet werden. Die Arbeitnehmerverbände haben immer wieder gefordert, daß ein Gesetz geschaffen wird, das das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer im Betrieb sicherstellt. Es ist deshalb wichtig, daß die Betriebsvertretungen nicht nur über die sozialen Belange der Arbeiter, sondern auch über die wirtschaftlichen Fragen des Unternehmens ein Mitbestimmungsrecht erhalten und demgemäß auch in den ganzen wirtschaftlichen Produktionsprozeß eingeschaltet werden. Von diesem Standpunkt muß versucht werden, daß wir dahingehende Erweiterungen durchdrücken. Der Beratende Landesausschuß wolle darauf hinwirken, daß ein weitergehendes Recht geschaffen wird als das etwas zu eng gefaßte Gesetz des Kontrollrats Nr. 22. Ich bitte, Ihre Zustimmung zu geben nicht nur über die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretungen nicht nur auf dem sozialen Sektor, sondern auch die Mitverantwortung auf dem wirtschaftlichen Sektor anzuerkennen.

Und nun die Frage des Jugendschutzes: Das erste Gebot muß sein, daß der Jugendliche eine Beschäftigung bekommt. Es muß alles getan werden, um die

<sup>236</sup> Das Gesetz ordnete an, daß jährlich in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten ein Vertrauensmann, in Betrieben ab zwanzig Beschäftigten ein aus mehreren Personen bestehender Betriebsrat gewählt werden sollte. Vgl. Grebing, Arbeiterbewegung, S. 156.

<sup>237</sup> Indem durch dieses Gesetz die Unternehmer als „Führer“ eines Betriebes und die Arbeiter und Angestellten als „Gefolgschaft“ bezeichnet wurden, denengegenüber der Betriebsführer in allen betrieblichen Angelegenheiten entscheiden sollte, wurde das Führerprinzip auch für die innere Ordnung der Betriebe durchgesetzt. Die Unternehmer waren somit in ihren Betrieben wieder „Herr im Haus“. Vgl. ebd. S. 214.

<sup>238</sup> In der Vorlage falsch als „Arbeitgeberverbände“ zitiert.

Zahl der Lehrstellen zu erweitern und den Jugendlichen in einen Beruf zu bringen, in dem er eine befriedigende Arbeit erhält und im Leben vorwärts kommt. Dabei ist darauf zu sehen, daß die Berufsausbildung überwacht wird, und zwar durch eine gesetzliche Regelung, indem ein Berufsausbildungsgesetz geschaffen wird, worin die Berufsschulung seitens der Regierung weitgehende Beachtung finden soll.

Mit den Ausführungen des Herrn Leweke zum Kleingärtnergesetz kann ich mich im großen und ganzen einverstanden erklären und dem Ausschußbericht zustimmen. Das Entscheidende in der heutigen, schweren wirtschaftlichen Zeit ist es, daß weitgehenden Kreisen Kleingärten zur Verfügung gestellt werden, daß der Boden zur kleingärtnerischen Benutzung erweitert und insbesondere falsch genutztes Land für Zwecke des Kleingartenbaues freigemacht wird. Dabei soll der kleinere Mann zur Hebung seiner wirtschaftlichen Lage zuerst Berücksichtigung finden.

Zur Frage des Flüchtlingswesens: Ich bitte, in erster Linie einen Appell an die gesamte Landbevölkerung zu richten, hier doch ein wirkliches Opfer zu bringen. Es ist schwer, wenn einem in seiner gewohnten Lebensweise einiges gestört wird. Aber das Opfer ist nicht so groß, wie es so viele Deutsche, namentlich in den Industriestädten, bringen mußten, indem sie durch Fliegerangriffe alles verloren haben und jetzt heimatlos als Flüchtlinge umherwandern müssen. Desto mehr müßte die Landbevölkerung zu Opfern bereit sein und alles daransetzen, daß für eine Reihe von Jahren, die Übergangsjahre, die Aufnahme der Flüchtlinge nicht erschwert wird. Es ist zu begrüßen, daß in bestimmten Gegenden die Flüchtlinge Arbeitsmöglichkeiten und Siedlerstellen bekommen, um sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen und eine Existenz zu schaffen. Ebenso begrüße ich auch [die] in der Presse erschienene Erläuterung des Wiederaufbauamts in [...], wonach die ersten Versuche gemacht werden mit der Errichtung mehrerer tausend Bauten, wo es ebenfalls möglich ist, [für] die Flüchtlinge auf eigenem Boden durch Selbsthilfe eine Existenz zu schaffen. Ebenso war festzustellen, daß amtliche Stellen alles daransetzen, das Los der Flüchtlinge zu erleichtern, wie unter anderem der Bürgermeister von Bebra und auch andere Personen sich hervorgetan haben.

Die von Herrn Leweke angeregte Schaffung eines Oberversicherungsamtes in Frankfurt am Main kann nur gutgeheißen werden. Unser Land ist nicht so groß, daß wir drei Ämter brauchen, in Wiesbaden, Kassel und Darmstadt. Diese Gebiete sind kleiner geworden, es gibt kein Hessen mehr von früher, und auch die Kreise an der Lahn liegen nicht mehr in dem für uns in Betracht kommenden Gebiet. Die Aufgaben der Oberversicherungsämter sind im wesentlichen beschränkt, indem viele Streitfälle, die wir früher im Versorgungswesen hatten, nicht mehr in Betracht kommen, auch nicht mehr als Berufungsinstanz. Was wir in der Hauptsache erreichen wollen, ist eine einheitliche Rechtsprechung auf dem gesamten Gebiet der Sozialpolitik, nicht nebeneinander und nicht gegeneinander. Das sind die entscheidenden Grundsätze in dem Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses. Es handelt sich also um die Belange der Versicherten, die ihr Recht geltend machen wollen; dabei ist es ganz gleich, ob das in Kassel, Darmstadt oder Wiesbaden ist, entscheidend ist, daß einheitlich Recht gesprochen wird.

Damit möchte ich zur Lage der Kriegsbeschädigten übergehen, wie sie in unserem Antrag Nr. 18, wonach die Versorgungsämter auf Anordnung des Kontrollrats aufgelöst wurden, zum Ausdruck kommt<sup>239</sup>. Das Schicksal zahlreicher Kriegsbeschädigter wird immer schwieriger, weil die Versorgung dadurch gefährdet wird und vor allem, weil viele Kriegsbeschädigte sich noch in Gefangenschaft befinden:

„Kann der Herr Arbeitsminister uns Auskunft über den Stand der Sache geben und welche Absichten liegen vor, die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und der sonstigen vielen Kriegsoffer, wie die sozialdemokratische Fraktion dies in ihrem Antrag Nr. 18 beantragt hat, unter allen Umständen sicherzustellen.“

In diesem Zusammenhang hat die sozialdemokratische Fraktion unter Nr. 52 noch folgenden Antrag eingebracht:

„Die Frage der Betreuung aller Erwerbsbeschränkten, ganz gleich ob es sich um Betriebsunfälle, Schäden aus der politischen Verfolgung, Kriegseinwirkungen aller Art oder andere Unfälle handelt, bedarf einer verständnisvollen und gerechten Regelung. Ohne Rücksicht auf die baldigst in Angriff zu nehmende definitive Lösung wird die Regierung ersucht, Schritte zu unternehmen, um zunächst prinzipiell festzulegen, daß die Betreuung der Vorgenannten nicht der öffentlichen Fürsorge obliegt, sondern im Rahmen der Neuordnung der Sozialversicherung durch eine Versorgung gewährleistet wird.“

Dieser Antrag bringt auch zum Ausdruck, daß die Frage der Kriegsbeschädigten nicht mehr nach dem alten Reichsversorgungsgesetz beziehungsweise dem Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsgesetz und nicht mehr durch die Versorgungsämter und Hauptversorgungsämter geregelt wird; dieselben sind ja durch Beschluß des Kontrollrats aufgehoben und nur die Durchführung ist hinausgeschoben worden. Es müssen Wege gesucht werden, wie man die hart betroffenen Personen betreuen kann im Rahmen des Notwendigen und Möglichen. Und da ist die Schaffung eines Reformwerkes und Sozialgesetzes, wozu Herr Leweke Stellung genommen hat, im Interesse aller Erwerbsbeschränkten, sei es durch Betriebsunfall, politische Verfolgung oder Kriegseinwirkung, daß dadurch im Rahmen der Unfallversicherung durch Gewährung von Unfallrente Hilfe geleistet wird. Man hat versucht, Bestimmungen zu schaffen, wonach den Schwerbeschädigten, ganz gleich, ob der Körperschaden durch Betriebsunfall oder Kriegseinwirkung entstanden ist, eine Rente gewährt werden kann und ebenso auch den Hinterbliebenen. Und das ist ja bei der Hilfeleistung das Entscheidendste, indem diese Opfer nicht zur öffentlichen Fürsorge gehen müssen, sondern daß hier nach den Bestimmungen des Versicherungsprinzips geholfen wird. Und weiter kommt in Betracht, daß nicht nur ein einheitlicher Satz nach Prüfung der Hilfsbedürftigkeit gewährt werden kann, sondern daß hier eine Rente je nach dem Grad der Erwerbsbeschränktheit gewährt wird. Im Gegensatz zu der bisherigen Unterstützungsart sieht die Unfallversicherung auch Teilrenten vor. Außer der Rentengewährung bedarf der Kriegsbeschädigte, zum Beispiel ein Beinamputierter, der Heilmittel aller Art, die er ebenfalls aufgrund der Er-

<sup>239</sup> Der genannte Antrag der SPD bezog sich auf entsprechende Meldungen in der Presse.

fahrungen und Einrichtungen der alten Unfallversicherung — und die gesetzlich darin verankert sind durch Einbeziehung der Kriegsoffer in diese Versicherung — erhält. Wir werden diesem Reformwerk, wenn es in seinem Entwurf an uns herantritt, unsere Zustimmung geben, um damit in der Frage der Kriegsbeschädigten im Rahmen des Möglichen die notwendige Hilfe zu leisten.

Ich möchte Sie nun bitten, dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei Nr. 52 Ihre Zustimmung zu geben und darüber hinaus auch dem Zusatzantrag des Herrn Leweke über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten. Allgemein möchte ich sagen: Wir sind uns darüber klar, daß wir Sozialpolitik im Rahmen des Möglichen treiben können und müssen. Es liegt uns fern, Luftschlösser zu bauen, es kommt uns vielmehr in erster Linie darauf an, unseren Einfluß dahin geltend zu machen, eine wahrhafte Sozialpolitik zu treiben. Es genügt nicht, das Wort „sozial“ im Munde zu führen, sondern wir müssen auch sehen, daß die Belange der Opfer der Arbeit und des Krieges auch wirklich vertreten werden. Von diesen Gedanken muß in Zukunft der ganze Neuaufbau der Sozialpolitik getragen sein, er darf nicht ein Werk von Juristen, sondern er muß ein Werk der unmittelbar daran Beteiligten sein. Deshalb bitte ich, den Gewerkschaften Ihre weitgehendste Unterstützung zu geben.

Wir begrüßen es auch, daß der Sozialpolitische Ausschuß seine Meinung dahin zum Ausdruck gebracht hat, daß die Invaliden- und Angestelltenversicherung zusammengefaßt werden. Es ist weder eine Verschlechterung noch eine Verbesserung der beiden seither getrennten Gruppenversicherungen. Aufgrund der Tatsache, daß die Beiträge [mit] 5–6 % die gleichen sind, entsprechend auch die Renten im wesentlichen gleich sind — in der Invalidenversicherung liegen die Renten sogar etwas höher als in der Angestelltenversicherung —, bringt also keine der beiden Berufsgruppen Opfer, aber die Ausdehnung des Risikos auf die gesamte Arbeitnehmerschaft trägt wesentlich dazu bei, daß überhaupt eine Altersrente gewährt werden kann.

Und wie auf dem Gebiet der Rentenversicherung, so auch auf dem Gebiet der Unfallversicherung. Dort gab es noch 174 Berufsgenossenschaften, weit über 100 Träger und Aufsichtsorgane. Das war erklärlich, als ein einheitliches Reichsgebiet bestand. Die Berufsgenossenschaften sind jetzt zumeist nicht in der Lage — wie zum Beispiel bei der Metallindustrie, wo für über 6 Millionen RM Unfälle vorliegen —, die Mittel aufzubringen, um die alte Rente herauszubringen. Sozialpolitisch gesehen ist es also das zweckmäßigste, wenn man die einzelnen Berufe in der Versicherung auf breitester Basis zusammenfaßt. Es ist deshalb auch die Verquickung der Kriegsbeschädigten mit der Unfallversicherung mehr als ein Reformwerk, sie stellt vielmehr den größten sozialpolitischen Fortschritt dar.

Zur Frage der Ersatzkrankenkassen ist zu sagen, daß sie der reiflichsten Überlegung aller Fachleute bedarf. Die Regelung ist bedingt durch die Währungsverhältnisse. Wenn wir nicht mehr im Geldüberfluß sind, werden wir bald feststellen können, daß die Ersatzkassen am weitgehendsten zu kämpfen haben, wenn sie einigermaßen noch normale Leistungen aufbringen wollten. Nur wenige Krankenkassen sind es, die noch in der Lage sind, die gesetzlichen Zuschüsse zu leisten. Bei den anormalen, ungesunden Verhältnissen, die jetzt bestehen, ist es deshalb auch hier schwer, die Frage zu beurteilen, sondern es hängt dies von den wirtschaftlichen und damit sozialen Verhältnissen ab, wie wir sie in Zukunft zu

erwarten haben. Und das ist in dem Reformwerk weitgehend berücksichtigt, es dürfte deshalb die Unterstützung aller haben, ganz gleich, wie die einzelnen zur Parteipolitik eingestellt sind.

**Abg. Zängerle (KPD)**

(kommt nach Erwähnung der Firma Opel als einem der größten Betriebe, bei dem er Betriebsratsvorsitzender ist, auf das Betriebsrätegesetz zu sprechen. Das Kontrollratsgesetz Nr. 22 unterscheidet sich grundsätzlich von der üblichen Art der Gesetzgebung), wie wir sie bisher in wirtschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzesbestimmungen gekannt hatten, und zwar dadurch, daß auf einem dünnen Blättchen das Wesentliche gesagt wird, was die Grundsätze im künftigen Betriebsrätegesetz sein sollen. Es ist lediglich der § 5, der es zuläßt, Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen. Es ist natürlich dringend notwendig, daß das Betriebsrätegesetz nun tatsächlich auch mit diesen Ausführungsbestimmungen ausgestattet wird. Es ist in der Regel so, daß die Arbeitgeber [nicht] dieselbe Ansicht in diesen Fragen haben wie die Arbeitnehmer. In dem Betrieb, in dem ich beschäftigt bin, dem Opelwerk, ist es zum Teil so, daß in der entscheidenden Frage der Bekanntmachungen des Betriebsrates zuzulassen. Dieser Mann schreibt mir einen Brief, daß es entschieden zu weit ginge und dem Gesetz absolut nicht entspreche, wenn die Arbeiterschaft etwas Derartiges verlange. Es geht natürlich nicht an, daß wegen jeder Kleinigkeit das Arbeitsgericht angerufen wird, so daß vor lauter Kleinigkeiten für die größeren Fragen kein Platz mehr ist.

Der Entwurf des Herrn Arbeitsministers <sup>240</sup>, der als Grundlage für den Länderrat gedient hatte, umfaßt tatsächlich alles, was die deutsche Arbeiterschaft von einem solchen Gesetz verlangt. Es haben sich die Zeiten geändert, es müssen sich auch die Gesetze ändern. Es ist die Ansicht der Belegschaft der Opelwerke, daß die Mitbestimmung des Betriebsrats durchgeführt werden muß, weil der Wiederaufbau und die Inangangsetzung der Betriebe nicht das Werk der Arbeitgeber war, sondern das Werk der Arbeiterschaft. Und es ist doch im wesentlichen so, daß aus diesen Trümmern die Arbeitgeber allein es nicht fertiggebracht hätten, einen Ausweg zu finden. Die Wirtschaftsführer von Weimar haben es nicht verhindert, daß die Demokratie ausgehöhlt wurde. Wir wollen es in Zukunft nicht wieder erleben, daß reaktionäre Unternehmer dieser [Demokratie] das Gleiche tun. Es müssen unbedingt Sicherungen geschaffen werden, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben durchgeführt wird. Es ist nicht nur damit getan, daß wir betriebliche Vereinbarungen treffen, wie sie im Gesetz vorgesehen sind, und Lippenbekenntnisse abgeben, sondern wir müssen hier offen bekennen: Diese Frage des Mitbestimmungsrechts ist für jeden der Prüfstein für die demokratische Gesinnung.

Ich erwarte nach meinen bisherigen Erfahrungen im Sozialpolitischen Ausschuß nicht, daß sich hier eine nennenswerte gegensätzliche Meinung offenbaren wird. Es ist die tatsächliche Meinung und der feste Wille des deutschen Volkes, ein wirkliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu schaffen, dem

<sup>240</sup> Ein Exemplar des Entwurfs findet sich in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 10.

im Kontrollratsgesetz Nr. 22 in keinem Falle Ausdruck gegeben wird. Es gibt in Groß-Hessen nur einen Betrieb, in dem das Mitbestimmungsrecht wirklich, und zwar in vorbildlicher Weise, durchgeführt ist, das ist die „Frankfurter Rundschau“<sup>241</sup>. Soll diese Firma in weiter Runde die einzige sein, die diese Bestimmungen durchgeführt hat? Ich möchte annehmen, daß dieses Beispiel allen Betriebsführern Anlaß geben sollte, ebenso sozial in ihren Betrieben zu verfahren.

Ich möchte noch folgendes ergänzen: Wir haben bereits am 13. Mai einen grundlegenden Antrag zum Betriebsrätegesetz eingebracht, der dasselbe besagt wie der jetzige Antrag der SPD. Es ist nun so, daß sich die Parteien nicht nur in der Frage der Ausführungsbestimmungen einig sind, sondern in meinem Betrieb wurde festgestellt, daß auch die christlichen Gewerkschaftler die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter stellen. Es nützt nichts, wenn wir nur immer von Mitbestimmung reden, sondern sie muß vor allem von den öffentlichen Ämtern und Instanzen in die Tat umgesetzt werden, wo ja die Parteien, die hier im Hause sind, eine ausschlaggebende Stellung einnehmen. Erst dann, wenn die Mitbestimmung vordemonstriert wird, kann man erwarten, daß die Privatunternehmer sich umstellen. Wie schon gesagt, die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben als Prüfstein für die Demokratie muß endlich durchgeführt werden.

**Abg. Frau Epstein (CDU):**

Meine Damen und Herren! Wir haben im Rahmen des Berichts über den Sozialpolitischen Ausschuß auch über die Fürsorge für die Jugend und in diesem Zusammenhang über die Berufsschule gesprochen. Ich möchte hier noch eine kleine Anregung zu dieser Sache geben. Es besteht das Bedürfnis, daß die Berufsschulen wieder wie früher neben ihrer eigentlichen Aufgabe auch Kurse für Erwachsene über 18 Jahre aus den verschiedenen Berufssparten einrichten. Wir erleben es ständig, daß Leute aus kaufmännischen und technischen Berufen kommen, die sagen: „Ich bin über 18 Jahre alt, ich kann nicht mehr in die Berufsschule gehen, aber ich muß unbedingt auf meinem Gebiet eine Fortbildung haben.“ Früher veranstalteten die Berufsschulen noch Kurse für derartige Leute, und ich möchte daher bitten, daß auch jetzt wieder solche Kurse eingerichtet werden.

Eine andere Sache betrifft die Stellung meiner Partei zur Frage der zwangsweisen Evakuierung derjenigen Leute, die vor dem 1. September 1939 in einer anderen Zone gewohnt haben als gegenwärtig<sup>242</sup>. Unser Antrag 23 deckt sich mit dem KPD-Antrag 28 und besagt, daß die Rückführung der Evakuierten auf freiwilliger Basis erfolgen solle. Im Vergleich mit den aus dem Osten kommen-

<sup>241</sup> Emil Carlebach, Mitbegründer und einer der Chefredakteure der „Frankfurter Rundschau“, schildert in seinen Erinnerungen, daß mit der Rundschau eine Zeitung geschaffen worden war, die allein durch das journalistische Berufsethos bestimmt werden sollte und nicht von den Gewinninteressen des Verlegers. Bei der Rundschau sollte deshalb das paritätische Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeiter, von den Arbeitern aus Technik und Betrieb bis hin zu den Journalisten, praktiziert werden. Vgl. Carlebach, Zensur, bes. S. 78ff.

<sup>242</sup> Vgl. Anm. 37.

den Flüchtlingen – es handelt sich um Hunderttausende – besteht insofern ein Unterschied, als wir gegenüber diesem Zustrom machtlos sind, da es sich um eine Forderung des Kontrollrats handelt. Auf unseren Antrag ist seitens des Herrn Ministers eine Antwort gekommen, daß er wie auch die Minister der anderen Länder in der amerikanischen Zone bestrebt ist, die zwangsweise Umsiedlung der Evakuierten in eine freiwillige umzuwandeln oder wenigstens die schlimmsten Härten zu mildern, aber es scheint so, daß die Stimmung beim Kontrollrat, der die zwangsweise Rückführung veranlaßt hat, nicht so ist, daß wir mit einem Erfolg rechnen können. Ich möchte deshalb wünschen, daß der Beratende Landesausschuß diesen Antrag einstimmig annimmt und der Herr Minister nochmals mit den Besatzungsmächten Fühlung nimmt. Wie die Dinge liegen, wirkt es ganz besonders erbitternd auf die Betroffenen, denn die Leute sind doch zum Teil in ihrer Heimat ausgebombt. Sie haben dann ein Heim gefunden und sollen nun ohne ersichtlichen Grund wieder aus ihrem Heim hinausgeworfen werden, den größten Teil ihres Mobiliars verlieren und in eine andere Zone übergeführt werden. Dort finden sie vielleicht nicht einmal eine Wohnung und müssen im Bunker leben. Ich kenne auch einen Fall, in dem mit Zustimmung des Frankfurter Wohnungsamtes noch vor wenigen Monaten ein Wohnungstausch zwischen einer Familie in Frankfurt und einer Familie in Freiburg stattgefunden hat. Dieser Wohnungstausch, der Gründe gehabt hat und mit erheblichen Kosten verbunden war, muß jetzt wieder rückgängig gemacht werden. Aber nicht, daß die Betroffenen jetzt wieder in ihre alte Wohnung kommen, jetzt werden sie in einer Notwohnung untergebracht. Wir müssen zu dieser Sache auch noch aus dem Grunde Stellung nehmen, weil sie ein Beispiel für die von uns verfolgte Politik ist, die Zonengrenzen aufzuheben. Warum soll man ein Heimatrecht nur in einer bestimmten Zone haben?

Schließlich will ich noch eins sagen: Wir haben in dem Entwurf der französischen Verfassung gelesen, daß das französische Volk sich zu Menschenrechten bekennt, unter denen die Freizügigkeit eines ist. Ich kann begreifen, daß man diese Menschenrechte den Deutschen in der Lage, in der wir augenblicklich sind, nicht zubilligen will, ich sehe ein, daß wir keine volle Freizügigkeit haben können, aber ich sehe nicht ein die Notwendigkeit dieser zwangsweisen Evakuierung, denn bei dieser Evakuierung handelt es sich nur um einen Austausch von Menschen.

**Abg. Pauly (CDU):**

Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Herrn Krüger kann man sich voll und ganz anschließen. Die Sorgen sind sehr groß, das größte Problem ist zur Zeit das Flüchtlingsproblem. Die Landbevölkerung hat sich in gewissem Sinne gegen die Aufnahme der Flüchtlinge gewehrt. Die Landbevölkerung erhoffte von diesen Flüchtlingen eine Milderung der Arbeiternot. Es kamen die ersten Transporte an, aber es kamen nur alte Leute, Frauen und Kinder, die für die Bauern höchstens eine Belastung darstellen. Es müßte aber versucht werden, Möglichkeiten zu finden, daß diese Flüchtlinge dem Landwirt zur Hand gehen. Dadurch würde doch ein gewisser Kontakt zwischen dem Landwirt und dem Flüchtling hergestellt werden. Im übrigen müßte dem Neubau auf dem Lande gerade für die Flüchtlinge größte Bedeutung zugemessen werden. Es ist eine der

vornehmsten Aufgaben, diesen Leuten wieder zu etwas Besitz zu verhelfen. Ich weiß, es ist sehr schwer, aber da ließe sich in Gemeinschaftsarbeit sehr viel leisten, und die Landleute sind sicher bereit, tatkräftig mitzuhelfen, schon daß sie selbst entlastet werden.

Dem sozialpolitischen Bericht des Herrn Leweke kann man sich voll anschließen. Die Schwerbeschädigtenfrage macht viel Sorge. Meine Fraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach die Schwerbeschädigten, die nicht in Arbeit stehen, bei der Benutzung der Bahn Vorzugskarten erhalten. Falls die Leute eine gewisse Umschulung erfahren und die Bahn benutzen müssen, so sollen sie keine großen Kosten haben. Weiter haben wir beantragt, daß Schwerbeschädigte bei dem Gebrauch von Heilanstalten an erster Stelle Aufnahme finden. Es sind aber nicht genügend Heilanstalten vorhanden, und es müßten auch die Privatsanatorien herangezogen werden. Bei der Abgabe von Heilmitteln sollen die Schwerbeschädigten an erster Stelle berücksichtigt werden. Hier sind den Ärzten Grenzen gezogen, und sie dürfen Heilmittel nicht verordnen, wenn sie zu teuer sind. Die Heilmittel müssen ohne Rücksicht auf den Preis zur Verfügung gestellt werden. Es geht nicht an, daß die teureren Heilmittel nur die Leute bekommen, die eine große Geldtasche besitzen.

Unsere Anfrage Nr. 7 betreffend Jugendgesetzgebung<sup>243</sup> ist ja bereits schriftlich beantwortet worden, und wir verzichten auf weitere Aufklärung. Dasselbe gilt von unserer Anfrage 22, „Sonderfürsorge für die Ostflüchtlinge“. Den Ausführungen von Kollege Richter können wir nur zustimmen.

**Abg. Willmann (KPD):**

Der Jugendfrage ist ja von allen Parteien bei den Anfragen und Anträgen entsprechende Beachtung geschenkt worden, und wir sind uns in jeder Hinsicht klar, daß es ein Problem ist, das vordringlicher Behandlung bedarf.<sup>244</sup> Wir als Kommunistische Partei haben deshalb unseren Antrag 20 und 25 gestellt und durch den Arbeitsminister eine entsprechende Antwort erhalten. Wir ersehen daraus, daß auch von Seiten des Ministeriums die Angelegenheit so behandelt wird, daß man sagen kann, man wird das Außerste tun, was unter den gegenwärtigen beschränkten Verhältnissen möglich ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß man unter allen Umständen darauf sehen muß, daß die Jugendlichen nicht mehr von den einzelnen Stellen abgeschoben werden, sondern daß man ihnen die Möglichkeit gibt, ein Heim und eine Arbeitsstätte zu finden. Deshalb habe ich auch im Wirtschaftspolitischen Ausschuß angeregt, durch Schaffung von Lehrlingsheimen bei Großbetrieben die Jugend seßhaft zu machen. Es geht nicht an, daß die Jugend sich selbst überlassen bleibt. Auch von Seiten des Mi-

<sup>243</sup> Die CDU-Fraktion hatte in der Anfrage Informationen darüber verlangt, welche gesetzlichen Maßnahmen des Nazi-Regimes, die sich auf Jugend und Jugendfürsorge bezogen hätten, aufgehoben seien, und sich nach dem derzeitigen Stand und den zukünftig geplanten Maßnahmen für den Bereich der Jugendgesetzgebung erkundigt.

<sup>244</sup> Gemeint ist die Anfrage 20 der KPD über Maßnahmen zur Eingliederung arbeitsloser sowie heimatloser und herumwandernder Jugendlicher ins Berufsleben. Der Antrag 25 bezieht sich auf diese Anfrage und fordert die Kommunen auf, Lehrwerkstätten einzurichten und Heime zu schaffen, in denen die Jugendlichen untergebracht werden sollten.

nisteriums ist mehr als einmal erklärt worden, daß die Schaffung von Jugendheimen eines der vordringlichsten Probleme ist. Deshalb verstehen wir nicht, daß man von Seiten der Städte den Jugendlichen das Heim einfach durch ein Dekret nimmt. Ich spreche von dem Jugendherbergsheim in Darmstadt, das dem Verband für Jugendherbergen in Darmstadt gehört. Das Gebäude ist Eigentum des Fiskus und wurde dem Jugendherbergsverband zur Verfügung gestellt. Es sollte eine Heimstätte geschaffen werden für die aus dem Osten kommenden Jugendlichen oder Jugendliche, die keine eigene Heimstätte haben und die in Darmstadt in Lehrwerkstätten eine Ausbildung bekommen sollten. Ferner sollte ein Teil des Gebäudes als Studentenheim Verwendung finden. Von allen diesen Seiten wurde der Wiederaufbau des zerstörten Gebäudes tatkräftig unterstützt, und die Jugendlichen haben sich mit ganzer Kraft zur Verfügung gestellt. Es wurden nicht nur erhebliche Mittel in Sammlungen beschafft, sondern auch Material für die Instandsetzung. Von Seiten des Jugendherbergsverbandes wurde in Erkenntnis dessen, daß die Freigabe des Gebäudes allein nicht genügt, sich das Gebäude zu sichern, ein Vertrag mit dem Oberfinanzpräsidium geschlossen. Eines Tages wurde plötzlich erklärt, daß der Bau für andere Zwecke benötigt werde und der Herbergsverband solle sich anderweitig ein neues Heim schaffen.

Auf diese Weise kann man keine dringenden Probleme lösen. In diesem Hause soll der Rechnungshof für Groß-Hessen untergebracht werden. Ich verstehe, daß der Rechnungshof wichtig ist und daß die Stadt Darmstadt sich bemüht, diesen Rechnungshof in ihren Mauern unterzubringen, denn durch die Neubildung des großhessischen Staates ist die Stadt von Verwaltungsbehörden sehr stark entblößt worden. Das darf aber keineswegs zum Nachteil der Jugend geschehen, und es müßte eine andere Lösung gefunden werden, da in dem Wiederaufbau ein Betrag von 30 000 Mark steckt und auch die Materialien niemals mehr für diesen Zweck gestiftet werden. Wenn sich die Stadt bemüht und vom Finanzministerium unterstützt wird, so kann meiner Ansicht nach viel schneller ein zerstörtes Gebäude instand gesetzt werden, als wenn dies dem Jugendherbergsverband überlassen bliebe. Ich habe mit verschiedenen Stellen verhandelt, um eine Lösung zu finden und den Vorschlag gemacht, nachdem das Oberfinanzpräsidium in Darmstadt aufgelöst worden ist, man solle das große Finanzamtsgebäude, das in Darmstadt zur Zeit repariert wird, zu einem Teil dem Rechnungshof überlassen, denn der Rechnungshof wird ja am Anfang nicht in der vollen Stärke anlaufen. In diesem Falle könnte man dem Herbergsverband das Heim belassen. Wir hoffen, daß in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Wir haben die Sache bereits im Geschäftsführenden Ausschuß behandelt, und ich hatte erwartet, daß bis zum heutigen Tage eine Entscheidung getroffen wird und daß man die Lage so sieht, wie sie gesehen werden muß, eben von dem Standpunkt aus, daß uns jedes Mittel recht sein muß, die Jugend von der Straße wegzubekommen. Ich stelle die Frage heute nochmals zur Diskussion und bitte auch die Presse, sich der Sache anzunehmen. Vielleicht kann der Herr Ministerpräsident uns eine Lösung sagen, die der Sache gerecht wird. Die Lösung, die vom Finanzministerium angestrebt wird, ist eine brüske Zurücksetzung aller Rechte des Deutschen Jugendherbergswerkes und des Deutschen Studentenbundes. Ich bitte, daß Sie alle diese Angelegenheit unter-

stützen, damit wir hier nicht nur reden, um für die Jugend etwas zu schaffen, sondern praktisch helfen.

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß ich dem Jugendproblem ganz besonderes Interesse entgegenbringe. Ich habe deshalb auch die Eingabe, die sich auf diese Jugendherberge bezieht, sofort mit meiner Befürwortung an den Herrn Finanzminister weitergegeben. Ich hatte noch keine Zeit, das Problem mit ihm im einzelnen zu besprechen. Ich kann aber erklären, daß, wenn irgendwie die Interessen des Finanzministeriums sich mit dem Verlangen bezüglich der Jugendherberge vereinbaren lassen, ich selbstverständlich dafür eintrete, daß das Gebäude der Jugend erhalten bleibt.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht noch folgendes sagen: Ich habe bei einer Besprechung mit General Clay die Frage der Generalamnestie für die Jugend angeschnitten und habe mich persönlich dafür eingesetzt, daß der Rahmen der Freistellung der Jugend erheblich weiter gezogen werde, als es jetzt im Gesetz zur politischen Befreiung der Fall ist <sup>245</sup>. General Clay hat das sehr erwidert entgegengenommen und gesagt, daß, wenn dieser Gedanke in der richtigen Form an ihn herangetragen würde, er sehr geneigt wäre, unseren Wünschen entgegenzukommen. Ich glaube, es ist durchaus richtig, wenn wir versuchen, die jungen Menschen in diesem Gesetz freier zu stellen, als es bisher der Fall ist.

Übrigens habe ich mir bei dieser Gelegenheit nochmals versichern lassen, daß die Verantwortung für die Durchführung des Gesetzes zur politischen Befreiung ausschließlich bei uns liegt und daß namentlich eine Kritik von Sprüchen der Spruchkammern durch amerikanische Behörden ausgeschlossen ist. Es ist mir auch mitgeteilt worden, daß ein Offizier, der eine gegenteilige Äußerung gemacht hat, aufgefordert wurde, diese zurückzunehmen. Wir können also damit rechnen, daß uns die Verantwortung bleibt und nicht durch eine gegenteilige Erklärung der amerikanischen Militärregierung wieder aus der Hand genommen wird.

**Abg. Zeiß (KPD):**

Meine Damen und Herren! Die ungeheure Not der Ostflüchtlinge hat der Fraktion der Kommunistischen Partei Veranlassung gegeben, die Anträge Nr. 27, 28 und 29<sup>246</sup> im Plenum zur Diskussion zu stellen. Wir geben uns dabei der Hoffnung hin, daß durch einen Appell an die Bevölkerung die Notlage für die Ostflüchtlinge gemildert wird. Wir kennen die Einstellung der Bevölkerung, na-

<sup>245</sup> Am 6. August erließ die Großhessische Staatsregierung eine Amnestie-Verordnung zum sogenannten Befreiungsgesetz, die für die nach dem 1. Januar 1919 Geborenen eine Amnestie vorsah, falls diese nicht in die Klassen I Hauptschuldige oder II Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer) eingestuft worden waren. Vgl. GVBl. 25 (1946), S. 173.

<sup>246</sup> Antrag 27 fordert die schnellstmögliche Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge; Antrag 28 appelliert an die hessische Staatsregierung, sich im Länderrat und beim Kontrollrat für die Rückführung der Evakuierten auf freiwilliger Basis einzusetzen; Antrag 29 weist darauf hin, daß bei der Ankunft der Flüchtlinge darauf zu achten sei, die aus bestimmten Industrien abgewanderten Arbeitskräfte zu erfassen und die Übersiedlung so vorzunehmen, daß im gleichen Industriezweig ein geschlossener Einsatz möglich werden würde.

mentlich auf dem Lande, es muß aber alles getan werden, um die Flüchtlingsnot soweit herabzudrücken, wie es möglich ist. Die Unterbringung ist schlecht, wie sich ja auch die Regierungskommissare davon überzeugen konnten. Man sieht Dinge, die man nicht glauben sollte. In einem Raum zum Beispiel von 11–12 Quadratmetern wickelt sich das ganze tägliche Leben einer Familie ab; Vater und Mutter und der Bub von neun Jahren schlafen in einem Bett. Wir werden unbedingt andere Maßnahmen ergreifen müssen, wenn wir diese Mißstände beseitigen wollen.

Wir sehen auch eine Gefahr darin, wie heute die Behörden arbeiten. Kommt man mit einer Frage wegen des Baues von Flüchtlingswohnungen zum Hochbauamt, dann heißt es: „Wenn Sie das nötige Baumaterial beschaffen können, dann soll es uns recht sein!“ Es ist unbedingt nötig, die Wohnungen, die mit wenig Baumaterial hergestellt werden können, zuerst den Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Heute ist es so: Wer nicht schieben kann, bekommt auch nichts, auch bei den Baumaterialien. Es muß deshalb alles versucht werden, diese Mißstände abzustellen. Wir haben alles versucht in unserer Gemeinde das notwendige Baumaterial für die Ostflüchtlinge zu beschaffen, aber bei jedem Bürgermeister, zu dem wir kamen, wurde uns gesagt: „Wir haben kein Holz!“

Das Verhalten der Quartiergeber ist auch nicht viel besser. Ich kenne einen Fall, wo eine Frau von 70 Jahren auf dem Bett liegt und es nicht einmal für notwendig gehalten wird, ihr Stroh zu geben. Gerade in den Ortschaften gibt es für die Flüchtlinge viel Anlaß zum Klagen, oft ist ein ganzer Ort verwandt, versippt und so wird nichts getan. Die Ortseinwohner lehnen es ab, die Ostflüchtlinge aufzunehmen, ein Zustand, der auf die Dauer untragbar ist. So auch in der Gemeinde Fürth. Es fehlt an dem gegenseitigen Vertrauen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß ein Drittel der Flüchtlingsausschüsse aus Ostflüchtlingen bestehen soll. Dadurch wird das Vertrauen gestärkt und es ist leichter möglich, die Beschwerden abzustellen.

Die Finanzierung ist auch eine Frage von Wichtigkeit. Ich komme öfters auf kleine Bürgermeistereien. Hier wird einem gesagt: „Was sollen wir machen?“ Es wird keine endgültige Auskunft gegeben, wie man zu dem Geld von dann und dann gelangen kann, und manche Gemeinde ist überhaupt nicht in der Lage, die Finanzierung für die Ostflüchtlinge durchzuführen.

Aus der französischen Zone hört man, daß die Leute zwangsweise das französisch besetzte Gebiet verlassen müssen<sup>247</sup>. Aus unserem Gebiet kommen noch keine Leute fort. Es muß versucht werden, mit der Militärregierung der französischen Zone in Verbindung zu treten, damit dies auch unterbleibt. Ich glaube, es hat keinen Zweck, daß wir hierüber eine große Debatte führen, denn wir sind uns ja alle einig darüber, daß die Zonengrenzen fallen müssen. Wir müssen

<sup>247</sup> Die französische Besatzungsmacht weigerte sich nicht nur, Vertriebene aufzunehmen, sondern verfolgte auch am energischsten den Plan, Evakuierte — wenn nötig zwangsweise — in ihre Heimat zurückzuführen. Sie hielt vor allem deshalb daran besonders lange fest, weil errechnet worden war, daß die französische Zone bei einem Austausch weit mehr Evakuierte in andere Zonen abschieben könnte als sie aufnehmen müßte. Vgl. Sommer, Flüchtlinge, S. 61ff. u. S. 302f.

deshalb alles versuchen und bei den Militärbehörden alles unternehmen, um die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Meine Damen und Herren! Die letzten Worte des Herrn Vorredners geben mir Veranlassung zu erklären, daß diese Überwindung der Zonengrenzen eine der Hauptaufgaben meines Lebens ist. Ich habe jetzt gerade bei Besprechungen in Stuttgart erreicht, daß — wie ich hoffe — im September die erste Zusammenkunft der Regierungschefs aus den vier Zonen in Frankfurt oder Wiesbaden stattfinden wird<sup>248</sup>.

(Zuruf: Bravo!)

Ich kann überhaupt mit besonderer Befriedigung feststellen, daß die amerikanische Militärregierung diesem Einheitsgedanken ein ganz besonderes Verständnis entgegenbringt. Es war mir erfreulich, aus dem Munde des Generals Clay zu hören, daß bei der Ausarbeitung der Landesverfassung der Reichsgedanke nicht übersehen werden darf, wie das in manchen Artikeln in Schweizer Zeitungen zum Ausdruck kommt, worin hervorgehoben wird, daß in einem der Verfassungsentwürfe vom Reich überhaupt nicht die Rede sei. Wenn wir uns von einem amerikanischen General sagen lassen müssen, den Reichsgedanken nicht außer acht zu lassen, so ist es unsere Schuldigkeit, selber an ihn zu denken.

Was die Flüchtlingsfrage anbelangt, so hat der Herr Vorredner mit Recht hervorgehoben: Nicht Worte, sondern Taten! Ich habe in einer persönlichen Unterhaltung mit General Clay Gelegenheit genommen, auch über dieses Problem zu sprechen. Es wäre mir lieb, wenn die Presse von dem, was ich sage, nichts bringen würde, weil es die Situation erschweren könnte. Ich habe Herrn Clay darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig ist, neuen Wohnraum zu erstellen, und daß sich dem als außerordentliches Hindernis entgegenstellt, daß die amerikanische Militärregierung sowohl an Baustoffen wie an Arbeitskräften einen ganz erheblichen Prozentsatz unserer Leistungsfähigkeit für sich in Anspruch nimmt. Ich habe mir die Erlaubnis bei ihm erwirkt, daß wir ein Exposé unmittelbar an ihn richten und ihm die Ziffern der Inanspruchnahme darlegen, damit er sich ein Urteil bilden kann, wieviel von diesen Kräften wir für unseren eigenen Bedarf nicht haben. Er hat dieser Frage das größte Interesse entgegengebracht. Er hat von selbst das Holzproblem angeschnitten und gesagt, darin sehe er eines der ernstesten Zeichen unserer gegenwärtigen Lage. Er hat mich gebeten, nachzuweisen, wieviel Holz heute für Exportzwecke verwendet wird, wieviel von der amerikanischen Militärregierung in Anspruch genommen wird und wieviel für unseren Bedarf noch übrigbleibt. Das sind also Möglichkeiten, die wir bis zum Letzten ausnützen müssen, und ich hoffe, daß wir bald in der Lage sind, diese Aufstellung Herrn General Clay zu unterbreiten.

Ich habe ihm zum Schluß noch gesagt, ich würde eine große Erleichterung des Wohnungsproblems und Beschlagnahmeproblems darin erblicken, wenn sich die amerikanische Militärregierung entschließen könnte, Deutsche in den

<sup>248</sup> Dieses Zusammentreffen sollte am 4. und 5. Oktober in Bremen stattfinden. Vgl. die Unterlagen darüber in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 15.

Häusern zu lassen, in die die Amerikaner einziehen. Es wäre ein ganz anderes Verhältnis, wenn sie wenigstens ein oder zwei Zimmer von ihrer jetzigen Wohnung behalten könnten. Er hat mir versprochen, auch diese Frage einmal zu prüfen, und erklärt, daß es in der französischen Zone so ist. Die Verhältnisse hätten sich doch so gebessert, daß man auch amerikanischen Offizieren und Privaten zumuten könnte, mit Deutschen zusammenzuwohnen.

Das sind also Fragen, bei denen ich dem Herrn Arbeitsminister in der Erörterung des Flüchtlingsproblems nicht vorgreifen möchte.

**Abg. Weidner (LDP):**

Das Flüchtlingsproblem bleibt wohl noch lange Zeit das Hauptproblem. Der bäuerlichen Bevölkerung muß so viel Verständnis nahegebracht werden, daß sie die Leute aufnimmt. Es ist der wahrste Satz, wenn es hier heißt, eine der Hauptschwierigkeiten liegt in der Haltung der deutschen Bevölkerung, welche noch nicht die Verpflichtung gegenüber der heimatlos gewordenen deutschen Bevölkerung aufbringt. Man kann sagen, es ist der größte Teil der Bevölkerung, die das tut. Ich will ganz kurz die Gründe darlegen, daß das in gewissem Grade seine Berechtigung hat. Wenn man eines Tages hört, daß Flüchtlinge ins Dorf kommen, und die Landbevölkerung sich bereit erklärt, die Leute aufzunehmen – in diesem Falle rede ich von mir selbst –, wenn sich dann herausstellt, daß der Mann, der mit Frau und zwei Kindern kommt, schwer lungenkrank ist, dann können Sie verstehen, wenn auch ein Pfarrer sagt, der selbst eine kranke Frau zu Hause hat: „Das geht natürlich nicht, das ist unmöglich, daß in ein Haus, das selbst Kranke hat, Menschen kommen, die tuberkulös sind.“ Als ich den Flüchtlingskommissar von Butzbach kürzlich sprach, sagte der Mann: „Sie haben vollkommen recht, und es ist mein Bestreben gewesen, dafür zu sorgen, daß diese Leute von vornherein nicht aufs Land kommen.“ Wir haben sehr viele Bauersfamilien, in denen solche schwerkranke Leute untergebracht sind. Hier muß Wandel geschaffen und dafür gesorgt werden, daß die Leute in eine Heilanstalt kommen. Der Bauer will bekanntlich nur Leute haben, die arbeiten können, es sind ihm auch die Kinder schon zuviel. Ich wünschte Ihnen, selbst einmal zu erleben, was auf dem Landratsamt in Friedberg sich täglich ereignet. Es ist nichts seltenes, daß bei den Ausschreitungen die Polizei geholt werden muß. In einer Entschließung hat es geheißen, die Presse, der Rundfunk, die karitativen Verbände sollten aufklärend wirken. Der Bauer hat täglich seine Arbeit, er beachtet die Presse nicht. Es gibt nur eine Möglichkeit, und ich wundere mich, daß das nicht gesagt worden ist, daß man die Kirchenbehörden auffordert, den Leuten energisch ins Gewissen zu reden. Die Kirche kümmert sich heute um so viele Dinge, sie kann sich auch um die Flüchtlinge kümmern.

Es ist und bleibt weiter wahr, daß von der christlichen Gesinnung sehr wenig zu merken ist, und ich möchte allen denen, die es angeht, ein Mittel sagen: Eröffnen Sie alle Versammlungen demnächst damit, daß Sie der Flüchtlingsnot gedenken. Es heißt wohl jetzt, daß Sie antreten sollen zur Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung, aber ich glaube, daß auch das Volk in guter Verfassung sein sollte. Man kann den Leuten einmal ganz energisch die Meinung sagen, und dazu sind in erster Linie berufen die christlichen Parteien, vor allem die CDU, und ich stelle da auch dauernd fest – ich nehme die Evangelische

Kirche nicht aus —, daß gerade in Gegenden, wo man das nicht erwarten sollte, eine besonders ablehnende Haltung besteht. In dem Bericht eines Flüchtlingskommissars ist gesagt, daß sogar Pfarrhäuser mit vielen Räumen es ablehnen, Flüchtlinge aufzunehmen. Ich kann das nur aufs tiefste bedauern. Ich kann verstehen, daß es keinem Menschen gefällt, Flüchtlinge zu haben, aber die Not ist groß, und wenn ich christlich sein will und christlich rede, dann muß ich mit bestem Beispiel vorangehen. Es ist also zunächst einmal notwendig, daß Sie bei Ihren Versammlungsreden auch auf das Flüchtlingsproblem zu sprechen kommen und den Leuten auf dem Lande ihre Pflicht ans Herz legen, und ich wiederhole meine Anregung, daß die Kirchen aufgefordert und gebeten werden, sich dieser Frage auch sehr bereitwillig anzunehmen.

Heute ist Deutschland über Nacht christlich geworden. Wir fallen von einem Extrem ins andere.

(Zuruf: Sehr gut!)

Früher waren wir nicht christlich. Wenn wir hier nicht anfangen wollen, unser Volk zu erneuern durch wahrhaftige Art, dann wäre alle unsere Aufbauarbeit umsonst.

**Abg. Bauer (LDP):**

Wir haben von dem Berichterstatter unter anderem auch einige Bestimmungen über das Arbeitsverpflichtungsgesetz gehört. Wichtig ist die Frage: Wann tritt das Arbeitsverpflichtungsgesetz in Kraft? Wir warten schon lange darauf<sup>249</sup>. Wie notwendig es ist, das nur an einem Beispiel: Ich komme aus Marburg. Wir mußten in Kürze Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Dieselben sind auch da. Nach Ansicht des Oberbürgermeisters und des Landrats besteht aber keine Möglichkeit, diese Leute zur Arbeit heranzuziehen. Wir haben uns erkundigt in Hanau, Kassel und Gießen, haben aber überall die gleiche Meinung gehört, daß man nichts tun kann, um die Leute heranzuziehen. Wir haben in Marburg, als das Arbeitsverpflichtungsgesetz angekündigt wurde, uns wieder bemüht, die Arbeitskräfte zu bekommen, denn bei den auszuführenden Arbeiten handelte es sich um Aufgaben, die wir für die Besatzung erfüllen mußten. Arbeiten für die Wasserversorgung und so weiter. Es wurden Maßnahmen in die Wege geleitet, und von 60 Arbeitern wurden uns 15 vom Arbeitsamt zugeschickt. Was können wir dazu tun, ich möchte eine Antwort mit nach Hause nehmen. Viele dieser Elemente, die durch die Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen sind, hungern draußen herum, während sie für dringende Arbeiten nötig wären. Was soll dagegen geschehen? Diese Frage ist viel wichtiger als die Flüchtlingsfrage. Alles andere ist jetzt nicht so dringend, entscheidend ist für Deutschland, wie kommen wir zwangsweise an die Arbeit! Wir denken nicht gern an Zwang, aber

<sup>249</sup> Endgültig verabschiedet wurde das Arbeitsverpflichtungsgesetz erst im August 1947, nachdem es im Mai 1947 dem Landtag in überarbeiteter Form zur ersten Lesung vorgelegt worden war. Um dem Arbeitsverpflichtungsgesetz den Charakter einer „Strafmaßnahme“ zu nehmen, wurde im überarbeiteten Entwurf besonders die Einbindung der Maßnahme in Artikel 28 der Hessischen Verfassung betont, der die menschliche Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Staates stellt und jedem ein Recht auf Arbeit einräumt, aber auch jedem „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht“ zur Arbeit auferlegt. Vgl. HStAW Abt. 502 Nr. 11997.

ohne Zwang geht es eben nicht. Wir wünschen, daß das Gesetz bald in Kraft tritt.

**Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Binder:**

Zu den Ausführungen der verschiedenen Redner über die Flüchtlingsfrage und die Unterkunftsmöglichkeiten habe ich einige Angaben zu machen. Das Kabinett hat sich in einer Sondersitzung<sup>250</sup> eingehend mit der Flüchtlingsfrage beschäftigt; ferner haben sich der Flüchtlingsausschuß, der Aufbaurat meines Ministeriums und verschiedene Landratskonferenzen ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt. Nach alledem sind wir daran, ein Notbauprogramm aufzustellen das inzwischen in der Presse bekannt geworden ist. Daß ein solches Notbauprogramm nicht ohne große Schwierigkeiten durchzuführen sein wird, darüber müssen wir uns allerdings klar sein. Es hängt davon ab, ob eine gewisse Menge von Baustoffen und eine gewisse Zahl von Arbeitskräften zur Verfügung stehen werden, um ein solches Notstandsprogramm starten zu können. Wir glauben nun aber, daß wir der Schwierigkeiten in gewissem Umfang Herr werden können, wenn wir uns darauf beschränken, nur das Notwendigste zu bauen. Man soll sich auch in solchen Fragen nicht übernehmen, denn es ist nicht gut, wenn es sich hinterher zeigt, daß ein solches Programm nicht durchzuführen ist, weil die einzelnen Umstände dies nicht ermöglichen.

Ich sagte schon, daß ein solches Bauprogramm davon abhängt, in welchem Umfange wir Baustoffe erhalten. In den Dörfern und zum Teil in den kleineren Städten gehen unsere Bemühungen dahin, auf bodenständige Bauweise zurückzugreifen und örtlich vorhandene Baustoffe in möglichst hohem Maße heranzuziehen. Wir werden ferner auf die Selbsthilfe zurückgreifen und die heimische Bevölkerung in stärkstem Maße zu dieser Selbsthilfe heranziehen, so daß hier wirklich gemeinnützige Arbeit geleistet würde. Dazu gehört nicht nur, daß sich der einzelne mit seiner Arbeitskraft, sondern auch mit seinem Gespann zur Heranbringung der Baumaterialien zur Verfügung stellt.

Es wurde gefragt, welche Absichten und Pläne wir haben. Wir glauben, ein Programm von 5000–6000 Wohnungen im Laufe eines Jahres zur Durchführung zu bringen, wenn ein bestimmter Prozentsatz Baustoffe zu diesem Spezialbauprogramm zur Verfügung gestellt werden kann. Wir nehmen an, daß 10% der Kontingente für das Bauprogramm zur Verfügung gestellt werden können; wir werden dann diese 10% an die Landräte verteilen, da sie ausschließlich für das Notbauprogramm Verwendung finden sollen. Neben dieser Zuteilung aus den Baustoffkontingenten nehmen wir an, daß alle im Lande vorhandenen Naturbaustoffe, Lehm und so weiter, keinerlei Beschränkungen erfahren werden und uns zugleich das Baumaterial aus den Trümmerstätten ebenfalls unbeschränkt zur Verfügung gestellt wird. Wir erwarten, daß zwischen den Kreisen, die in der Nähe von Städten gelegen sind, in denen größere Zerstörungen stattfanden, Abkommen getroffen werden; daß also der Landkreis A mit der Stadt B

<sup>250</sup> Diese Sondersitzung hatte am 9. Mai 1946 stattgefunden. Vgl. das Protokoll in HStAW Abt. 502 Nr. 4965.

<sup>251</sup> Der gemeinsame Erlaß des Ministers für Wiederaufbau und politische Befreiung und des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt über ein „Wohnungsnotbauprogramm für Ostflüchtlinge“ vom 7. Mai 1946 findet sich in HStAW Abt. 508 Nr. 2040.

ein Abkommen trifft, daß bestimmte Orte ausgegliedert werden zugunsten des Notbauprogramms. Es sind uns da starke Grenzen gesetzt, einmal durch die Transportlage, zum anderen aber spielt auch die Entfernung im einzelnen eine Rolle. Ich hoffe und wünsche, daß von den Landräten und Bürgermeistern sehr bald solche Vereinbarungen getroffen werden und die bäuerliche Bevölkerung Wagen und Gespanne zur Verfügung stellen wird.

Die Holzbeschaffung wird durch ein besonderes Abkommen mit der Forstverwaltung möglich gemacht. Wir können zwar nicht die wertvollen Hölzer beanspruchen, aber im Wege der Durchforstung gibt es eine Menge von Holz, das, ohne der Forstkultur zu schaden, für unsere Zwecke zur Verfügung gestellt werden kann, wobei auf je 4 Hektar etwa 1 Festmeter Holz entfallen wird. Aber auch zum Schlagen dieses Holzes sind Arbeitskräfte bereitzustellen, und zwar im Wege des freiwilligen Arbeitseinsatzes und besonders durch Heranziehung der Neubürger sowie der übrigen dörflichen Bevölkerung, die sonst nicht für die Waldarbeiten herangezogen werden kann. Die Bearbeitung des Holzes muß ebenfalls im Wege der Selbsthilfe geschehen, sie darf auch nicht über die Sägemühlen erfolgen, das Holz muß also außerhalb der Distrikte bearbeitet werden. Einschlag und Anfuhr müssen, wie gesagt, ebenfalls im Wege der Selbsthilfe erfolgen.

Eine weitere Quelle, um Baustoffe sicherzustellen, sind die Baumaterialien, die in den Gemeinden vorhanden sind und von privaten Besitzern angesammelt wurden. Auch diese können nutzbar gemacht werden, sofern sie nicht für Sofortzwecke bereitstehen. Ergeben sich Schwierigkeiten, dann geben wir den Landräten das Recht zur Beschlagnahme, um sie für das Notbauprogramm nutzbar zu machen. Nach Ansicht mancher Landräte und Bürgermeister handelt es sich um nicht geringe Mengen; es besteht insbesondere aus wertvollem Schnittholz, das seit Jahren angesammelt wurde, um für bestimmte Zwecke Verwendung zu finden. Wenn diese Baustoffe aber nicht für Sofortzwecke bestimmt sind, müssen sie ebenfalls für das Notbauprogramm nutzbar gemacht werden.

Ich sagte schon, daß 10 % des Kontingents an Baumaterialien den Landräten zur Verfügung gestellt werden, so daß in Verbindung mit den Naturbaustoffen, den Baustoffen aus den Trümmern und den etwa zu beschlagnahmenden Baustoffen das Notbauprogramm durchgeführt werden kann. Um die Dinge von vornherein auch einfach zu gestalten, haben wir einen bestimmten Wohnungstyp den einzelnen Kreisen zur Verfügung gestellt, der im voraus die baupolizeiliche Genehmigung hat und von allen formalen Dingen befreit ist. Der Typ wird aber variabel sein, daß für eine, zwei, drei und vier Familien ein, zwei, drei Räume zur Verwendung kommen können. Wenn wir dann später wieder freiere Verhältnisse haben, wird der Typ so gestaltet, daß die kleineren Einheiten zusammengeworfen werden, um dann nochmals als Einfamilienhaus zu dienen. Es kommt jetzt vor allem darauf an, den Typ so zu gestalten, daß den jetzigen Bedürfnissen Rechnung getragen wird, ohne zu allzu primitiven Verhältnissen zu kommen.

Wir lehnen es selbstverständlich ab, sogenannte Behelfsbauten zu errichten. Wir müssen darauf achten, daß die Bauten auch einen gewissen Bauwert haben, in das Dorf mit seinen Einrichtungen hineinpassen und das dörfliche Bild nicht verschandeln. Wir wissen, daß auch die Behelfsheime eine Zukunftsmöglichkeit

haben. Wir gingen bei der Typengestaltung davon aus, daß sich das Bauliche und Architektonische in das Dorfbild gut einfügt. Es handelt sich dabei um einfache, schlichte Wohnhäuser, die gewöhnlichen Ansprüchen Genüge leisten.

Was die Lehmbauweise betrifft, so haben wir in Hessen gute Lehmvorkommen. Mit dem Lehmvorkommen allein aber ist es nicht getan. Wir müssen auch dafür sorgen, Fachkräfte zu haben, die den Lehm als Baustoff verarbeiten können. Wir werden danach streben, Kräfte zu bekommen, die in der Lehmbaustelle Wiesbaden-Dotzheim ausgebildet werden, damit künftig in den einzelnen Kreisen Fachleute vorhanden sind, die mit der Verarbeitung von Lehm vertraut sind und die heranzuziehenden Arbeitskräfte anleiten können. Es ist notwendig, auch die Kunst des Bruchsteinbaues wieder zu erlernen, wofür in den letzten Jahrzehnten die Erfahrungen verloren gegangen sind. Es muß versucht werden, die noch vorhandenen Fachkräfte hierfür zu gewinnen, daß sie andere anleiten und heranbilden.

Damit komme ich zugleich zu der Frage der Heranziehung der Fachkräfte überhaupt. Wir dürfen die Fachkräfte den anderen Stellen aber auch nicht entziehen. Gerade die älteren Baufacharbeiter, die noch in den Dörfern zu finden sind, soll man heranziehen und ihnen den Auftrag geben, andere Kräfte auszubilden, damit die Zahl der Arbeitskräfte von Woche zu Woche wächst, die als wirkliche Facharbeiter eingesetzt werden können. In keinem Fall sollten diese Facharbeiter bei der Herstellung der zerstörten Wohnhäuser in den Städten eingesetzt werden. Wir werden alles vermeiden, daß bei den Restaurierungsarbeiten in den zerstörten Städten und Landgemeinden solche Facharbeiter beansprucht werden. Als Träger für diese Wohnbaublocks sind in erster Linie Genossenschaften und dergleichen heranzuziehen.

Wir wollen auch da keine komplizierten Verfahren, sondern die Gemeinden sollen als Träger auftreten und da, wo der einzelne Bauherr, also wo gerade ein Bauer ein Grundstück zur Verfügung hat und selbst ein Wohnhaus erstellen will, sollen keinerlei Beschränkungen auferlegt werden. Baulücken sollen möglichst bebaut werden, damit nicht erst Wege und Anlagen errichtet werden müssen, so daß also größere Planungsarbeiten vermieden werden können. Sofern eine Gemeinde eigenes Land zur Verfügung hat, soll das in erster Linie ausgenutzt werden; wenn das nicht der Fall ist, sind die Privatbesitzer zu veranlassen, ihre eigenen Grundstücke zu bebauen und die Wohnungen der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Wir halten es im Augenblick nicht für zweckmäßig, die Neubürger als Träger einzusetzen, da wir ja jetzt gar nicht wissen, ob diese nicht im nächsten Jahre schon wieder verzogen sind, weil die endgültige Seßhaftmachung von der Arbeit abhängig ist. Man sollte sie jetzt noch nicht mit dem Eigentum belasten, sondern ihnen ihre Freizügigkeit noch belassen.

Nun zur Frage der Finanzierung. Es handelt sich noch nicht um die Frage der Dauerfinanzierung, es kommt jetzt vielmehr darauf an, die gesamten Bauvorhaben mit Zwischenkrediten zu finanzieren. Die Finanzierung ist sichergestellt in der Form, daß wir von der Hessischen Staatsregierung die Zwischenkredite bekommen, 50–60 Millionen RM, die der Finanzminister den Gemeinden zinsfrei zur Verfügung stellen wird. Sobald die einzelnen Einheiten fertiggestellt sind, werden sie in einem abgerechnet, um dann zur Dauerfinanzierung zu kommen.

Ich hoffe – und das ist auch die Meinung anderer Sachverständiger –, daß es nicht schwer sein wird, dann einen erheblichen Teil des Kapitals zur Dauerfinanzierung auf dem allgemeinen Kapitalmarkt zu bekommen, so daß nur noch ein kleiner Teil des Kapitals für die Dauerfinanzierung notwendig sein wird. Damit werden wir erreichen, daß die Zwischenkredite zurückfließen und für neue Bauvorhaben zur Verfügung stehen.

Dabei komme ich auch auf die Gestaltung der Mieten und der Zinspolitik. Hier heißt es, keine hohe Verzinsung, damit nicht die Inhaber auf der anderen Seite Mietzuschüsse von der Fürsorge erhalten müssen. Deshalb muß das Bestreben darauf gerichtet sein, die Mieten so zu gestalten, daß sie auch von den Inhabern getragen werden können.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Ihnen ein Bild gegeben zu haben von dem, was wir in der nächsten Zeit zur Durchführung in dieser Frage fertig bekommen können. Ich möchte feststellen, daß wir bewußt alles in einem Rahmen halten, der durchführbar erscheint, daß wir nicht Hoffnungen erwecken wollen, die sich nicht erfüllen lassen, sondern daß wir Schritt für Schritt vorgehen und erst Erfahrungen sammeln müssen. Wenn aber dieses bescheidene Programm zur Durchführung kommt, dann haben wir weitere Erfahrungen gesammelt, die sich für die Durchführung weiterer Bauaufgaben nützlich erweisen. Sie werden aus diesen Darlegungen erkennen, daß wir noch keine großen zusammenhängenden Siedlungen errichten, sondern nach und nach in jeder Gemeinde eine gewisse Anzahl Wohnungseinheiten schaffen wollen, um sie passend in das Dorfbild einzureihen. Wir werden nicht untätig sein hinsichtlich der Planung und Schaffung von großen Siedlungen, an die Verwirklichung aber erst dann herantreten, wenn wir größere Bewegungsfreiheit haben und wenn eine größere Arbeitsmöglichkeit für die Siedler vorhanden ist. Wir haben den Augenblicksnöten der Flüchtlinge Rechnung zu tragen, ohne unsere großen Ziele für die Zukunft zu verbauen. Ich bitte diesen Plänen Ihre Beachtung zu schenken, wie auch die Landräte es als durchaus tragbar angesehen haben, daß wir tatkräftig an alle diese Dinge herantreten sind in einem Umfang, dessen Durchführung auch tatsächlich gesichert erscheint. Wenn man sich etwas vornimmt, soll man sich auch über die Grenzen klar sein, wie weit die Durchführung möglich ist. Es ist aber besser, ein bescheidenes Programm durchgeführt, als ein großes Programm, das nicht durchgeführt werden kann, sondern mittendrin steckenbleibt.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Ich möchte sagen, daß wir heute so tun wollen, als ob wir in der Redezeit nicht beschränkt wären. Wir werden aber morgen die Zeit einteilen, sonst werden wir nicht fertig. Ich darf aber wohl darauf hinweisen, daß sich die nachfolgenden Redner einer wohlerwogenen Kürze befleißigen.

**Abg. Drott (SPD):**

Ich wollte noch einmal Gelegenheit nehmen, auf eine Frage zurückzukommen, die anlässlich der Erörterung über die Jugendherberge in Darmstadt behandelt wurde. Es ist notwendig, daß gerade wir hier im Landesausschuß einmal klar zum Ausdruck bringen, daß wir dieser Arbeit, die dort von jungen Menschen in

Selbsthilfe geleistet worden ist, die größte Beachtung schenken. Wenn die Behörden in Darmstadt der Auffassung waren, daß ein Rechnungshof nach Darmstadt kommen muß, so hätte man sich das früher überlegen sollen und nicht erst dann, wenn die jungen Menschen, die wir für unsere Auffassung gewinnen wollen, mit dem Heim fertig sind.

Es wurde hier die Frage der Generalamnestie der Jugend angeschnitten. Ich will hier für meine Fraktion folgendes zum Ausdruck bringen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man alle jungen Menschen, die von der Pest des Nationalsozialismus verseucht worden sind, soweit sie nicht Aktivisten oder kriminell Vorbestrafte sind, als nicht schuldig betrachten soll. Wir treten demzufolge dafür ein, daß wir allen jungen Menschen einen Generalpardon geben sollten nach der Maßgabe, daß diejenigen, die bei Beginn der Hitler-Diktatur, also im Jahre 1933, das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, straffrei ausgehen. Wir sind der Meinung, daß wir den jungen Menschen helfen müssen, sich in ein neues demokratisches Deutschland einzufügen und sich als aufbauende Kräfte in unserem neuen Deutschland zu bewähren. Es wäre angebracht und notwendig, daß wir diesen Generalpardon für die Jugend nach draußen tragen und Mittel und Wege finden, ihn gesetzlich zu verankern. Ich glaube, daß wir draußen in der Welt für diesen Generalpardon Verständnis finden werden.

Von unserer Fraktion ist der Antrag 55 betreffend die Herabsetzung der Preise für Arbeiterzeitkarten eingebracht worden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Gedanken in die Debatte werfen, daß man sich überlegen soll, die Fahrpreisermäßigungen für Jugendpflegefahrten wieder einzuführen, damit man der Jugend die Möglichkeit gibt, zur Entspannung aufs Land zu fahren.

**Abg. Philipp (CDU):**

Im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Ministers Binder, der uns die Hoffnung machte, das Wohnungsproblem zu erleichtern, möchte ich auf etwas hinweisen. Ich bin der Meinung, daß man zuerst die Städte aufbauen sollte, da diese am meisten zerstört sind. Wenn aber auf dem Lande für einen Hausbau das Material vorhanden ist, sollte man auch da die Baugenehmigung erteilen. Wenn dadurch neue Wohnungen erstellt werden, so ist es doch nur von Vorteil.

Ich komme nun auf unseren Antrag 19 betreffend Fürsorge für Soldatenfrauen und arbeitsunfähige Schwerbeschädigte zu sprechen. Eine große Anzahl Arbeiter hat sich Ersparnisse zurückgelegt, um zu einem eigenen Heim zu kommen. Nun sind diese Männer teilweise noch in der Gefangenschaft, aber die Frauen bekommen keine Unterstützung, weil, wenn mehr als 350 Mark Spargeld vorhanden ist, eine solche nicht gezahlt wird. Diese Härte müßte unbedingt in Wegfall kommen. Die Männer haben auf alles verzichtet und sich das Geld vom Munde abgespart, und nun wird den Frauen zugemutet, die Sparpfennige zu verbrauchen.

Was das Flüchtlingsproblem angeht, so bin ich Flüchtlingskommissar für eine Gemeinde von 3000 Einwohnern. Unsere Gemeinde ist überbewohnt. Das be-

<sup>252</sup> Offensichtlich liegt hier im Protokoll ein Auslassungsfehler vor. Deshalb die Ergänzung durch „noch nicht“.

weist schon die Tatsache, daß wir zum überwiegenden Teil Arbeiter sind. Nun wird uns gesagt, daß wir noch 1500 bis 2000 Flüchtlinge aufnehmen müssen. Dann könnten wir überhaupt nicht mehr nach gesundheitlichen Grundsätzen wohnen. Es wurde gesagt: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“ Dies ist schon wahr, es geht aber manchmal auch etwas über den Willen. Die Wohlfahrtsarbeit in unserer Gemeinde kann ich als vorbildlich hinstellen. Der Pfarrer steht an erster Stelle. Was hier in bezug auf die Unterbringung der Flüchtlinge, im Kochen für diese Flüchtlinge und so weiter geleistet worden ist, ist vorbildlich. In Antrag 53 ist gesagt, daß die öffentliche Gesundheit in hohem Maße gefährdet ist, weil sogar Kranke mit offener Tuberkulose wegen Raummangels nicht in Anstalten untergebracht werden können. Einen solchen Fall habe ich gestern wieder erlebt. Es kam ein Mann, der nur einer Leiche glich, mit vier unmündigen Kindern. Wo er untergebracht ist, schlafen im Nebenzimmer die Kinder der eigenen Familie. Die Klinik hat den Mann abgegeben wegen Raummangels. Ich bin zum Bürgermeister gegangen und habe gesagt, es müsse Abhilfe geschaffen werden.

**Abg. Leweke (CDU):**

Die Ausführungen des Herrn Kollegen Bauer von der LDP zu der Frage der Arbeitsdienstverpflichtung veranlassen mich zu einigen Worten. Es ist nicht so, als wenn diese Arbeitsdienstverpflichtung nun das Allheilmittel sein könnte, die Leute an die Arbeit zu bringen, sondern es sind da noch andere Mittel möglich, die vordringlich angewendet werden müssen. Die Verpflichtung durch Zwang dürfte erst das letzte Mittel sein. Die Arbeiten, wofür die Leute hauptsächlich benötigt werden, die Arbeiten des Wiederaufbaues, erfordern Fachkräfte für zum Teil schwere handwerkliche Arbeit. Leute, die für diese Arbeiten geeignet sind, sind auch zum größten Teil bereits eingesetzt. Wenn die Leute aber bei der Besatzungsmacht zu weit höheren Bezügen unterkommen können, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie dahin gehen. Andererseits muß man auch bei denjenigen, die hier so angeblich herumlungern — was auch tatsächlich der Fall ist —, menschliches Verständnis haben. Es sind fast durchweg Leute aus kaufmännischen und Büroberufen. Wenn sie noch Sparguthaben besitzen und dann für 70 Pfennig Stundenlohn auf den Bau gehen sollen, so ist das für sie eine große Zumutung. Aber herangebracht werden müssen sie an die Arbeit und da müssen noch andere Anreize geschaffen werden, zum Beispiel eine andere Lohnpolitik, und wenn immer gesagt wird, wir können das Lohn- und Gehaltsniveau nicht erhöhen, dann muß eben auf der einen Seite etwas weggenommen werden, um es auf der anderen Seite für die Bezahlung der notwendigen Arbeiten einzusetzen. Dann muß auch auf währungspolitischem Gebiet endlich einmal etwas geschehen, damit die Möglichkeit unterbunden wird, nicht von irgendwelchen Rücklagen zu leben, sondern von ehrlicher Arbeit.

Ein Wort möchte ich auch noch sagen bezüglich des Flüchtlingsproblems. Herrn Pfarrer Weidner möchte ich sagen, daß seine Bemerkung über die CDU wirklich unangebracht war. Wenn andere Parteien vorherrschend wären, glaube ich nicht, daß die Verhältnisse anders wären. Wir wollen uns doch da nichts vorwerfen, also lassen wir doch diese Anzapfungen. Sehr erschwerend für die Aufnahmewilligkeit ist auch, daß man die Flüchtlinge in leichtfertiger Weise zu

diffamieren sucht, indem man sie gleich von vornherein als politisch verdächtig erklärt. Damit gibt man den Leuten recht, die sich gegen eine Aufnahme der Flüchtlinge sträuben. Es gibt doch auch Beamte und Angestellte, die neben ihrem Hab und Gut ihre Stellung verloren haben. Wenn ihnen von vornherein das Siegel der politischen Unzuverlässigkeit aufgedrückt wird, erschwert man ihnen doch ungemein die Existenzmöglichkeit. Wenn ich zum Beispiel erleben mußte, daß in einer Gewerkschaftsversammlung ein Gewerkschaftsleiter die Forderung erhebt, daß die Beamten und Staatsangestellten, die aus dem Osten herüberkommen, von vornherein in die Klasse 2 des Gesetzes vom 5. März 1946 eingereiht werden müßten und demzufolge gar nicht zur Einstellung kommen könnten, bis sie erst das Gesetz durchlaufen und sich von dem Verdacht gereinigt haben, so habe ich dafür wirklich kein Verständnis. Durch diese Voreingenommenheit bringen wir nur einen Riß zwischen uns und die Flüchtlinge, der so leicht nicht wieder zu leimen ist.

Was den Generalpardon für die Jugend anlangt, so scheinen mir die Dinge etwas übertrieben zu werden. Wenn hier gesagt worden ist, die Jugendlichen, die 1933 achtzehn Jahre alt gewesen sind, müßten alle amnestiert werden, soweit sie nicht offenbare Aktivisten waren, so muß ich sagen, das sind doch Leute, die mit achtzehn Jahren durchaus im Besitz ihrer geistigen Kräfte gewesen sind. Es könnten da Konsequenzen entstehen, die ich zu überlegen bitte. Ein Jugendlicher, der 1933 achtzehn Jahre alt gewesen ist, ist nach meiner Ansicht genauso verantwortlich wie irgendein Bauernweib und so weiter. Es handelt sich zum großen Teil doch um eine Jugend, die ganz andere Voraussetzungen mitgebracht hat als die Mitläufer, die jetzt leider durch die Dienstentlassung in eine Strafe kamen, die zu ihrem Vergehen in keinem Verhältnis steht. Werden wir der Jugend gerecht, dann müssen wir auch den anderen gerecht werden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur bekanntgeben, daß noch weitere Wortmeldungen erfolgt sind. Es sind noch sieben Redner vorgemerkt. Ich habe beobachtet, jede Debatte gibt immer weiteren Rednern Veranlassung, sich zu Wort zu melden. Wir haben unter anderem auch noch den Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses entgegenzunehmen, Herr Kollege Schwarzhaupt muß jedoch aus bestimmten Gründen um 6 Uhr hier fort. Außerdem hat der Herr Arbeitsminister noch ums Wort gebeten, da er als verantwortlicher Minister noch zu den einzelnen Dingen Stellung nehmen muß. Deshalb erlaube ich mir die kameradschaftliche Frage, ob Sie damit einverstanden sind, jetzt Schluß mit der Debatte zu machen.

**Abg. Bauer (KPD)** – zur Geschäftsordnung –:

Ich würde beantragen, daß die Redner, die sich bisher gemeldet haben, noch kurz zu Wort kommen, daß aber weiter keine Wortmeldungen angenommen werden.

**Abg. Schwarzhaupt (LDP):**

Es gibt Dinge, die ebensogut morgen noch erledigt werden können. Ich bitte dringend, meine Damen und Herren, jetzt Schluß zu machen. Ich sage Ihnen das ganz persönlich, ich kann nicht länger als bis 6 Uhr hierbleiben. Ich bitte also den Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wir wollen darüber abstimmen, um gerecht zu sein. Wer für Schluß der Debatte ist, den bitte ich aufzustehen.

Das ist die Mehrheit der Anwesenden. Ich bitte nun: Herr Arbeitsminister Müller.

**Minister für Arbeit und Wohlfahrt Müller:**

Wie sich in der Aussprache gezeigt hat, ist für alle wohl das weittragendste und tiefgehendste Problem die Flüchtlingsfrage. Wir haben uns eingehend damit beschäftigt, ebenso die beiden letzten Landrätekonferenzen. Es wurde dann eine Sondersitzung abgehalten, um alle Fragen zu besprechen und zu überprüfen, was für die praktische Durchführung der geplanten Maßnahmen erforderlich ist und welche Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die brennendste Frage war zunächst die Unterbringungsfrage. Wir sind von dem Gedanken ausgegangen, daß es notwendig sei, sofort einschneidend einzugreifen, um die Unterbringungsfrage, soweit es möglich ist, zu lösen und weitgehend neuen Wohnraum zu schaffen. Minister Binder hat das Ergebnis der Maßnahmen unterbreitet. In diesem Zusammenhang möchte ich die Bitte aussprechen, daß auch Ihrerseits in den Kreisen und Gemeinden die nötige Unterstützung erfolgt, was an Baustoffen zugesetzt werden kann, daß eine Selbsthilfe organisiert und neuer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird; wobei es zweckmäßig wäre, nur geringfügig beschädigte Wohnungen zuerst wiederherzustellen, um zunächst einmal einen Fortschritt zu erzielen.

Die anderen Probleme, die damit in Zusammenhang stehen, die Frage des Arbeitseinsatzes und so weiter — darüber haben wir ja den Bericht des Flüchtlingsausschusses gehört —, und ich brauche mich darüber wohl nicht mehr in Einzelheiten zu ergehen. Ich habe auch die Anträge Nr. 22, 23, 26, 27, 28 und 29<sup>253</sup>; schriftlich beantwortet und diese Antwort ist den einzelnen Fraktionen zugegangen.

Aber noch ein anderer Punkt in diesem Zusammenhang: Wir sind uns darüber klar, wenn in Groß-Hessen der im Oktober 1945 festgelegte Verteilungsschlüssel für die Unterbringung der Flüchtlinge zugrunde gelegt wird, dann ist das eine unlösbare Aufgabe. Es handelt sich damit nicht allein um die Unterbringung der Flüchtlinge, die ordnungsmäßig durch Transporte ankommen, sondern auch derjenigen, die über die sogenannte grüne Grenze herüberkommen. Hier ist leider oft ein zu weitgehendes Entgegenkommen zu verzeichnen, so daß in manchen Gemeinden mehr aufgenommen worden ist, als aufgrund des Verteilungsschlüssels zur Auflage gemacht worden war. Da ist zum Teil nun Wohnraum vorweggenommen. Ich muß mich gegen die bisherigen Methoden der Unterbringung der Einzelgänger wenden, denn nur wenn eine geordnete

<sup>253</sup> Die Anträge 22 und 23 kamen von der CDU und behandelten die Sonderfürsorge für die Ostflüchtlinge sowie das Problem der zwangsweisen Rückführung von Evakuierten in andere Zonen. Die übrigen Anträge waren von der KPD gestellt worden. Antrag 26 betraf die Ausführungsbestimmungen für das Betriebsrätegesetz Nr. 22. Zu den Anträgen 27, 28 und 29 vgl. Anm. 246.

Steuerung und geordnete Lenkung der Flüchtlinge gewährleistet sind aufgrund der normalen Transporte, aufgrund unserer eigenen Kräfte, wird es möglich sein, die Flüchtlingsfrage weitgehend lösen zu können.

(Zuruf: Wo sollen die Einzelgänger hin?)

Zurück! Wir werden den Antrag stellen, eine entsprechende Anzahl zu berücksichtigen und diese dann von der Gesamtzahl der ordnungsgemäß untergebrachten Flüchtlinge abzusetzen. Wir müssen hier eine Schranke setzen, das ist die einmütige Meinung der Landrätekonferenz.

Es ist leider auch so gemacht worden, daß es Bürgermeister gegeben hat, die die Bescheinigung ausstellten „Zuzugsgenehmigung erteilt“. Heute beschwerten sie sich darüber und sagen: „Wir können nicht mehr aufnehmen!“ Wer nicht ordnungsmäßig herüberkommt, nicht durch das ordnungsmäßige Lager geht, der kann nicht untergebracht werden. Eine andere Möglichkeit sehen wir hier nicht.

Neben dieser Frage steht das Gesamtproblem der Ostflüchtlinge, der Neubürger. Es soll einmal der Versuch gemacht werden, durch den Länderrat darauf hinzuwirken, bei der Militärregierung und den übergeordneten Instanzen den Antrag zu stellen, zum mindesten ein Abstoppen des Zustromes der Flüchtlinge herbeizuführen, so daß in der gesamten amerikanischen Zone die Voraussetzungen für die Unterbringung noch besser als bisher gewährleistet werden. Ferner, wie steht es mit der Frage, daß ein neuer Verteilungsschlüssel der Unterbringung der Flüchtlinge für die gesamte amerikanische Zone hinsichtlich der Länder Groß-Hessen, Bayern und Württemberg durchgeführt werden soll. Wir hatten zunächst als Basis für die Schlüsselung die Einwohnerzahl von 1939 genommen, da die statistischen Unterlagen für die Einwohnerzahl in Verbindung mit dem Wohnraum damals noch nicht zur Verfügung standen, daß das unter Vorbehalt der Nachprüfung im Frühjahr geschehe, wobei dann eine Neuverteilung aufgrund der sich dann ergebenden Verhältnisse und statistischer Berechnungen durchgeführt werden sollte. Für Groß-Hessen entfielen demnach 27%. Nachdem nun diese Unterlagen zur Verfügung stehen, ergibt sich die Tatsache, daß wir in Groß-Hessen eine größere Bevölkerungsdichte haben als in Bayern. Da der Wohnraum in Groß-Hessen mehr zerstört ist als in Bayern, haben wir jetzt den Antrag gestellt – und darüber wird in Stuttgart verhandelt –, daß eine Neuschlüsselung und Neuverteilung der Quote erfolgen soll. Ohne mich auf die Zahlen, die mir mein Vertreter gegeben hat, festlegen zu wollen, hoffe ich, nachdem die Unterlagen geprüft worden sind, zu einer Reduzierung der für Groß-Hessen zugeteilten Zahl von Flüchtlingen zu kommen.

Neben dieser Frage steht im Augenblick die sehr ernste Frage des sogenannten Kopf-um-Kopf-Austausches. Sie kennen den Standpunkt des Kabinetts: Wir sind der Meinung, ein zwangsmäßiger Austausch der Evakuierten soll unterbleiben, der Austausch soll vielmehr nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Wer in eine andere Zone will, dem soll es erlaubt sein. Es gibt eine ganze Reihe von Fällen, wo die Flüchtlinge bereits drei bis vier Jahre in dem Ort wohnen und im Wirtschaftsprozeß eingegliedert sind; hier werden wir versuchen, daß ein Zwangsaustausch nicht durchgeführt wird. Das ist der deutsche Standpunkt und der deutsche Wunsch.

Ich weise darauf hin, was auch in der Presse veröffentlicht wurde, daß ein Abkommen zwischen der amerikanischen und der französischen Militärregierung getroffen wurde<sup>254</sup> wonach der Austausch zwischen der amerikanischen und französischen Zone bis zum 30. Juni 1946 auf Zwangsbasis erfolge, von gewissen Ausnahmen abgesehen, wie in der Presse mitgeteilt wurde. Wir hatten trotzdem erneut [einen] Antrag gestellt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Möglichkeit besteht, daß auch dieser Zwangsaustausch nach der amerikanischen Zone durchgeführt werden soll. Wir haben daraufhin im Länderrat in Stuttgart dazu erneut Stellung genommen und wiederum den Antrag gestellt, daß der Zwangsaustausch nach allen Zonen unterbleiben soll. Wir werden in Stuttgart weiter noch darüber sprechen, daß der Zwangsaustausch, den wir für falsch halten, von keiner deutschen Stelle gewünscht wird. Wir dürfen nicht still schweigen, sondern wollen den deutschen Standpunkt vertreten und alle Versuche machen, um diesen Zwangsaustausch zu verhindern und der Austausch auf dem Wege der Freiwilligkeit erfolgt. Denn nicht nur vom wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt, sondern auch in der praktischen Durchführung – ich mache mir sehr ernste Sorgen – innerhalb 90 Tagen wird es sehr schwierig sein. Wir werden deshalb nichts unversucht lassen, um dies zu vermeiden. Wenn es anders kommt, dann liegt es nicht an den deutschen Stellen, daß eine andere Entscheidung gefällt wurde.

Ich glaube damit auch die übrigen Fragen, die in diesem Zusammenhang gestellt wurden, beantwortet zu haben. Ich möchte aber eines unterstreichen, was auch in der Debatte eindrucksvoll gesagt wurde: Wir haben keine Zweifel darüber gelassen, daß die Lösung der Flüchtlings- und Neubürgerfrage nicht nur von der Ebene der Verwaltungsarbeit möglich ist, sondern daß in der gesamten Bevölkerung von Groß-Hessen die höchste Bereitschaft geschaffen wird; nur dann, wenn alle Organisationen aktiv und positiv mitwirken, werden wir diese Aufgabe meistern können. Das gilt nicht nur für hier, sondern auch für die Landrätekonferenz. Dort ergab sich kein so erfreuliches Bild, es ergaben sich dort nämlich gewisse Widerstände in der Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen und Neubürgern auf dem Lande.

Meine Damen und Herren! Ich habe im ersten Erlaß nicht nur darauf hingewiesen, daß alle Organe, Parteien, Gewerkschaften und Kulturorganisationen zusammengefaßt werden, damit der Bevölkerung wirklich der Ernst der Situation bewußt gemacht wird, sondern wir haben uns auch an die Kirche gewandt, damit die Bevölkerung über die Notwendigkeit aufgeklärt und bei ihr eine entsprechende Bereitwilligkeit geschaffen wird, und ich bitte auch Sie, mit Ihrem eigenen Verantwortungsbewußtsein die Regierung zu unterstützen, um die Schwierigkeiten zu überwinden und, wo es notwendig ist, die Maßnahmen zu ergreifen zur Überwindung der Hemmungen, die sich hier und da auftun. Also noch einmal, wir müssen alle zusammenstehen, um die Schwierigkeiten, die vorhanden sind, zu überwinden, und bei gutem Willen werden wir dies auch meistern können.

<sup>254</sup> Vgl. das Abkommen zwischen der amerikanischen und der französischen Zone über den Kopf-um-Kopf-Austausch von Flüchtlingen vom 28. März 1946 in HStAW Abt. 502 Nr. 4965.

Zu dieser Frage der Flüchtlingsnot ein Wort über die Finanzierung. Nach dem Erlaß des Ministers des Innern sind 40 Millionen RM für die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung gestellt worden. Es ist an die Regierungspräsidenten, Landräte und Gemeindebehörden die Anweisung ergangen, soweit sie die Finanzleistungen für die Flüchtlingsunterbringung nicht aus eigenen Mitteln aufzubringen vermögen, sich an das Arbeitsministerium zu wenden. Diese Anweisung ist schon vor Monaten herausgekommen. Es dürften hierbei keine Schwierigkeiten bestehen, wenn die Gemeinden entsprechende Anträge stellen, das heißt, wenn sie ihre Sachen in Ordnung haben.

Hinsichtlich der Unterbringung von Kranken der Flüchtlinge möchte ich darauf hinweisen, daß diese in den Unterbringungslagern und Verteilungsstationen zum Teil nicht so gründlich sein kann, wie es erwünscht ist. Es ist aber die Anweisung von der zuständigen Abteilung des Innenministeriums ergangen, daß solche Fälle herausgenommen und den Krankenhäusern überwiesen werden. Auch wurde die Militärregierung darum gebeten, alle Angestelltenheime und so weiter dem Arbeitsministerium zur Verfügung zu stellen, damit diese insonderheit für alte und gebrechliche Flüchtlinge Verwendung finden.

(Zuruf: Auch frühere N.S.V.-Heime!<sup>255</sup>)

Auch daran ist gedacht und entsprechende Mittel sind zur Verfügung gestellt! Auch für die Jugend, die Kinder, die keine Eltern haben, werden wir Jugendheime bereitstellen und so weiter.

Meine Damen und Herren! Nun darf ich mich auch den anderen Fragen zuwenden, die in der Debatte und Berichterstattung eine Rolle gespielt haben. Zunächst die Aufhebung des Kündigungsverbots für Kleingärtner, das aufgrund der Beratungen im Ausschuß entsprechend abgeändert und heute vom Kabinett beschlossen wurde<sup>25c</sup>. Sobald die amerikanische Stelle ihre Zustimmung erteilt hat, wird die Verordnung zur Veröffentlichung gelangen.

Zur Frage der Ausführungsverordnung über die Arbeitsverpflichtung einmal generell: Ich habe schon einmal zum Ausdruck gebracht und bedauere, daß bei weitem nicht das Verständnis vorhanden ist, in welcher Lage das deutsche Volk sich befindet. Mir scheint es aber notwendig zu sein, daß angesichts der wirtschaftlichen Lage, angesichts der Versorgungslage und Ernährungsfrage alle verantwortlichen Kräfte in unserem Volk, gleichgültig an welcher Stelle sie stehen, die tatsächliche Lage erkennen und darauf hinwirken, daß sich eine stärkere Bereitschaft findet, alle Hindernisse zu überwinden. Es kommen immer wieder Spannungen, die überwunden werden müssen. Nur wenn alle Organe helfen und darauf hinweisen, daß wir nicht vorwärts kommen, wenn wir abseits stehen und nur auf dieser Ebene bleiben, werden wir es schaffen und aus diesem Engpaß herauskommen.

In diesem Zusammenhang: Das Arbeitsverpflichtungsgesetz des Kontrollrates Nr. 3 hat Gesetzeskraft; in Ziffer 18 ist die Arbeitsverpflichtung festgelegt. Das vom Kabinett Ihnen vorgelegte Arbeitsverpflichtungsgesetz, das angenommen

<sup>255</sup> Gemeint sind die ehemaligen Heime der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.

<sup>25c</sup> Das Protokoll dieser Sitzung vom 6. Juni 1946 findet sich in HStAW Abt. 502 Nr. 7668; Abdruck der Verordnung in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 19.

worden ist, liegt bei der Militärregierung und hat die Zustimmung noch nicht erhalten. Es kommt leider vor, daß Gesetzesverordnungen weit über den Rahmen einer von uns bewilligten Zeit brauchen, bis sie Gesetze werden.

(Einwurf des Vorsitzenden Dr. Hilpert: In der Regel vier Monate, teilweise noch länger.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang mitteilen, daß eine entsprechende Anweisung an das Landesarbeitsamt ergeht, aufgrund der vom Sozialpolitischen Ausschuß ergangenen festgelegten Richtlinien über die Anwendung des Arbeitsverpflichtungsgesetzes, also des Einbaues der sozialen Maßnahmen und Schutzmaßnahmen, nähere Bestimmungen über den Einsatz der Arbeitskräfte zu erlassen, wie dies erwünscht und notwendig erscheint. Dies zur Frage der Arbeitsverpflichtung.

Bei der vom Abgeordneten Leweke angeschnittenen Frage der Verordnung über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten ist es selbstverständlich, daß dabei nicht schematisch verfahren wird, sondern entsprechend den Einsatzverhältnissen in der freien Wirtschaft und den Verwaltungsstellen. Angesichts der großen Zahl der Kriegsbeschädigten — in Höhe von etwa 100 000 in Groß-Hessen — wird dies auch unter Anwendung dieses Gesetzes keine leichte Aufgabe sein.

Zur Frage der Schaffung eines Oberversicherungsamtes möchte ich nur mit einer Empfehlung des Beschlusses des Sozialpolitischen Ausschusses Stellung nehmen, zumal ja auch der Beratende Landesausschuß sich nochmals damit befassen wird.

Über das Betriebsrätegesetz brauche ich ebenfalls keine weiteren Ausführungen zu machen. Kollege Richter hat schon darauf hingewiesen, daß wir alles versuchen werden, eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmervertretungen zu erreichen. Obwohl das Kontrollratsgesetz eine große Ausweitungsmöglichkeit nicht zuläßt, werden wir den Versuch machen, die volle Einschaltung der Arbeiterschaft in den ganzen Wirtschaftsprozeß durchzusetzen, wie wir es für richtig und notwendig halten. Sobald die Beratungen in Stuttgart abgeschlossen sein werden, werden wir der Verfassunggebenden Landesversammlung entsprechende Mitteilung machen.

Nun zur Frage der Sozialversicherung. Es wurde bereits von Kollege Richter darauf hingewiesen, nämlich auf die Versorgung der Kriegsbeschädigten, die aufgrund der Verordnung der Militärregierung keinerlei Renten erhalten, ebenso auch die Witwen und Waisen, und nur nach allgemeinen Fürsorgerichtsätzen unterstützt werden, wobei sogar die gehobene Fürsorge abgeschafft worden ist. Es ist unser Bestreben, daß wir den Schwerbeschädigten den Rechtsanspruch gewährleisten müssen. Wir stehen seit Monaten mit der Militärregierung in Verhandlungen. Nachdem zunächst die Auflösung der Versorgungsämter bis zum 1. Juli 1946 hinausgeschoben wurde und aller Voraussicht nach die Rentenangelegenheit der Kriegsbeschädigten auf der Ebene der Unfallversicherung erreicht werden wird, haben wir in dem Reformwerk der Sozialversicherung die Rente für die Kriegsbeschädigten gleich eingebaut.

Noch eine Frage zur kurzen Behandlung, nämlich die Frauen von Kriegsgefangenen, die heute keinerlei Mittel, sondern nur Fürsorgeunterstützung erhal-

ten, wobei ihr Sparkapital in Anrechnung gebracht wird. Auch hier haben wir schon seit längerer Zeit versucht, eine Änderung dieser Bestimmungen herbeizuführen, auch wenn dies nur auf der Ebene der Zonen erfolgen könnte. Denn man hat ja schließlich sich nicht ein paar Mark abgespart, damit sie bei der Unterstützung angerechnet werden. Wir hoffen, auf der Ebene der Zonen auf der Stuttgarter Tagung eine Änderung zu erreichen.

(Zuruf: Und die Kriegerwitwen und -waisen?)

Wir werden da auch unser möglichstes tun, aber es ist ja bekannt, wie schwer es ist, gerade auf diesem Sektor und allem, was mit dem Krieg zusammenhängt, eine entsprechende Lockerung der Bestimmungen zu erreichen.

Zur Frage der Sozialversicherungsreform behalte ich mir vor, beim Zusammentritt der Verfassungberatenden Landesversammlung grundlegende Ausführungen zu machen. Ich glaube, die Beratungen, die im Sozialpolitischen Ausschuß gepflogen worden sind, haben schon gezeigt — und es hat mich gefreut, daß auch Kollege Leweke in seiner Berichterstattung darauf hingewiesen hat —, wie notwendig die Reform der Sozialversicherung ist. Die mancherlei Angriffe, die in der Öffentlichkeit erhoben worden sind, sind im wesentlichen in Unkenntnis geschehen über das, was die Reform der Sozialversicherung eigentlich will und wie ihre Auswirkung sein wird. Daß sie notwendig und sachlich begründet ist, darüber besteht wohl kein Zweifel. Ich will hierbei nur einen Satz mitteilen aus einer Erklärung, die bereits am 2. März 1905 der damalige Staatssekretär Graf Posadowsky-Wehner<sup>257</sup> in einer Regierungserklärung im Reichstag abgegeben hat: „Würde man heute die sozialpolitische Gesetzgebung neu aufbauen, dann wäre, ich glaube, in diesem Hause auch nicht der geringste Zweifel darüber, daß eine einheitliche Organisation geschaffen werden müßte.“ Unter Zustimmung von allen Seiten des Hauses sagte er dies in einer Regierungserklärung im Jahre 1905, als die Invaliden- und Altersversicherung geschaffen worden war. Um wieviel mehr besteht heute die Notwendigkeit, die Sozialversicherung so auszubauen, daß sie leistungsfähig ist und ihre sozialen Verpflichtungen in weitgehendster Weise erfüllen kann. Noch eins zu der Bemerkung des Abgeordneten Leweke: Die Reform der Sozialversicherung berücksichtigt in ihrer Gestaltung und Organisation auch hier die Reichseinheitlichkeit, es steht nichts im Wege, was in Berlin geschieht. Zunächst nicht einmal im Wege des Rentenanspruchs. Nach den heutigen Mitteilungen ist auch der Rentenanspruch in der Berliner Zone auf das allgemeine Versicherungsprinzip gestellt, der Rechtsanspruch deutlich, so daß auch die Grundlagen in den verschiedenen Zonen die gleichen sind und bei einer Vereinheitlichung der Rentengewährung im Reich fundieren können. Ich hoffe, die wesentlichen Fragen, die sich aus der Debatte ergeben haben, damit beantwortet zu haben.

Zum Schluß möchte ich Sie noch einmal bitten: Sorgen Sie alle dafür, daß unsere Bevölkerung in Groß-Hessen in allen Versammlungen oder sonst irgendwo über das Flüchtlings- und Neubürgerproblem genügend aufgeklärt und bei

<sup>257</sup> Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (1845—1932) war 1893 Staatssekretär des Reichsschatzamtes und von 1897 bis 1907 in gleicher Funktion im Reichsamt des Innern sowie Stellvertreter des Reichskanzlers und preußischen Staatsministers. Er gilt als Initiator vieler sozial- und wirtschaftspolitischer Reformen.

ihr die Bereitwilligkeit geschaffen wird mitzuhelfen, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Nur dann werden wir auch dieses schwere Problem lösen können.

**Abg. Schwarzhaupt (LDP):**

Meine Damen und Herren! Der Kulturpolitische Ausschuß hat die Anträge, die ihm überwiesen waren, am 25. April und 6. Mai in Anwesenheit des Herrn Kultusministers bearbeitet. Die Anträge der KPD, der LDP und der Entschließungsantrag der CDU wurden zunächst im Einvernehmen mit den Antragstellern zurückgestellt, und wir beschäftigten uns in erster Linie mit dem vom Herrn Kultusminister vorgelegten Entwurf über den Schulneuaufbau<sup>258</sup>

Drei Grundgedanken sind es, die das Gebäude des neuen Staates tragen sollen: der Gedanke der deutschen Einheit, der Gedanke der demokratischen Verantwortung und der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit, und diese drei Grundgedanken müssen auch ihren Ausdruck finden in dem Neuaufbau des deutschen Schulwesens.

Nun ist der Gedanke der deutschen Einheit auf dem Gebiet des Schulwesens noch nicht durchzuführen, da ja die politischen Voraussetzungen dafür fehlen. Der Gedanke der demokratischen Verantwortlichkeit ist eine Sache langer Erziehungsarbeit und hängt wesentlich davon ab, ob es uns gelingen wird, eine wirklich demokratisch gesinnte Lehrerschaft heranzubilden. Aber der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit kann heute schon durchgeführt werden, und er ist — das ist wohl die übereinstimmende Meinung des gesamten Ausschusses gewesen — durch den Vorschlag des Herrn Ministers sehr wesentlich in die Wirklichkeit überführt worden.

Das gesamte Schulwesen baut sich auf dem einheitlichen Unterbau einer vierjährigen Grundschule, wie wir sie schon gehabt haben, auf. Die Anregung eines Mitgliedes der KPD, ob man nicht eine achtjährige Grundschule einführen solle, wurde anderweitig nicht unterstützt. Der Herr Minister wies darauf hin, daß im Länderrat die neunjährige höhere Schule als erstrebenswert bezeichnet worden sei und daß man sich dort keinesfalls mit einer vierjährigen Oberschule einverstanden erklären werde. Auf diese Anregung wurde dann weiter nicht eingegangen. Nach der vierjährigen Grundschule soll eine Gabelung eintreten, je nachdem sich die Schüler für einen praktischen Beruf oder für einen theoretisch-wissenschaftlichen Beruf vorbereiten wollen. Der fremdsprachliche Unterricht beginnt mit Englisch als verbindlichem Hauptfach. Und nun beginnt etwas Neues. Da Englisch vom 5. Schuljahr ab auch im praktischen Zweig gelehrt wird, ist ein Übergang von dort in die Mittelstufe des wissenschaftlichen Zweiges noch nach sechs Schuljahren, also nach dem 11. Lebensjahr, möglich, und das ist eine aus jugendkundlichen Erwägungen sehr wichtige Möglichkeit. Natürlich ist auch der umgekehrte Weg, nämlich von dem wissenschaftlichen zum praktischen Zweig, noch möglich. Im dritten Jahr der Mittelstufe des wissenschaftlichen Zweiges tritt dann Latein als Pflichtfach hinzu. Auf der Oberstufe

<sup>258</sup> Zum Entwurf Dr. Schramms und der Diskussion im Kulturpolitischen Ausschuß vgl. die Sitzungsprotokolle vom 26. April und 6. Mai 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 20 sowie Schländer, Re-education, S. 193ff. Abdruck des Planes „Deutsche Schule“ in HStAW Abt. 502 Nr. 3820 und Kropat, Stunde Null, Dok. 173 u. 174.

ist eine Gabelung vorgesehen, und zwar in den altsprachlichen Zweig mit Griechisch, in den neusprachlichen Zweig mit Französisch und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig. Diese Gabelung soll in demselben Schulgebäude stattfinden.

Von einem Mitglied der LDP-Fraktion wurde darauf hingewiesen, daß durch die Verschiedenheit des fremdsprachlichen Unterrichts doch auch die Kernfächer Deutsch, Geschichte, Gemeinschaftskunde, auch Religion und dergleichen wesentlich mitbeeinflußt würden. Der Kultusminister war der Meinung, daß gerade dieses Zusammenkommen verschiedenartig vorgebildeter und verschiedenartig eingestellter Schüler bei Behandlung desselben Gegenstandes auch zugleich eine Bereicherung von allen Seiten darstellen könnte.

Dem praktischen Zweig ist vom 12. Lebensjahr ab neben Englisch, das ja Pflichtfach ist, Französisch als Wahlfach beigegeben. Auf der Mädchenseite des für wissenschaftliche Berufe vorbereitenden Zweiges tritt im dritten Jahre Französisch als Pflichtfach, das Lateinische erst im zweiten Jahr der Oberstufe.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß aus dem Entwurf nicht ersichtlich sei, wie für die schulischen Bedürfnisse der breiten Schichten in Handel und Gewerbe, in Technik und Verwaltung gesorgt sei, in deren Beruf geistige und manuelle Tätigkeit, praktische und theoretische, anordnende und ausführende miteinander vereinigt sei. Das sind die breiten Schichten zwischen der Industriearbeiterschaft und den gehobenen Berufen. Diese Frage wurde auch von anderen Mitgliedern des Hauses unterstrichen, und der Minister erwiderte darauf, daß dieser Einwand auch bei der Besprechung seines Entwurfs in Stuttgart erhoben worden sei und daß daher mit einer Ergänzung des Entwurfs gerechnet werden könne und voraussichtlich auch mit der Wiedereinführung der „Mittleren Reife“

Um den begabten wertvollen Kräften des flachen Landes und der Kleinstädte gerecht zu werden und diesen die Möglichkeit zu geben, in die führenden Schichten heraufzukommen — und das ist ja gerade für die Bluterneuerung der führenden Schicht so ungemein wichtig —, ist die Einrichtung von Aufbauschulen vorgesehen, die nach vollendetem 6. Schuljahr einsetzen und die die Schüler, besonders begabte Schüler, in sechs Jahren zur Hochschulreife bringen sollen. Für etwa sechs Landkreise soll eine solche Aufbauschule errichtet werden, mit der auch ein Internat verbunden werden soll.

Alle Schulen sollen schulgeldfrei sein, ein sehr wichtiger sozialer Gesichtspunkt. Hier wird wirklich ernst gemacht mit der Durchführung des sozialen Gedankens auf schulischem Gebiet. Den Schülern sollen auch die Lernmittel gegeben werden, und zwar nicht nur leihweise, sondern als Eigentum<sup>259</sup>. Sie

<sup>259</sup> In der Hessischen Verfassung wurde in Art. 59 Abs. 1 die Einführung der Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit an allen Schulen sowie der Unterrichtsgeldfreiheit an Hochschulen festgelegt. Der Verfassungsartikel bedurfte jedoch eines Ausführungsgesetzes. Kultusminister Stein legte dem Landtag im August 1947 einen entsprechenden Entwurf vor, der die Gewährung von Schulgeldfreiheit an einer bestimmten Einkommens- und Vermögensgrenze festmachte. Der Entwurf wurde im Landtag zum Ausgangspunkt langwieriger Auseinandersetzungen, in die sich auch die Militärregierung einschaltete. Erst nach 18 Monaten konnte im Februar 1949 das Gesetz über die Unterrichtsgeld- und Lernmittel-

sollen mit in die Familien hineingebracht werden; es ist sehr gut, wenn auch die Familien der Schüler sich mit dem Lesebuch und so weiter vertraut machen, sie können daraus Einsicht bekommen in das Wesen des demokratischen Staates.

Wenn irgend möglich sollen da, wo es nötig ist, auch Erziehungsbeihilfen an besonders Begabte gegeben werden.

Die Zulassung zu wissenschaftlichen Zweigen soll streng gehandhabt werden. Es werden ungefähr 10 Prozent der Schülerschaft zu wissenschaftlichen Zweigen zugelassen werden. Dieser Satz geht erfahrungsgemäß bis zur Hochschulreife auf 5 Prozent zurück.

Charakteristisch und neu in dem Plan ist dies, daß allen Kindern einmal die gleiche Chance geboten wird, ihren Anlagen und Begabungen entsprechend ihre Schulausbildung zu bekommen. Der Aufstieg in der Schule wird von der wirtschaftlichen Lage der Eltern losgelöst. Der Zugang der Schüler zu den verschiedenen Zweigen liegt nun wesentlich in der Hand der Schule. Wir wollen uns darüber klar sein, daß die Lehrer und Lehrerkollegien damit eine ungeheuer schwere Verantwortung haben. Bei der Bedeutung, die die Schullaufbahn zugleich für die Lebenslaufbahn eines Menschen hat, ist die Verantwortung ungemein schwer, und die Lehrer müssen sich mit dieser Aufgabe besonders vertraut machen.

Zur Frage der Lehrerbildung erklärte der Minister, daß die normale künftige Lehrerbildung sich in vier Semestern vollziehen wird auf pädagogischen Akademien. Eine wertvolle Vorarbeit hierfür bieten ja gerade die Aufbauschulen, die geeignet sind, begabte Kräfte auf dem Lande dem Lehrerberuf zuzuführen. Zur Zeit ist eine Notausbildung für Lehrer im Gange, die in einem halben Jahr eine theoretische Ausbildung vermittelt, auf die dann eine praktische Tätigkeit in der Schule von etwa ein bis eineinhalb Jahren erfolgt bei tüchtigen Lehrern unter Aufsicht der Schulräte, unter fortwährender theoretischer Ausbildung. Zuletzt kommt eine Abschlußprüfung, und dann werden diese Lehrkräfte, die also jetzt die Notausbildung haben, als vollwertige Lehrer angestellt. Zur Zeit fehlen in Groß-Hessen etwa 3000 Volksschullehrer, 700 Lehrer an Oberschulen und 300 Lehrer an Berufs- und Fachschulen.

Die Frage der Simultanschule, die ja in der zweiten Sitzung des Beratenden Landesausschusses bei der kulturpolitischen Debatte eine besondere Rolle spielte, wurde im Ausschuß kurz behandelt, und es wurde vom Herrn Kultusminister erklärt, daß das Staatsministerium an der christlichen Simultanschule festhält. Er gab dazu folgende Erklärung ab: Der Zusatz „christlich“ ist so zu verstehen, daß er die Eingliederung der Schule in das europäische Geistesleben festlegt, das nun einmal christlich bestimmt ist. Dadurch wird den Eltern eine Schulerziehung ihrer Kinder gewährleistet, die die Forderung auf Einrichtung von Konfessionsschulen überflüssig erscheinen läßt. Es fehlt aber, so fügte der Minister hinzu, nicht an Stimmen in konfessionellen Kreisen, die für die Konfessionsschule eintreten. Der Ausschuß sah von einer weiteren Erörterung dieser Frage ab und nahm einstimmig einen Antrag an, der dem Beratenden Landesausschuß zur Annahme empfohlen wird. Dieser Antrag, eingebracht vom Herrn

freiheit verabschiedet werden. Den Schülern waren die Lernmittel nun kostenlos zu überlassen. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 477.

Abgeordneten Bauer, im Ausschuß etwas geändert und erweitert, hat folgenden Wortlaut:

„Angesichts der Tatsache, daß die bereits in diesem Jahre zu schaffende Verfassung für Groß-Hessen, die am 27. Oktober 1946 vom Volke selbst bestätigt oder verworfen werden wird<sup>260</sup>, die Frage der Trennung von Staat und Kirche, von Religion und Schule in dem einen oder anderen Sinn klären muß, beschließt die Beratende Landesversammlung Groß-Hessens, die Diskussion über den Inhalt der Schulerziehung zu vertagen. Alle Fraktionen sind sich aber darüber einig, daß, unabhängig von der strittigen Frage der christlichen Simultanschule, die Erziehung der Kinder auf folgender Grundlage zu erfolgen hat:

1. Die Schule hat die Aufgabe, den Schüler im Rahmen der Demokratie zu den Grundforderungen der Freiheit, der Friedensliebe, der sozialen Gerechtigkeit und Menschenwürde, zur Liebe zu Volk und Vaterland und zur Achtung vor allen Völkern und Rassen zu erziehen.
2. Sie soll dem Schüler die Grundlagen zur Ausbildung der in ihm liegenden Kräfte und Fähigkeiten geben, ihm die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen und ihn für seine Mitarbeit im Berufsleben vorbereiten.“

Die Frage der Privatschulen, die ungemein wichtig ist, die ihre Ausstrahlungen natürlich auch in bezug auf die staatlichen Schulen hat, ist nicht angeschnitten und behandelt worden. Ich weiß nicht, ob der Herr Minister gewillt ist, über diese Dinge hier zu sprechen.

Nach dem Weggang des Kultusministers fand dann noch eine Debatte statt über die politische Betätigung der Kirchen und einzelner Geistlicher. Es wurden verschiedene Beschwerden vorgebracht, und es ergab sich im Ausschuß eine weitgehende Übereinstimmung, so daß alle Parteien in folgenden Punkten sich einig sind:

- a) Die Kirchen haben das Recht und die Pflicht, zu Fragen des öffentlichen Lebens vom ethischen Standpunkt aus Stellung zu nehmen, ohne aber für oder gegen einzelne Parteien sich auszusprechen, da man in jeder Partei Christ sein kann.
- b) Den einzelnen Geistlichen kann das Staatsbürgerrecht der parteipolitischen Betätigung nicht bestritten werden; es ist eine Taktfrage, wie weit sie darin gehen sollen, da im Volksbewußtsein der Geistliche als Staatsbürger und als Amtsträger schwer auseinanderzuhalten ist.
- c) Alle politischen Äußerungen von Kirchen und Geistlichen sollten vom Geist strengster Wahrheitsliebe, Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit getragen sein, da andernfalls die Kirchen in Formen des politischen Kampfes gezogen würden, die auch die politischen Parteien nicht wollen.

Diese EntschlieÙung wird dem Beratenden Landesausschuß zur Annahme empfohlen.

<sup>260</sup> Die Volksabstimmung über die Hessische Verfassung sollte zusammen mit der Landtagswahl erst am 1. Dezember 1946 stattfinden.

**Abg. Bauer (KPD):**

Meine Damen und Herren! Wir hatten einige Anfragen an den Herrn Kultusminister gerichtet, die sich unter anderem auch mit der Frage der Kirche und Politik beschäftigen. Die Antworten des Herrn Kultusminister liegen Ihnen vor, und ich möchte Ihnen insbesondere die Antwort verlesen, die er zu Ziffer 30 „Mißbrauch der Kirche für politische Zwecke“ gegeben hat. Sie lautet:

„Weder von deutschen Stellen noch von der amerikanischen Militärregierung sind Meldungen oder gar Feststellungen über den Mißbrauch der Kirche für politische Zwecke dem Ministerium für Kultus und Unterricht zugegangen. Es besteht deshalb kein Anlaß, Maßnahmen zu ergreifen, um einen etwaigen Mißbrauch zu verhindern.“

Eine ähnliche, sagen wir einmal vorsichtig ausweichende Antwort wurde erteilt auf unsere Frage betreffend Anwendung der politischen Gesetze auf alle Teile des Volkes und auf unsere Frage über die Stellungnahme des Kultusministers zum Hirtenbrief der katholischen Kirche

Es tut mir leid, daß ich hier feststellen muß, daß ich vom Herrn Kultusminister etwas mehr erwartet habe als diese nichtssagenden und ausweichenden Antworten. In Tagen, wo die ganze Weltpresse zu dem entscheidenden Problem der bewußten Beeinflussung der Wählerschaft seitens der Kirche Stellung nimmt und schärfste Kritiken erhoben werden, glaubt der Herr Kultusminister uns abspenken zu können mit der Mitteilung, bei ihm oder bei der Militärregierung seien keine Nachrichten darüber eingelaufen über den Mißbrauch der Kirche für politische Zwecke. Da dem so ist, bin ich leider gezwungen, hier einmal aufzufahren, damit der Herr Kultusminister zumindest hier die Möglichkeit hat, zu den verschiedenen Beeinflussungen, die die Kirche dauernd unternimmt, Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich eins: Es ist vom Berichterstatter hier schon erwähnt worden, daß auf Vorschlag von Kollege Drott und mir im Kulturpolitischen Ausschuß versucht wurde, eine Basis zu finden. Wir müssen feststellen, daß seit der Sitzung, die vor etwa drei oder vier Wochen stattgefunden hat, die Dinge sich nicht nur nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Ich kann als Beweis dafür anbringen ein Zitat aus der „Neuen Zeitung“<sup>262</sup> vom 24. Mai 1946, wo berichtet wird, daß in einem Dorfe von der Kanzel herab der Geistliche erklärt hat, der Soldat der CDU sei der General Gottes und der Soldat der SPD sei der General des Teufels, und deshalb müßte auf jeden Fall der Soldat der CDU gewählt werden. Dies in der „Neuen Zeitung“ vom 24. Mai, Überschrift: „Der General Gottes“.

<sup>262</sup> Der Abg. Bauer spielt hier auf den Osterhirtenbrief der katholischen Bischöfe Westdeutschlands an, der auf der Bischofskonferenz in Werl beschlossen worden war, jedoch auf Ersuchen der Militärregierung zurückgezogen und nicht, wie beabsichtigt, am Ostermontag verlesen wurde. Die Zurückziehung erfolgte, weil die amerikanischen Behörden gegen einige Stellen des Hirtenbriefes, welche die Ostfrage, die Frage der Kriegsgefangenen, Fragen der Denazifizierung und solche des allgemeinen Rechts behandelten, Bedenken äußerten. Vgl. FR, 30. April 1946.

<sup>262</sup> Die „Neue Zeitung“ mit dem Untertitel „Eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung“ erschien zweimal wöchentlich im Verlag der amerikanischen Armee in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone.

Ich muß darauf hinweisen, daß bei den Stadtverordnetenwahlen vom vergangenen Sonntag eine bewußte und direkte Beeinflussung seitens der Kirche, in diesem Falle der katholischen Kirche, stattgefunden hat. Es handelt sich um eine Gottesdienstordnung in Bonames, herausgegeben vom Geistlichen Dr. Kleeemann, die verlesen werden mußte zwischen dem 19. und 25. Mai 1946 und die die Überschrift trägt „Zu den Wahlen“. Ich habe nicht die Absicht, das ganze Dokument zu verlesen; es ist ja übrigens mittlerweile auch in der Presse erschienen. Der Sinn der Sache ist der: Wer links wählt, begeht eine Sünde, und Sünden müssen gebeichtet werden. Wir stellen fest, daß dieses Dokument nicht nur in Bonames verlesen worden ist, sondern auch in einer ganzen Reihe anderer Gemeinden von Frankfurt am Main — wir haben darüber Berichte vorliegen —, wir müssen fast feststellen: auf höheren Befehl, und daß dieser höhere Befehl vorliegt, werde ich gleich beweisen. Daß in ganz Hessen eine systematische Offensive seitens der Kirche geführt worden ist zugunsten der Christlich-Demokratischen Union, das muß eindeutig gesagt werden. Wir betrachten das als eine Wahlbeeinflussung, als Ausübung eines Gewissensdruckes, gegen den Minister für Kultus und Unterricht die Pflicht hat einzugreifen, wenn er tatsächlich auf dem Boden der Toleranz steht, von der immer im Zusammenhang mit der christlichen Simultanschule gesprochen worden ist. Der Beweis dafür, daß wir recht hatten, gegenüber der christlichen Simultanschule mißtrauisch zu sein, ist uns gerade in den letzten Wochen eindeutig geliefert worden.

Ich stelle weiterhin fest, daß zumindest für Frankfurt am Main die Stimmenzunahme der CDU ganz zweifellos auf diesen gewaltigen Gewissensdruck seitens der katholischen Kirche zurückzuführen ist. Meine Damen und Herren! Hier liegt höhere Anweisung vor.

(Zurufe: Beweise!)

Es gibt so viele Beweise, daß hier höchster Befehl vorliegt. Schauen Sie sich den „Wiesbadener Kurier“ vom 25. Mai an. Dort steht auf der ersten Seite: „Vatikan verhängt kirchliche Sanktionen gegen Linkswähler“. Es steht hier nicht, daß sich das nur auf Italien und Frankreich bezieht, es ist allgemein formuliert „kirchliche Sanktionen gegen Linkswähler“, und den Kollegen von der CDU, die hier gelacht haben, möchte ich sagen: Ich kenne viel zu gut den katholischen Menschen, als daß ich nicht wüßte, daß er unter diesem Druck seiner kirchlichen Autoritäten selbstverständlich nachgibt und nicht seiner Gewissensfreiheit nachgeht. Er hängt an seinen religiösen Bindungen, an dem Recht, auf heiligem Boden beerdigt zu werden. Die Drohung mit der Exkommunizierung, die Drohung, ihm nicht die heiligen Sakramente zu geben, die Drohung, daß er nicht in geweihter Erde bestattet wird, wenn er links wählt, das ist ein großer Skandal.

(Zwischenruf: Das steht nicht in Deutschland zur Diskussion!)

Das steht in Deutschland zur Diskussion, denn der Vatikan ist die höchste Autorität in der katholischen Kirche, und es ist schlimm, daß selbst eine Zeitung, von der man nicht sagen kann, daß sie katholisch oder religiös ist, folgendes feststellen muß. Der Verfasser spricht von der Stellungnahme des Vatikans und schreibt dazu:

„Die Kirche verrät damit ihre Absicht, die Machtpositionen, die sie in Italien besitzt, unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu erhalten und benutzt die Machtmittel, die sie den Gläubigen gegenüber hat, [um] einen Gewissenszwang auszuüben, der mit dem Prinzip reiner Demokratie nicht zu vereinbaren ist. Voraussetzung jeder Demokratie ist die Fähigkeit und Möglichkeit des Einzelnen, sich autonom mit eigenem Urteil, nach eigenem besten Wissen und Gewissen innerhalb der für alle Parteien geltenden Spielregeln für eine dieser Gruppen frei zu entscheiden. Die katholische Kirche nimmt durch diese Erklärung das Recht für sich in Anspruch, eine Entscheidung nur innerhalb der auf christlichem Boden stehenden Parteien anzuerkennen und die Stimmabgabe für eine andere Partei als Werk des Teufels zu verdammen. Es ist Sache der italienischen Wähler, mit diesen Beeinflussungsversuchen des Vatikans fertig zu werden. Es ist Sache der politischen Beobachter in aller Welt, sich von dieser die Fundamente jeder Demokratie untergrabenden Entwicklung rechtzeitig ein Bild zu machen, um ähnlichen Entwicklungen in anderen Ländern vorzubeugen“<sup>3</sup> "

Ich glaube, klarer und deutlicher kann man die Situation nicht schildern. Diese Situation trifft für alle Länder zu.

Ich habe jetzt von der katholischen Kirche gesprochen, in anderem Zusammenhang anlässlich einer anderen Sitzung habe ich schon einmal die Kanzelverkündigungen der evangelischen Kirche aufgezeigt<sup>264</sup>, wo eine Lüge an die andere gereiht wird, und hier kann ich mich auf das berufen, was Herr Pfarrer Weidner gesagt hat. Es wäre viel richtiger, daß praktischer und positiver gearbeitet wird, als daß Lügen verbreitet werden, daß zum Beispiel in Berlin die Straßenbäume voll Selbstmörder hängen – das steht hier gedruckt –, daß keiner mehr Zeit hat, sie von den Bäumen abzuschneiden. Der Herr Wirtschaftsminister war ja kürzlich in Berlin, und es würde mich interessieren, ob er die Leichen an den Bäumen gesehen hat.

Das wird verkündet von der Kanzel. Meine Damen und Herren! Die Gefahr ist groß für alle Länder, sie ist insbesondere groß für Deutschland, und deshalb spreche ich die klare Sprache. Wir sind ein besiehtes Land, ein zerstörtes Land, ein aufgespaltenes Land. Vor uns steht eine gewaltige Aufgabe. Wenn die Kirche meint, mit Hilfe einer Partei jetzt einen Kulturkampf provozieren zu können und zu versuchen, das Volk aufzuspalten in Gute, die an Gott glauben, und jene, die nicht an Gott glauben, zu Teufeln zu deklarieren und mit diesen Mitteln die reaktionäre Gewalt wieder aufzurichten, dann erkläre ich eindeutig: Wir werden dieses Spiel nicht mitmachen. Wir erklären aber ebenso eindeutig, die Verantwortung übernehmen diejenigen, die dieses Spiel mitmachen, insbesondere die katholische und die evangelische Kirche, wenn sie nicht endlich einen Weg finden, der wahre Toleranz und wahre Demokratie bedeutet.

<sup>261</sup> Die Herkunft der zitierten Textstelle war nicht zu ermitteln.

<sup>264</sup> Der Abg. Bauer nimmt hier Bezug auf die Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses vom 6. Mai 1946, in der über die politische Betätigung der Kirchen und einzelner Geistlicher debattiert wurde. Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 6. Mai 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 20.

Es ist seltsam, der Herr Kultusminister antwortet uns auf unsere Anfrage betreffend den Hirtenbrief der katholischen Kirche, er sei in Groß-Hessen nicht verteilt worden. Herr Kultusminister, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß der Hirtenbrief der katholischen Kirche illegal verteilt wird von den CDU-Anhängern in den Fabriken, vervielfältigt und abgezogen, zum Beispiel bei der Firma Schade und Füllgrabe in Frankfurt am Main. Es liegen bei uns noch andere Berichte darüber vor, wie das gemacht wird. Es ist erstaunlich, daß 1933, als der Reichstag brannte und Hunderte und Tausende von Sozialdemokraten, Kommunisten und andere bürgerliche Demokraten in die Konzentrationslager und Zuchthäuser wanderten, es keine illegalen Flugblätter gab. Es gab Menschen in der christlichen Kirche, die gegen den Nationalsozialismus kämpften, aber die katholische Kirche und die protestantische Kirche nahmen nicht Stellung. Aber heute wird ein Flugblatt vertrieben, ein Hirtenbrief, in dem von A bis Z gegen die neuen Machthaber in Deutschland mit allen Mitteln hergezogen wird, und dieses Flugblatt wird illegal vertrieben. Jetzt in der Demokratie hat man selbstverständlich den Mut, alles zu tun. Es tut mir leid, wir mußten diese Politik demaskieren, weil sie eine Gefahr für Deutschland darstellt.

Eine letzte Frage: Anwendung der Gesetze zur politischen Befreiung auf alle Teile des Volkes. Es wird Sie vielleicht interessieren zu erfahren, daß von 22 000 Pfarrern in Groß-Hessen insgesamt 125 denazifiziert worden sind. Es steht fest, daß eine weitaus größere Zahl Mitglieder der NSDAP waren, und nun möchte ich in bezug auf die Denazifizierung sagen: Wir lehnen es als Kommunisten ab, daß man nach wie vor versucht, die ganze Frage der Denazifizierung auf den Schultern der Kleinen durchzuführen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Ich bin der Meinung, daß jene mehr verantwortlich sind, die beispielsweise, obwohl sie Pfarrer waren, Mitglieder der NSDAP geworden sind. Desto mehr muß heute daran gedacht werden, sie zur Verantwortung zu ziehen, und dann erst wird eine gerechte Denazifizierung erfolgen. Meine Schlußfolgerung im Namen meiner Partei: Wir verlangen eine klare Stellungnahme des Kultusministers und des Großhessischen Staatsministeriums zu den Ereignissen, die gerade in den letzten Wochen unser Volk bei den Wahlen beeinflußt haben. Wir sagen das nicht, wie Oberbürgermeister Blaum glaubt, weil wir eine Wahlniederlage erlitten haben, denn wir haben bereits vorher auf diese Dinge hingewiesen. Wir sagen es, weil wir diesmal von vornherein nicht mehr die Fehler machen wollen wie 1918/19 und weil wir diesmal von vornherein jene demaskieren wollen, die das gleiche Spiel zu treiben versuchen wie 1918/19. Wir wollen ihnen diesmal in der Öffentlichkeit die Verantwortung eindeutig aufzeigen, und diesmal wird es kein Wenn und Aber geben. Wir verlangen aber gleichzeitig vom Großhessischen Staatsministerium eine Erklärung, was es zu tun gedenkt, um zu verhindern, daß solche undemokratischen Wahlbeeinflussungen auch das Wahlresultat vom 30. Juni verfälschen.

**Abg. Drott (SPD):**

Zu dem Bericht des Kollegen Schwarzhaupt möchte ich einiges bemerken. In den Beratungen des Kulturpolitischen Ausschusses wurde mitgeteilt, daß die Debatte über die christliche Simultanschule folgendes Ergebnis zeigte: Er hat

berichtet, daß in Darmstadt und in weiterem Verlauf in anderen Orten Hessens bereits Anträge auf Errichtung von Bekenntnisschulen gestellt worden sind<sup>265</sup> Nachdem in der Öffentlichkeit über die christliche Simultanschule gesprochen wurde, sind Kreise hervorgetreten mit dem Antrag, eine Bekenntnisschule zu errichten.

Um einmal ganz offen und ehrlich zu sprechen: Der Begriff christliche Simultanschule ist uns ganz neu. Wir hatten in Hessen eine Simultanschule. Ich bin selbst durch die Simultanschule gegangen; die Bezeichnung „christliche Simultanschule“ aber kenne ich nicht. Es ist dasselbe, als wenn man sagen wollte „ein hölzernes Hölzchen“ und so weiter. In der Simultanschule haben wir die Möglichkeit, daß die verschiedenen Auffassungen nebeneinander bestehen können, wir haben es in der Hand, ob wir bei der Schule die konfessionelle Aufspaltung aufrichten wollen oder nicht. Es liegt an uns, daß wir ein Beispiel dafür geben, wie wir die Jugend erziehen wollen. Was über die Erziehung der Jugend im großen und ganzen gesagt worden ist, auch vom Herrn Kultusminister, ist sehr begrüßenswert. Wir stellten jedenfalls fest, daß beide Auffassungen mitgeholfen haben, zu einem grundsätzlichen Einverständnis zu kommen.

Eins wurde im Kulturpolitischen Ausschuß besonders zum Ausdruck gebracht: Es war die Rede von der Auslese, wieviel Schüler oder wie groß der Kreis der Schüler sein solle, der ein höheres Studium ergreifen soll. Es war dabei die Rede von 5 %. Ich habe damals zum Ausdruck gebracht, daß diese Ziffer zu niedrig sei. Ich will es hier offen sagen, wir sind der Meinung, daß man den Kreis der Auszuwählenden, die ein höheres Studium ergreifen wollen, nicht zu eng ziehen soll, etwa auf 10 bis 15 %, aber ich möchte bitten, sich überhaupt nicht auf einen bestimmten Prozentsatz festzulegen, sondern die Möglichkeit zu lassen, später den Kreis noch zu erweitern.

Eine wichtige Frage ist die Lehr- und Lernmittelfreiheit in der Schule. Wir sind dafür. Auch wenn die Finanzlage noch so kritisch wäre, sind wir noch dafür, daß wir dem Kinde die Bücher als Eigentum überlassen, um die Liebe zum Buch schon in das Kind hineinzupflanzen, den Sinn für das Buch zu vertiefen und ihm den Anreiz zu geben, sich selbst eine Bücherei anzuschaffen, wie wir dies in frühester Jugend auch getan haben.

Die Frage, wer kontrolliert den Lehrplan, ist in Zukunft von entscheidender Bedeutung. Es kann uns nicht egal sein, wer lehrt und darüber wacht, daß der Unterricht nach den Grundsätzen der Demokratie erfolgt. Die Elternschaft und die politischen Parteien müssen hier die Möglichkeit haben, den Lehrplan zu kontrollieren.

Weiter ist im Kulturpolitischen Ausschuß darüber gesprochen worden — ich war der Anreger —, über die Dinge, wie sie sich in den letzten Wahlkämpfen

<sup>265</sup> In der von der amerikanischen Militärregierung verfügten Übergangslösung (vgl. Anm. 129) galt der Elternwunsch als Voraussetzung für die Errichtung der Bekenntnisschule. In fast allen Gemeinden des Bistums Fulda hätten die Eltern nahezu einstimmig die Einführung der Bekenntnisschule verlangt, so schrieb der Bischof von Fulda, Dietz, im April 1946 an Dr. Köhler, den Vorsitzenden der CDU-Fraktion. Vgl. HStAW Abt. 502 Nr. 3820.

abgespielt haben, einmal vom Standpunkt der Parteien darüber zu sprechen und in aller Öffentlichkeit vom Standpunkt der vier Parteien der Geistlichkeit gegenüber eine Erklärung abzugeben. Ich freue mich, daß meine Anregung Erfolg hatte. Der Auszug aus dem Protokoll liegt hier vor. Ich freue mich, daß der Landesausschuß diesen Antrag, den Herr Schwarzhaupt erörtert hat, einstimmig angenommen hat: Wir stehen alle im politischen Leben, wir haben es alle schwer, unsere Gedanken bis ins kleinste Dorf zu tragen. Ich komme aus dem Landkreis Offenbach-Dieburg. Ich habe in meiner nebenberuflichen Tätigkeit, in meiner ganzen Arbeit während des Einmarsches der Amerikaner alles mögliche getan, zwischen der evangelischen, katholischen und freien Jugend zu vermitteln. Wir haben einigen Erfolg, aber hier und da werden wir torpediert.

Es ist nicht gut, daß die Geistlichkeit über ihre Aufgabe hinausgeht. Es wurde ja deutlich genug gesagt, wie sie arbeiten kann. Die Bergpredigt gilt als Grundlage unserer ganzen praktischen Arbeit. Wir haben als Sozialdemokraten bewiesen, daß wir in jeder Weise tolerant sind. Wir verlangen aber, daß auch die anderen tolerant sind, insbesondere die Geistlichkeit. Wenn es notwendig ist, einen Kulturkampf zu führen, werden wir in diesem Kampf keine schlechte Figur abgeben.

Herr Kollege Bauer hat im Kulturpolitischen Ausschuß die Anregung gegeben, die Debatten über die Simultanschule hinauszuschieben bis nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung. Das war gut so. Wir wollen aber für die Übergangszeit doch festlegen, daß die Schule die Aufgaben hat, den Schüler zu den Grundforderungen der Demokratie und zur Achtung zu allen Völkern zu erziehen, die in ihm liegenden Kräfte und Fähigkeiten zu wecken und ihm die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Das sind allgemein gehaltene Gedanken. Über die weiteren Dinge ist später mehr zu sagen.

Es gibt eine Simultanschule und eine Bekenntnisschule. Ich bin schon für Klarheit. Wozu noch die Bezeichnung „Christliche Simultanschule“. Wir haben nur den Verdacht, daß die CDU dabei ihre besonderen Absichten hat. Vielleicht könnten wir auch bald dazu kommen, uns als „Christlich-Sozialdemokratische Partei“ zu firmieren. Es ist aber nicht notwendig, daß wir in der Frage des Christentums in einen Wettlauf eintreten. Wir sind der Meinung, ob wir Sozialdemokraten, Kommunisten oder CDU sind, wir alle tun in der Praxis soviel wie möglich, denn wir beweisen, daß wir echte Christen sind und wahre Nächstenliebe zeigen. Und wenn die Geistlichkeit gesagt bekommt, was die Parteien denken, dann soll sie sich auch danach verhalten.

Wenn entnazifiziert wird, so bin ich dafür, daß nicht nur die Mitläufer und so weiter überprüft werden, sondern auch die Geistlichkeit dieser Kontrolle unterliegt und daß die Geistlichen, die an der Vergangenheit Schuld tragen und Nationalsozialisten gewesen sind, auch mit der Schippe in der Hand arbeiten sollen. Solche Leute haben das Recht verwirkt, als Erzieher der deutschen Jugend zu gelten.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Meine Damen und Herren! Ich habe noch etwas nachzuholen. Der Herr Ministerpräsident, der an der kulturpolitischen Debatte teilnehmen wollte, hat nicht gewußt, daß die kulturpolitischen Angelegenheiten jetzt behandelt werden. Er

hat eben noch eine dringende Besprechung mit der Militärregierung, wird aber dann erscheinen.

**Abg. Graf Matuschka** (CDU):

Als ich vorhin Herrn Kollegen Bauer hier sprechen hörte, war ich sehr stark erinnert an die Reden, die Hitler und seine Trabanten gehalten haben. Damals hat es auch so angefangen, daß man der Kirche alle möglichen Vorwürfe machte, sie mische sich in die Politik ein und störe mit ihren Einmischungen Deutschland in seinem Bestand. Es wurde alles getan, um die Kirche mundtot zu machen. Was dann aus Deutschland geworden ist, haben wir ja leider erleben müssen.

(Zwischenruf des Abg. Bauer (KPD): Geistliche haben die Waffen Hitlers  
gesegnet!)

Das sind einzelne gewesen,

(Zwischenruf des Abg. Bauer (KPD): Nicht wenige!)

die ihren Irrtum heute bitter bereuen.

(Zwischenrufe)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Darf ich bitten, Herrn Graf Matuschka sprechen zu lassen.

**Abg. Graf Matuschka** (CDU) — fortfahrend —:

Nun ist es doch so: Wir haben alle gewünscht, auch die Kommunistische Partei, daß die Kirchen wieder in ihre Rechte eintreten und daß die Geistlichkeit wieder frei sprechen und ihre geistlichen Einwirkungen auf das Volk ausüben kann. Also wenn die Geistlichkeit nun auf der Kanzel frei sprechen darf, so wird sie sich nicht damit begnügen, daß sie nur Einzelheiten wie die Moral der Ehe oder die Kindererziehung oder Mein und Dein, die Zehn Gebote und die Bibel behandelt, sondern die Geistlichkeit wird das ihr von Gott gegebene Recht ausüben und den ganzen Komplex des menschlichen Lebens erfassen wollen, und dieser Komplex geht natürlich auch manchmal in das hinein, was Politik heißt.

(Widerspruch)

Die Geistlichkeit muß das Recht haben, über alles zu sprechen, was das menschliche Leben ausmacht. Herr Pfarrer Weidner hat selbst vorhin gesagt, die Geistlichkeit solle mithelfen in der Frage der Ostflüchtlinge, also wenn der Staat nicht weiter kann, dann wird die Geistlichkeit zu Hilfe gerufen.

(Zwischenruf: Das ist aber eine Argumentation!)

Wir werden es der Geistlichkeit schon überlassen müssen zu tun, was sie für richtig hält, wenn sie ihre Kirche vertritt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, wenn der Wahlkampf nicht unmittelbar bevorsteht, würden Sie auf diese kleinen Sachen, die da passiert sind, keinen solchen Wert legen.

(Lachen links)

Wenn örtlich der eine oder andere Geistliche mal etwas Derartiges sagt, dann ist das nicht die Stellungnahme der gesamten Geistlichkeit und ist das zweifellos auch etwas, was nicht von uns gewünscht oder gutgeheißen wird.

Die CDU ist keine Kirchenpartei. Wir sind eine Partei, die in sich vereinigt Evangelische, Katholiken und solche, die nicht evangelisch oder katholisch sind. Jeder, der sich zu unserem christlichen Standpunkt bekennt, kann Mitglied unserer Partei sein. Wir sind nicht an eine bestimmte Kirche gebunden, aber wir treten ein für unsere christliche Idee und für einen christlichen Staatsaufbau. Demzufolge sind wir auch eingetreten für eine Simultanschule christlicher Prägung. Nur dann kann man von einem Mißbrauch der Religion und ihrer Einrichtungen sprechen, wenn religiöse Grundsätze politischem Zwang untergeordnet werden. Es ist aber das Gegenteil einer solchen Unterordnung, wenn die Kirche sich bestrebt, den Forderungen des natürlichen und göttlichen Rechts und des göttlichen Rechts im Bereich des Staats- und politischen Lebens Geltung zu verschaffen.

**Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Binder:**

Meine Damen und Herren! In der Frage der Denazifizierung möchte ich Ihnen eine klare, eindeutige Erklärung abgeben. Ich habe neulich mit den Vertretern des Kultusministeriums und der Militärregierung über die Denazifizierung der Kirchenbeamten, Geistlichen und Kirchenvorstände eine eingehende Aussprache gehabt. Es ist dabei ganz klar zum Ausdruck gekommen, daß selbstverständlich die Denazifizierung dieser Kreise auf dem Boden des deutschen Gesetzes vom 5. März 1946 durchgeführt wird. Es ist weiter selbstverständlich, daß die Kirche das Recht hat, gegen Entscheidungen der Spruchkammern Berufung einzulegen. Wenn die Spruchkammer zu einer einheitlichen Auffassung über die Schuld oder Nichtschuld eines Geistlichen kommt, und wenn diese Auffassung mit der der Kirchenleitung nicht übereinstimmt, so muß das ein wichtiger Fingerzeig für die Kirchenleitung sein, wenn sie etwa im Widerspruch steht mit zwei oder drei Instanzen, die auf Grund des Gesetzes Recht gesprochen haben. Es wurde mir berichtet, daß die Kirchen bisher – das hat auch der Vertreter der Militärregierung zum Ausdruck gebracht – in eingehender Weise das Material, das sich gegen die einzelnen Kirchenbeamten richtet, geprüft haben, und es ist dabei gesagt worden, daß verschiedene Listen aufgestellt wurden, eine Liste von Geistlichen, denen die endgültige Genehmigung seitens der Militärregierung erteilt worden ist, eine Liste der Geistlichen, die vorbehaltlich der Entscheidung der Spruchkammern im Amt wirken können und schließlich eine Liste von den Geistlichen, die nicht als verwendungsfähig bezeichnet worden sind. Selbstverständlich unterliegen auch diese Listen einer weiteren Prüfung. Das Material, das erarbeitet wurde hinsichtlich der Prüfung aller dieser genannten Personen, steht ab 1. Juli zur Verfügung. Wir werden uns genau an das Gesetz halten. Wenn die Kirchen ihre Träger entfernt haben, sofern sie politisch nicht tragbar sind, so werden wir uns dem anschließen, sind wir der Meinung, daß dieselben nicht entfernt sind, so wird selbstverständlich genauso verfahren werden wie in allen anderen Fällen auch. Ich habe mich bereit erklärt, wenn Divergenzen vorliegen zwischen der Spruchkammer einerseits und der Kirche andererseits und auch der Auffassung, wie sie bisher von der Militärregierung vertreten worden

ist, daß die Sache dann in einem kleinen Konzilium behandelt wird. Aber wenn für die eine Seite eine solche Entscheidung vorliegt, dann muß sie auch für die andere Gültigkeit haben. Ich bemerke ausdrücklich: Das gilt auch für die Vertreter der Kirche.

**Minister für Kultus und Unterricht Dr. Schramm:**

Meine Damen und Herren! Ich beginne zuerst bei den Punkten, bei denen die Übereinstimmung mit dem Kultusministerium festgestellt worden ist. Ich darf heute feststellen, daß das Schulprojekt, wie wir es unter dem Namen „Deutsche Schule“ zunächst den Regierungen aller Zonen des deutschen Vaterlandes zur Kenntnis gebracht haben, draußen wie hier im Kulturpolitischen Ausschuß weitgehend Verständnis und Unterstützung gefunden hat. Ich darf nur ganz wenige Fragen anschnitten, die im Zusammenhang damit aufgeworfen worden sind, zum Beispiel die Frage der Auslese. Ich habe mich darauf festgelegt, daß nur 10 oder, wie andere sagen, sogar 10 Prozent der Weg in die wissenschaftlichen Berufe freigegeben und eine entsprechende Ausbildung erfahren sollen. Ich habe lediglich, um das Schaubild den Damen und Herren des Ausschusses verständlich zu machen, erklärt, daß die Auslese von etwa zwei Fünftel nicht dem wirklichen Bild entspricht. Die Findung der Begabung, das ist eine der Voraussetzungen für dieses Schulsystem, wie wir es für den großhessischen Raum zunächst geplant haben, aber durchführen wollen in Gemeinschaft mit den Kultusministerien der übrigen deutschen Zonen, einschließlich auch des östlichen Raumes. Die Findung der Begabung ist nicht nur Angelegenheit der Lehrer, wie gesagt worden ist, das ist eine viel zu schwere Aufgabe, als daß sie allein vom Lehrer gelöst werden kann. Es ist ganz zweifellos, daß bei diesen Fragen auch die Elternschaft mit herangezogen werden muß und daß bei der sehr schwierigen Eingliederung der Jugend in die Stelle, wo sie ihrer Begabung nach hingehört, auch der Geistliche, wenn er etwas zu sagen weiß, zu befragen ist, aber nur dann, wenn er wirklich zu der Sache zu sprechen hat.

Ich glaube, damit wäre diese eine Frage erledigt, aber eine zweite hat Herr Oberschulrat Schwarzhaupt angeregt, indem er sich erkundigte nach dem Schicksal, das die ehemalige Mittelschule in diesem System der „Deutschen Schule“ haben soll. Wir vermeiden ja bewußt diese Ausdrücke: Höhere, Mittel- und Volksschule, um die soziale Bewertung, die in diesen Ausdrücken liegt, ein für allemal auszuschalten. Der Weg und das Ziel der Mittelschule war ja früher, für die gehobene Tätigkeit im Wirtschaftsleben wie auch im Verwaltungsleben hinreichend Menschen gründlich vorzubilden. Diese Aufgabe fällt eben dem großen Raum der Schule zu, soweit sie zu praktischen Berufen führen soll, und gerade heute in der Kabinettsitzung ist vom Minister des Innern vorgetragen worden, wie er zum Beispiel die besondere fachliche Ausbildung für die künftige Verwaltung für notwendig erachtet. In diesem Raum, der sich ja auch gliedert in Grundstufe, Unterstufe, Mittelstufe und Hochstufe, werden je nach der Altersstufe die Schul-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen geschaffen, die für jeden Beruf die denkbar beste berufliche Ausbildung in sich tragen. Das sind in dem Raum der sogenannten Oberstufe auf dem Wege zum Praktikum die zahlreichen Fach- und Berufsschulen, die heute noch bestehen und vielleicht noch stärker entwickelt werden müssen, um der Vielfalt der Berufe gerecht zu wer-

den, und das ist auch, was die frühere Mittelschule erreichte, der wir auf dem Wege über diese Schulen noch eine Fremdsprache, eine zweite Fremdsprache, neben dem Französischen auch das Russische, begeben wollen. Ich glaube, daß gerade durch das Russische heute besondere Entwicklungsmöglichkeiten für einen Beruf geboten werden. Jene zwei Fremdsprachen sind in der Mittelstufe und Oberstufe vorgesehen. In all diese Fachgebiete der kaufmännischen Berufe oder Buchhaltung sind selbstverständlich die technischen Fähigkeiten, Maschineschreiben und Kurzschrift eingebaut. Also ich glaube, daß wir deshalb noch zurückgehen müssen auf die Mittelschule, aber unter keinen Umständen auf die Herstellung der Mittleren Reife. Die Mittlere Reife ist ja eine Einrichtung, die nach meiner Ansicht nicht nur historisch ist, sondern tatsächlich zusammenhängt mit dem Beruf des Soldaten, nämlich daß der Betreffende im Beruf durch die Mittlere Reife die Möglichkeit besaß, eine gewisse gesellschaftliche Erhebung zu erreichen. Also dieses Berechtigungswesen, das damit verknüpft war, entfällt völlig, weil wir ja nicht mehr diese Nebenaufgabe bei der Erziehung haben, weil wir nur das eine Ziel haben, im Hinblick auf den Beruf, den der Betreffende gewählt hat, die denkbar beste fachlich berufliche Ausbildung zu gewähren. Also wenn der Plan, den ich den Damen und Herren des Ausschusses unterbreitet habe, damals noch nicht so gezeichnet war, wie die Ausbildung kommen muß, so daß leicht der Gedanke entstehen kann, man hätte nicht daran gedacht, so will ich das damit entschuldigen, daß nicht genügend Referenten zur Verfügung stehen und diese Seite noch nicht vollständig behandelt werden konnte.

Damit glaube ich, in der Frage der Gestaltung der Deutschen Schule alles gesagt zu haben. Bei einer Aussprache, die am letzten Montag zwischen den verantwortlichen Ministern des englischen und amerikanischen Gebiets in Hamburg stattgefunden hat, konnten wir erfreulicherweise feststellen, daß eine starke Angleichung an diesen Schulplan, wie er von mir ausgegangen ist, von allen Seiten erfolgte. Sogar in Berlin, wo bisher ein starres Festhalten an der Hochschule, der Kleinschule und dem Humanistischen Gymnasium festzustellen war, ist man davon abgekommen und hat erklärt, das sei zunächst nur der persönliche Plan des Kultusministers Dr. Fenn. Es ist also die Hoffnung vorhanden, daß wir zu einer Einheitlichkeit für alle Zonen kommen, und das ist es ja, was wir mit dieser Reform angestrebt haben, daß sie sich so in der Öffentlichkeit durchsetzt, daß auch die anderen Zonen Deutschlands eine ähnliche Lösung in Betracht ziehen.

Nun komme ich auf die Kritik zu sprechen, die der Abgeordnete Bauer an der Haltung des Kultusministeriums geübt hat. Diese Fragen wurden mir gestellt zu einer Zeit, in der der Wahlkampf geführt wurde. Ich kann nur wiederholen, was ich bereits bei der Beantwortung der Frage festgestellt habe, daß bisher Meldungen und Vorstellungen über den Mißbrauch der Kirche für politische Zwecke dem Kultusministerium nicht bekanntgeworden sind, und ich hätte mich sehr gefreut, wenn der Abgeordnete Bauer die Angaben über tatsächliche Mißbräuche der Kirche, die er heute vorlegte, mir schon damals gemacht hätte, damit sie mir damals zur Verfügung standen. Dann hätte ich meine Antwort anders abfassen können. Ich kann natürlich nicht alle Zeitungen in Hessen lesen, aber mir

war über einen Mißbrauch der Kirche bis zur Abfassung der Antwort nichts bekannt geworden.

Die zweite Frage, die Anwendung der politischen Gesetze auch auf die Geistlichkeit, hat Herr Minister Binder schon beantwortet. Ich darf feststellen, daß die von Herrn Minister Binder gegebene Antwort mit meiner unter dem 28. Mai gegebenen schriftlichen Antwort übereinstimmt. Es ist gar kein Zweifel, daß ich keine andere Stellung nehmen kann als die, daß nach dem Inkrafttreten des deutschen Gesetzes zur politischen Bereinigung auch die Geistlichen aller Bekenntnisse wie jeder Staatsbürger der politischen Überprüfung unterliegen.

Zur dritten Frage betreffend den Hirtenbrief kann ich meiner Antwort, wie ich sie schriftlich gegeben habe, nichts hinzufügen. Ich habe erklärt, daß der Hirtenbrief in Groß-Hessen nicht veröffentlicht wurde, also kann der Minister nicht dazu Stellung nehmen. Daß mit dem Dokument dann in solcher Weise ein Mißbrauch getrieben wurde, daß es, sagen wir mal, im Schwarzhandel veröffentlicht wird, das ist ein Zeichen dafür, daß die Öffentlichkeit daran ein gewisses Interesse hat. Jedenfalls kam es mir darauf an, nicht nur festzustellen, daß der Hirtenbrief tatsächlich nicht verlesen worden ist, sondern auch eine Richtigstellung zu geben für die Begründung, die bei der Anfrage durch die KPD, an das Kultusministerium gerichtet, gegeben worden war. Es hieß in dieser Begründung: „(...) dessen weitere Veröffentlichung auf Wunsch der Militärregierung zurückgezogen werden mußte“. Ich darf die Antwort nochmals verlesen:

„Um die guten Beziehungen gegenseitigen Vertrauens zwischen der Militärregierung und den Kirchen nicht zu stören, wurden die Bischöfe der im Lande Groß-Hessen liegenden Diözesen Mainz, Fulda und Limburg von der Militärregierung gebeten, einzelne Punkte des Hirtenbriefes zu überprüfen und bis dahin die Verlesung zu unterlassen. Die Militärregierung teilte gleichzeitig mit, daß die Bischöfe das Recht hätten, den Hirtenbrief zu veröffentlichen, wenn sie dies nach Besprechung der Angelegenheit wünschten.“

Also das ist wesentlich auch zu wissen, daß es nicht ein Verbot des Hirtenbriefes war, das die Bischöfe veranlaßte, diesen Brief nicht verlesen zu lassen. Leider ist diese Situation so spät bekanntgeworden, daß sie vielleicht in kleinen Gemeinden, wohin die telefonische Nachricht am Tage vor der Verlesung nicht mehr gekommen ist, nicht mehr bekannt wurde, so daß die Verlesung erfolgte.

(Zuruf des Abg. Bauer (KPD): In Frankfurt verlesen!)

Mir ist nicht bekannt, daß in Frankfurt der Hirtenbrief verlesen wurde. Es liegt an Ihnen, festzustellen, wo dies geschehen ist.

Nun zu der ersten Frage: „Mißbrauch der Kirche zu politischen Zwecken“. In der Beantwortung der Ausführungen des Abgeordneten Bauer, die er zweifellos auf Grund von Material, das er hier vorgetragen und wohl noch zur Verfügung hat, machte, will ich dem Herrn Ministerpräsidenten nicht vorgreifen. Allgemein muß ich aber von folgendem ausgehen, was Herr Bauer in seinen Ausführungen ja selbst erwähnt hat: Er macht der Kirche des Jahres 1933 den Vorwurf, daß sie in dem politischen Raum, wo diese Verbrechen geschehen sind — das heißt, 1933 waren es noch nicht so offensichtliche Verbrechen — geschwiegen

habe. Also gibt er doch der Kirche das Recht, daß sie zu einer offensichtlichen Verletzung des Naturrechts und des sittlichen Rechts, soweit sie im öffentlichen Leben geschieht, sprechen darf und sprechen muß.

**Abg. Bauer (KPD)** – unterbrechend –:

Ich wollte nur allgemein feststellen, daß ich von der Kirche erwartete, daß sie, wenn Verbrechen geschahen, dagegen protestiert hätte.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Nein, Herr Kollege Bauer, so geht das nicht.

**Minister Dr. Schramm** – fortfahrend –:

Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß in allen Fragen des Naturrechts und des sittlichen Rechts, auch wenn diese Dinge im politischen Raum verletzt werden, die Kirche nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, einzuschreiten. Aber ich stehe nicht an, für meine Person zu erklären, daß, wenn die Kirche diese grundsätzliche Haltung einnehmen muß, sie nicht mißbraucht werden darf im parteipolitischen Kampf. Dies ist mein persönlicher Standpunkt. Der Herr Ministerpräsident wird zu der Frage noch Stellung nehmen.

**Abg. Weidner (LDP):**

Ich will nur kurz Stellung nehmen zu der Frage, wie es mit den Pfarrern gehalten werden soll und muß, die in der Partei waren. Es gibt keine Auffassung bei den evangelischen Pfarrern, daß die Politik auf die Kanzel gehöre. Ich war erstaunt zu hören, daß der Pfarrer auch Politik treiben müsse, daß er einwirken solle auf den Staat. Das geht zu weit, das habe ich in den 30 Jahren meiner Amtstätigkeit nicht getan. Es müßte der kommen, der mir nachweisen könnte, daß ich, jedenfalls in der Kirche, für meine Partei aufgetreten wäre. Ich bin der Meinung, daß der Pfarrer auf der Kanzel keine Stellung zur Politik zu nehmen hat. Er bekommt durch seine Tätigkeit von selbst Anhänger für seine Politik. Es ist klar, es gibt Dinge, die christlich behandelt werden müssen und daß es protestantische Dinge gibt, die im scharfen Gegensatz dazu stehen. Christlich und protestantisch ist nicht ganz dasselbe. Ich wiederhole noch einmal: Wir evangelischen Pfarrer jedenfalls sind der Meinung, daß die Politik nicht auf die Kanzel gehört, in keiner Weise.

Die katholische Auffassung kenne ich nicht. Es heißt dort, wir sind keine Partei. Aber Sie (zu den Abgeordneten der CDU gewendet) wollen doch nicht bestreiten, daß der Grund, auf dem Sie stehen, das Zentrum ist. Die Pfarrer haben ganz recht, wenn sie das bestreiten. Deshalb wird aber nicht aus der Welt geschafft, was der Bischof von Hildesheim gestern erklärt hat, daß die CDU das Zentrum ist. Darüber ist doch jeder Streit überflüssig: Diese christliche Partei wäre nie gekommen, wenn Deutschland nicht zerrissen worden wäre und das Zentrum noch seine Macht behalten hätte. Wenn der Bischof von Hildesheim – von anderen nicht zu reden – erklärt, die CDU ist das frühere Zentrum, so sollte das immerhin ein Beweis sein. (Zur CDU: Ich verstehe Ihr Kopfschütteln.) Daß evangelische Pfarrer mit den Parteien arbeiten, ist wahr, es ist aber auch wahr, daß der größte Teil nicht mit ihnen arbeitet. Es war ein starkes Stück, wenn von Fräulein Sevenich hier erklärt wurde: „In uns (der CDU) hat sich die Vereinigung der Evangelischen und Katholiken vollzogen“, in einer

Zeit, wo Beschwerden kommen über Bevorzugung katholischer Pfarrer in Frankfurt am Main, Friedberg, Bensheim und so weiter. Daß auch evangelische Pfarrer mit Ihnen (der CDU) arbeiten, ist verständlich durch die Tatsache, daß die zwölf Jahre Nationalsozialismus hinter uns liegen — wir Deutsche gehen gern in Extremen —, und man geglaubt hat, daß nun hier das Heil kommt. Im übrigen sind Sie sich doch klar darüber — und das ist es, was ich andeuten wollte —, daß Sie eine furchtbare Verantwortung übernehmen, wenn Sie sagen, auf den Dörfern dafür sorgen zu wollen, daß christlicher Geist lebendig würde.

(Auf verschiedene Zwischenrufe bemerkt der Vorsitzende, den Redner doch aussprechen zu lassen.)

Es ist jedenfalls sicher, daß in nicht sehr langer Zeit die evangelischen Wähler den Weg zurückfinden werden von Ihnen. Sie sind die Partei des Augenblicks, aber nicht der Zukunft.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole, daß die CDU in der Hauptsache das Zentrum ist. Über ihre Taktik und christliche Wahrheitsliebe könnte ich mehr erzählen und bemerkenswerte Beispiele aus Butzbach bringen. Aber weiter: Was die Entnazifizierung — wie das herrliche Wort heißt — auch der Pfarrer angeht, so betrifft diese eigentlich nur die evangelischen Pfarrer. Die Zahl der katholischen Pfarrer wird gleich Null sein. Warum das so ist, darüber habe ich nicht zu reden. Wenn von der Entnazifizierung der Pfarrer gesprochen wird, so können nur wir evangelischen Pfarrer in Frage kommen. Es ist bedauerlich, daß tatsächlich im Jahre 1933 ein großer Teil der evangelischen Geistlichen sein Heil im Nationalsozialismus zu sehen glaubte. Nachdem nun aber diese Leute diesen Weg gegangen sind, ist es sonnenklar, daß sie auch an den Folgen tragen müssen bei ihrer demnächstigen Aburteilung durch die Spruchkammern. Es hieß einmal, daß sie eigene Spruchkammern haben sollten. Sicher ist das nicht. Sicher ist nur, was nicht sicher ist. Das einzige, was sicher ist, ist, daß die Kirche endgültig erklärte, auch die Pfarrer kommen vor die Spruchkammern. Der Pfarrer muß sich sagen, daß er kein Anrecht hat, eine Ausnahmestellung einzunehmen. Wir Pfarrer lehnen es auch ab, eine Ausnahmestellung zu beanspruchen, wir sind nicht mehr, als jeder andere Staatsbürger. Das ist für manche Pfarrer recht bitter. Die Pfarrerschaft hat einmütig erklärt, daß sie heute auch einsehe, daß die Pfarrer auch vor den Spruchkammern erscheinen müssen, um aber nur im Maß ihrer Schuld abgeurteilt zu werden. Wenn man, wie bei vielen anderen, den Lehrern, wenn sie nachweisen, den Weg der Erkenntnis gefunden zu haben, Milde walten läßt, dann haben sie genau das Recht auf individuelle Behandlung wie die anderen Lehrer und so weiter und sollten nicht härter bestraft werden. Wie wiederholt gesagt, wir sind uns darüber einig, daß auch die Pfarrer vor die Spruchkammern kommen sollen, und zwar recht bald. Wir in der Kirche sollen und wollen mithelfen. Die Kirche soll aber auch mithelfen, daß den Bauern das Gewissen geschärft wird. Dies jedoch nur als eine kleine Vorprobe für eine kleine Auseinandersetzung. Es geht nicht an, daß ein evangelischer Pfarrer in Wiesbaden erklärt, die einzige christliche Partei, die für die Simultanschule eintritt, sind wir (die CDU). Die Liberal-Demokratische Partei ist von allem Anfang für die Simultanschule eingetreten, also nicht nur die CDU als einzige Partei.

**Abg. Frau Mihaly (KPD):**

[Maschinenschriftlicher Vermerk: „Unkorrigiert, da von Abgeordneter Frau Mihaly nicht zurückgeschickt.“]

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen in der überaus interessanten Debatte die nüchterne Stellungnahme meiner Fraktion zu den verschiedenen kulturpolitischen Fragen zu übermitteln. Ich möchte zuerst über den Lehrernachwuchs sprechen, wichtig für alle begabten Menschen, die an der deutschen humanistischen Erneuerung teilnehmen, um Lehrer zu werden. Meine Kommunistische Partei verfolgt aufmerksam den Werdegang des neuen Lehrers. Ich bin nicht ganz frei von Sorgen. Schon im Kulturpolitischen Ausschuß wurde diese Frage behandelt und gefunden, daß der neue Lehrer für seine lange Ausbildungszeit Anspruch auf ein Überbrückungsstipendium hat. Es muß dem neuen Lehrer die Möglichkeit gegeben werden, sich weiterzuentwickeln. Grundsätzlich wäre zur Lehrerausbildung zu sagen: Wir fordern eine einheitliche akademische Ausbildung für alle Lehrer, keine Trennung von Volksschule und höherer Schule. Die Lehrerseminare müssen verschwinden. Es ist nicht nötig, daß in der heutigen Zeit im pädagogischen Nachwuchs wieder der Kastengeist in Erscheinung tritt. Der Volksschullehrer soll beim Vorliegen der Reife die Möglichkeit haben, in die höhere Schule aufzurücken. Auf keinen Fall darf es zugelassen werden, daß im neuen Lehrkörper Standesunterschiede auftauchen, die bewußt oder unbewußt auf die Kinder übertragen werden.

Zur Schulreform folgendes: Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die einheitliche Ausrichtung der Schulreform für ganz Deutschland sehr wichtig ist. Über die Zonen hinweg hoffen wir, daß die Verbindung aufgenommen wird. Wir haben den Kultusminister gebeten, im Beratenden Landesausschuß darüber Bericht zu erstatten. Wir bleiben bei dieser Forderung, weil wir die einheitliche Ausrichtung der Schulreform für nötig halten. Wir begrüßen den Beschluß der Lehrfreiheit und unentgeltlichen Lieferung der Lehrmittel. Nicht begrüßen können wir die vier Jahre Grundschule. Wir schlagen dem Minister eine Kompromißlösung vor, und zwar mindestens sechs Jahre gemeinsamen Unterricht. Der Unterricht soll zwischen Knaben und Mädchen kein getrennter sein, weil das Zusammenleben im Schulhaus dazu beiträgt, in freier Achtung zueinander aufzuwachsen. Was die Fremdsprachen betrifft, können wir uns der Sorge nicht verschließen, daß hier etwas in Erscheinung tritt, was wir in der Schule nicht wünschen. Man lernt in der Volksschule in unserem Lande Englisch nicht akademisch, sondern als Umgangssprache, während in den höheren Schulen auf das Akademische und sehr gute grammatikalische Aussprache Wert gelegt wird. Wir wünschen diesen Unterricht nicht und wollen, daß die Kinder in den Volksschulen genau den Fachsprachunterricht erhalten wie in den höheren Schulen. Zu den Anträgen der anderen Fraktionen: Wir verlangen die freie geistige Entfaltung auf humanistischer Grundlage. Bezüglich des Ausbaues der Schulräume: Da gibt es immer noch Schulräume, die von den verschiedenen Ämtern belegt sind. Meine Fraktion wünscht die Freimachung dieser Schulräume sowie Schaffung zusätzlichen Schulraumes, daß auch hierbei die Gesetze der Schönheit und der Harmonie zutage treten. Räume, bei denen die Möglichkeit besteht, sie für den Zusammenschluß unserer Jugend, soweit sie das 18. Lebens-

jahr noch nicht erreicht hat, zu interkonfessionellen Verbänden freizugeben, sind sicherzustellen.

Ich komme nun zur Frage Theater. Sie wissen, welche Bedeutung das Theater hat. Goebbels schätzte die Bedeutung des freien Wortes des Theaters. Ist aber unser Spielplan schon so gestaltet, wie man es wünschen sollte? Wenn wir den Spielplan im allgemeinen überschauen, dann finden wir hauptsächlich leichte Musik, Komödien und nur selten ein Zeitstück oder kritisches Stück. Die Theater sind zur Zeit ja ein wirtschaftliches Problem. In den zerstörten Städten sind die Unterhaltungskosten sehr hoch. Infolgedessen gibt es auch hohe Eintrittspreise: 6, 7 und 8 Mark sind an der Tagesordnung. Wann geht das Publikum ins Theater? Wenn der Spielplan ein leichter ist. Also gibt die Bühnenleitung leichte Muse. Es ist der Wunsch unserer Fraktion, daß die Theater mehr vom Staat unterstützt werden. Wiesbaden erhält 600 000 RM, Darmstadt 200 000 RM, Kassel 200 000 RM. Wir stellen die Forderung, hier eine gerechtere Verteilung der staatlichen Subventionen vorzunehmen und eventuell eine besondere Vergütung für besondere Leistungen zu geben. Wir bitten, daß in den besonders zerstörten Städten mehr staatliche Subventionen gewährt werden. Bühne und Künstler müssen auf einem hohen Niveau stehen. Das Publikum muß ins Theater kommen, darum müssen auch die Preise herabgesetzt werden. Darum fordern wir auch Zuschüsse an Theater, die keine Staatstheater sind.

Auch ist es so, daß durch die schlechte Finanzlage der Theater die Schauspieler sehr oft eine zu geringe Gage erhalten. Wir erleben immer wieder, daß die Schauspieler aus dem hiesigen Gebiet abwandern nach Berlin und anderswo, [wo] die Gagen höher sind. Hierbei ein Hinweis auf die gastspielreisenden Schauspieler. Der Künstler ist kaum imstande, von einer Stadt zur anderen zu fahren, geschweige denn von einer Zone in die andere. Hier bitten wir besondere Vergünstigungen für die Schauspieler auf der Bahn zu erwirken. Ferner bitten wir den Minister, den Künstlern und geistig Schaffenden einen Kalorienzusatz zu bewirken. Zum Beispiel ein Tänzer, der durch seine körperlichen Bewegungen mit höchster Anspannung der Muskeln seine Kräfte dauernd verbraucht, kann seine vielstündige Arbeit und Pflicht nicht erfüllen bei der Ernährung, die wir alle haben.

Durch alle vorerwähnten Maßnahmen könnten die Verhältnisse der Theater grundlegend gebessert werden. Meine Fraktion wünscht, das Theater wieder zum Sprachrohr der Bevölkerung werden zu lassen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Der Herr Ministerpräsident hat sofort ums Wort gebeten. Wir nähern uns bedenklich dem Zeitpunkt, wo das Haus beschlußfähig wird. Ich halte es nicht für gut, wenn das Haus sich durch den Fortgang der Abgeordneten selbst beschlußfähig macht.

**Ministerpräsident Prof. Geiler:**

Aus zeitökonomischen Gründen will ich zu den hauptsächlichlichen Kulturfragen erst morgen Stellung nehmen. Aber es drängt mich, zur Theaterfrage etwas zu sagen, weil ich gerade mit dieser Aufgabe mich neben meiner umfangreichen Tätigkeit befaßt habe. Ich bin mit der Vorrednerin völlig darin einig, daß die gegenwärtigen Aufgaben des Theaters besonders groß sind, daß sie nicht nur

erzieherisch sein sollen, sondern uns auch hinausheben sollen über die Nöte des Alltags und vor allem auch, um die Verzerrungen des Kunstbegriffs und der Kunstauffassung, die das Dritte Reich uns einzuimpfen versucht hat, wieder auszumerzen.

Ich muß nun aber sagen, wenn man die Verhältnisse in Groß-Hessen beurteilt, daß man eigentlich erfreut sein muß, was in dieser Beziehung schon bei uns geleistet wird. Die Vorrednerin hat mit Recht auf die Leistungen des Darmstädter Theaters hingewiesen, die ja so weit gehen, daß amerikanische Offiziere mir sagen: „Das ist das beste Schauspiel, das Sie in ganz Deutschland haben.“ Es ist doch eine Kulturleistung ersten Ranges; daß in einer fast völlig zerstörten Stadt nach so kurzer Zeit so Hervorragendes geboten wird, sollen wir dankbar anerkennen. Auch die Leistungen in Kassel – ich habe mich noch nicht davon überzeugen können – sind nach allem, was ich höre, von beträchtlicher Höhe. Die Intendanten haben das Bestreben, nicht nur leichte Muse zu bieten, denn wenn Sie die Spielpläne in Kassel und Darmstadt sich ansehen, so sind das sehr wertvolle und gehaltvolle Stücke.

Etwas prekär sind die Dinge in Wiesbaden. Seit etwa zwei Monaten bemühe ich mich, einen Intendanten zu finden, und ich habe wirklich die größten persönlichen Anstrengungen gemacht, um dieses Problem zu lösen. Ich hatte bereits in der Person des Professors Salschmidt einen ausgezeichneten Theaterleiter gefunden, leider hat ihn die amerikanische Militärregierung abgelehnt, weil er seinerzeit nicht den Professortitel abgelehnt hat. Er war nie Parteimitglied und wäre ein vorzüglicher Theaterleiter gewesen. Wir haben noch mit Dr. Schramm aus der Schweiz verhandelt, er hat aber abgelehnt. Nun ist noch Intendant Henning, so daß dieser denn auch das Wiesbadener Theater regenerieren wird<sup>266</sup>. Es ist mir auch gelungen, Herrn Strecker<sup>267</sup>, der schon ausbrechen wollte, weil die finanziellen Verhältnisse hier etwas beengt sind, im letzten Augenblick noch festzuhalten. Ich habe ihn auf eigene Verantwortung engagiert mit dem Vorbehalt, daß es mir freibleibt, ob ich ihn in Darmstadt oder Wiesbaden einsetzen will. Sie sehen, die Bemühungen sind außerordentlich stark, und wenn es in Wiesbaden noch nicht gelungen ist, so liegt das an den prekären Verhältnissen, da hier wirklich eine sehr unglückliche Lage vorliegt.

Der Intendant Payer<sup>268</sup> hat seine Aufgabe nicht richtig erfüllen können. Ich nehme an, wenn der Intendant gefunden ist, dann wird das Wiesbadener Theater auf dieselbe Höhe kommen, die Darmstadt und Kassel bereits erreicht haben.

Bei den Gastrollen bin ich vollkommen der Auffassung, daß man hier den Sängern und Schauspielern möglichste Freiheit geben muß. Auch die Frage der Ernährung hat mich sehr stark beschäftigt. Ich habe mit dem Herrn Ernäh-

<sup>266</sup> Otto Henning hatte die Position des Intendanten bis 1949 inne. Der Opernregisseur Dr. Friedrich Schramm kam dann 1953 als Intendant nach Wiesbaden.

<sup>267</sup> Biographische Angaben zu Strecker und Salschmidt konnten nicht ermittelt werden.

<sup>268</sup> Richard Payer war Ende 1945 von der Militärregierung als Intendant eingesetzt worden, legte jedoch schon im April 1946 sein Amt nieder. Im Protokoll wird er fälschlich als „Bayer“ zitiert.

rungsminister schon darüber gesprochen. Ich bin mir völlig klar, daß diese auch körperlichen Leistungen, die von den Schauspielern verlangt werden, ohne einen Zusatz gar nicht zu vollbringen sind, daß diese Leute auf der Bühne ohnmächtig werden infolge mangelnder Ernährung. Demgegenüber hat der Herr Ernährungsminister an dem Grundsatz festgehalten: Es gibt keine Ausnahmen. Das ist ein sehr schweres Problem, es kann aber nur in einem größeren Umfange gelöst werden, vielleicht durch Gemeinschaftsküchen und so weiter.

Wegen der Zuschüsse liegt die Sache so: Wir haben uns bereits entschlossen, das kann ich ziemlich positiv sagen, die Zuschüsse für Kassel und Darmstadt auf je 300 000 Mark zu erhöhen, so daß dann für Wiesbaden noch 400 000 Mark übrigbleiben, da für Wiesbaden eine Anfangsarbeit zu leisten ist. Wir haben ja leider das Große Haus nicht bekommen, es ist für später in Aussicht gestellt. Daher müssen wir einen neuen Theaterraum herrichten<sup>261</sup>. Das erfordert einen größeren Aufwand, daher die Differenzierung. Ob es möglich sein wird, noch andere Theater zu subventionieren, kann ich nicht sagen. Wir haben noch kein Bild, wie hoch unsere Einnahmen sein werden, da ist Vorsicht geboten. Wie ich gehört habe, hält das Kasseler Theater in Hersfeld Aufführungen ab. So könnten ja auch die anderen Bühnen, die wirklich Hervorragendes leisten, in die kleineren Städte gehen, um das Kulturbedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen. Ich kann Ihnen versichern, daß wir das Theaterproblem aufs wärmste fördern.

**Abg. Frau Epstein (CDU):**

Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß man bei unserer Aussprache über Christentum und Politik nicht einig ist, was Christentum und Politik ist. Ich selbst gehöre zu den evangelischen Mitgliedern der CDU. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß die CDU nicht das Zentrum ist, ich weiß aus meiner Zugehörigkeit zu ihr von innen heraus, daß das nicht zutrifft. Ich bin nicht der Meinung von Herrn Pfarrer Weidner, daß man der Kirche als Kirche im Gottesdienst verwehren kann, zu den grundsätzlichen Fragen des Volkslebens Stellung zu nehmen, denn was würde man zu einem Christentum sagen, das sich in der Praxis nicht bewährt? Es ist nötig, daß die Predigt eines Pfarrers zu den Fragen des Volkslebens Stellung nimmt. Aber es ist ganz richtig, wenn die Frage aufgeworfen wird: Was ist Politik? In unserer Fraktionssitzung wurde in der radikalsten Weise zu der Frage der Politik auf der Kanzel Stellung genommen: Wir wollen keinerlei Parteipolitik auf der Kanzel. Wir rücken ab von einer Parteipolitik auf der Kanzel. Was wir aber fordern müssen, ist das Recht der Kirche selbst, nicht des Pfarrers in seinem Privatleben, zu den brennenden Fragen des Volkslebens Stellung zu nehmen. Ich habe am Wahlsonntag eine evangelische Predigt in Frankfurt am Main gehört, die aufs allernachdrücklichste ans Herz legt, die Wahl als eine gewissenhafte Entscheidung vor Gott und dem Menschen vorzunehmen. Dabei will ich nicht im geringsten bestreiten, daß die Menschen mehr oder weniger dazu neigen, sich zu der CDU zu bekennen,

<sup>269</sup> Das Große Haus war nach einem Bombenangriff stark beschädigt worden. Es wurde nach provisorischen Ausbesserungsarbeiten von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und der Truppenbetreuung zur Verfügung gestellt. Das Theater fand eine Unterkunft im Kolpinghaus in der Dotzheimer Straße. Vgl. Schwitzgebel, 100 Jahre, S. 42f.

wahrscheinlich auch bei den anderen Parteien. Ich kenne Christen, die Sozialdemokraten und Kommunisten sind.

Noch ein Wort zu der Bezeichnung „christliche“ Simultanschule. Die Interpretation des Herrn Kultusministers Schramm kann als klassisch gelten. Es ist Tatsache, daß durch zwei Jahrtausende hindurch das Abendland auf dem christlichen Boden stand und die ganze Kultur beeinflußt und geworden ist aus der christlichen Tradition her. Damit will ich absolut nicht sagen, daß heute eine andere Einstellung bekämpft werden soll. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß auch jeder andere sein Recht haben muß. Ich habe die Überzeugung, daß auch diejenigen Menschen, die das Christentum ablehnen – und wer überhaupt auf dem Boden der humanitären Menschheit steht – und eine gerechte und liebevolle Entwicklung für die Zukunft erstreben, das Beste tun, was sie haben, auch aus dem Christentum heraus.

Abg. **Philipp** (CDU)

(bemerkt gegenüber den Vorhaltungen, die der CDU gemacht wurden, daß irgendwelche Ausschreitungen keinesfalls gutgeheißen werden.) Aber das Ziel ist doch: Wie soll unsere Jugend erzogen werden? Wenn die Jugend aber christlich erzogen werden soll, dann müssen die Eltern aber auch christlich eingestellt sein. Ich bin der Meinung, unsere Schule muß christlich sein, Christus muß unser Vorbild sein.

Abg. **Pauly** (CDU):

Meine Vorrednerin Frau Epstein hat schon wesentliche Punkte von meinen Ausführungen vorweggenommen. Wir rücken entschieden davon ab, wenn einzelne Geistliche eindeutig zugunsten unserer Partei Stellung nehmen. Dies ist für uns gar nicht erforderlich, und wir wünschen es auch nicht. Ich kann auf jeden Fall sagen, in Wiesbaden und im Untertaunus sind derartige Fälle nicht vorgekommen.

Was die Erklärung des Papstes für Italien anbelangt, so kann uns das gar nicht berühren. Wir haben das Christentum nicht gepachtet, genauso wenig wie Sie den Liberalismus und die Freiheit gepachtet haben. Uns interessiert die christliche Grundlinie, nicht, ob einer Katholik oder Protestant ist oder ob er einer Sekte angehört.

Vorsitzender **Dr. Hilpert**:

Meine Damen und Herren! Wir sind endlich am Ende der Rednerliste. Ich stelle fest, daß damit die Debatte über Punkt 4 der Tagesordnung erledigt ist.

Morgen werden wir nach den Erklärungen der Kollegen Witte und Knothe den Punkt 2 der Tagesordnung, „Bericht über die Tätigkeit des Ernährungspolitischen Ausschusses“ nehmen, sodann den Bericht des Kommunalpolitischen Ausschusses, dann die Diskussion über die Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten. Am Nachmittag käme dann der Finanzpolitische Ausschuß und der Rechts- und Verfassungsausschuß zu Wort.

Damit schließe ich die heutige Sitzung.

Schluß gegen 20 Uhr

## Sitzung vom 7. Juni 1946

Anwesend waren:

[Vorsitzender Dr. Hilpert]

Fraktion der SPD: Abg. Knothe, Abg. Drott, Abg. Heigl, Abg. Heißwolf, Abg. Locke, Abg. Nitsche, Abg. Rehbein, Abg. Witte, Abg. Wittrock, Abg. Zinnkann.

Es fehlten die Abg. Richter und Rupp.

Fraktion der CDU: Abg. Dr. Köhler (kam später), Abg. Dr. von Brentano, Abg. Frau Epstein, Abg. Leitz jr., Abg. Graf Matuschka, Abg. Pauly, Abg. Philipp, Abg. Trabert, Abg. Waßmuth.

Es fehlten die Abg. Leweke, Sevenich und Wendel.

Fraktion der KPD: Abg. Leopold Bauer, Abg. Diez, Abg. Fisch, Abg. Krüger, Abg. Frau Mihaly, Abg. Rademacher, Abg. Willmann, Abg. Frau Wolf, Abg. Zeiß.

Es fehlten die Abg. Barthel, Schmüser und Zängerle.

Fraktion der LDP: Abg. Schwarzhaupt, Abg. Frau Bringezu, Abg. Catta, Abg. Geiger, Abg. Kredel, Abg. Weidner, Abg. Weinsperger, Abg. Wilhelmi.

Es fehlten die Abg. Dr. Fertsch, Hermann Bauer, Dr. Schönwandt und Stefefeld.

[Vertreter der Regierung:

Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler

Minister des Innern Venedey

Minister für Wirtschaft und Verkehr Dr. Mueller

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring

Minister der Finanzen Dr. Mattes

Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Binder

Ministerialdirektor Knappstein]

## Vormittagssitzung vom 7. Juni 1946, 9 Uhr

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Wir setzen unsere Beratungen fort. Ich erteile Herrn Landesrat Witte zu einer Erklärung das Wort.

**Abg. Witte (SPD):**

Meine Damen und Herren! Namens der vier antifaschistischen Parteien, die hier im Landesausschuß vertreten sind, habe ich folgende Erklärung abzugeben:

„Mit Empörung haben die Parteien davon Kenntnis erhalten, daß die Beschlagnahme von Wohnungen in der letzten Zeit trotz allen Zusicherungen der Besatzungsmacht wieder neu durchgeführt wird. Aus verschiedenen Großstädten Groß-Hessens haben wir erschütternde Nachrichten erhalten über die rigorose Art, mit der diese Aktionen vorgenommen werden. Eine tiefe Erbitterung der betroffenen Bevölkerung kommt darin zum Ausdruck, die noch erhöht wird dadurch, daß Soldaten polnischer Natio-

nalität<sup>270</sup>, mit Gewehren bewaffnet, die Bewachung stellen und unser Volk demgegenüber hilflos dasteht. Eine Niedergeschlagenheit hat Platz gegriffen, die für die Demokratie und den Wiederaufbau Deutschlands sich verheerend auswirken muß. Alle Hoffnungen auf Gerechtigkeit und der Glaube an die Ritterlichkeit geht verloren, wenn die Militärregierung nicht diese Maßnahmen einstellt und unsere Bevölkerung, die sowieso unter dem Hunger leidet, nun noch aus ihren Heimstätten vertreibt. Bisher durften die Betroffenen weder Möbel noch sonstige Gegenstände mitnehmen. Der Beratende Landesausschuß richtet daher an den Herrn Ministerpräsident die Bitte, sich mit den zuständigen Herren der Militärregierung und dem Kontrollrat in Verbindung zu setzen, um eine faire Behandlung zu erreichen, insbesondere die Bewachung abzustellen und zu versuchen, daß die Beschlagnahmungen überhaupt eingestellt werden. Wenn die Demokratie gerettet werden soll, dann ist Voraussetzung, daß unser Volk als gleichberechtigt anerkannt wird, denn nur so kann man sich eine friedliche Zukunft vorstellen und eine Zusammenarbeit mit allen Völkern sichern."

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zur Begründung folgendes anzuführen. Wir haben uns ja in der Plenarsitzung des Landesausschusses wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt. Ich verweise nur auf die Anträge der Sozialdemokratischen Partei Kassel, ich verweise auf die Anträge, die in dieser Sache die CDU gestellt hat, und auch die anderen beiden Parteien sind mit uns durchaus darin einig, daß diese Beschlagnahmungen eine überaus große Härte bedeuten. Ich gebe ohne weiteres zu, daß der Herr Ministerpräsident sich bemüht hat, bei seinen Vorstellungen bei den Herren der Militärregierung und auch bei noch höheren Kommandostellen zu erreichen, daß in einer fairen Weise diese Dinge abgewickelt werden und daß namentlich auch die – sagen wir einmal – wohlerworbenen Rechte der antifaschistischen Parteien, hauptsächlich der politisch und rassisch Verfolgten, unbedingt gewahrt werden. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, denn die Zusicherungen sind bisher nicht gehalten worden. Es ist ganz erklärlich, daß überall eine tiefe Niedergeschlagenheit Platz gegriffen hat, namentlich, weil es sich ja hier vornehmlich um kleine Leute, Beamte, Angestellte und insbesondere Arbeiter, handelt.

Vor einigen Wochen erschien nun eine Erklärung des Herrn General Clay<sup>271</sup>, die auf Grund von Verhandlungen bekanntgab, daß die Beschlagnahmungen, wenn sie auch nicht ganz eingestellt werden könnten, doch auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben sollen, daß die Leute aber ihre Rechte behalten sollten, und daß die größte Rücksicht genommen werden müßte, um die Sache sich doch nicht so auswirken zu lassen, wie wir es nachträglich erlebt haben. Diese Erklärung hat große Hoffnungen bei der gesamten Bevölkerung ausgelöst, und es wird allen so ergangen sein wie mir: es ist wohl keine Zeitung so freudig aufgenommen worden als die Nummer, in der diese Erklärung des Herrn General

<sup>270</sup> Vgl. Anm. 89.

<sup>271</sup> Gemeint ist die Ansprache Clays in der Länderratssitzung vom 7. Mai 1946. Vgl. Anm. 219.

Clay enthalten war. Nun glaubte man, man sei über diesen Berg hinweg, Zuversicht und Freude stellten sich ein.

Aber, verehrte Versammlung, leider war es nur ein kurzer Rausch, denn wir haben in den letzten Tagen, auch hier in Wiesbaden, erlebt, daß Beschlagnahmungen durchgeführt worden sind und daß 300 Familien oben auf der Adolfshöhe in dem Siedlungsviertel wieder herausgesetzt werden". Sie dürfen keine Möbel mitnehmen, so daß auch dort geradezu eine helle Verzweiflung ausgebrochen ist. Es ist ganz erklärlich, wenn solche Dinge vier Wochen vor einer bedeutsamen Wahl vor sich gehen, eine Wahl, in der die Verfassungsgebende Versammlung gewählt werden soll, die die Grundlagen schafft für den Wiederaufbau des großhessischen Staates als Glied eines einigen Deutschlands, das wir aus wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen und kulturellen Gründen unbedingt brauchen, daß man sich natürlich nicht zu wundern braucht, wenn unter dem Eindruck solcher Vorkommnisse die Wahlbeteiligung immer weiter zurückgeht<sup>271</sup>.

(Zuruf: Sehr wahr!)

Ich habe seinerzeit mit Interesse die Wahlergebnisse gelesen, ich habe auch die Kommentare studiert und war eigentlich verwundert, daß sie immer dahin ausklangen: Wie ist es eigentlich zu erklären, daß die Wahlbeteiligung nicht noch weiter gestiegen, sondern gefallen ist? Wenn hier in Wiesbaden eine besonders schlechte Wahlbeteiligung war<sup>274</sup>, so ist dies nur zu erklären aus dem Anschauungsunterricht, den die Bevölkerung hier täglich vor Augen hat. Es war doch geradezu ein Stolz der Zeit zwischen 1918 und 1933, wie die Angestellten und Arbeiter praktische Sozialpolitik trieben, und zu dieser Sozialpolitik gehörte in erster Linie die Schaffung von Siedlungshäusern und Heimstätten. Wir waren stolz hierauf, und ich erinnere mich, daß selbst Kommissionen aus dem Auslande kamen und ihrer Verwunderung und ihrem Stolz Ausdruck gaben, daß Arbeiter und Angestellte aus eigener Kraft durch Zusammenschluß Wohnstätten schufen, um später ein eigenes Heim für ihre Familie, eine gewisse Altersversorgung zu haben, ein Heim, in dem sie den Rest ihres Lebens verbringen wollten. Eine solche Siedlung, und zwar die Heimstättensiedlung der Angestelltenversicherung, ist auch hier auf der Adolfshöhe gebaut worden. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, diese Siedlung mit ihren vielen kleinen Häusern zu sehen, und die Menschen, wie sie sich geplagt haben, erst einmal Woche für Woche und

<sup>272</sup> Die Bewohner der „Adolfshöhe“, an der Biebricher Allee oberhalb Biebrichs gelegen, unterlagen, wie auch die Einwohner anderer hessischer Städte, dem „Besatzungsbefehl“ der amerikanischen Militärregierung, durch den die Bürgermeister angehalten wurden, Häuser für die Besatzungsmacht zur Verfügung zu stellen. Die betroffenen Siedlungen wurden durch Stacheldraht abgesperrt, die Bewohner mußten oftmals ihre gesamte Einrichtung zurücklassen und durften das abgesperrte Gebiet nicht mehr betreten. Vgl. die Denkschrift von Ludwig Johlen aus dem Jahre 1951 über die „Besatzungsverdrängten“ und deren Rechtsanspruch auf Wiedererlangung ihres Besitzes in HStAW Abt. 502 Nr. 494.

<sup>273</sup> Lag die Wahlbeteiligung in Hessen bei den ersten Gemeindewahlen im Januar 1946 noch bei 85%, so ging sie bei den Kreistags- und Stadtverordnetenwahlen im April und Mai 1946 auf 76% zurück. Vgl. Kropat, Stunde Null, S. 92.

<sup>274</sup> Vgl. ebd. Die Wahl zur ersten Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai 1946 hatte in Wiesbaden eine Wahlbeteiligung von nur 71,5% erbracht.

Monat für Monat Geld zurückgelegt haben, um die Anzahlungen leisten zu können, wie sie spät abends noch gearbeitet haben, um ihre Heimstätten wohnlich einzurichten, der wird auch die Verbitterung und die Verzweiflung verstehen, die jetzt dort ihren Einzug gehalten hat nach den Vorkommnissen der letzten Tage. An diesen Heimstätten kleben viele Sorgen und Entbehrungen. Die Gärten — jeder kann sich davon überzeugen — sind mit Liebe gepflegt worden. Die Leute haben unter dem Druck der Ernährungskrise — ich möchte fast sagen — jeden Quadratzentimeter nutzbar gemacht, und nun plötzlich, acht Tage vor Pfingsten, kommt eine solche Katastrophe. Wer an meinen Worten zweifelt, dem kann ich nur empfehlen, sich die Mühe nicht verdrießen zu lassen und selbst einmal hinaufzugehen auf die Adolphshöhe, um sich davon zu überzeugen. Ich muß Ihnen sagen, das, was wir jetzt dort erleben, ist, um es recht drastisch auszudrücken, nichts weiter als ein neues Konzentrationslager. Solcher Drahtverhaue mit Stacheldraht erinnere ich mich nur noch aus meiner KZ-Zeit, und wenn man einen ganzen Stadtteil mit Stacheldraht abriegelt und man an jede Straßenecke polnische Soldaten mit Gewehren stellt, wenn man selbst den Eisenbahndamm, der sich hinter dieser Siedlung herumzieht, mit Posten besetzt, so gleicht das einem Belagerungszustand. Niemand, meine Damen und Herren, darf auch nur ein Taschentuch aus diesen Häusern entfernen. Erst gestern ist es vorgekommen, daß die Leute dort aus der Siedlung, um sich ihr bißchen blaue Milch<sup>275</sup> zu holen, unter dem Stacheldraht hindurchkriechen mußten, weil sie sonst überhaupt nicht einkaufen können, und gestern, am ersten Tag, hat sich eine alte Frau dabei den Arm gebrochen und der Mann, der ihr zu Hilfe sprang, ist im Stacheldraht hängengeblieben und hat sich seinen Anzug total zerrissen, das alles, weil überhaupt keine Möglichkeit besteht, dieses Heimstättengebiet zu verlassen.

Nun sagt man: „Ja, diese Abriegelung, diese Absperrung der Straßen und diese Kontrolle ist nur durchgeführt worden, weil die Leute versucht haben, noch einzelne ihnen besonders lieb gewordene Sachen zu retten.“ Ich bitte Sie um alles in der Welt, das ist auch menschlich begreiflich nach den Erlebnissen, die wir da draußen gehabt haben. Wir haben zusehen müssen, wie in der Steinbergstraße die Polen die zurückgebliebenen Sachen der Leute, die sie nicht mitnehmen durften, auf einen Haufen zusammengeschleppt haben, unter anderem ganz neue weißglasierte Küchenschränke, daß man Gasherde mit Axten zusammengeschlagen hat, daß man über diese kostbaren Möbel Benzinkanister goß und die Sachen in Brand steckte, daß haushohe Flammen emporschlügen. Draußen herum haben die Bewohner der beschlagnahmten Häuser gestanden, die heute einen Kampf führen um jeden Löffel und jeden Stuhl und haben mit ansehen müssen, wie dieser Hausrat einfach vernichtet wurde. Dann wundert man sich über die schlechte Stimmung. Im Gegenteil, wir haben uns immer gewundert, daß die Leute noch so viel Lebensmut aufgebracht haben, um trotz alledem wieder zur Wahl zu gehen, um am Wiederaufbau, an der Errichtung unseres demokratischen Staates mitzuarbeiten. Also das alles hat seinen guten Grund. Als ich vorgestern abend dort durch die Straßen ging, da wurde ich mit

<sup>275</sup> Bei der sogenannten „blauen Milch“ handelte es sich um vollkommen entfettete Milch, die dadurch einen bläulichen Schimmer bekam.

einem amerikanischen Offizier bekannt, der dort mit seinem Auto durchfahren wollte. Er rief mich an und sagte in deutscher Sprache, ob da etwas passiert sei und was das bedeute. Ich habe ihm gesagt: „Bitte gehen Sie einmal durch die Siedlung, und versuchen Sie durchzukommen und machen Sie sich ein Bild davon. Was würde Amerika dazu sagen?“ Er kam wieder zurück, schüttelte mit dem Kopfe und sagte mir: „Das will Amerika nicht, und ich bin entsetzt, wie solche Dinge möglich sind.“ Ich sagte: „Sie können sich ein großes Verdienst erwerben, wenn Sie in Ihren eigenen Kreisen einmal auf diese Dinge aufmerksam machen und den Leuten sagen, wie das hier tatsächlich zugeht.“

Wir haben — dem darf ich offen Ausdruck geben — bestimmt geglaubt, als die Amerikaner als Besatzungsmacht hier einzogen, daß wir in ihnen unsere Befreier begrüßen durften. Denn wir haben alle zwölf schwere Jahre hinter uns gehabt. Aber, meine Damen und Herren, wir würden uns selbst belügen, wenn wir nicht offen und frei heraus erklärten, daß diesem ursprünglichen Glauben eine große Enttäuschung gefolgt ist.

(Zuruf: Bravo!)

Ich weiß sehr wohl, daß Beschlagnahmen aus diesen oder jenen Gründen notwendig sind, ich will das auch gar nicht kritisieren, im Gegenteil, ich will anerkennen, daß einzelne Herren sich bemüht haben, uns das Leben zu erleichtern. Wir erkennen auch an, daß die amerikanische Militärregierung ihr Möglichstes tut, um uns bei der schlechten Ernährung zu helfen. Das alles erkennen wir an, aber, wer te Versammlung, man soll bei alledem nicht im Radio sagen:

Wir sind ein christliches Volk, und wir kommen nicht als Sieger, sondern wir kommen auch, um Deutschland bei dem Wiederaufbau zu helfen. Wir kommen nicht mit Haß, sondern mit Liebe“, wenn wir durch die nüchternen Erlebnisse nun erfahren, daß es bei den bloßen Worten bleibt. Ich befürchte, wenn es uns nicht gelingt, diese Dinge abzustellen, daß dann die Mutlosigkeit noch weiter Platz greift, und das werden wir schon bei den nächsten Wahlen fühlen. Wir wissen, daß wir den Krieg verloren haben, und müssen uns damit abfinden, daß nicht wir, sondern die Besatzungsbehörden die Macht haben, aber, meine Damen und Herren, es ist für uns als Antifaschisten beschämend, wenn mir Frauen gestern abend mitteilten, daß ihnen auf der Höhe von Leuten gesagt worden ist: „Gelt, da war es unter dem Adolf doch noch besser, als Ihr es jetzt erlebt?“ Die Frauen sind die Antwort nicht schuldig geblieben, sie haben gesagt: „Das alles verdanken wir unserem Führer, der die Welt ins Unglück gestürzt hat.“ Aber das alles ändert doch nichts daran, und ich weiß, daß hier im Saal eine ganze Reihe ist, die viel mitgemacht hat, die Schweres durchgemacht hat, und zu dem Leid kommt jetzt noch die Verhöhnung, daß die Leute sagen: „Da habt Ihr das beste Beispiel, wohin wir gekommen sind.“

Leider ist das so. Als ich vor kurzem auf dem Parteitag in Hannover“ war, da sagte der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Schumacher: „Meine Herren! Wir haben zwei Deutschland: das eine Deutschland, das diesem Rattenfänger bei seinen Flötentönen gefolgt ist, dieses Deutschland, das keinen politischen Blick hatte, ist hineingetorkelt und hat sich wohlgeföhlt, als nun — sagen

<sup>276\*</sup> Gemeint ist der Parteitag der SPD im Mai 1946.

wir einmal – die alte Zeit wiederaufleben sollte. Wir wissen, daß diese Leute mehr oder weniger schuld sind, daß unser Deutschland heute unter den Trümmern begraben liegt, unsere schöne Heimat heute verloren ist. Aber es gibt auch ein anderes Deutschland, das diese Dinge rechtzeitig klar erkannt hat, das wußte, welch köstliches Gut die Freiheit ist und das nicht nur gekämpft, sondern auch gelitten hat." Und nun erleben wir, daß diese Beschlagnahmungen sich nicht etwa nur auf die Wohnungen der Nazis erstrecken, sondern daß gerade jetzt in diesen Siedlungen und Heimstätten die kleinen Beamten, die Angestellten und Arbeiter getroffen werden, die treu zur Sache gestanden und gekämpft haben und die heute wieder arbeiten, um den demokratischen Staat aufzubauen, und die nun bei all dem Hunger noch aus ihren Heimstätten vertrieben werden.

Sie werden verstehen: Es ist einfach menschenunwürdig, so etwas mitzumachen, und ich versichere Ihnen – ich weiß das nicht vom Hörensagen, sondern habe es selbst erlebt –, so weit sind wir gekommen, daß selbst ein Staatsminister gestern abend, der mit seiner Frau von einer Versammlung kam, zweimal von den polnischen Soldaten angehalten wurde und seine Taschen auskramen mußte, der Frau wurde die Handtasche aufgemacht und so weiter. Wie soll da in der Bevölkerung Achtung vor der Regierung bestehen, wenn solche Dinge vorkommen. Trotz allem Gerede war es heute morgen auch so. Überall lagen große Berge von Rundhölzern, lagen Berge von Stacheldraht.

Nun, meine verehrten Anwesenden, Sie werden verstehen, wenn man diesen Dingen nicht gleichgültig gegenübersteht, und ich hoffe, daß alle Parteien mit mir darin übereinstimmen. Ich habe gehört, daß weitere Beschlagnahmungen in Aussicht stehen, und deswegen halte ich es für erforderlich, zu sagen: Es ist genug des grausamen Spiels.

Wir haben hier in Wiesbaden 15 000 beschädigte Häuser, davon 1600 schwerbeschädigt, 1600 mittelbeschädigt und 8800 leichtbeschädigt. Die Zahl der Wohnungen beträgt 36600. Die Besatzung hat bisher beschlagnahmt 520 Häuser mit 2600 Wohnungen, und neuerdings sind wieder 120 bis 130 Häuser beschlagnahmt worden. Dazu kommt, daß Wiesbaden auch schon 200 Flüchtlinge hat aufnehmen müssen. Ja, werte Anwesende, darüber müssen wir uns vollkommen klar sein: Was nützen alle Bemühungen unserer Stadtverwaltung, die schon das letzte aufgeboten hat, um die Herren von der Besatzungsmacht zu überzeugen, wenn das am laufenden Band so weitergeht? Die Stadt Wiesbaden selbst hat von diesen Beschlagnahmungen trotz der Erklärungen des Herrn General Clay überhaupt keine Mitteilung erhalten. Erst bei den Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß diese Beschlagnahmungen durch die Armee durchgeführt worden sind. In diese Streitigkeiten können wir uns als Deutsche nicht einmischen, dazu haben wir kein Recht. Aber, geehrte Versammlung, es ist die höchste Zeit, daß wir unsere Menschenrechte wahren und gegen diese Dinge feierlich Protest einlegen.

Wir erkennen gern an, was die amerikanische Besatzung getan hat, um uns in unserer Not zu helfen, wir erkennen auch an, daß der Herr Ministerpräsident – und ich weiß das ganz bestimmt aus Verhandlungen, bei denen ich zum Teil selbst mit zugegen war – das Menschenmögliche aufgeboten hat, um für die Bewohner Groß-Hessens etwas herauszuholen und – sagen wir einmal – die

Dinge abzuschwächen, aber was nützen uns alle Zusicherungen, wenn die Armee, oder wie die Stelle heißt, sich einfach nicht danach richtet? Deswegen richten wir, wie wir das in der Erklärung gesagt haben, an den Herrn Ministerpräsidenten die erneute Bitte, angesichts der Vorkommnisse der letzten Zeit nun wieder vorstellig zu werden und alles anzubieten, um der Bevölkerung in dieser Not zu helfen, die Bevölkerung vor einer Verzweiflung zu bewahren.

Meine Damen und Herren! Wir wollen unseren Gegnern die Schadenfreude nicht gönnen, wir wollen versuchen, trotz alledem treu bei der Sache zu bleiben. Ich bitte Sie auch um die Zustimmung zu dieser Erklärung, und wenn die Zeiten auch noch schwer werden, vielleicht noch schwerer, als wir sie bisher hinter uns haben, muß trotz alledem der Glaube und die Hoffnung überwiegen, daß wir unentwegt unseren Weg weitergehen, weil wir ja den Wunsch haben und den guten Willen — das drückt sich ja in den Wahlergebnissen aus —, mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten und den Weg freizumachen, damit wir in Frieden und Wohlfahrt mit allen Völkern der Erde zusammenarbeiten können. In diesem Sinne bitte ich Sie, unsere gemeinschaftliche Erklärung aufzufassen, und den Herrn Ministerpräsidenten bitten wir, auch persönlich alles zu tun, um uns in dieser Not zu helfen und die Bevölkerung von dieser schweren Sorge zu befreien.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen)

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Bevor ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort gebe, möchte ich sagen, wir müssen heute durch die möglichst einstimmige und debattenlose Annahme dieser Erklärung der amerikanischen Militärregierung zum Ausdruck bringen, daß wir einig in unserer Ansicht über die Beschlagnahmen sind. Die Demokratie ist absolut in Gefahr, wenn wir uns in dieser Sache parteipolitisch unterscheiden. Wir sind einig in dem Verlangen, einen demokratischen Staat aufzubauen. Wir haben feststellen müssen, daß unsere ökonomische Basis nicht besser, sondern immer schlechter wird. Jetzt nimmt man den Menschen auch noch das Heim, und in diesem Zustand Demokratie aufzubauen, ist eine Unmöglichkeit. Deshalb würde ich mich freuen, wenn, nachdem der Herr Ministerpräsident gesprochen hat, wir durch einstimmige Annahme der Erklärung unserer einheitlichen Auffassung Ausdruck geben würden. Ich würde darüber hinaus als Anregung meinerseits dem Herrn Ministerpräsidenten vorschlagen, daß bei der Bedeutung dieser Frage, bei der unmittelbar drohenden Gefahr der Herr Ministerpräsident vielleicht mit je einem Beauftragten der Fraktionen versucht, noch heute mit Oberst Newman zu sprechen. Denn, meine Damen und Herren, nach den Erklärungen des Herrn General Clay sind die Dinge eigentlich schlimmer geworden, als sie vorher waren, und deshalb hat die Frage eine außerordentlich große Bedeutung.

**Ministerpräsident Prof. Geiler:**

Ich danke Herrn Landesrat Witte für seine ebenso sachlichen wie ernstesten Ausführungen, durch die er meine eigenen lebhaften Bemühungen, hier Abhilfe zu schaffen, aufs wirksamste unterstützt hat. Wie ich schon in der letzten Sitzung des Beratenden Landesausschusses sagte, ist diese Frage der Beschlagnahme eines der bedrückendsten Momente unserer Gegenwart. Es ist mit Recht hervorgeho-

ben worden, daß politisch die größten Bedenken dagegen bestehen. Man kann nicht verlangen, eine Demokratie aufzubauen, wenn man gleichzeitig die Grundlagen der Demokratie erschüttert. Man kann nicht gleichzeitig sagen, das deutsche Volk müsse sich sittlich regenerieren, wenn man selbst diese Gebote der Sittlichkeit, wenigstens in beschränktem Maße, außer acht läßt. Man kann nicht sagen, jeder müsse mitwirken, das deutsche Volk wieder aufzubauen, wenn man die deutschen Menschen gleichzeitig so lebensmüde macht, daß sie einfach nicht mehr arbeiten können. Deshalb muß hier Abhilfe geschaffen werden, und ich begrüße es aufs wärmste, daß die vier Parteien geschlossen diese Erklärung abgaben. Bezüglich des Inhalts der Erklärung möchte ich nur zur Erwägung anheimgeben, ob nicht in der Erklärung zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die jetzigen Beschlagnahmen in schroffstem Widerspruch stehen zu den Anordnungen der höchsten amerikanischen Stelle. General Clay hat wiederholt nachdrücklich erklärt: 1. Antifaschisten müssen geschont werden; 2. Diejenigen, die ihre Häuser selbst wieder in Ordnung gebracht haben, müssen geschont werden.

Über alle diese Zusagen setzen sich die Truppenteile hinweg, und auch über die feierliche Zusage, daß die Militärregierung die letzte Sanktion zu geben hat, setzen sie sich völlig hinweg. Ob es richtig ist, den Kontrollrat anzurufen, möchte ich bezweifeln. Es handelt sich hier um eine amerikanische Angelegenheit, und deshalb glaube ich, wir sollten den Kontrollrat in der Erklärung weglassen. Dagegen würde ich es außerordentlich begrüßen — und ich hatte mir das selbst als Vorschlag notiert —, wenn ich nicht allein, sondern unterstützt von je einem Vertreter der vier Parteien und vielleicht noch von dem Oberbürgermeister von Wiesbaden, möglichst noch heute bei Herrn Oberst Newman um Empfang bitte. Wie mir bekannt, sitzen die Herren der amerikanischen Militärregierung gerade heute zusammen, um dieses Beschlagnahmeproblem zu besprechen. Morgen wird General Clay hierher kommen, so daß Herr Oberst Newman morgen Gelegenheit haben wird, mit ihm dieses ernsteste aller Probleme zu behandeln. Denn wenn wir hier nicht Abhilfe schaffen, dann gehen wir einer Katastrophe entgegen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und bemerke noch folgendes: In der Erklärung ist ja zum Ausdruck gebracht „trotz aller Zusicherungen der Besatzungsmacht“. Ich glaube, das schließt ja alles ein. Ich frage zunächst die Herren, ob sie mit der Streichung „auch dem Kontrollrat“ einverstanden sind.

(Zustimmung)

**Abg. Schwarzhaupt (LDP):**

Als der Älteste in dieser Versammlung möchte ich bitten, von einer weiteren Besprechung dieser Erklärung abzusehen. Aber ich möchte nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, um unserem verehrten Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses, Herrn Witte, den herzlichen Dank und die Anerkennung auszusprechen für die Offenheit und die Tapferkeit, mit der er diese Sache unternommen hat.

(Beifall)

**Abg. Rehbein (SPD)** — zur Geschäftsordnung —:

Ich möchte nur sagen, daß sich das Vorgehen nicht auf Wiesbaden beschränken soll.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Das geht wohl aus dem Text der Erklärung hervor. Sie beschäftigt sich mit der grundsätzlichen Beschlagnahmepolitik der amerikanischen Armee. Es ist ange-regt worden, auf eine Debatte zu verzichten. Es ist weiterhin zum Ausdruck gebracht worden, daß versucht werden soll, durch eine Kommission von je ei-nem Mitglied der vier Fraktionen und dem Wiesbadener Oberbürgermeister unter Führung des Herrn Ministerpräsidenten unmittelbar bei Herrn Oberst Newman vorstellig zu werden. Wird dieser Anregung ebenfalls beigetreten?

(Zustimmung)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen die Erklärung ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

Ich stelle fest, daß die Erklärung einstimmig angenommen worden ist, eben-falls die Anregung, daß der Herr Ministerpräsident mit den vier Fraktionsvorsit-zenden und dem Oberbürgermeister die Angelegenheit noch heute mit Oberst Newman erörtert.

Wir kommen dann zum zweiten Punkt, das ist die Erklärung, die der Herr Kollege Knothe namens der sozialdemokratischen Fraktion abgeben will.

**Abg. Knothe (SPD):**

Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion gibt folgende Er-klärung ab:

„Mit großer Sorge beobachten wir die Personalpolitik in Groß-Hessen, insbesondere in der großhessischen Polizei. Die gezeigte Tendenz, nur po-litisch 'neutrale' Beamte zulassen zu wollen, ist eine Gefahr für die werden-de deutsche Demokratie.

Der Begriff der Unparteilichkeit des Beamten ist klar und feststehend und darf nicht verwechselt werden mit dem Rechte jedes Staatsbürgers, poli-tisch Partei zu nehmen. Aber die sogenannte Neutralität des Beamten hat in der Republik von Weimar den reaktionärsten Kräften Gelegenheit gege-ben, Machtpositionen im demokratischen Staate zu beziehen und die De-mokratie von innen heraus auszuhöhlen. Gleiche Ansätze sind heute wie-der sichtbar. Die politische Überzeugung und Schulung des Beamten ist die einzige Gewähr dafür, daß der Beamte sein Amt als Staatsbürger und Staatsdiener verwaltet oder ausübt im Sinne der demokratischen Gestal-tung. Die Sozialdemokratische Partei wird mit allen erlaubten Mitteln da-für aktiv werden, daß

1. das Unterschlüpfen reaktionärer Elemente verhindert und
2. der bewährte und politisch zuverlässige Beamte nicht zum Staatsbürger zweiter Klasse erniedrigt wird, sondern das Recht behält, außerhalb sei-nes Amtes für seine politische Überzeugung tätig zu sein.

Gestatten Sie mir zu dieser Erklärung folgende Begründung. Der Neuaufbau unseres Landes kann nach unserer Auffassung nur erfolgen durch Kräfte, deren absolut demokratische Gesinnung keinem Zweifel unterliegt. Demokratie kann

nach unserer Auffassung nur gestaltet und geformt werden durch positive Demokraten. Die Sozialdemokratische Partei steht seit acht Jahrzehnten, seit ihrem Bestehen, auf dem Boden demokratischer Gestaltung, Entwicklung und Entfaltung. Auf den Grundpfeilern der Demokratie beruht unsere politische Weltanschauung, die sozialistisch ausgerichtet ist. Wir sollten uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß das Vertrauen der Welt zu Deutschland, das vollkommen zerstört wurde durch die Nazis, nur zurückerobert werden kann dadurch, daß wir ein absolut demokratisches, friedlich ausgerichtetes Deutschland erstehen lassen. Dieses Vertrauen der Welt, das wir zurückgewinnen müssen, ist nach meiner Meinung einer der stärksten Aktivposten für das Auf- und Vorwärts unseres Vaterlandes, und ich darf wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Sozialdemokratische Partei, getragen von der gewaltigen demokratischen Tradition, fast der einzige Garant ist, man darf sagen, daß sie der Garant ist, der das Vertrauen zu Deutschland wiederherstellen kann.

Wir sind davon überzeugt, daß sich in Deutschland recht viele Menschen, die früher von Demokratie keine Ahnung hatten und die Demokratie ablehnten, wieder einmal, notgedrungen den Zeichen der Zeit folgend, demokratisch ausrichten. Es sind nach unserer Auffassung dieselben Leute, die 1933 ihrer nazistischen Regung folgten und nun konjunkturgemäß wieder in Demokratie machen. Wenn man heute in der Straßenbahn, in der Eisenbahn fährt, wenn man irgendwo steht, man findet keinen mehr, ausgenommen in der „Königspartei“ in Bayern<sup>277</sup>, der nicht Demokrat wäre. Es gab in Deutschland im historischen Ablauf unserer Geschichte einige Gelegenheiten, da hätten alle die Leute unter Beweis stellen können, daß sie wirklich zur Demokratie stehen. Ich denke daran, daß am 23. März 1933 der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, nachdem die kommunistische Reichstagsfraktion ausgeschieden war, im Reichstag seine mutvolle Rede hielt und sich rückhaltlos für die Demokratie und die Menschenrechte einsetzte. Damals waren es nur die 94 Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, während alle anderen Parteien für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Alle anderen Parteien haben den Boden der Demokratie verlassen, alle anderen Parteien haben dadurch den Boden der geistigen Meinungsfreiheit, den Boden der Menschenrechte verlassen. Das ist im historischen Ablauf der deutschen Geschichte ein markanter Tag.

Nun bin ich der Auffassung, wir müssen uns in der Politik, in der Wirtschaft und im gesamten öffentlichen Leben absolut demokratisch ausrichten, und so erscheint es uns Sozialdemokraten notwendig, die Fundamente zu überprüfen, auf denen das demokratische deutsche Haus der Zukunft errichtet werden soll. Diese Fundamente sind zu leicht. Sie sind deshalb nicht stark ausgebaut, weil

<sup>277</sup> Die bayerische Heimat- und Königspartei vertrat ganz und gar monarchistische Ziele. Sie bezeichnete die anderen Parteien als für den Wiederaufbau Bayerns unannehmbar, forderte die bedingungslose Verteidigung des Privateigentums, die Einheit von Kirche und Staat, die Rückkehr aller Nicht-Bayern in ihre Heimat und die Unterstützung aller Personen, die Kriegsoffer gebracht hätten. Die Partei war schließlich von der amerikanischen Militärregierung im Mai 1946 verboten worden. Vgl. darüber Kock, Bayerns Weg, S. 152ff.

nach unserer Auffassung Mittel zur Aufrichtung dieser Fundamente verwendet werden, die oft sehr fehl am Platze sind. Das zeigt sich in der Personalpolitik des Staates, vornehmlich in der Personalpolitik, wie sie in der Politik betrieben wird. Wir verfolgen seit Wochen mit großem Interesse, aber auch mit großer Sorge, die Entwicklung, wie sie sich zum Beispiel in der Frankfurter Polizei unter Führung des Polizeipräsidenten Dr. Siegert abwickelt. Man darf ohne Übertreibung sagen, daß man dort dazu übergegangen ist, zu entdemokratisieren und zu militarisieren. Dort sind hervorragende Demokraten, nach unserer Auffassung nur deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind, von ihrem Amt suspendiert worden. Ein anderer Teil von Sozialdemokraten ist quasi strafversetzt worden. Sozialdemokratische Polizeihauptleute, die früher im Frankfurter Polizeipräsidium stationiert waren und dort tätig sein konnten, sind in Reviere versetzt worden, und wer ist an die Stelle dieser positiv ausgerichteten Demokraten gekommen? Man hat andere Leute an ihre Stelle berufen, Leute, die alle bestimmt einen weißen Fragebogen haben. Ich bin davon überzeugt, daß sämtliche frühere Rechtskreise bis zu den Deutschnationalen, soweit sie nicht Mitglied in der NSDAP und dort aktiv tätig gewesen sind, heute weiße Fragebogen besitzen, und Leute solcher Art werden heute zum Teil auf Grund dieses weißen Fragebogens in die Verwaltungen und in den Polizeikörper eingegliedert. An die Stelle des sozialdemokratischen Polizeikommandanten ist ein Major gekommen, an die Stelle von sozialdemokratischen Polizeibeamten sind höhere Militärs gekommen. Ich erkläre, daß wir der Auffassung sind, daß es in der Tat einen Großteil von Offizieren gibt, die demokratisch ausgerichtet sind, wir wissen aber auch, daß erhebliche Teile von Offizieren alles andere, nur nicht demokratisch ausgerichtet sind.

Es kommt uns, meine Damen und Herren, wahrhaftig nicht darauf an, daß die Polizei in Frankfurt nun, wenn ein Vorgesetzter kommt, eine stramme Haltung einnimmt, sondern es kommt uns darauf an, daß die Polizei in Frankfurt stramm demokratisch ausgerichtet ist. Ich will dabei auch die Methodik nicht unerwähnt lassen, die man anwandte, um hervorragende Antifaschisten, die gelitten haben, aus ihrem Amt zu entfernen. Ein Spitzelsystem wurde angewandt, um diese Leute zu Fall zu bringen. Wir Sozialdemokraten sind deshalb der Auffassung, daß wir damit Schluß machen müssen, und wir wollen es auch ganz offen der amerikanischen Militärregierung sagen, daß wir große Sorge um eine solche Personalpolitik haben. Unter dem demokratischen Gewand dieser neutralen Beamten, die sich nun auf den Boden der Demokratie begeben haben, schlägt ein reaktionäres Herz. Wir Sozialdemokraten gehen aus von den Erkenntnissen von Weimar. Während der Zeit von Weimar herrschte eine weitgehende Toleranz, die wir nicht mehr angewendet wissen möchten. Während der Weimarer Zeit ist es vorgekommen, daß kaiserliche Beamte innerhalb einer Republik tätig sein konnten. Ein großer Teil der Beamten ist nachher zum Verräter an der Republik von Weimar geworden, und deshalb denken wir nicht daran, am Anfang unseres neuen Staatslebens wieder eine solche Politik der Toleranz zu betreiben. Während auf der einen Seite in Frankfurt hervorragende Demokraten nach unserer Auffassung deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind, aus den wichtigen Stellen innerhalb des Polizeikörpers ausgeschieden und strafversetzt werden, erleben wir auf der anderen Seite, daß in Wiesbaden noch Leute

sitzen, die keine weiße Weste haben. Dort sitzen noch Leute in hervorragenden Polizeistellen, von denen wir wissen, daß sie damals gegen Minister Leuschner<sup>278</sup> intrigiert haben. Nicht nur von Wiesbaden bin ich davon unterrichtet – ich habe die Schriftstücke im Besitz –, auch in Kassel sitzen höchste Polizeibeamte, die nach unserer Überzeugung nicht dahin gehören, und zwar deshalb nicht, weil sie politisch über keine weiße Weste verfügen.

Wie es mit der Polizei aussieht, dafür zwei kleine Beispiele. Da wurde mir berichtet, daß im Landkreis Offenbach des öfteren frühere Nazisten Veranstaltungen respektive Sammlungen stattfinden lassen. Der Landrat wurde angegangen, dagegen Stellung zu nehmen und einzuschreiten, aber der Landrat hat erklärt, das sei ihm deshalb unmöglich, weil er sich auf seine Polizeikräfte nicht verlassen könne.

(Zuruf: Hört, hört!)

Ein anderer Fall, der die Grenzpolizei betrifft: Ein Polizeibeamter benimmt sich ganz unmöglich. Ein Demokrat erklärt vor diesem Polizeibeamten, daß es so, wie er es tue, heute nicht mehr ginge, wir lebten doch im Zeitalter der Demokratie. Dieser Beamte hat wörtlich gesagt: „Ja, ja, diese Demokratie kann mir schon gestohlen bleiben. Hören Sie nur damit auf und sind Sie endlich ruhig, sonst verhafte ich Sie.“

Meine Damen und Herren! Dies sind nur zwei kleine Beispiele. Sie sollen beweisen, wie es nicht gemacht werden soll, sie sollen aufzeigen, daß wir alles daransetzen müssen, um eine Personalpolitik auf der ganzen Linie zu betreiben, zu der wir Vertrauen haben können, und wir können zu einer Personalpolitik kein Vertrauen haben, wenn wir nicht wissen, daß die Leute, die in den Stellen sitzen, wirklich positiv ausgerichtete Demokraten sind. Wenn die Personalpolitik so fortgeführt wird, wenn es in diesem Sektor keine Änderung gibt, dann wollen wir ganz klar zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratische Partei einer solchen Politik nicht zu folgen vermag, und die Sozialdemokratische Partei muß dann unter Umständen die notwendigen Konsequenzen ziehen, weil wir, wie bereits betont, aus den Erkenntnissen von Weimar unsere Lehre gezogen haben. Wir denken nicht daran, uns für eine Politik stark zu machen und verantwortlich für eine Politik zu sein, für die wir uns nicht verantwortlich betrachten können. Allgemein darf ich sagen, wir denken nicht mehr daran, so koalitionsbereit zu sein, wie das durch die Verhältnisse bis 1933 bedingt gewesen ist. Die Sozialdemokratische Partei als die positive grundsätzliche Trägerin des demokratischen Gedankens manifestierte ihren Willen auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover, in dem der anerkannte Führer der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Schumacher, zum Ausdruck brachte, daß Sozialismus eine

<sup>278</sup> Wilhelm Leuschner (1890-1944), SPD, war von 1928 bis 1932 hessischer Innenminister und wurde dann Vorstandsmitglied des ADGB. Nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften 1933 kam er in Haft. Nach seiner Freilassung gelang es ihm von 1935 an, in Berlin das Zentrum der illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften aufzubauen. Er schloß sich 1942 dem Kreisauer Kreis an und stand in Verbindung mit den oppositionellen Offizieren, die am 20. Juli 1944 den Anschlag auf Hitler ausführten. Leuschner wurde nach dem Scheitern des Attentats verhaftet und im September 1944 in Plötzensee hingerichtet.

Gegenwartsaufgabe bedeute. Ich weiß, daß durch diese Manifestation ein starker Gegensatz zwischen uns und den bürgerlichen Parteien im allgemeinen zu verzeichnen ist. Ich bringe deshalb zum Ausdruck, daß wir der Auffassung sind, daß uns die bürgerlichen Parteien sehr kritisch gegenüberstehen, und wir stellen die Frage: Wo stehen politisch die Männer, die früher den rechten Flügel der Deutschen Volkspartei ausmachten, wo stehen die großen Kreise der reaktionären Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen?

Diese Kreise stehen nicht in der Sozialdemokratischen Partei. Diese Kreise, von denen wir glauben, daß sie die alte Konzeption wieder in Anwendung bringen möchten, vor allem auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Sektors, diese Kreise haben doch irgendwo Unterschlupf gefunden. Ich bin überzeugt, wenn es in Preußen möglich wäre, würde es auch in Preußen wie in Bayern eine Königspartei geben; aus der alten Rumpelkammer vergangener Zeiten holte man wieder Figuren und Personen hervor, für die es besser wäre, wenn sie nicht wieder erschienen. Wenn auch die Königspartei verboten worden ist, der Geist dieser Partei ist noch vorhanden, und es sind doch Kreise der Christlich-Demokratischen Union in Bayern, die bei ihrer Geburt behilflich gewesen sind.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Prof. Geiler: Das würde gar nicht erlaubt werden!)

Das weiß ich, Herr Ministerpräsident, das kommt gar nicht darauf an, aber es kommt darauf an, daß die Reaktion sich in Deutschland wieder bemerkbar macht. Diese Leute sind aber vorhanden, und ich kann mich oft des Gedankens nicht erwehren, daß der rechte Flügel der CDU sehr stark durchsetzt ist mit diesen politischen Kräften der Rechtsparteien.

Meine Damen und Herren! Unter neuen Firmenschildern erkennt man sehr häufig alte Bekannte von früher, und so, glaube ich, ist es auch mit der CDU. Wir wissen, was wir von der CDU zu halten haben, wir wissen aber auch, daß ihr rechter Flügel die Bergpredigt nur als Schirm für ihre privatkapitalistischen Tendenzen benützt. Das Prädikat „christlich“, die Bergpredigt, ist für sie bei Gott nicht das Entscheidende, denn das Ethos der Bergpredigt sollte sich verbinden mit der sozialistischen Weltanschauung. Aber es geht darum: Wie kann man wieder unter Anwendung alter Normen zum Zuge kommen? Aber, gestatten Sie mir zu sagen, wir denken nicht daran, ihnen zu folgen, sondern wir werden vor allem den auf dem Gebiet des Wirtschaftssektors zum Ausdruck kommenden reaktionären Erscheinungen den stärksten Kampf ansagen. Wenn die Manifestation des sozialdemokratischen Parteitages für uns Geltung hat, dann kann die neue deutsche Demokratie nur geführt und geleitet werden von Frauen und Männern mit neuem Geist, durch einen neuen Willen, und das kann die CDU nicht. Der rechte Flügel der CDU ist privatkapitalistisch ausgerichtet, der rechte Flügel der CDU möchte die Monopolisierung der deutschen Wirtschaft herbeiführen.

(Widerspruch des Abg. Graf Matuschka (CDU))

Sehr geehrter Herr Graf! Ich bin persönlich davon überzeugt, daß Sie nicht dieser Meinung sind, es ist aber so, wie ich eben gesagt habe. Der rechte Flügel der CDU will die Monopolisierung der deutschen Wirtschaft, das ist der Wille der Monopolisten, der Industriekapitäne, die in Ihrer Partei Unterschlupf ge-

funden haben. Der rechte Flügel der CDU ist nicht der Flügel, der die Bergpredigt für sich in Anspruch nehmen kann.

(Beifall)

Alles, was christlich ist, meine Damen und Herren, muß gegen die Ausbeutung des Menschen durch die Menschen sein. Jahrzehntlang bestand die Ausbeutung des Menschen durch die Menschen. Die nächste Zukunft wird es erweisen, ob Sie den sozialistischen Kurs einschlagen oder den privatwirtschaftlichen.

Sie wissen ganz genau, daß wir Sozialdemokraten auf dem Boden einer planvollen Lenkung der Wirtschaft, ausgerichtet auf den Staat stehen. Sie wissen ganz genau, daß wir Sozialdemokraten uns jedem Gewinnstreben entgegenstellen, daß wir Sozialdemokraten rücksichtslosen Kampf ansagen denjenigen, die aus der deutschen Trümmerstätte noch Gewinne erzielen wollen. Ich bin der Meinung, wenn Sie das Prädikat „christlich“ für sich in Anspruch nehmen, dann ist das nicht richtig. Wir können, wenn Sie wollen, den Kampf aufnehmen, er wird aber Formen annehmen, die für die Entwicklung unseres Landes und des kommenden deutschen Vaterlandes unangenehm wären.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wenn die Entwicklung, wie Sie sie in den Versammlungen draußen vorangetragen haben, bleibt, dann könnten durch ihre politischen Aspekte Möglichkeiten entstehen, daß Hunderttausende, ja Millionen Menschen aus der Kirche austreten. Das wollen wir nicht, wir wollen etwas anderes. Wir Sozialdemokraten werden versuchen, unseren Einfluß auch auf die Kirchen und in der Kirche zur Geltung zu bringen. In der Sozialdemokratischen Partei sind nicht nur Freidenker, erhebliche Teile sind Katholiken, sind Protestanten. Die Unterschiedsmerkmale „marxistischer Sozialismus“ und „christlicher Sozialismus“ bestehen heute nicht mehr infolge der Änderung der ökonomischen Grundlagen, infolge der Notlage des deutschen Volkes. Wir wissen, daß der deutsche Mensch kulturell auf eine gewisse Höhe geführt wird, wenn die ökonomische Grundlage eine andere ist, wenn der Mensch nicht mehr ausgebeutet wird, sondern wenn die soziale Gleichstellung aller Menschen erfolgt ist. Deshalb darf ich Ihnen sagen, daß das Prädikat „christlich“ nicht das Prädikat einer Partei sein darf und kann.

Wir verbitten uns mit aller Entschiedenheit, daß die Geistlichen die Kanzel benutzen, um dort ungestört Politik zu treiben. Wir werden dann andere Maßnahmen ergreifen. Der Geistliche wird nicht als Politiker, als Parteisekretär besoldet, sondern er wird besoldet als Seelsorger für die Gemeinde, als der, um den in der Glaubensgemeinschaft sich die Gläubigen scharen. Wir können in Deutschland alles andere, nur keinen Kulturkampf gebrauchen. Wenn aber ein Kampf im Lande Groß-Hessen entbrennt, so fürchten wir ihn nicht, wir werden ihn ausfechten bis zur letzten Konsequenz. Wir sind nicht mehr die Sozialdemokratische Partei von 1933.

Wir möchten nicht, daß der Kampf auf einer Plattform geführt wird, deren Sie, meine Damen und Herren, sich draußen in den Versammlungen schämen müssen. Wenn Sie sich zum positiven Christentum bekennen, dann sind Sie ethische Sozialisten, dann können Sie nicht anders als mit uns Sozialisten gemeinsam gegen ein wieder aufkommendes Ausbeutungssystem kämpfen. Sie

müssen dann für unsere Konzeption sein, daß die Sozialisierung der Bergwerke, der Versicherungsgesellschaften, der Großbanken vorgenommen wird. Sie können sich dann um dieses Problem nicht mehr herumdrücken. Sie werden lernen müssen, daß nicht der Großbesitz und der Ausbeuter zu verteidigen sind, sondern der Klein- und Mittelbesitz geschützt und unterstützt werden muß.

(Zwischenruf des Abg. Graf Matuschka (CDU): Das steht ja in unserem Programm drin!)

Es kommt nicht aufs Programm, es kommt allein auf die Praxis an, und wir müssen warnen.

Zum Schluß noch folgendes: Wir brauchen, wenn Deutschland leben soll, endlich die wirtschaftliche Ausrichtung der Zonen. Die Vereinten Nationen sollten erkennen, daß es so nicht mehr weitergeht. Man sollte erkennen, daß nur durch Öffnung der Zonengrenzen ein allgemeiner Warenaustausch innerhalb des deutschen Gebietes möglich ist. Wir brauchen die Öffnung der Zonengrenzen zur Ankurbelung der Wirtschaft im rhein-mainischen Gebiet, wo wir wohnen; wir brauchen die Ankurbelung, damit die Arbeitskräfte tätig sein können, damit wir Werte herstellen, um dadurch unsere Ernährung zu sichern. Es muß auch endlich aufhören mit der sinnlosen Demontage unserer Werke. Die Vereinten Nationen müßten von dem Gedanken beseelt sein, sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß es nicht mehr so weitergehen kann, daß man deutsche Betriebe weiter abmontiert und dadurch die deutsche Wirtschaftskraft zerschlägt, die notwendig ist, wenn die deutsche Demokratie sich erholen und wieder aufbauen soll.

Abschließend will ich sagen: Wir Sozialdemokraten richten uns aus nach einer vollkommen neuen Konzeption. Deutschland kann nicht mehr gestaltet werden nach den Gewalten bis 1933 und nach den Erscheinungen bis 1945. Deutschland muß sich vollkommen demokratisch ausrichten, und dafür ist einzig und allein der beste Garant auf Grund ihrer demokratischen Tradition die Sozialdemokratische Partei.

(Lebhafter Beifall)

**Ministerpräsident Prof. Geiler:**

Ich freue mich außerordentlich, daß Ihre Debatte hier nicht an Kleinigkeiten und Unbedeutendheiten hängengeblieben ist, sondern daß sie in das Grundsätzliche hineingeführt hat. Ich sehe die Aufgabe des Parlaments vor allem darin, in diesen grundsätzlichen Fragen eine geistige Auseinandersetzung ohne sachliche Beengtheit und ohne Intoleranz gegenüber der Gegenmeinung herbeizuführen.

(Zuruf: Bravo!)

Wenn ich mich daher in diesem Zusammenhang zunächst mit einigen Worten zu den kulturellen Fragen und kulturellen Fragen äußern darf, die Sie gestern behandelt haben, so möchte ich davon ausgehen, daß wir wohl alle übereinstimmend der Auffassung sind, daß nichts notwendiger ist für eine Neugestaltung unseres Vaterlandes, als eine Wiederherstellung der ethischen Grundlagen unseres Volkes, die durch die vergangene Zeit derart gelitten haben, daß alle

die Unmenschlichkeiten und Scheußlichkeiten entstehen konnten, die hinter uns liegen. Ich stehe nicht an, auch als Jurist — und ich glaube nicht, daß das eine Überheblichkeit ist — zu sagen, der Rechtsgedanke ist das allererste, das sich wieder durchsetzen muß. Der Rechtsgedanke ist vielleicht der einfachste und klarste Weg, der nun das Volk, das in solche Verwirrung hineingekommen ist, wieder aufrichten kann. Die Wiederherstellung des Rechtsgedankens im öffentlichen und privaten Leben, das Gefühl, daß wieder Recht und Ordnung herrscht, das ist das Allerwichtigste, und ich glaube, daß gerade dieser Gesichtspunkt zuallererst in der Werteskala Verständnis beim Volk findet.

Nun muß man sich aber darüber klar sein, daß das Recht zwei Wurzeln hat. Die eine Wurzel des Rechts ist in der Sein-Sphäre, die andere in der Soll-Sphäre. Kein Recht kann bestehen ohne Macht, die hinter ihm steht. Ich glaube, es war Friedrich der Große, der einmal gesagt hat: „Recht ohne Macht, sich durchzusetzen, kommt mir vor wie ein Orchester, bei dem die Noten fehlen.“ Recht wurzelt zugleich in der transzendenten Sphäre, in der Soll-Sphäre, die von einer legitimen Herrschaft ausgeht, und eine Herrschaft hat das Recht verloren, wenn sie sich vom legitimen Gedanken entfernt. Schließlich wurzelt das Recht in der Rechtsidee, damit in der Transzendenz und damit schließlich in der religiösen Sphäre. Ich bin mir bewußt, daß es nicht bloß Menschen gibt, die allein mit dem Ehtischen auskommen wollen. Ich habe große Achtung vor diesen Menschen, ich glaube aber, daß für weite Teile unseres Volkes die ethische Grundlage allein nicht genügt, sondern daß die religiöse Grundlage hinzukommen muß. Nun bin ich auch nicht so engstirnig zu sagen: Das Christentum ist die alleinseigmachende Religion. Es gibt sicher hochreligiöse Menschen auch in den anderen Religionen, vielleicht manchmal religiösere als wir Christen es sind. Aber, meine Damen und Herren, das Christentum ist nun einmal die Religion, die mit unserer abendländischen Kultur aufs engste verwachsen ist, und es wird jetzt gerade das Christentum wieder zeigen müssen, daß es eine Kraft hat, das Leben zu formen und zu meistern.

Damit komme ich zu dem springenden Punkt. Diese Aufgabe kann das Christentum nur meistern, wenn es sich abseits hält von der politischen Sphäre.

(Beifall und Händeklatschen)

Deshalb würde ich es als einen Mißbrauch schlimmster Art bezeichnen, wenn von der Kanzel aus Politik gemacht würde. Das ist ein Mißbrauch gegenüber der Kirche, gegenüber dem Christentum, ebenso wie ein Mißbrauch gegenüber dem Staat. Staat und Kirche haben in gleicher Weise die Pflicht, sich gegen diese Verunreinigung der Kanzel einzusetzen. Damit ist aber nicht gesagt, daß das Christentum und die Kirche nun zu allem zu schweigen haben. Wenn sich im öffentlichen Leben Dinge zeigen, die, wie der Herr Kultusminister hier mit Recht ausgeführt hat, Naturrechte verletzen, wenn Verbrechen geschehen, wenn Unmenschlichkeiten vorkommen, die gegen die christlichen Sittengesetze sind, dann muß die Kirche sprechen. Sie hat dazu nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, und ich glaube, meine Damen und Herren, das muß ich im Sinne der Gerechtigkeit hervorheben — damit komme ich zur Frage der Hirtenbriefe —, es sind gerade in den letzten zwölf Jahren sehr mutige Hirtenbriefe von der Kirche erlassen worden. Ich wollte, andere Teile der Bevölkerung hätten den

selben Mut bewiesen wie Graf Galen in Münster', und wenn man infolgedessen heute wieder einen Hirtenbrief bespricht, so sollte man nicht mit kleintlichen Gesichtspunkten an einen solchen Hirtenbrief herangehen. Man muß der Kirche das Recht geben, zu Dingen, die die allgemeinen Menschenrechte berühren, offen Stellung zu nehmen. Wir haben aber, abgesehen von diesen grundsätzlichen Gesichtspunkten, keine Veranlassung, zu dem Hirtenbrief, um den es sich hier handelt, irgendwie Stellung zu nehmen, weil er gar kein offizielles Dokument ist, und der Staat, die Regierung kann sich nicht mit inoffiziellen Dokumenten befassen.

(Zwischenruf des Abg. Bauer (KPD): Ich habe gestern den Beweis geliefert, daß der Hirtenbrief illegal von einer Partei vertrieben wird. Das würde ich sofort wieder als Mißbrauch des Religiösen zu politischen Zwecken erklären, und würde das selbstverständlich mißbilligen.)

Meine Damen und Herren! Nun noch ein Wort über die Behandlung der Geistlichen im Denazifizierungsgesetz. Es kann gar kein Zweifel sein, daß jeder Geistliche behandelt wird wie ein gewöhnlicher Staatsbürger, daß hier keine Differenzierung gemacht wird. Das kommt auch in dem Gesetz ganz deutlich zum Ausdruck.

Wenn ich mich nun mit ein paar Worten den letzten Ausführungen zuwende, die ja zum Teil auch grundsätzlichen Charakter haben, so möchte ich beginnen mit ähnlichen Gedanken, wie ich sie in meiner Rede vor der Paulskirche<sup>280</sup> vor kurzem zum Ausdruck gebracht habe. Ich trete für meine Person unbedingt ein für eine kämpferische Demokratie. Ich bin der Auffassung, daß der liberale Freiheitsbegriff, wie er aus der französischen Revolution mit seinem Laisser-faire und Laisser-aller hervorgegangen ist, überholt ist, gerade auch hinsichtlich des kämpferischen Charakters, und es ist ganz interessant, wenn man die Parallele mit dem Völkerrecht zieht, daß ähnlich wie im Völkerrecht an die Stelle der Nichteinmischungspolitik eine aktive Friedenschutzpolitik getreten ist. Genauso muß auch eine Herrschaft der Freiheit organisiert werden in dem Sinne: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, keine Toleranz für die Feinde der Toleranz. Das ist die eine Wandlung, und die andere Wandlung ist die soziale Wandlung des Freiheitsbegriffs. Auch jene Formulierung, daß man alles tun darf, was das Gesetz nicht verbietet und daß man alles tun muß, was in dem Gesetz nicht ausdrücklich befohlen ist, dieser Freiheitsbegriff muß radikal umgestaltet werden. Wenn man das Ziel des Kollektivismus in der Ausbildung der Freiheit des einzelnen Menschen erblickt, dann ist die richtige Brücke geschlagen. In dieser Hinsicht muß eine Wandlung des Freiheitsbegriffes herbeigeführt werden.

Nach alledem, was ich ausgeführt habe, ergibt sich die Stellung der Regierung gegenüber der Kritik, die seitens des Herrn Vorredners hinsichtlich der Personalpolitik geübt worden ist. Ich darf es im einzelnen dem Herrn Innenminister

<sup>279</sup> Clemens August Graf von Galen (1878–1946) war seit 1933 Bischof von Münster und 1946 zum Kardinal ernannt worden. Galen gehörte zu denjenigen Kirchenmännern, die sich dem NS-Regime offen widersetzt und freimütige Kritik geübt hatten.

<sup>280</sup> Ministerpräsident Geiler hatte zur Eröffnung des „Tages der Jungen Generation“ im Mai 1946 in Frankfurt vor der zerstörten Paulskirche gesprochen. Vgl. Anm. 221.

überlassen, dem ich diese Politik anvertraut habe, zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen. Ich persönlich möchte nur folgendes als Grundsatz sagen: Eine Demokratie schaufelt sich selbst das Grab, wenn ihr Beamtenkörper oder die Mitglieder ihres Beamtenkörpers nicht ihrer Gesinnung und innerlichen Haltung nach echte aufrechte Demokraten, sondern nur Scheindemokraten mit weißen Fragebogen sind.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Da ergibt sich notwendig zweierlei: Kein Mann, keine Persönlichkeit kann gerade im Beamtenkörper geduldet werden, dessen einwandfreie demokratische Gesinnung mit Recht angezweifelt werden kann. Die andere Seite ist ebenso klar: Wirkliche Demokraten aus dem Beamtenkörper aus irgendwelchen kleinlichen oder Konkurrenz-Gesichtspunkten auszumerzen, ist eine Sünde an der Demokratie. Das ist das, was ich zu diesen Fragen grundsätzlich sagen wollte.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich möchte vorschlagen, daß zuerst der Herr Innenminister spricht. Während wir auf eine Debatte über die erste Erklärung verzichteten, wird bezüglich der zweiten wohl eine Debatte notwendig sein. Ich weise aber darauf hin, daß wir versuchen wollten, das Arbeitsprogramm zu erledigen. Es ist also auch bei der Debatte ein bestimmtes Zeitmaß anzulegen.

**Minister des Innern Venedey:**

Ich begrüße die Erklärungen, die die Sozialdemokratische Partei aus dem Munde ihres Vorsitzenden abgegeben hat und die sich eingangs ihrer Ausführungen dagegen wandten, daß Bestrebungen beobachtet wurden, die darauf hinausgehen, ein unpolitisches Beamtentum zu schaffen. Es ist ebenso begrüßenswert wie notwendig, und es bedarf gar keiner Frage, daß bei den großen Schwierigkeiten, die wir zu erwarten haben, nur Beamte wirklich mitwirken können, die diese Schwierigkeiten zu meistern vermögen, wenn wir Beamte im Beamtenkörper haben, die diesen Staat bejahen und nicht nur äußerlich, sondern von innen heraus. Da wir gesonnen sind, einen demokratischen Staat aufzubauen und nicht nur einen demokratischen Staat, der wachweich und lau ist, sondern tüchtig zugreift, so müssen wir demokratische Beamte haben, die diesen Erfordernissen entsprechen.

Ich habe mich durchaus gefreut, daß wir in Zukunft eine kämpferische Demokratie haben müssen, das heißt eine Demokratie, die sehr unparteiisch ihren Gegnern auf die Finger sieht und aufpaßt, wenn diese den Boden der Demokratie verlassen. Es soll niemand demokratisches Recht für sich in Anspruch nehmen, der nicht gewillt ist, selbst Demokrat zu sein und demokratische Rechte zu respektieren. Wir können kein unpolitisches Beamtentum gebrauchen, wir wenden uns gegen die Leisetreter. Ich habe einmal bei einer Konferenz erklärt: Es ist mir einerlei, wenn in einem Bericht einmal ein Komma an die falsche Stelle gesetzt oder sonst ein kleiner Fehler unterlaufen ist, wenn ich sehe, daß die Tendenz dieses Berichts, in dem er abgefaßt ist, die richtige ist. Wenn ich aber merke, daß der Betreffende keinesfalls die innere Einstellung zum Staat hat, die er haben muß, nützen auch die besten Berichte nichts. Deshalb habe ich mich von allem Anfang an dagegen gewehrt, daß der Beamte zu einem unpolitischen Bediensteten gemacht werden soll.

Und dies aus zwei Gründen: Der erste Grund ist, daß wir mit solchen Beamten keinen demokratischen Staat aufbauen und darauf rechnen können, daß sie hinter uns stehen und ihre Gewalt vollziehen, nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geist nach. Wir haben uns aber auch dagegen gewehrt im Interesse des Beamten selbst, der das Recht hat wie jeder andere Staatsbürger und seine Pflicht erfüllen muß wie jeder andere auch. Ich komme da in einen gewissen Konflikt. Das Bestreben, die Beamten zu unpolitischen Beamten zu machen, geht hauptsächlich von amerikanischer Seite aus. Ministerialrat Dr. Berger<sup>281</sup> hat sich im Einvernehmen mit der Regierung bei diesbezüglichen Besprechungen mit der Militärregierung mit aller Entschiedenheit gegen die Entpolitisierung der Beamten gewehrt und betont, daß jeder Beamte wie jeder andere Staatsbürger das Recht haben müsse, politische Bekenntnisse abzulegen und sich politisch zu betätigen. Die amerikanischen Behörden sind aber der Meinung, daß ein Beamter ein Bediensteter des Staates ist, der nichts weiter zu tun hat, als seine Arbeit und seine Pflicht, wie vorgeschrieben, zu erfüllen und dem Staat zu gehorchen. Das ist ja die Entschuldigung, die die nationalsozialistischen Beamten heute anführen, weshalb wir heute nachdrücklich sagen müssen, daß auch der Beamte zu den politischen Fragen Stellung nehmen muß, und zwar in positivem, demokratischem Sinn.

Der Abgeordnete Knothe hat in seiner Rede auf Dinge hingewiesen, die nicht erfreulich sind. Ich muß allerdings gestehen, daß ich von vielem, was er heute sagte, eben erst Kenntnis erhalten habe und noch nicht im Besitz offizieller Unterlagen bin. Die amerikanische Militärbehörde hat eine Organisation der Polizei angeordnet, die nicht immer unseren Vorstellungen entspricht und die auch unseres Erachtens den Bedürfnissen der heutigen Lage nicht gerecht wird. Ich will nur darauf verweisen, daß in einer Zeit, in der einmal der Staat sich in Not befand, die Polizei zentralisiert wurde. Das war heute vor 25 Jahren, wo es notwendig war, die Polizei nicht noch mehr zu dezentralisieren, sondern die Entwicklung darauf hinauslief, die Polizei zu zentralisieren und sie möglichst einheitlich zu leiten, um ein gutes Instrument in der Hand zu haben. Die amerikanische Behörde aber steht auf dem Standpunkt, die Zentralisierung der Polizei nicht anzunehmen, sondern abzulehnen, um zu einer starken Kommunalisierung der Polizei zu kommen. Das bedeutet, daß in Städten über 5000 Einwohnern die Polizei vollkommen dezentralisiert ist, wo ich gar keine Gewalt darüber habe und keinen Einfluß ausüben kann. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß man trotzdem aus dieser Lage herausholt, was noch möglich ist.

Genau dasselbe ist bei der Gendarmerie der Fall. Wo es bei der heutigen Lage so sehr darauf ankäme, da hat der Landrat auf die Gendarmerie heute keinen entscheidenden Einfluß. Die beiden Chefs, Landrat und Bürgermeister — und das ist auch die Absicht der Amerikaner — sollen sich gegenseitig verständigen, um das Beste herauszuholen. Die Polizei und die Gendarmerie sind also vollkommen dezentralisiert und kommunalpolitisch aufgezogen. Aber ich erkläre Herrn

<sup>Zs'</sup> Ernst Berger (\*1881) war bis 1933 Oberbürgermeister der Stadt Oppeln und nach dem Krieg Bürgermeister in Marktredwitz. Im Januar 1946 wurde er Ministerialrat im hessischen Innenministerium und Leiter der Kommunalabteilung.

Knothe, daß ich den Dingen in Frankfurt am Main nachgehen werde, und wenn nicht anders möglich, im Wege der Staatsaufsicht, und wenn es sich dabei um wirkliche Verstöße handelt, gegen diese von unserer Seite scharf vorgegangen wird. Ich bin völlig mit ihm einverstanden, wenn er sagt, es kommt nicht darauf an, daß die Polizeibeamten strammstehen, sondern daß sie stramm ausgerichtet sind. Dann der Fall in Wiesbaden: Seit langem wurde schon in Gesprächen mit den betreffenden Stellen von uns erklärt, daß diese Angelegenheit bereinigt werden und der betreffende Beamte ersetzt werden müsse. Immer wieder werde ich gebeten, die Sache noch um Tage hinauszuschieben. Trotzdem habe ich die amerikanische Militärregierung darauf hingewiesen, daß der betreffende Posten gewechselt wird und daß dort ein Wandel geschaffen wird. Was den Fall in Kassel betrifft, so wurde von dort berichtet daß die Zeit nicht geeignet sei, den Beamten heute zu entlassen. Ich gab der Wiesbadener Militärregierung zum Protest, ob sie die Antwort von Kassel teile. Eine Antwort habe ich bis jetzt nicht erhalten. Aber man darf die Situation nicht verkennen, in der wir uns befinden, die nicht immer so ist, daß wir alles durchführen können wie wir wollen. Auch der Sache in Offenbach werde ich nachgehen und restlos aufklären.

Nun noch ein Wort zur Grenzpolizei. Ich muß Sie bitten, dieser Polizei gegenüber Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und zwar aus folgenden Gründen. Es gibt heute kaum einen Polizeikörper, kaum einen Beamtenkörper, der undankbarere Aufgaben zu erfüllen hat als die Grenzpolizei. Sie hat gegen zweierlei vorzugehen: einmal gegen den Schwarzhandel, zum anderen gegen den Grenzübertritt. Wenn ein Grenzpolizist gegen den Schwarzhandel nicht vorgehe, fragen Sie den Minister für Ernährung, was dann werden würde und wie er daran interessiert ist, daß diese Kontrolle durchgeführt wird. Zum Beispiel: Ein Grenzpolizist nimmt einer armen Frau 1 Pfund Butter ab. Das ist schon sehr schmerzlich für die Frau. Nun hat die Frau aber auch noch fünf Kinder zu Hause. Und nun schimpft sie und andere über den verfluchten Grenzpolizisten. Es ist sehr schmerzlich, aber täte der Polizist es nicht, täte er seine Pflicht nicht. Ein anderer Fall, wo sich genau dasselbe an der Grenze abspielt. Ein Dorfbewohner erzählt: „Nun habe ich drüben meine kranke Mutter oder schwerkranke Tochter und dieser Grenzpolizist hindert mich daran, zu meiner kranken Tochter zu gehen!“ Dann sagt das ganze Dorf, was für eine Gemeinheit von dem Grenzpolizisten und so weiter.

Daß wir aus den verschiedenen Gründen diese illegalen Grenzübertritte nicht dulden können, ist klar. Und daß in Hessen der Flecktyphus [nicht] ausgebrochen ist, obwohl er bereits in Dutzenden von Fällen eingeschleppt war, und wir verhindern können, daß irgendeine Epidemie ausbricht, ist nur darauf zurückzuführen, daß wir die Grenzen gesichert haben und Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden. Aber dazu gehört auch der Grenzpolizist, denn er verhindert den illegalen Eintritt. Und deshalb ist er verpflichtet einzuschreiten. Das ist die zweite Quelle seiner Unbeliebtheit. Die Grenzpolizei hat eine entscheidend wichtige Funktion zu erfüllen, die aber dort eingesetzt wird, wo sie am spektakulärsten ist. Ein Landrat berichtet, ein Grenzpolizist hätte einem Arbeiter das Vesperbrot abgenommen und in den Rhein geworfen. „Herr Landrat, wenn das der Fall ist, werfe ich den Grenzpolizisten hinter dem Butterbrot nach!“ Was

wurde festgestellt? Es sind Butterbrote in den Rhein geworfen worden, aber nicht von deutschen Grenzpolizisten. Ich habe mich dafür eingesetzt und die betreffenden Stellen darauf hingewiesen, daß dies zu unterbleiben hat. Dagegen sind aus der Polizei selbst verschiedene Entlassungen vorgenommen worden, die nicht auf irgendwelche Anzeigen, sondern von der Polizei selbst vorgenommen wurden.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Ich bin durchaus der Meinung, daß auch in der Polizei ein demokratischer Geist herrschen muß, und bin gewillt, der Forderung Nachdruck zu verleihen. Wir haben darüber hinaus uns dafür eingesetzt, daß der Beamte kein Leisetreter sein soll, sondern ein Diener des demokratischen Staates, der insbesondere erfüllt sein muß von demokratischem Geist.

**Abg. Fisch (KPD):**

[Handschriftlicher Vermerk: „Vom Abg. Fisch nicht anerkannt, da von Anfang bis Ende Phantasieprodukt.“]

Ich habe für meine Fraktion zu erklären, daß wir uns der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion voll inhaltlich anschließen! Es geht bei dieser Frage, ob es den Beamten erlaubt sein soll, sich politisch zu betätigen, nicht nur um eine spezielle Beamtenangelegenheit. Es geht um den Charakter und die Kraft des neuen Staates, an dessen Aufbau alle guten Kräfte gegenwärtig mitwirken. Es ist davon gesprochen worden, daß sich die Dinge von 1918 nicht wiederholen sollen und jedes Abgleiten in den Kurs der Halbheiten und Unentschlossenheit vermieden werden muß. Wäre es damals dazu gekommen, nicht nur auf dem Papier zu formulieren, sondern den Formulierungen auch ein entsprechendes Gewicht zu verleihen durch die Tatsache eines staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaues unserer Heimat, dann wäre uns das Jahr 1933 erspart geblieben und dem Volk die jetzige Katastrophe. Wenn heute davon gesprochen wird, daß die Fehler von damals nicht wiederholt werden dürfen, so schließt das die Verpflichtung in sich für alle, die keine Wiederholung der Fehler von 1918 mehr wollen, sich zusammenzuschließen. Ich bin der Überzeugung, daß aus dieser Gemeinschaft die stärkste Koalition erstehen würde, die es jemals gegeben hat. Wir glauben, daß Koalitionen sich nicht allein nach Parteiformulierungen abzeichnen, welche Grundlinien der Politik sie abgeben. Wenn die Grundlinie der Politik so ist, daß diese Fehler nicht wiederholt werden dürfen, so glauben wir, daß sich die Front derjenigen sehr bald erweitern kann. Ferner glauben wir, daß es nicht darauf ankommt, Formen zu schaffen, sondern wo Gefahren sich zeigen, rücksichtslos zuzugreifen, ganz gleich, wie die Methoden der Tarnung auch sein mögen. Vielleicht tritt dies in Hessen weniger in Erscheinung, wo die Diskussion über die Verfassungsentwürfe bald zeigen wird, in welcher Richtung die Reaktion ihr leckes Boot zu zimmern versucht. Auch in England will man versuchen, ein sogenanntes unpolitisches Beamtentum zu schaffen und von jeder politischen Bindung loszulösen. Ob nun dort oder in der amerikanischen Verwaltung diese Methoden der nationalen Tradition dieser Völker entsprechen, so kann dies für uns kein Anlaß sein, die gleichen Methoden zu übernehmen. Wir wissen, daß die Zeit, die hinter uns liegt, nicht überwunden werden könnte, wenn wir ein sogenanntes unpolitisches Beamtentum hätten.

Die zweite Adresse ist an diejenigen zu richten, die heute aus dem Prinzip des unpolitischen Fachbeamtentums Kapital zu schlagen versuchen. Im Demokratischen Rathenau-Klub Wiesbaden<sup>282</sup> sprach Dr. Br..., wobei er das Prinzip der Führerpersönlichkeit so stark betonte, daß die Zuhörerschaft, die sich nicht ganz eindeutig zusammensetzte, demonstrativen Beifall zollte. Zuerst ist es die Praxis, dann auch die Begleitmusik, um derartig einer neuen autoritären Regierung die Wege zu ebnen. Wir haben ja auch in Frankfurt am Main die Methode, die wir nur zu gut kennen. Es kann nur darum gehen, jedem Versuch, sich auf unpolitische Führerqualität zu berufen, von vornherein entgegenzutreten. Deutschland kann nur wieder aufgerichtet werden, wenn sein Beamtentum sich nach einer klaren politischen Überzeugung und nach klaren politischen Richtlinien ausrichtet.

Wir wollen auf keinen Fall, daß ein Beamtentum großgezogen wird, das in der gleichen rückgratlosen Weise sich beugt, wie das nach 1933 der Fall war. Man muß die Unparteilichkeit des Beamten gewährleisten, heißt es. Die Konsequenz müßte dahin führen, daß auch die Minister keiner politischen Partei angehören dürften, denn auch sie sollen sich einer unparteiischen Arbeitsweise befleißigen. Wir wissen, daß sich in der Vergangenheit wenige fanden, die nicht Hitler zujubelten und Widerstand leisteten! Wir wissen, daß diese Kräfte, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, heute in der Minderheit sind; sie sollten den mutigen Kampf, den sie gegen Hitler geführt haben, fortsetzen, an die Spitze treten und den Kurs eines demokratischen Deutschlands bestimmen.

Wenn also jemand die Aufgabe zufällt, dem deutschen Volk das Vertrauen der Welt wieder zu verschaffen, dann müssen es die Kräfte sein, die in der schweren Zeit den Mut aufbrachten, sich zum Antifaschismus zu bekennen, dann müssen sie die Kräfte stellen. Die politischen Parteien haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, eine politische Erziehung auch im neuen Beamtentum zu leisten. Ein Beamter, dem es verboten ist, am politischen Leben teilzunehmen, kann kein Beamter im neuen demokratischen Staat sein. Er zeichnet sich dadurch aus, daß er weiß, was er will. Es müssen darum entschiedene Maßnahmen getroffen werden, um eine Wiederholung der Dinge von 1918 zu vermeiden.

(Vorsitzender unterbricht die Rede und gibt bekannt, daß Oberst Newmann bereit sei, die Vertreter der einzelnen Parteien (Pauly, Schwarzhaupt, Krüger und Witte) zu empfangen.)

Abg. Fisch — fortfahrend —:

Ich kann meine Erklärungen damit abschließen. Betrachten Sie die Frage der Stellung der Beamten im heutigen Staat nicht als eine untergeordnete Angelegenheit, etwa des Ministers des Innern. Die Frage des Gesichts und der politischen Aktivität unserer Verwaltung wird mitentscheidend sein für die Zukunft des neuesten Versuchs, eine Demokratie in Deutschland aufzurichten; ebenso

<sup>282</sup> Der im Oktober 1945 in Wiesbaden gegründete Rathenau-Club hatte sich zum Ziel gesetzt, den demokratischen Gedanken zu fördern und zu pflegen. Vgl. Müller-Werth, Zusammenbruch, S. 47f.

wird entscheidend sein, ob in den anderen Machtpositionen des Wirtschaftslebens diejenigen Kräfte führen, die wirklich der Demokratie dienen und es ablehnen, auch nur einen Schritt abzuweichen von der doppelzüngigen Taktik des Dunkelmännertums.

**Abg. Dr. von Brentano (CDU):**

Der Herr Abg. Knothe hat hier zwei Reden gehalten. Er hat zunächst eine Erklärung der SPD zur Personalpolitik in der Polizei zur Kenntnis gegeben. Ich möchte mich zunächst mit diesem Teil seiner Ausführungen befassen. Wir stimmen der Anregung des Herrn Knothe durchaus zu. Auch wir würden es begrüßen, Unterlagen zu bekommen, wie die leitenden Stellen der Polizei in Groß-Hessen besetzt sind. Wir sind zur Zeit auch schon damit beschäftigt, uns solche Unterlagen zu beschaffen, weil wir der Auffassung sind, wenn diese vorliegen, wir dann die Grundlagen haben, ob die Wünsche, die wir an die Personalpolitik der Polizei stellen, erfüllt worden sind. Wir sind der Überzeugung, daß die paritätische Besetzung gerade in der Polizei sehr viel zu wünschen übrig läßt. Was die Entpolitisierung der Polizei betrifft, so glaube ich, [ist] dem, was von sämtlichen Rednern hier gesagt worden ist, kaum etwas hinzuzufügen. Es ist nicht nur selbstverständlich, daß auch der Polizeibeamte das staatspolitische Recht hat wie jeder andere, sondern wir sind weiter der Auffassung, daß zu dem politischen Staat von heute auch der politische Beamte gehört. Inwieweit die Politisierung des Beamten gehen soll, mag eine Frage der Zweckmäßigkeit sein.

Im übrigen hat Herr Knothe eine sehr temperamentvolle Wahlrede für die SPD und gegen die CDU gehalten. Wir wissen nicht, wieso wir zu der Ehre kommen, so aufmerksam bedacht zu werden. Nachdem gestern hier zur Sprache kam, daß die CDU nur eine Augenblickerscheinung sei, frage ich mich nur, ob doch nicht die Angst vor der tragenden Idee Anlaß sein kann, derartige Attacken zu reiten, für die im Augenblick eigentlich kein Anlaß vorliegt. Man sollte vorsichtig sein mit solchen Behauptungen, daß ausgerechnet die CDU der Hort der Reaktion sei.

(Redner führt hier einige Wahlergebnisse der letzten Gemeinderatswahlen an, die am Stenographentisch nicht recht verständlich waren.)

Wir sind der Meinung, daß dieser Platz nicht der richtige ist, um Wahlreden zu halten. Wir werden Gelegenheit haben, in den nächsten Wochen — jeder in seiner Partei — seine politische Meinung am rechten Ort zu vertreten, und dann werden wir am 1. Juli erfahren, wo die Wähler sind<sup>283</sup>. Daß wir unsere Gegner nicht überzeugen können und hier auf Stimmen ausgehen sollen, so gewichtig wird dies nicht einmal der Herr Kollege Knothe halten.

Was den politischen Kampf angeht, ist es uns völlig klar, daß die junge Generation noch lernen muß. Und alle werden sich noch einen gewissen Takt aneignen müssen. Ich glaube ohne weiteres, daß es — auch in meiner Partei — Leute gibt, die es an einem gewissen Takt fehlen lassen. Wir stehen auch jedem

<sup>283</sup> Die Äußerung bezieht sich auf die bevorstehende Wahl zur Verfassungberatenden Landesversammlung, die am 30. Juni 1946 durchgeführt wurde. Bei einer Wahlbeteiligung von 71% entfielen auf die SPD 44,3% der Stimmen, die CDU erhielt 37,3%, die KPD 9,7 % und die LDP 8,1%. Vgl. Kropat, Stunde Null, S. 92.

Mißbrauch eines Amtes, etwa [der] durch ein Amt vorliegende[n] Möglichkeit, politischen Einfluß auszuüben, durchaus ablehnend gegenüber. Wir bedauern, wenn in einzelnen Fällen zum Beispiel Geistliche ihre Tätigkeit als Seelsorger in einer peinlichen Weise überschneiden und mit ihrer politischen Tätigkeit verbinden. Die Tatsache, daß er nur ein oder zwei Fälle herausgefunden hat, beweist, daß sie selten waren.

Kollege Knothe hat übrigens auch die Regierungstaktik der Regierung angegriffen, ohne sie zu nennen. Ich kann nur feststellen, wir sind nicht daran schuld, wenn der politische Kampf manchmal Formen angenommen hat, wie es nicht sein soll. Ich habe ein Flugblatt der SPD „Deutsches Volk denke daran, wen Du wählst“ und so weiter. Gegenüber einem solchen Flugblatt gibt es nur ein Wort: Niedriger hängen!

Meine Damen und Herren! Herr Knothe hat dann in einer mich überraschenden Weise erklärt, daß die SPD bereit sei, den Kampf aufzunehmen; er erklärte, daß die Koalitionsgemeinschaft sehr bedingt sei, daß die SPD sich zu hüten wisse, wovor weiß ich nicht. Ich kann nur erklären, daß wir heute noch bereit sind, den Kampf sachlich zu führen, Entgleisungen, die vorkommen, bedauern wir. Wir sind allerdings auch bereit, jeden Kampf, den man uns ansagt, aufzunehmen, weil wir keinerlei Besorgnis haben. Ich bedauere, wenn zum Schluß gesagt worden ist, daß die SPD in einer Koalitionsgemeinschaft nicht mitarbeiten wolle, wenn sie nicht in der Lage sei, ihre sämtlichen politischen Ziele durchzusetzen. Es ist dies ein schlechtes Vorzeichen für die Kooperationsarbeit für die Zukunft.

Ich erkläre für meine Partei auch noch heute: Weil wir an das deutsche Volk denken, das heute nur eines ertragen kann, nämlich die Zusammenarbeit aller, die es ernst meinen mit dem Aufbau eines demokratischen Staates, erklären wir auch jetzt, daß wir bereit und entschlossen sind, mit allen tragenden Kräften des neuen Staates zusammenzuarbeiten in einer gesunden Koalitionstätigkeit, wenn wir uns auch darüber klar sind, daß sie gewisse Kompromisse aufzwingen wird. Ich würde es bedauern, wenn diese Bereitschaft im Gefühl der Verantwortung gerade bei der zweiten großen tragenden Partei, der SPD, nicht das Echo finden sollte, das wir bisher zu finden gehofft hatten.

**Abg. Schwarzhaupt (LDP):**

Die Erklärungen der sozialdemokratischen Fraktion, die Herr Knothe vorgetragen hat, haben zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage Anlaß gegeben und geben mir Veranlassung, mich einigen Fragen zuzuwenden, die für die kommende Verfassung von Bedeutung sind und deshalb im bevorstehenden Wahlkampf eine Rolle spielen werden.

Als wir zum ersten Male zusammentraten, haben die vier Parteien eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der wir uns alle zum deutschen Einheitsstaat bekannten. Insoweit war volle Einmütigkeit vorhanden. Nun sehen wir aber, daß über Inhalt und Begriff des Einheitsstaates sehr wesentliche Unterschiede vorhanden sind. Herr Abgeordneter Köhler hat als Meinung der CDU gesagt, daß der Einheitsstaat im Sinne des föderativen Aufbaus zu verstehen sei, der Schutz biete gegen die Vormacht eines Staates oder einer Stadt. Ich weiß nicht, gegen die Vormacht welches Landes wir uns nach der Zerschlagung Preu-

bens schützen müssen; es könnte höchstens Bayern in Betracht kommen. Dort herrscht ja aber die CDU.

Was heißt Föderalismus? Föderalismus ist ein System von verbündeten Staaten, setzt also die Eigenstaatlichkeit der betreffenden Länder voraus. Aber gerade gegen diese Eigenstaatlichkeit wehren wir uns. Wir wollen nicht, daß innerhalb des Reiches souveräne Staaten bestehen. Darin sehen wir eine schlimme Rückwärtserei. Wir kommen damit weit hinter den Zustand zurück, den die Weimarer Republik geschaffen hat, hinter 1871, das heißt hinter Bismarcks Schöpfung zurück bis 1815. Und eine solche Rückwärtsentwicklung wollen wir nicht.

Wir leben in einem Zeitalter, in dem in Europa der Gedanke des Nationalstaates, der das 19. Jahrhundert beherrscht hat, sich verflacht hat. Europa ist zu klein geworden, um die vielen Einzelstaaten mit ihrer gegenseitigen Absperrung zu ertragen. Wir leben im Zeitalter des Flugzeugs, im Zeitalter der Atomenergie, die vielleicht Schnelligkeiten bringt, die wir heute kaum ahnen. In einem solchen Zeitalter ist es unmöglich, daß in unserem klein und arm gewordenen Deutschland Staaten bestehen bleiben, die sich gegenseitig voneinander absperren können. Wir leben in einem Zeitalter, wo selbst die großen Imperien auf Teile ihrer Souveränität verzichten, um das Unglück eines neuen Krieges zu verhindern. Da geht es wirklich nicht an, daß in Deutschland Eifersüchteleien irgendeine Rolle spielen, aus Angst, ein Land könne eine „Vormachtstellung“ einnehmen. Wir müssen zu einem Abbau der Grenzen kommen, auch zwischen den einzelnen Staaten Europas, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig, seelisch, wenn Europa weiterleben soll. In einer solchen Zeit ist Föderalismus für Deutschland wie Anachronismus.

Wir wollen einen wirklichen, wahren Einheitsstaat mit einem einheitlichen staatlichen Willen. Wir brauchen diesen einheitlichen Willen, die einheitliche Lenkung auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs, wir brauchen diese Einheit zur Stabilisierung der Währung, für unsere Finanz- und Sozialpolitik, für die Fürsorge, für die Kriegsoffer und die Ostflüchtlinge.

All diese Aufgaben schreien nach einheitlicher, reichsgesetzlicher Regelung, nicht nach föderativer Gestaltung. Ebenso notwendig ist die Schaffung der Rechtseinheit und die einheitliche Gestaltung des staatlichen Erziehungs- und Schulwesens. Ich glaube aber, daß der Widerstand der CDU gegen die Vereinheitlichung und gegen die reichsgesetzliche Regelung seine tiefere Ursache gerade auf dem Kulturgebiet hat. Nun wird niemand verkennen, daß die Verschiedenartigkeit des deutschen Kulturlebens dem Wesen der verschiedenen Stämme unseres Volkes entspricht und daß die Mannigfaltigkeit der deutschen Kultur ihre besonderen Reize verleiht. Tatsächlich ist das Kulturleben in Berlin anders als in Dresden, in München anders als in Wien und Frankfurt am Main. Diese Mannigfaltigkeit wollen wir nicht beseitigen, sie wird auch im demokratischen Staat nicht gefährdet. Ein demokratischer Staat ist ja auch ein Staat der Freiheit; daß die Kulturentwicklung unter Zwang gestellt wurde, war nur möglich im nationalsozialistischen Staate, der die Grenzen seiner Zuständigkeit und seines Könnens nicht kannte. Ein demokratischer Staat weiß, daß der Staat nicht kulturschöpferisch sein kann; er kann nur kulturfördernd und kulturlenkend sein. Kultur ist nie anders geschaffen worden als durch große Persönlichkeiten. Einsam wie Mose zum Berg Nebo sind die Großen der Menschheit den

steilen Berg der Erkenntnis emporgestiegen und haben, wenn sie das Land neuer Erkenntnis geschaut hatten, die anderen, oft erst nach ihrem Tode, heraufgezogen. Für die Freiheit kulturschaffender Persönlichkeiten haben wir als liberale Partei besonderes Verständnis.

Aber auf einem Gebiet des Kulturlebens bedarf es der Einheitlichkeit, das ist auf dem Gebiet des öffentlichen Erziehungs- und Schulwesens. Wir erkennen die Rechte der Familie und der Kirche für die Erziehung der Jugend an und wollen ihnen gern unsere Unterstützung zuteil werden lassen; aber Herr der Schule ist der Staat, und auch hier erstreben wir einen reichseinheitlichen Willen.

Diese Einheitlichkeit in der politischen Führung widerspricht nicht dem Gedanken der Selbstverwaltung. Von der zentralen Verwaltung des Reiches können große und wichtige Aufgaben an die Provinzial- und Stadtverwaltungen delegiert werden. Reichseinheit und Selbstverwaltung widersprechen sich nicht. Derselbe Freiherr vom Stein, der das Wort sprach: „Ich kenne nur ein Vaterland Deutschland“, war auch der Vater der Selbstverwaltung.

Wir lehnen jeden Separatismus ab und bekämpfen ihn auf das schärfste. Wir bedauern, daß es an der Saar, aber auch am Rhein und an der Ruhr, Menschen gibt, die Bestrebungen äußern und unterstützen, die auf eine Loslösung vom Reich abzielen. Es gibt nichts Verächtlicheres, als sein Vaterland in seiner jetzigen Not zu verlassen. Wir widersprechen aber auch Bestrebungen, wie sie Oberbürgermeister Dr. Blaum in einer Rede an der Paulskirche<sup>284</sup> in Frankfurt am Main geäußert hat, als er davon sprach, daß Frankfurt Bundeshauptstadt werden solle. Wir wollen keinen Bundesstaat und keine Bundeshauptstadt. Aber, wenn Dr. Blaum die Hauptstadt nach Frankfurt am Main verlegen will, dann gibt er damit Berlin als Reichshauptstadt auf, und das bedeutet den Verzicht auf deutsches Land und deutsche Menschen jenseits von Oder und Neiße. Wir sehen die heutige Demarkationslinie nicht als endgültig an und vertrauen auf die Vernunft und die Gerechtigkeitsliebe der Siegermächte, daß hier eine Änderung eintritt.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Darf ich fragen, ob die Fraktionen auf weitere Ausführungen zu dieser Erklärung verzichten? Ich stelle fest, daß das der Fall ist. Ich bringe die Erklärung zur Abstimmung. Wer gegen die Erklärung ist, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Ich stelle fest, daß die Erklärung der SPD zur Personalpolitik einstimmig angenommen ist.

Zunächst möchte ich bitten, da Herr Landesrat Witte heute verschiedentlich verhindert ist, hier anwesend zu sein, daß Herr Kollege Heißwolf mir zur Seite steht. Haben Sie dagegen Bedenken?

(Kein Widerspruch)

Dann bitte ich Herrn Kollegen Heißwolf, das würdevolle Amt mit zu übernehmen.

<sup>284</sup> Gemeint ist die Rede des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Blaum anlässlich der Eröffnung des „Tages der jungen Generation“ im Mai 1946. Vgl. Anm. 221.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß wir zunächst den Kommunalpolitischen Ausschuß behandeln. Wir müssen um 12 Uhr Schluß machen, da halb 1 Uhr eine Sitzung der amerikanischen Offiziere stattfindet. Mit dem Ernährungspolitischen Ausschuß werden wir bis dahin nicht fertig. Ich bitte den Herrn Kollegen Rehbein, seinen Bericht zu erstatten.

**Abg. Rehbein (SPD):**

Meine Damen und Herren! Der Kommunalpolitische Ausschuß trat nur einmal zusammen<sup>285</sup>. Wir hatten eine längere Aussprache, ob die Kommunalverbände der früheren Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden beibehalten werden sollen oder nicht<sup>286</sup>. Landesrat Witte hat uns in dankenswerter Weise einen Überblick über die Aufgaben gegeben, die in vorbildlicher Weise damals geleistet worden sind. Alle die Anstalten, die von diesen beiden Kommunalverbänden in vorzüglicher Weise geleitet wurden, leiden natürlich heute unter den Folgen des Krieges. Viele sind für ihre eigentlichen Zwecke nicht mehr verfügbar, es sind darin Lazarette etc. untergebracht.

Zwei Anfragen kamen aus zerstörten Städten wie Hanau. In ihnen wurde verlangt, mehr Baumaterial zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Gelegenheit wurde im Ausschuß zum Ausdruck gebracht, daß es ja bei diesen großen Zerstörungen den einzelnen Städten gar nicht möglich sein wird, aus sich allein heraus den Wiederaufbau zu vollziehen, sondern daß größere Verbände dazu eingespant werden müßten.

Ferner lagen Anregungen vor zu Eingemeindungsfragen, aber da der Ausschuß schon unter dem Eindruck stand, daß der Beratende Landesausschuß doch nicht mehr lange tage und für die einzelnen Angelegenheiten gesetzliche Regelungen notwendig sind, so war man der Ansicht, daß man alle diese Fragen dem neu zu wählenden Landtag unterbreiten soll.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß seitens des Ministeriums niemand in dieser Ausschußsitzung vertreten war und wir gar keine Unterlagen hatten, zu denen wir hätten Stellung nehmen können. Wir sind aber einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß auch seitens des neugewählten Parlaments das Vorbild dieser beiden Kommunalverbände des früheren Regierungsbezirks Kassel und Wiesbaden bei Neuaufbau der Verwaltungseinrichtungen berücksichtigt werden soll, auf welcher Grundlage, soll dem neuen Parlament überlassen bleiben.

**Abg. Catta (LDP):**

Meine Damen und Herren! Ergänzend darf ich dazu noch folgendes sagen: Wenn wir davon ausgehen, daß das Land Hessen wieder ein Gliedstaat des neuen Reiches werden soll, dann müssen wir uns damit beschäftigen, was aus den soeben von meinem Vorredner behandelten Selbstverwaltungskörpern wird.

<sup>285</sup> Diese Sitzung des Ausschusses hatte am 29. April 1946 stattgefunden. Sitzungsprotokoll in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 15.

<sup>286</sup> Entsprechend den beiden Regierungsbezirken bestanden zwei Bezirkskommunalverbände, die durch die Provinzialordnung von 1885 einen gemeinsamen Provinziallandtag, einen von diesem gewählten Landesausschuß und je einen Landesdirektor erhalten hatten. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 485.

Man könnte auf die Idee kommen, aus Ersparnisgründen diese kommunalen Selbstverwaltungskörper umändern zu wollen. Nun haben Sie das Beispiel, daß in Hessen die Staatsdomänen und Staatsgüter aus Preußen in dem Umfang übernommen worden sind, soweit sie in Hessen liegen, das heißt, die preußische Domänenverwaltung in Hessen-Nassau und die hessische Domänenverwaltung in Hessen-Darmstadt sind in hessischen Staatsbesitz übergegangen. Nun gibt es außerdem noch die großen Aufgaben der Selbstverwaltungskörper<sup>2s</sup>, die wir dann unter Umständen auch dem Staat übertragen müßten, wie das in Hessen geschehen ist, oder man müßte sie in einem Kreis, sagen wir die Pflegeanstalten an den Landrat, anhängen oder, wenn sie in einer Stadt liegen, an die Stadt. Nun ist beim Selbstverwaltungskörper der Landesausschuß, der Provinziallandtag, wie er sich in Kassel und Wiesbaden ausgezeichnet bewährt hat, das beste Beispiel eines Selbstverwaltungskörpers von unten nach oben. Es wäre sinnlos, etwas bestehendes gutes Altes aufzulösen und an den Staat anzuhängen, das dann eine Selbstverwaltung heraufbeschwören müßte. Da sind wir der Meinung, daß wir alle diese Körper so erhalten müssen, wie sie sich bewährt haben, und da es sich um diese sogenannten eigentlichen Selbstverwaltungskörper handelt, die eine Kontrolle und Mitbestimmung der Bürgerschaft in weitgehendem Maße mit sich bringen, daß wir dann lieber sehen werden, daß in Darmstadt noch eine Provinzialverwaltung für die ganzen Aufgaben geschaffen wird. Ich habe nämlich aus dem Bericht der Landesverwaltung Kassel ersehen, welche unglaublich viele Aufgaben der Kommunalverband zu erfüllen hat. Denken Sie daran, daß Lazarette aufgelöst werden müssen, Tuberkulosefürsorge eingerichtet, Einrichtungen für Geschlechtskrankheiten geschaffen werden müssen, diese Aufgaben können nicht vom Staat oder Landrat oder einem Kreis behandelt werden, sondern müssen von den einzelnen Fürsorgestellen, also der Gemeindeverwaltung, übernommen werden. Darf ich noch kurz sagen, daß bei der Landesverwaltung die ganzen Verkehrsfragen, sämtliche Heilanstalten, Landesbibliotheken, Büchereien, der Landeskonservator, die Versicherungsanstalten liegen. Sie sehen daraus, daß wir mit einer Selbstverwaltung auch in diesem kleinen Raum von Hessen anknüpfen müssen an das Große im Reich. Deshalb sind wir der Meinung, es so zu lassen, und ich bitte, daß Sie sich einstimmig zu diesen Einrichtungen bekennen und abwarten, daß sie unser Parlament, das Ende Juni gewählt wird, gutheißt.

**Abg. Graf Matuschka (CDU):**

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister des Innern hat uns ja eine sehr eingehende Antwort und Stellungnahme über die bisherige Tätigkeit auf dem Gebiet der Verwaltungsreform gegeben. Hierzu ist auch eine Anfrage der CDU erfolgt. Ich möchte, um die Verhandlungen abzukürzen, Antrag auf Schluß der Debatte stellen sowie auf Überweisung der Antwort des Ministers an den Kommunalpolitischen Ausschuß.

<sup>2s</sup> Die Aufgaben umfaßten insbesondere Bereiche des Verkehrs-, Versicherungs- und Kreditwesens, der sozialen Fürsorge und kultureller Angelegenheiten. Vgl. ebd. S. 486.

**Abg. Bauer (KPD):**

Ich schließe mich dem Antrag an.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Ich persönlich bin der Meinung, daß wir wohl nicht zu einer weiteren Plenarsitzung zusammenkommen werden. Die Ausschüsse sollten jedoch weiter tagen. Wenn Sie dann später wiederkommen, so ist es doch gut, wenn an das Vorhergegangene angeknüpft werden kann.

Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Einstimmig)

**Abg. Bauer (KPD) — zur Geschäftsordnung —:**

Da der Abgeordnete Kredel zur Erstattung seines Berichts über den Ernährungspolitischen Ausschuß nicht zugegen ist, beantrage ich, daß die Fragen, die an den Herrn Wirtschaftsminister gerichtet wurden und noch nicht hinreichend beantwortet sind, zur Debatte gestellt werden.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wenn niemand dagegen ist, dann darf ich den Herrn Kollegen Bauer bitten.

**Abg. Bauer (KPD):**

Verehrte Anwesende! Wir hatten als Kommunistische Fraktion eine Reihe Anfragen an den Herrn Wirtschaftsminister gerichtet, die er ausführlich beantwortet hat. Die Fraktionen haben alle die Antwort erhalten; es handelt sich um die Fragen 37, 41, 43 und 44<sup>zss.</sup>. Wir können auch feststellen, daß wir im großen ganzen mit den Beantwortungen zufrieden sind, so daß wir darüber nicht mehr zu diskutieren brauchen. Zu einer Frage wird Kollege Diez noch sprechen, weil wir da nicht ganz zufrieden sind mit der Antwort. Sie betrifft die Beschlagnahme des Leders bei der Firma Busse. Nach dem Material, das uns vorliegt, verhält sich die Sache etwas anders, als in der Antwort zum Ausdruck kommt.

Einen besonderen Glückwunsch möchte ich im Namen meiner Fraktion dem Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr aussprechen im Zusammenhang mit unserer Anfrage betreffend Intensivierung des Interzonenhandels. Es ist für uns als kommunistische Fraktion eine besondere Freude festzustellen, mit welchem Eifer sich Herr Dr. Mueller für den Interzonenhandel eingesetzt hat, welche Mühe er sich gegeben hat, damit der Austausch zwischen den vier Zonen perfekt wird und schnellstens zustande kommt, und wir hoffen, daß seine weiteren Bemühungen recht guten Erfolg haben werden.

Eine Antwort hat uns allerdings der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr überhaupt nicht gegeben und das betrifft die Anfrage 38, lautend wie folgt: „Der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr wird gebeten, Auskunft zu geben über die Verhältnisse bei den Fahrbereitschaften in Groß-Hessen.“

<sup>2</sup>“ Anfrage 37 beschäftigt sich mit Unregelmäßigkeiten bei der Beschlagnahme von Leder in einem Betrieb zur Herstellung von Pferdegeschirren; Antrag 41 fordert Maßnahmen zur Steigerung der Braunkohleproduktion in Groß-Hessen; Antrag 43 zeigt notwendige Maßnahmen zur Intensivierung des Interzonenhandels auf; Antrag 44 ersucht die Staatsregierung, zur Steigerung der Düngemittelproduktion die Wiederherstellung des Werkes Albert in Wiesbaden zu unterstützen.

Es ist der Moment gekommen, daß in der Frage der Fahrbereitschaft und insbesondere des Bevollmächtigten für den Nahverkehr in Groß-Hessen <sup>2s'</sup> etwas getan werden muß. Ich habe nicht das Recht, im Namen aller vier Fraktionen zu sprechen, aber eines weiß ich, daß alle Fraktionen im Geschäftsführenden Ausschuß die gleiche Meinung vertreten haben, wie ich sie hier vertreten werde. Das, was sich der Bevollmächtigte für den Nahverkehr mit den Mitgliedern des Landesausschusses, den Abgeordneten, in den letzten Monaten geleistet hat, das schreit im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Es ist nichts anderes als eine reine Verhöhnung des Parlaments gewesen. Es war beschlossen worden, daß die Fraktionen und die vier Parteien im Interesse des Wahlkampfes und für ihre Arbeit, die ja weiß Gott in Anbetracht der vielen Wahlen groß genug ist, je fünf Autos zur Verfügung gestellt bekommen. Es liegt dafür ein Befehl der Militärregierung vor, nachdem Herr von Heyden erklärt hatte, daß dies notwendig sei. Nachdem den Parteien erst ein oder zwei Autos gestellt worden waren, von denen kein einziges fuhr, ruhte die ganze Angelegenheit wochenlang. Es fand eine Aussprache in Gegenwart des Herrn Ministerpräsidenten und Herrn von Heyden im Geschäftsführenden Ausschuß statt, wo letzterem die Frage gestellt wurde, wann wir die Autos bekämen. Er gab wieder die Erklärung ab: Es ist unmöglich. Nach langem Hin und Her erklärte er, in der nächsten Zeit, wenn Autos da seien, zumindest eins für jede Fraktion innerhalb acht Tagen zur Verfügung zu stellen. Zwei weitere Wagen sollten dann folgen. Wenn ich mich recht erinnere, war dies vor drei oder vier Wochen.

Anläßlich der letzten Sitzung des Plenums war es nun soweit, daß die vier Fraktionen ein Auto in der Bertramstraße <sup>3<sup>290</sup></sup> besichtigen durften. Jede Fraktion sandte einen Mann hin. Dort standen etliche Wagen, ein einziger in fahrbereitem Zustand. Meine Fraktion hatte am Montag das große Glück, einen fahrbereiten Wagen zu bekommen. Er wurde nach der Staatskanzlei gebracht. Aber es war ein Skandal. Das Auto war nicht repariert, das Wasser lief vorn, das Benzin hinten heraus, die Fenster fehlten, die Türen waren nicht gemacht, und in diesem Auto sollten wir fahren.

Zu gleicher Zeit bekam ich aber einen Bericht, daß der Bevollmächtigte für den Nahverkehr einem Beamten im Kultusministerium ein Auto angeboten hat. Es handelt sich um einen Mercedes H 7, den der Herr für genau 1900 Mark sich kaufen konnte. Das war möglich, wenn aber die Parteien Autos verlangen, ist es nicht möglich. Der Herr Vorsitzende gibt mir gerade einen Brief: durch eine erlassene Anordnung waren die Fahrbereitschaften nicht mehr dem Verkehrsminister unterstellt, daher hat er auf unsere Anfrage nicht geantwortet. Ich erlaube mir aber trotzdem, in dieser Angelegenheit weiter zu sprechen, weil tatsächlich eine radikale Änderung eintreten muß. Wir sind durch Befehl der Militärregierung gezwungen, Wahlversammlungen zu veranstalten. Dann können wir aber auch verlangen, daß uns etwas Hilfe zuteil wird und nicht eine ganz offensichtliche Sabotage. Ich weiß, daß die Herren vom Staatsministerium ge-

<sup>2s'</sup> Hubert v. Heyden war im Dezember 1945 von der Militärregierung zum Nahverkehrsbevollmächtigten für das Land Groß-Hessen ernannt worden.

<sup>290</sup> Die Bertramstraße 3 war Sitz des Innenministeriums sowie des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt.

nauso wütend über die ganze Angelegenheit sind, vielleicht wird es Herrn von Heyden aber doch etwas beeindrucken, wenn wir in die Öffentlichkeit gehen. Von ihm habe ich die Ansicht, daß ihn überhaupt nichts berührt und daß er glaubt, unantastbar zu sein. Ich glaube, in unserer neuen Demokratie sollte keiner unantastbar sein und sollte jeder von seinem Posten verschwinden, wenn er nachweisbar sabotiert, wenn er auf der einen Seite Autos anbietet und den anderen keine zur Verfügung stellt. Ich bitte das Staatministerium, jetzt endgültig und allerschnellstens dafür zu sorgen, daß diese leidige Sache der Autos in Ordnung kommt und daß darüber hinaus in dem ganzen Fahrbereitschaftswesen eine strenge und gerechte Untersuchung durchgeführt wird. Die Nachrichten darüber und die Gerüchte, um mich vorsichtig auszudrücken, weil ich keine Dokumente habe, berechtigen zu der Annahme, daß dort große Schweinereien vorkommen — entschuldigen Sie den unparlamentarischen Ausdruck —, und es ist nicht nötig, daß wir gleich zu Beginn der neuen Demokratie einen großen öffentlichen Skandal vorbringen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Der Herr Kollege Bauer wird sicher allen aus dem Herzen gesprochen haben. Die Einrichtung des Nahverkehrsbevollmächtigten ist ja eine der übelsten Erscheinungen des Naziwesens, und es wäre unseres Erachtens notwendig, daß man mit diesem mißverstandenen Führerprinzip Schluß macht.

**Minister für Wirtschaft und Verkehr Dr. Mueller:**

Ich würde es sehr begrüßen, wenn ich das Material, das gegen die Fahrbereitschaften vorgebracht worden ist, recht bald bekommen könnte. Selbstverständlich ist niemand unantastbar, das gilt für alle Stellen, die mit unserer Verwaltung zu tun haben. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß es zu den schwierigsten Geschäften gehört, heute die Verkehrswirtschaft zu verwalten und das bindet natürlich niemand davon, den Dingen gerecht und sorgfältig nachzugehen. Ich glaube, daß wir uns über die Einzelheiten der Fahrbereitschaft erst später unterhalten können. Ich nehme an, daß Sie mit dieser Auskunft vorläufig zufrieden sind.

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Ich wollte Sie nur unterrichten über unsere Besprechung mit Herrn Oberst Newman, der volles Verständnis für die Dinge gehabt hat, die wir ihm vorgetragen haben. Er kam gerade von einer sehr eingehenden Besprechung mit dem General der Luftwaffe zurück, der schon in seiner Gegenwart sein Offizierskorps hatte antreten lassen und den Herren gesagt hat, daß er eine faire Behandlung dieser ganzen Frage wünsche. Er hat uns gebeten, alle Beanstandungen, die wir ihm vorgetragen haben, heute noch in einer Denkschrift niederzulegen, damit er sie sofort ins Englische übersetzen und morgen mit General Clay besprechen kann. Er wird sich aufs äußerste einsetzen. Ich habe verlangt, daß die Polen wegkommen und durch andere Organe ersetzt werden, daß die Stacheldrahtsache gemildert wird, damit die deutschen Menschen nicht unter dem Stacheldraht hindurchkriechen müssen. Zum Schluß habe ich noch einen Gedanken ausgesprochen, den er auch sehr aufmerksam entgegengenommen hat, der auf ernährungsmäßigem Gebiet liegt, nämlich ob es nicht möglich wäre, die überflüssigen Eßwaren aus den amerikanischen Kasinos und so weiter in würdiger

Form organisatorisch zu sammeln und sie unserer hungernden Bevölkerung, namentlich den Kindern, zuzuführen. Er hat sofort erklärt, daß er sich mit seinen Offizieren in Verbindung setzen und diesen Gedanken aufgreifen will.

Abg. Diez (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich werde mich in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit sehr kurz fassen. Bezüglich der Verwendung des beschlagnahmten Leders der Fabrik Busse gibt uns der Herr Minister zur Antwort, daß die Nichtauslieferung des Leders auf die Rohstofflage zurückzuführen ist. Nach uns vorliegenden Dokumenten ist das nicht der Fall. Wir sind anderer Meinung und stellen fest, daß die Verzögerung an dem Präsidenten des Landwirtschaftsamtes liegt.

Minister für Wirtschaft **und Verkehr** Dr. Mueller:

Ich nehme an, daß Sie im Besitz aller Unterlagen sind, damit ich der Sache nachgehen kann.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich bitte, das Material dem Herrn Minister zu übergeben. Damit kann ich annehmen, daß die Anfrage des Herrn Bauer erledigt ist.

Wir kommen jetzt zum Bericht über die Tätigkeit des Ernährungspolitischen Ausschusses des Herrn Kollegen Kredel.

Abg. Kredel (LDP):

Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, daß in der letzten Plenarsitzung am 21. Mai 1946 ein Ernährungspolitischer Ausschuß gebildet wurde. Die erste Sitzung dieses Ausschusses hat am Montag stattgefunden<sup>291</sup>. An sich möchte ich nur ganz kurz darüber referieren, denn ich halte es für richtig, die Sitzung heute zu einem ruhigen und gedeihlichen Ende zu führen und nicht zu reden, sondern zu arbeiten. Der Herr Minister für Ernährung und Landwirtschaft hat in bemerkenswerter Weise einen Vortrag über die augenblickliche Lage auf dem ernährungspolitischen Gebiet gehalten. Wenn ich sage, daß wir alle mit Sorge zu dieser Ausschußsitzung gegangen sind, so will ich damit sagen, daß wir vorsichtig sein sollen, was wir nach außen hin sprechen, um nicht eine weitere Beunruhigung in das Volk hinein zu tragen. Die größte Unruhe wegen der Brotversorgung kann dadurch gemildert werden, daß wir die Feststellung gemacht haben, daß eine weitere Kürzung der Brotration nicht einzutreten braucht. Dazu ist allerdings notwendig, daß rechtzeitig mit der Erfassung der Wintergerste und dem Frühdrusch begonnen wird. Wenn wir auch hoffen, mit der jetzigen Brotration durchzuhalten oder vielleicht sogar für gewisse Teile eine gewisse Erhöhung möglich sein wird – denn wir wissen ja alle, daß mit 1000 Gramm Brot weder ein Arbeiter noch sonst jemand auf die Dauer auskommen kann –, so wird man künftig aufgrund der Erfassung doch vorsichtiger vorgehen als bisher.

Der Minister für Ernährung hat in Aussicht gestellt, daß außer der Erhöhung der Fettration von 400 auf 500 Gramm in der 89. Periode<sup>292</sup> eine Dose Gemü-

<sup>291</sup> Diese erste und auch einzige Sitzung des Ausschusses hatte am 3. Juni 1946 stattgefunden.

<sup>292</sup> Sitzungsprotokoll in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 17.  
Gemeint ist die Zuteilungsperiode für die Verbraucherrationen, die jeweils einen Zeitraum von vier Wochen umfaßte.

sekonserven zu 299 Gramm sowie Trockengemüse verteilt werden, ferner etwa 100 Gramm Trockenmilch und Eipulver und 250 Gramm Zucker. Das letztere dürfte die Hausfrauen besonders interessieren. Es ist aber auch bekannt, daß wir im ganzen Jahre nur 3 Pfund Zucker pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung haben. Von diesen 3 Pfund ist einschließlich der 250 Gramm so viel verteilt, daß nur noch 150 Gramm ausstehen werden. Eine besondere Hilfe scheint uns in unseren Schwierigkeiten dadurch zu kommen, daß, wie schon in den Zeitungen zu lesen war, etwa 34 000 Tonnen Fische aus den nordischen Ländern zur Verfügung gestellt werden sollen. Von diesen 34 000 Tonnen wird Hessen 23% erhalten, wobei die Städte etwas besser berücksichtigt werden als das Land, weil ja das Land immerhin das eine oder andere zusätzlich hat. Die Schwierigkeit, eine eigene Fischerei aufzubauen, liegt auf dem Gebiet der Holzversorgung. Es werden zu diesem Zweck größere Mengen Holz benötigt, die nicht aufgebracht werden können. Und noch eins: Die Fischer möchten nicht auf die See gehen, wenn sie nicht einen Grog haben. Es wird also auch davon abhängen, ob wir den nötigen Schnaps zur Verfügung haben.

Der Minister für Ernährung sprach auch davon, daß in den Städten über 20 000 Einwohner eine Ration Hülsenfrüchte verteilt werden kann. Eine Sorge bereitet uns der Anschluß der Frühkartoffelernte an die Spätkartoffelernte. Dazwischen wird es eine Zeit geben, wo wir vorsichtig sein müssen. Es werden natürlich in den Landkreisen weit mehr Lebensmittel angefordert werden als vorher, ehe die Ostflüchtlinge ankamen. Das wirkt sich insbesondere bei der Milchversorgung aus. Ich kann hier sagen, daß die Militärregierung bisher geholfen hat und auch weiter helfen wird. Das hat sich mit einer kürzlichen Besprechung mit Oberst Newmann wieder ergeben. Es ist natürlich so, daß von der Militärregierung vor einigen Monaten Hoffnungen gemacht wurden, die nicht erfüllt werden können. Aber trotzdem ist es auch so, daß jedes zweite oder dritte Stück Brot zur Zeit tatsächlich aus amerikanischem Getreide kommt. Daraus ist zu ermessen, daß doch wirklich etwas getan worden ist. Eine weitere Sorge ist, daß rund 900 000 Menschen aus der amerikanischen Zone in Berlin ebenfalls von hier aus mitversorgt werden müssen. In einer Aussprache wurde erwogen, ob vielleicht an den Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter irgend etwas zugunsten der allgemeinen Bevölkerung gekürzt werden könne. Das war aber auch nicht möglich. Es ist an sich wohl so, daß wir den Schwer- und Schwerstarbeitern wirklich nichts entziehen können und entziehen wollen. Wir wissen, daß es heute schon vielen nicht mehr möglich ist, sich bei ihrer vollen Kraft zu erhalten. Es ist auch so, daß in den geistigen Berufen nach und nach die Leistungsfähigkeit absinkt, weil auch da die Ernährung nicht so ist, was man als Minimum braucht.

Anschließend sprach Ministerialrat Professor von Drigalski <sup>293</sup> über die Erfahrungen, die bei der Überprüfung des Gesundheitszustandes gemacht wurden. Er sagte uns ganz offen, daß diese Untersuchungen in Verbindung mit den Ameri-

Der Bakteriologe und Hygieniker Wilhelm von Drigalski (1871—1950) leitete in den 20er Jahren das Gesundheitsamt in Berlin. Ab Oktober 1945 stand er an der Spitze des hessischen Gesundheitsamtes und wurde dann als Ministerialrat Leiter der Abteilung Gesundheitswesen im Innenministerium.

kanern geschehen und sehr eingehende Ergebnisse haben. Bei dem Hineinsehen in den Menschen hat sich herausgestellt, daß die Ernährung tatsächlich mit der inneren Leistung nicht mehr übereinstimmt. Wir sind da an der Grenze angelangt, und es ist verwunderlich, daß wir so lange ausgehalten haben. Sehr beunruhigend waren die Feststellungen der Medizinalabteilung über die Krankheiten bei den Ostflüchtlingen, besonders der Tuberkulose. Erst gestern haben wir wieder gehört, daß Fälle mit offener Tuberkulose in den Landgemeinden auftraten und da es ärztliche Hilfe nicht gäbe, könne man da weiter nichts machen. Eine Gefahr bildet auch die Frage der Einschleppung des Flecktyphus; es ist indes bisher gelungen, alle Fälle zu lokalisieren, während in anderen Zonen eine Ausbreitung stattgefunden hat.

Es sind Bestrebungen im Gange, der Frage der Herstellung synthetischer Fette und Ole näher zu treten, um sie für die Ernährung wirksam zu machen. Ich möchte mich jedoch mit dieser Frage nicht befassen, die noch einer sehr eingehenden Prüfung bedarf. Schweden hat Lebensmittel für die Kinder angeboten und Holland Gemüse, aber in allen diesen Sachen sind wir noch nicht verhandlungsberechtigt. Aus diesem Grund kann ich mich noch nicht mit diesen Angeboten befassen. Die Ration in Kaffeersatzmittel kann leider nicht erhöht werden.

Die augenblickliche Lage auf dem Ernährungsmarkt ist keine Verteilungs-, sondern tatsächlich eine Erzeugungsfrage, so daß man daran denkt, weite Flächen umzupflügen und zu Ackerland zu machen. Das ist an sich richtig, aber ob es zur Zeit richtig ist, darüber möchte ich mich nicht äußern. Es handelt sich nicht nur darum, Land unter den Pflug zu bekommen, sondern auch die nötigen Düngemittel zu beschaffen. Schon heute steht mehr Land unter dem Pflug, als Düngemittel vorhanden sind. Ich möchte allen die Anregung geben, daß mehr Düngemittel erzeugt und herangeschafft werden.

Es hat sich auch eine ausführliche Debatte über die zu erwartende Ernte entwickelt. Es wurde die Anregung gegeben, den Bauern einen bestimmten Prozentsatz abliefern zu lassen und den Rest der Ernte zur freien Verfügung zu stellen. Dabei betonte der Minister, daß bei der künftigen Ernte alle Vorräte erfaßt werden müssen und besonders bei Getreide alles herausgeholt werden müsse, was herauszuholen ist. Ich bin dafür, daß dies nicht durch Zwangsmittel geschieht, sondern nur durch gütiges Zureden. Nur auf diese Weise werden die Bauern Verständnis dafür finden und weiterhelfen.

Dann weiter über die Sorge des Schwarzhandels. Vielleicht ist die Menge, die durch den Schwarzhandel geht, größer eingeschätzt worden, als sie in Wirklichkeit ist. Größere Sorgen bereiten uns die Evakuierten und Wanderer aus den Industriegebieten, die bei den Bauern ein bis zwei Kartoffeln holen. Ich muß sagen, daß es sich dabei doch um ungeheure Mengen handelt, um ungeheure Ströme von Wanderern. Wir haben uns überlegt, ob diese Ströme abzudämmen sind: ich sehe keine Möglichkeit. Es wurde vorgeschlagen, die Bahn zu sperren, aber dann würde man die Wege zu Fuß machen. Das ist also so einfach nicht zu regeln. Wenn hier ferner angeregt wurde, bei jeder Gemeinde einen Ausschuß zu bilden und bei jeder Obst- und Gemüseverteilung eine Aktion „Kind in Not“ zu schaffen, so empfehle ich diese Anregung der besonderen Opferwilligkeit der Bauern.

Sie finden auf Seite 4 der Anfragen und Anträge einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, und zwar Nr. 57 an den Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft. Ich will denselben verlesen:

„Die Erfassung der Lebensmittelvorräte, die Verteilung der Lebensmittel und die Maßnahmen zur Beseitigung des Schleichhandels sind unzulänglich. Die Stimmung der schaffenden Bevölkerung leidet sehr darunter, bei gesteigerter eigener Not an Lebensmitteln immer wieder Beweise für das Vorhandensein wichtiger Nahrungsmittel im Schleichhandel vor Augen zu haben. Je mehr die arbeitende Bevölkerung darbt, um so größeren Umfang nimmt der Schwarz- und Schleichhandel an und entzieht damit immer größere Teile der erzeugten Lebensmittel der Bewirtschaftung. Durch neue Verordnungen oder Gesetze oder durch Neueinstellung von Polizeibeamten kann Abhilfe nicht geschaffen werden. Es ist vielmehr erforderlich, die ehrenamtliche Mitwirkung von Personen aus der arbeitenden Bevölkerung zu veranlassen. Diese Personen wären ohne äußere Kennzeichen mit einem Ausweis zu versehen und bevollmächtigt, die Polizei im Kampf gegen Schwarz- und Schleichhandel zu unterstützen, wie auch in der Kontrolle bei der Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln. Ihre Aufgabe wäre es, verdächtige Personen zu kontrollieren und bei den böswilligen Nahrungsmittelherzeugern auch bei Stall- und Hofbegehungen eingesetzt zu werden.

Der Antrag 56 vom Ernährungspolitischen Ausschuß lautet:

„Der Beratende Landesausschuß des Landes Hessen dankt im Namen der großhessischen Bevölkerung der Regierung der Vereinigten Staaten für ihre Bemühungen, die Ernährungsrationen im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Mit um so größerer Sorge erfüllen ihn nunmehr die Erklärungen, die jetzt Herr Generalmajor Draper<sup>2,4</sup> auf der Berliner Wirtschaftskonferenz über die Ernährungs- und Wirtschaftslage in Deutschland abgegeben hat<sup>2,5</sup>

In Übereinstimmung mit den von ihm aufgestellten Richtlinien

1. höchste Ausnutzung inländischer Hilfsquellen,
2. stärkste Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
3. Abschaffung des Schwarzmarktes,
4. gerechte Verteilung aller vorhandenen Nahrungsmittelvorräte

bittet der Beratende Landesausschuß den Alliierten Kontrollrat, so schnell wie möglich die Voraussetzungen für die Durchführung dieser Richtlinien zu verwirklichen, nämlich

1. tatsächlich ungehinderten Austauschverkehr in allen gewerblichen und agrarischen Produkten zwischen allen vier Zonen zuzulassen;

<sup>294</sup> Generalmajor William Draper arbeitete im Zivilleben als Bankier. Er war Wirtschaftsberater General Clays und leitete die Wirtschaftsabteilung von OMGUS in Berlin.

<sup>2S</sup> Thema der Ende Mai tagenden Konferenz war die Erörterung von Notmaßnahmen, die zur Versorgung von 17500000 Einwohnern in der amerikanischen Besatzungszone mit dem erforderlichen Mindestmaß an Nahrungsmitteln ergriffen werden sollten. Vgl. FR, 31. Mai 1946.

2. insonderheit nach dem Muster der US-Zone Ernährungskommissare mit Sondervollmachten in jeder der übrigen drei Zonen einzusetzen;
3. der Landwirtschaft in allen Zonen durch ausreichende Bereitstellung von Kohlen, Düngemitteln, Maschinen und so weiter ein Höchstmaß der Bodenausnützung zu ermöglichen;
4. durch geeignete Vereinbarungen die Produktionsüberschüsse der Agrargebiete des deutschen Ostens für unsere Ernährung sicherzustellen.

Der Beratende Landesausschuß macht sich die Ausführungen des Herrn Generalmajors Draper ganz zu eigen, „daß ein hungerndes Deutschland weder eine demokratische Gesellschaftsordnung aufbauen noch mit einem Wirtschaftssystem, das durch Mangel an wichtigem Rohmaterial, wie zum Beispiel Kohle, gelähmt ist, durch Ausfuhr seine Lebenshaltung bezahlen kann.“ "

Damit bin ich mit meinem Referat des Ernährungspolitischen Ausschusses zu Ende. Wir stehen vor ernstesten Fragen, aber wir können sie meistern, wenn wir alle zusammenhalten. Es darf nichts geben, was uns trennt. Es darf nichts Trennendes zwischen uns geben, keine politischen und keine sonstigen Differenzen. Hier heißt es zusammenstehen. Wir wollen das mit dem Herzen tun, dann kommen wir auch mit diesen Schwierigkeiten zu einem guten Ende. Wenn wir so arbeiten, werden wir es schaffen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich mache darauf aufmerksam, daß wir noch genau 13 Minuten Zeit haben. Ich stelle anheim, ob wir jetzt Schluß machen sollen, um nach der Mittagspause die Debatte über das ernährungspolitische Gebiet zu beginnen. Die Angelegenheit ist vielleicht zu wichtig, um sie so schnell abzutun. Wir sollten unbedingt versuchen, bis 5 Uhr mit den Berichten und den Debatten hierüber sowie den Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten fertig zu sein. Mit Rücksicht darauf, daß ja dann die Pfingsttage kommen, bitte ich die Herren, heute etwas länger hierzubleiben, damit ich nicht etwa am Nachmittag die Beschlußunfähigkeit des Hauses feststellen muß. Wir machen also jetzt Mittagspause.

Schluß gegen 12 Uhr

[Nachmittagssitzung vom 7. Juni 1946]

(Nach der Mittagspause war infolge einer Sitzung der Militärregierung der Zugang zum Verhandlungssaal gesperrt, so daß die Tagung in einem Zimmer im ersten Stock fortgesetzt werden mußte. Infolge beschränkter Raumverhältnisse konnte das Protokoll daher nur auszugsweise hergestellt werden.)

**Abg. Zeiß (KPD):**

Macht Vorschläge, die Ernährung zu bessern und die in diesem Jahre besonders häufig auftretenden Pflanzenschädlinge zu bekämpfen. Bei der Bekämpfung des Kartoffelkäfers sollen keine Schulkinder eingesetzt werden, sondern aus jedem Haushalt sollte sich wenigstens eine Person beteiligen. Dabei müsse an die Opferwilligkeit und Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung appelliert werden. In die-

sem Jahre trete der Käfer viel stärker auf als im Vorjahre. Es fehle an Kalkarsen zur Bekämpfung.

Auch müsse eine planvolle Erfassung der Erzeugnisse vorgenommen werden. Im Ernährungspolitischen Ausschuß sei schon besprochen worden, daß mit der Nazimethode der Hofbegehung Schluß zu machen sei. Dem Bauern müsse sein Ablieferungssoll rechtzeitig bekannt gegeben werden. Wenn er dann noch 10 Prozent mehr abliefert, so sollen ihm alle überschüssigen Erzeugnisse zum freien Verkauf zu üblichen Preisen zur Verfügung stehen. Das wäre ein Anreiz für die Bauern, möglichst viel zu produzieren, und außerdem würde dadurch der Schwarzhandel lahmgelegt. Außerdem lege die KPD-Fraktion Wert auf die Mitarbeit von Bauernausschüssen, um zu erreichen, daß eine gerechte Verteilung des Ablieferungssolls erzielt wird.

Bei der Ablieferung von Schlachtvieh müßten in erster Linie die Betriebe herangezogen werden, die die wenigste Milch abliefern. Einem Landwirtschaftsbetrieb mit guten Milchkühen solle man nicht einfach Vieh zu Schlachtzwecken beschlagnahmen.

Der Antrag 57 der SPD betreffend Vorgehen gegen den Schwarzhandel <sup>29"</sup> werde von der KPD-Fraktion wärmstens begrüßt.

**Abg. Heißwolf (SPD):**

Wenn es noch eines Beweises für die ganze Tragik unseres Ernährungsablaufs bedurft hätte, dann war es die Mitteilung, daß die Amerikaner jetzt zugestanden haben, die Abfallkästen uns zur Verfügung zu stellen. Wir werden also jetzt die Brosamen ernten, die von anderer Tische fallen. Wir sind dankbar dafür, dankbar für diese Einsicht, die scheinbar bei der Besatzung eingekehrt ist, und für die Kinder, für die sie in erster Linie bestimmt sind. Aber es ist doch ein Beweis, wie tief wir in der Ernährungswirtschaft drin stecken und wie schwer es halten wird, hier herauszukommen. Es sind eine Reihe von Anregungen gegeben worden, die zum Teil richtig sind und im Interesse unserer Erzeugung befolgt werden sollten, [um] das A und O unserer Ernährung dadurch zu steigern und eine Erhöhung der Erzeugung ins Auge zu fassen. Das kann nur geschehen aus all den Gründen, die im Landesausschuß und im Ernährungspolitischen Ausschuß besprochen wurden.

Ich möchte dabei nur auf eins hinweisen, die Auferlegung einer bestimmten Zwangsablieferung. Nach seinen letzten Ausführungen glaubte der Herr Minister für Ernährung und Landwirtschaft, daß die Landwirtschaft nicht so eingestellt ist, daß sie dem Ablieferungssoll nachkommt, um so die Schiebungen vollkommen zu unterbinden. Ich gebe gern zu, daß ein großer Teil der Landwirte bestrebt war und bestrebt ist, die Ernährungsgrundlage zu erhöhen und zu verbessern. Zu Anfang vorigen Jahres hatte man ja feststellen können, daß gerade diejenigen, die irgendwie bei der Partei aus Angst, daß ihnen etwas geschehen könnte, ihrer Ablieferungspflicht nachgekommen sind, aber nur aus Angst. Ob diese Ablieferungspflicht für alle Zukunft erfüllt wird, möchte ich bezweifeln,

<sup>296</sup> Die SPD hatte in ihrem Antrag die ehrenamtliche Mitwirkung von Personen aus der arbeitenden Bevölkerung gefordert. Vgl. oben S. 400.

wenn nicht eine bestimmte Schraube dahinter sitzt, um auch das letzte herauszuholen. Ich glaube, daß wir allein damit auskommen. Worauf es uns ankommt bei unserem Antrag ist, daß durch die freiwillig eingesetzten Kommissionen die Bauern vorher gewarnt werden. Jedenfalls verspreche ich mir von diesen Hofbegehungen mehr, als wenn die Polizeiorgane dort vorgehen.

Zur Vorlage eines Siedlungsgesetzes: Wir verlangen, daß die großen Grundbesitze vermindert werden, wovon wir uns den größten Nutzen versprechen. Wir können nicht einsehen, warum heute noch die großen Besitztümer bestehenbleiben sollen, die nicht immer so bewirtschaftet werden sollen, wie es im Interesse unserer Ernährung notwendig ist. Zum anderen brauchen wir auch Siedlungshöfe für unsere Bauernsöhne. Wir sind der Überzeugung, daß eine Reihe von Ostflüchtlingen dabei sind, die im Osten große Güter hatten und die hier eingesetzt werden können. Ferner wäre weiteres Kleingartengelände, und zwar durch Enteignung, freizumachen. Weiterhin wäre an die Militärregierung die Bitte zu richten, die überflüssigen Flugplätze endlich der Ernährung zur Verfügung zu stellen. Wenn man so im Lande herumkommt und sieht all die Flugplätze, wie zum Beispiel Frankfurt am Main-Rebstock, der früher ein Gutshof war, dann muß man sich sagen, daß hier viel Ackerboden für die Ernährung freigemacht werden könnte und viel Industriegelände, wo es ein leichtes wäre, [dieses] für den Kartoffelbau nutzbar zu machen. Hunderte und Aberhunderte könnten dort die Eigenerzeugung ihrer Kartoffeln vornehmen, wenn sich endlich die Militärregierung dazu entschließen könnte, unserem wiederholt gestellten Verlangen nach dieser Richtung nachzukommen.

Unser Antrag lautet: (Antrag liegt nicht vor)

**Abg. Graf Matuschka (CDU):**

Schlägt vor, den Antrag Heißwolf dem Ernährungsausschuß zu überweisen. Er bemängelt, daß die Lebensmittel, die den Hamsterern abgenommen werden, nicht der öffentlichen Ernährung zugeführt werden, sondern verschwinden. Er erinnert daran, daß die CDU in der vorletzten Versammlung einen Antrag eingebracht habe, daß die Kleingärten für Ostflüchtlinge organisiert würden, und er fragt den Minister, welche Hemmungen hiergegen bestehen.

(Die Sitzung der Militärregierung ist beendet, so daß wieder in den Sitzungssaal umgezogen wird.)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Ich stelle fest, daß das Haus beschlußfähig ist. Wir fahren in unseren Beratungen fort. Das Wort hat zunächst Herr Kredel.

**Abg. Kredel (LDP):**

Meine Damen und Herren! Ich habe zu der Ernährungsdebatte noch einige kurze Ausführungen zu machen. Es ist auch darüber gesprochen worden, daß wir frühzeitig mit dem Drusch beginnen müssen. Meine Fraktion bringt dazu folgenden Antrag ein, der sich mit der schwierigen Lage der Lohndreschbetriebe befaßt und Vorschläge zu ihrer Besserung macht. Der Antrag lautet:

„Die Lage der Lohndrescher ist unhaltbar geworden. Der Grund liegt darin, daß ihnen eine Stundenlohnerhöhung schon seit Jahren verweigert wurde. Die Folge davon ist, daß die Maschinen völlig verwirtschaftet und

demgemäß nicht mehr so einsatzfähig sind, daß sie den einfachsten Anforderungen der heutigen Zeit gerecht werden können.

Der Beratende Landesausschuß empfiehlt deshalb, das Staatsministerium wolle bei den zuständigen Besatzungsbehörden darauf hinwirken, daß schon jetzt Maßnahmen getroffen werden zur Bereitstellung von Elektromotoren, Kabeln, Rohöl, Kohlen, Ersatzteilen, Riemen, Schlagleisten, Entgrannergeweben, Kugellagern, Lagermetallen, Schmieröl und fachlichen Arbeitskräften. Darüber hinaus wolle die Regierung die Frage der Lohnerhöhung und der landwirtschaftlichen Traktorenbesteuerung einer neuen Prüfung unterziehen.

Von diesen Mindestmaßnahmen hängt ein gut Teil der Volksernährung ab.

Noch eine Frage: Es ist heute davon gesprochen worden, daß in Kurhessen die Bäcker mit Zucker beliefert worden seien. Ich kann mir nicht denken, daß das der Fall ist, möchte Sie aber bitten, auch weiterhin Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken.

(In seinen weiteren Ausführungen zitiert der Abgeordnete einen Artikel des Herrn Prof. Dr. med. F.H. Rein aus Göttingen unter der Überschrift „Kampf dem Hunger“<sup>29'</sup>. Es wird darin ausgeführt, daß, solange Fett und Fleisch nicht in genügender Menge zur Verfügung stehen, mit Kartoffeln und Gemüse rein ernährungsmäßig nicht gedient ist, daß man sich also Gedanken machen müsse, ob man nicht andere, neuartige Nahrungsmittel schaffen könne, wobei zum Beispiel an die Herstellung von Haferpräparaten gedacht ist. Auf alle Fälle sei er dafür, daß man sich im Ernährungspolitischen Ausschuß auch darüber einmal unterhalte.)

Zum letzten Punkt: Ich glaube, es war von der Kommunistischen Partei ist einmal in der Plenarsitzung darüber gesprochen worden, daß in den Lagern die Parteigenossen 1700 Kalorien, und wenn sie arbeiten, 2400 Kalorien Verpflegung erhalten. Wir sind an sich der Ansicht, daß die über den normalen Satz hinausgehende Menge nicht genügen würde, um im gesamten eine besondere Gabe an die Bevölkerung zu geben.

(Zuruf des Abg. Fisch (KPD):  
75 000 Personen in der amerikanischen Zone!)

Ich habe mir die Sache überlegt und möchte erwidern: Ich glaube nicht, daß wir Alternativen, die wir an den Hunger gewöhnt sind, uns aus dieser Sache etwas schaffen sollten; aber was wir tun könnten, wäre für unsere Kinder. Und so unangenehm, wie ein solcher Antrag auch ist, sollten wir versuchen, eine Kürzung dieser Rationen zugunsten unserer Kinder durchzuführen.

**Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring:**

Für die vielfachen Anregungen, die Sie gemacht haben, bin ich außerordentlich dankbar. Ich persönlich bin seit langem der Auffassung, daß die Organisation sowohl der landwirtschaftlichen Planung als auch die Erfassung nicht so ist, wie

<sup>29'</sup> Es handelt sich dabei um einen Artikel in der Zeitschrift „Die Gegenwart“, Nr. 8/9 vom 24. April 1946. Im Protokoll wird der Verfasser fälschlich als Dr. Reiss-Göttingen zitiert.

wir sie gerne haben möchten. Wir hätten einen Zustand lieber, wo weniger Zwang ausgeübt wird. Ich habe in den verschiedenen Versammlungen immer wieder betont, daß wir es für wichtiger halten, wenn die Landwirtschaft die wenigen Außenseiter, die sich absolut dem Gebot der Stunde nicht unterwerfen wollen, selbst in Zucht nimmt und dafür sorgt, daß sie ihrer Ablieferungspflicht genügen. Sie wissen, daß das Schwergewicht der Entscheidung sowohl über die landwirtschaftliche Planung als auch über die Erfassung und Verteilung der Rationen inzwischen von den einzelnen Ländern nach Stuttgart in den Länderrat verlegt worden ist. Hier ist der frühere Reichsminister Dietrich zum Sonderbevollmächtigten für Ernährung ernannt<sup>298</sup> und dort laufen alle Fäden zusammen. Es werden alle Maßnahmen in der gesamten US-Zone nach gleichmäßigen Grundlinien durchgeführt, und zwar sowohl die Anbauplanung, Erfassung sowie künftige Rationierung und Verteilung.

Wir werden aufgrund der ins Leben getretenen Einrichtung in den drei Ländern eine einheitliche Ausrichtung unserer gesamten Maßnahmen erhalten. Ich begrüße das außerordentlich, denn ich bin überzeugt, daß in anderen Ländern man nicht so scharf gewesen ist als in Hessen. Ich muß nochmals betonen, daß wir hier das äußerste getan haben. Wir haben die Hofbegehungskommissionen durch Nicht-Landwirte und Evakuierte ergänzt und versucht, so bessere Resultate zu erzielen. Wir haben darüber hinaus erfahrene Landwirte eingesetzt als Sonderprüfer, besonders für diejenigen Höfe, die nach dem Urteil der Hofbegehungskommissionen ihrer Ablieferungspflicht nicht nachgekommen sind. Auch durch diese Sonderprüfungskommissionen wurden gute Resultate erzielt. Es wäre mir aber sehr viel lieber, wenn wir nach der kommenden Ernte dem einzelnen Landwirt die Umlagen machen könnten, die er unter allen Umständen durchführen muß. Diese muß so bemessen sein, daß der Betrieb des Landwirts gesichert ist und weitergeführt werden kann wie bisher, darf aber nicht so weit gehen, daß dem Landwirt eine größere Reserve überlassen bleibt. Denn sonst werden die Zustände, die wir jetzt schon beklagen müssen, in Zukunft noch unerträglicher, daß nämlich ein Anreiz für den Landwirt geschaffen ist, mit dem Ernteertrag noch mehr Geschäfte zu machen als bisher. Ich habe dagegen erhebliche Bedenken, aber ich bin bereit, auch diesen Gedanken in Stuttgart zum Ausdruck zu bringen, auch über einen Vorschlag hinweg, der vielleicht von einer Seite den Vorzug verdient. Ich bin also bereit, zu tun, was ich irgendwie kann, und hoffe, daß wir eine richtige Organisation auf die Beine stellen können, um unsere jetzige Erfassungsorganisation damit noch zu stärken.

In der allgemeinen Erörterung der Ernährungsfrage habe ich nichts besonderes zu bemerken oder hinzuzufügen. Ich begrüße den Beschluß des Ausschusses, weil er mir eine Handhabe gibt, auch gegenüber der Militärregierung auf die Notwendigkeit zu verweisen, unter allen Umständen die Erzeugung zu vergrößern. Die zukünftige Ernährung ist eine Erzeugungsfrage, nicht eine Verteilungsfrage. Wir waren auch darauf bedacht, Produktionsmittel für die Landwirtschaft zu beschaffen. Es ist uns gelungen, 2000 Tonnen Eisen für die landwirtschaftliche Maschinenindustrie zu sichern, damit man in verstärktem Umfange daran gehen kann, Ersatzteile und so weiter zu beschaffen, um die Maschinen

<sup>298</sup> Vgl. Anm. 209.

und sonstigen Einrichtungen in der Landwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

Ich begrüße auch den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, obwohl ich mir ihn nicht in allen Dingen aneignen möchte. Ich habe Bedenken, Personen ohne weiteres zur Kontrolle anzustellen, bin aber bereit, mit dem Innenminister darüber zu sprechen, daß durch eine Art Ergänzung der Polizeiorgane eine verstärkte Kontrolle über den Schwarzhandel und die unglaubliche Hamsterei herbeigeführt werden kann. Wir sind leider gezwungen, gegen den Schwarzhandel mit aller Strenge vorzugehen. Mitleid mit den Menschen kann uns nicht weiter helfen. Wenn jeder eine Kleinigkeit aus dem Lande herausträgt, erworben mit allen möglichen Sachen im Tauschhandel, mit denen der große Teil der Bevölkerung nicht wetteifern kann, so erzeugt dies ebenfalls Unzufriedenheit. So hört man auch die Klagen der Evakuierten, daß die anderen von auswärts begünstigt werden und die Evakuierten auf dem Lande selbst das Nachsehen haben.

Ich möchte, um einen Irrtum nicht aufkommen zu lassen, ausdrücklich betonen: Es ist von mir keine Anweisung ergangen, einen Teil der Schwerarbeiterzulagen zu streichen. Ich habe im Ausschuß nur darauf hingewiesen, wenn wir genötigt sein müßten, für weitere Gruppen von Schwerst- und Schwerarbeitern Zulagen zu geben und größere Mengen ins Ruhrgebiet abzugeben, um den Ruhrkohlenabbau voranzutreiben, daß ich dann überlege, ob ich nicht bei der einen oder anderen Gruppe einen Schnitt machen müsse. Aber bisher ist von mir irgendeine Anweisung nicht ergangen. Ich beabsichtige, das Manko in der jetzigen Brotration – und das habe ich ja auch schon in Aussicht gestellt – wieder auszugleichen durch eine Erhöhung der Brotration nach der Ernte. Ich hoffe, daß wir die Erhöhung der Brotration durchführen können. Ich verweise aber hierbei auf einen Ausspruch von Oberst Newmann, daß er *hofft*, daß die Rationen in der amerikanischen Zone im Juli wieder auf 1275 Kalorien und im Winter auf 1550 Kalorien erhöht werden können. Ich betone ausdrücklich, daß unsere eigene Nahrungsmittelerzeugung dies nicht gestattet; es wäre uns lieber, wenn wir dabei nicht auf die Zufuhren aus dem Ausland angewiesen sind. Wenn aber durch entsprechende Zulieferungen eine wesentliche Verbesserung unserer Ernährung erreicht werden könnte, dann begrüße ich das aus vollem Herzen. Ich sehe es ein, daß es unmöglich ist, mit der derzeitigen Ration auf die Dauer 45, 48 und vielfach, gerade in den geistigen Berufen, 12, 13 und 14 Stunden am Tage zu arbeiten. Ich sehe das ein, ich kann leider nicht helfen, weil mir die Voraussetzungen fehlen.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß von Seiten des Herrn Ministerpräsidenten in Stuttgart alles geschieht, um auch die Schädlingsbekämpfung, insbesondere bei den Kartoffeln, voranzutreiben. Der Herr Finanzminister hat zur Kartoffelkäferaktion<sup>299</sup> sofort einen Betrag von einer viertel Million Mark zur Verfügung gestellt. Für die gesamte Kartoffelschädlingsbekämpfung auf dem Lande sind weit über 3 Millionen Mark angefordert. Es bleibt ernsthaft zu überlegen, wie diese Anforderung gedeckt werden soll. Auch darüber wird in Stuttgart zwischen den drei Ländern verhandelt werden müssen. Es ist selbstverständ-

<sup>299</sup> Vgl. Anm. 202.

lich, daß die Schädlingsbekämpfung eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gute Ernte ist, genau wie eine gute Saat. Wenn der Ertrag der Kartoffelern- te zurückgehen wird, dann nur deshalb, weil wir nicht das Kartoffelsaatgut er- hielten, das zwar zugesagt war, aber aus Hannover nicht rechtzeitig eingetroffen ist. Wir werden uns bemühen, diese Unebenheiten auszugleichen.

Ich glaube, daß ich damit in der Ernährungsfrage das Wesentliche gesagt habe, und möchte mich nun zu einer anderen Angelegenheit, zur Frage der sogenannten Bodenreform, wenden. Ich habe auf die Anfrage der kommunisti- schen Fraktion kurz schriftlich geantwortet, daß die Verhandlungen mit Bayern und Württemberg-Baden über den Erlaß eines Volksbodenreform- oder Volks- siedlungsgesetzes noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Ich betone, daß ich eine baldige Klärung der Frage in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht für außerordentlich notwendig halte. Es geht nicht an, eine so wichtige Frage im- mer nur dilatorisch zu behandeln. Wenn von Bayern und Württemberg-Baden nicht bald ernsthaft erklärt wird, daß eine bestimmte Grundlage für ihre Pläne vorliegt, werde ich mich genötigt sehen, in Hessen selbständig vorzugehen, ohne Rücksicht auf Bayern und Württemberg-Baden. Für uns in Hessen liegen die Verhältnisse selbstverständlich schwieriger als in Bayern. Bayern besitzt große Flächen, Hessen besitzt diese Großflächen nicht, hier sind alle Flächen schon bestellt. Es ist selbstverständlich, daß in einer solchen Situation die einzelnen Maßnahmen besonders sorgfältig überlegt werden müssen, denn wir können auf keinen Fall die Volkssiedlung und unsere Vorhaben in einer Form durchführen, die die Ernährung und Erzeugung gefährden würde, das heißt, wenn man ir- gendeinem Bauern auf dem Wege über das Volkssiedlungsgesetz soundsoviel Land wegnehmen muß, dann muß ich auch die Sicherheit haben, daß das Ge- lände wiederum den entsprechenden Ertrag liefert. Wenn ich auch diese Ein- schränkung mache, so will das nicht bedeuten, daß wir das Siedlungsgesetz nicht durchführen. Ich hoffe, schon dem kommenden Landtag eine Vorlage zu ma- chen.

Auf die Frage des Abgeordneten Kredel, ob in Kurhessen Zucker an die Kon- ditoren verteilt worden sei, muß ich antworten, daß mir davon nichts bekannt ist. Das würde auch meinen Anordnungen zuwiderlaufen. Ich hätte gern das Konditorengewerbe und auch das Limonadengewerbe durch eine entsprechende Zuckerteilung am Leben erhalten und dabei außerdem einen Teil unserer Volksgenossen zu einem kleinen Nebengenuß verholfen, aber bei der geringen Zuckermenge, die wir haben, ist eine solche Zuteilung nicht möglich.

Den Artikel des Herrn Prof. Rein<sup>300</sup> habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Es sind auch noch andere Gutachten vorgelegt worden. Diese Gutach- ten sind weitergegeben worden nach Stuttgart, insbesondere auch der Vorschlag über die Herstellung von Erzeugnissen aus Hafer. In Stuttgart wird unter Hin- zuziehung von Ernährungsmittelfachleuten, Wissenschaftlern und so weiter über alle diese Gutachten beraten, um festzustellen, ob auf diese Art und Weise sich für unsere gesamte Volksernährung Neuerungen und Erweiterungen erge- ben können.

<sup>300</sup> Im Protokoll fälschlich als „Reiss“ zitiert.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zu dem Dank des Ernährungspolitischen Ausschusses an die Militärregierung sagen. Ich schließe mich dem Dank durchaus an. Ich bitte zu beachten, daß die US-Regierung vom 1. August 45 bis 1. Juni 46 immerhin die beachtliche Menge von 507 000 Tonnen Lebensmitteln in die US-Zone eingeführt hat. Ich glaube, daß wir alle Ursache haben, auch wenn wir manchmal über das eine oder andere unzufrieden sind, diese Bemühungen der US-Armee dankbar zu begrüßen und offen und ehrlich zum Ausdruck zu bringen. Ich hoffe, daß wir in etlichen Wochen bereits eine ungefähre Übersicht haben, wie unsere Ernte ausgefallen ist. Ich möchte wünschen, daß unsere Erwartungen wesentlich übertroffen werden — denn unsere Erwartungen sind einstweilen auf Pessimismus gestimmt —, ich würde mich freuen, wenn ich hierin angenehm enttäuscht würde. Ich gebe die Versicherung, daß jede Möglichkeit ausgenützt wird, um die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Zur Geschäftsordnung hat Herr Kollege Bauer das Wort erbeten.

**Abg. Bauer (KPD):**

Ich beantrage, sämtliche Resolutionen und Anträge, die die Ernährung angehen, an den Ernährungspolitischen Ausschuß zurückzuverweisen. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu und begrüßen ihn, wir müssen ihn aber ausführlich behandeln. Gegen den Antrag 56 der CDU haben wir einige Bedenken.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Es ist beantragt, die Anträge, die die Ernährung angehen, an den Ernährungspolitischen Ausschuß zurückzuverweisen, um damit Schluß der Debatte zu erreichen. Sind Sie damit einverstanden oder erhebt sich Widerspruch. Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist. Also werden der Antrag der KPD über die Frage des Ablieferungssolls und der Antrag der SPD betreffend Volkssiedlungsgesetz dem Ernährungspolitischen Ausschuß überwiesen. Anfrage 46 ist durch Beantwortung erledigt, die Anträge 47, 56 und 57 werde ich dann generell zur Abstimmung bringen.

**Abg. Bauer (KPD):**

In diesem Falle müßten wir den Antrag 56 ausnehmen. Er lag zwar dem Ernährungspolitischen Ausschuß vor und ist dort diskutiert worden, und es wurde beschlossen, ihn dem Herrn Minister als Material zu überweisen. Wir sind mit einigen Formulierungen nicht einverstanden.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Ich schlage also vor, daß wir die Anträge 47, 56 und 57 zurückverweisen. Dann sind wir so weit, wie es Herr Kollege Bauer haben wollte. Herrscht darüber Einverständnis?

(Zustimmung)

Wer dagegen ist, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben. Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen ist.

Zum nächsten Punkt „Gesetz zur Regelung des Zahlungsmittelumschs“ bitte ich Herrn Heißwolf, für den Finanzpolitischen Ausschuß Bericht zu erstatten.

**Abg. Heißwolf (SPD):**

Der Haushalts- und Finanzausschuß hatte sich mit einem Antrag der kommunistischen Fraktion zur Regelung des Zahlungsmittelumschs und zur Bekämpfung des schwarzen Marktes zu befassen. Wir haben im Ausschuß verschiedene Änderungen vorgenommen und das Gesetz vorgelegt. Auch die Ausführungsbestimmungen, wie sie ursprünglich von der kommunistischen Fraktion vorgelegt wurden, sind in einigen Punkten abgeändert worden. Der Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses über das Gesetz zur Regelung des Zahlungsmittelumschs liegt Ihnen ja vor<sup>301</sup> und ich bitte, demselben zustimmen zu wollen.

Lediglich im § 4 ist ein kleiner Fehler unterlaufen, indem am Schluß das Wort „Gewerkschaften“ vergessen wurde. Der § 4 lautet wie folgt:

„Bei jedem Finanzamt ist zur Durchführung des Gesetzes ein Bankkommissar zu bestellen. Diesem steht ein beratender Überwachungsausschuß zur Seite, der aus je einem Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Konsumgenossenschaften und der Gewerkschaften besteht.“

**Abg. Willmann (KPD):**

[Handschriftlicher Vermerk: „Unkorrigiert, da vom Abg. Willmann nicht zurückgesandt.“]

Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Debatte die Frage der Währungsreform und wie eine Gesundung des gesamten Geldwesens durchgeführt werden muß. Wir wissen, daß, wenn nicht schnellstens gehandelt wird, alle Versuche, die Wirtschaft anzukurbeln, an der Frage des Kaufkraftüberschusses und des zu großen Geldumschs scheitern werden. Wir können aber die Restriktion nur als ein Stück eines großen Planes durchführen, der Reform des Geldwesens im allgemeinen. Dazu gehört auch die Frage der Schuldenregelung, wobei auch die Frage einer Nationalsozialisten- oder Aktivistenabgabe behandelt werden muß. Die Frage ist so wichtig und brennend, daß es nicht beim Diskutieren bleiben kann, sondern gehandelt werden muß. Wir wissen, daß draußen die Leute das Wirtschaftsleben im alten Sinn gar nicht mehr kennen und jeder nur wünscht, eine Ware in Kauf zu nehmen und lieber die Ware zurückhält, als Geld dafür zu erhalten.

Darüber hinaus steht eine andere Frage des Finanz- und Währungsproblems im Zusammenhang. Das ist die Frage der Steuergesetzgebung. Ich will nur erinnern an die neuen Steuern auf Tabakwaren, Branntwein, Bier, Streichhölzer und so weiter<sup>302</sup>. Wenn wir diese Steuern überblicken, müssen wir sagen, daß sie untragbar sind, und uns die Frage stellen, wie es möglich sein soll, auf diesem Wege wirklich zu versuchen, eine Gesundung des Wirtschaftslebens herbeizuführen. Wir müssen uns dagegen wenden, weil sie eine unsoziale Abwälzung der Lasten auf das ganze werktätige Volk darstellen. Dazu die Frage der Lohnsteuer

<sup>301</sup> Der Gesetzentwurf wurde in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 27. Mai 1946 diskutiert. Er findet sich in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 14.

<sup>302</sup> Es handelt sich um die Gesetze des Kontrollrates Nr. 26 zur Tabaksteuer, Nr. 27 zur Branntweinsteuer und Nr. 28 zur Bier- und Zündholzsteuer, jeweils vom 17. Mai 1946. Vgl. GVBl. 21 (1946), Beilage 3, S. 21ff.

und Einkommensteuer. Heute ist die Sache so, daß die größten Lasten von den Arbeitern und den Angestellten, also den Lohnempfängern, zu tragen sind. Während der Einkommensteuerpflichtige sein Einkommen auf das ganze Jahr umrechnet, der Grundsatz der Besteuerung also der Jahresbetrag von seinem Einkommen ist, erfolgt bei dem Lohnempfänger, dem Arbeiter und Angestellten, der regelmäßige Abzug in kleineren Zeiträumen, wobei sie damit rechnen müssen, durch Wandlungen der Wirtschaft, Verkürzung der Arbeitszeit, Ausschaltung aus dem Produktionsprozeß und so weiter eventuell zuviel Steuern zu entrichten. Wir haben uns daher als Kommunisten mit der Wiedereinführung der Rückvergütung der zuviel gezahlten Lohnsteuer beschäftigt. Wir können nicht zulassen, daß in erster Linie der Lohnempfänger, der Arbeiter und Angestellte, zuviel Steuern bezahlen muß, während der Gewerbetreibende die Mehrzahlung durch die jährliche Veranlagung ausgleichen kann.

Wir Kommunisten haben das Gesetz zur Restriktion der Notenabgabe und des Zahlungsmittelumschlages gestellt, über das schon in der vergangenen Plenarsitzung verhandelt wurde. Mit Befremden haben wir wahrgenommen, daß von Seiten der CDU versucht wird, die Diskussion über den Antrag auf die lange Bank zu schieben, so daß sich eine Debatte über diese ganze Frage erübrigen soll. Der Herr Ministerpräsident sprach von einem neuen Gesetz, das wahrscheinlich die ganze Debatte erübrigen würde. Wir wissen, daß wir nicht in der Lage sind, in Groß-Hessen im Gesamtmaßstab des Deutschen Reiches zu messen. Aus diesem Grunde haben wir gebeten, das Gesetz durchzuberaten und nach Berlin dem Alliierten Kontrollrat zu überweisen, damit von dort der Weg gefunden wird, Abhilfe zu schaffen.

Leider ist dieses Gesetz im Finanzausschuß abgeändert worden,<sup>303</sup> so daß es lange nicht mehr das enthält, was wir darin zugrunde legen wollten. Abgesehen von verschiedenen Verbesserungen stilistischer Art, denen wir uns angeschlossen haben, geht es nicht darum, daß ein Gesetz geschaffen wird, das nur dem kleinen Mann eine Last auferlegt, sondern wir verlangen, daß ein Gesetz geschaffen wird, das die Lasten gleichmäßig verteilen soll. Wir stellen erneut den Antrag, daß die von uns in den Ausführungsbestimmungen unter § 4 erlassene Begrenzung der Altkonten, die eine dreimonatige Abhebung für die in den einzelnen Bestimmungen vorgesehenen Punkte enthält, erneut dem Hause vorgeschlagen wird. Ferner, daß die im Haushaltsausschuß vorgenommene Kürzung, die vorsieht eine einmalige Abhebung von 100 RM für jeden Haushaltsvorstand und 50 RM für jeden Angehörigen, wieder erhöht wird auf 100 RM für den Haushaltsvorstand und 100 RM für jedes Mitglied.

Wir wissen, daß eine Abschöpfung von 3 bis 4 Milliarden Mark — die meisten haben schon gar nichts mehr — und für die, die noch besitzen, 100 RM sowie für jeden Angehörigen 100 RM ohne weiteres anerkannt werden kann. Wenn man auf der einen Seite den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden jede Möglichkeit geben will, diese Mittel aus den Altkonten herauszuziehen, warum auf der anderen Seite den kleinen Mann auf nur 50 RM begrenzen? Wenn man will,

<sup>303</sup> Zur Diskussion um den Gesetzentwurf vgl. das Sitzungsprotokoll des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27. Mai 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 14.

daß die Restriktion wirklich durchgeführt wird, daß der Geldumlauf eingeschränkt wird, dann muß dies auf der einen wie auf der andern Seite geschehen und nicht so, daß man nur der Wirtschaft die Möglichkeit geben will, aufzubauen. Wir wissen auch, daß manche Industrieunternehmer, mancher Gewerbebetrieb nicht die erforderlichen Mittel zum Wiederaufbau hat. Hier muß und soll die staatliche Hilfe eingreifen. Durch die allgemeine Vermögensabgabe aufgrund der realen Werte sollen so viel Mittel hereinkommen, daß die Industrie aufgebaut werden kann, daß der Gewerbetreibende auf schnellstem Wege seinen Betrieb errichten kann, daß der wirtschaftliche Aufbau des Unternehmens auch durchgeführt werden kann.

Im allgemeinen sind wir uns klar darüber, daß der Aufbau heute nicht nach privatkapitalistischen Wünschen und Interessen aufgerichtet werden kann, kein zerbombter und zerschlagener Betrieb wieder auf die gleiche Grundlage gestellt werden kann, wie er früher bestand. Dies ist bei der heutigen Entwicklung der Lage nicht möglich. Der Aufbau kann nur erfolgen nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten. Nur diejenigen können noch existieren, von denen feststeht, daß sie – wirtschaftlich gesehen – für den Wiederaufbau unseres Staatsgebildes notwendig sind, bis es wieder möglich ist, daß sich die freie Wirtschaft wieder entfalten kann. Wir stellen erneut den Antrag, daß die in dem Gesetzentwurf zur Regelung des Zahlungsmittelumschs vorgenommenen Kürzungen wieder hereingenommen werden, und erklären ausdrücklich, daß der Gesetzentwurf nicht zur Verwirklichung in Groß-Hessen und den anderen US-Zonen kommen soll, sondern die Verwirklichung nur erfolgen kann auf der Grundlage der Reichseinheit.

Wir sind uns darüber klar, daß wir im gesamten Rahmen gesehen nicht ein Stück vorwärtskommen, wenn nicht von Seiten des Alliierten Kontrollrats durch eine einheitliche Finanzverwaltung im ganzen Reich diese Restriktion und Geldabschöpfung durchgeführt wird, und zwar in allernächster Zeit. Dies ist notwendig, damit endlich das Zurückhalten der Ware aufhört und die Menschen wieder Vertrauen gewinnen, daß das vom Arbeiter verdiente Geld nicht wertlos und er nicht ausgeschlossen ist aus Handel, Wandel und Wirtschaft. Deshalb beantragen wir, die Position 4 wieder hereinzunehmen und außerdem in § 6, daß dieser nur zu betrachten ist im Reichsmaßstab und nicht im Maßstab Groß-Hessens.

**Abg. Rehbein (SPD):**

Wir haben im Finanzausschuß denselben Grundsatz vertreten, wie ihn der Vorredner vorgetragen hat. Wir haben ihn auch bei dieser Debatte zum Ausdruck gebracht. Ich kann nicht verstehen, daß man jetzt die Sache so darstellen will, als wären wir im Finanzausschuß dafür eingetreten, die kapitalkräftigen Kreise zu schützen. Wir wollten das Gesetz verabschieden und haben uns dann auf diesen gemeinsamen Standpunkt gestellt, der auch mit Mehrheit angenommen worden ist.

Ich möchte aber jetzt zur Steuerfrage einen Antrag einbringen, der von allen Fraktionen unterstützt wird. Die Beschlüsse des Kontrollrats, die in den Steuergesetzen zum Ausdruck kommen, belasten die davon betroffenen Kreise derart, daß zu befürchten ist, daß zum Beispiel in der Tabakindustrie sämtliche Betriebe

be stillgelegt werden, daß auch ein Teil der Arbeitskräfte entlassen wird, weil einfach die Produkte nicht mehr gekauft werden können. Wenn zum Beispiel eine Zehnpfennigzigarre auf 1,70 Mark kommen soll, eine Zwanzigpfennigzigarre auf 3,40 Mark und eine Dreißigpfennigzigarre auf 5 Mark, so kommt wohl die gesamte Produktion in der Tabakindustrie zum Erliegen, und der Zweck des Gesetzes, eine Erhöhung der Steuereinnahmen, wird nicht erreicht. Um dem vorzubeugen, haben wir folgenden Antrag eingebracht:

„Die Fraktionen der SPD, CDU, KPD und LDP des Beratenden Landesausschusses haben einstimmig beschlossen, durch Vermittlung des Herrn Ministerpräsidenten dem Alliierten Kontrollrat folgende Bitte vorzubringen:

Die neuerlich verfügten Erhöhungen der Verbrauchssteuern, insonderheit auf Rauchwaren, sind derart groß, daß

1. die tabakverarbeitende Industrie gezwungen ist, die Betriebe zu schließen, was zum Teil schon tatsächlich geschehen ist;
2. daß infolgedessen Tausende von Existenzen Brot und Arbeit verlieren;
3. daß kein Verbraucher in der Lage ist, die Rauchwarenerzeugnisse zu kaufen;
4. daß infolgedessen der Zweck der Steuererhöhung nicht eintritt, vielmehr überhaupt keine Erträgnisse aus dieser Steuer mehr zu erwarten sind.

Es wird daher gebeten, die Verbrauchssteuern, insonderheit auf Rauchwaren, so zu bemessen,

1. daß jeder Deutsche in der Lage ist, das ihm zustehende Ausmaß an Rauchwaren zu kaufen,
2. daß auf diese Weise unnötige Verärgerungen vermieden werden,
3. daß auf diese Weise der Eingang von Steuern gewährleistet bleibt. ”

Diese Entschließung ist von allen Parteien gestellt, und ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, diese Entschließung an den Alliierten Kontrollrat weiterzugeben.

**Minister der Finanzen Dr. Mattes:**

Meine Damen und Herren! Zu dem Gesetz zur Regelung des Zahlungsmittelumschlufs nur ein paar kurze Bemerkungen.

Es ist ja aus den Ausführungen schon hervorgegangen, daß dieses Gesetz gewissermaßen nur ein Zwischenstadium darstellt. Das Endstadium soll dadurch gekennzeichnet werden, daß eine große Vermögenssubstanz-Besteuerung vorgenommen wird. Ich darf noch darauf hinweisen, daß in diesem Gesetz von der Einziehung der Militärnoten nicht gesprochen worden ist, aber es ist selbstverständlich, daß die Maßnahmen ihren Zweck nur erreichen werden, wenn auch die Militärnoten der Einziehung unterworfen werden. In dem Begleitschreiben an den Kontrollrat werden wir darauf hinweisen, aus welchen Gründen die Erwähnung der Militärnoten nicht erfolgte, daß aber die gleiche Behandlung der Militärnoten mit den deutschen Noten erforderlich ist.

Ich möchte nun kurz einige Ausführungen machen zu dem letzten Punkt, nämlich zu den neuen Verbrauchssteuern und in diesem Zusammenhang vor allen Dingen zu dem Tabaksteuergesetz. Wir haben sofort, nachdem dieses Ge-

setz bekannt war, die Vertreter der Militärregierung – und es war damals der leitende Herr aus der Finanzabteilung in Berlin hier in Süddeutschland – darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Gesetz undurchführbar ist, weil es zu einer solchen Erhöhung der Belastung führt, daß wenig Tabak abgesetzt wird und dann verliere die Steuer ihren Sinn. Wir wurden aber darauf hingewiesen, daß es wahrscheinlich ziemlich lange dauern werde, zwei bis drei Monate, bis eine Änderung des Gesetzes, die von uns sofort verlangt wurde, durchgeführt würde.

Ich darf aber sagen, daß der Antrag auf Änderung der Steuersätze von uns bereits gestellt worden ist, so daß wir im wesentlichen schon das getan haben, was in der Entschliebung gewünscht wird. Trotzdem begrüße ich die Entschliebung, weil sie dartut, daß auch der Beratende Landesausschuß sich hinter diese Maßnahme stellt, daß es ein Wunsch des ganzen Landes ist, daß diese Dinge erörtert werden. Eine Änderung ist nicht nur notwendig, um Steuersätze zu erreichen, die tragbar sind, sondern auch, daß das bisherige Verhältnis zwischen Zigaretten- und Tabakbesteuerung wiederhergestellt wird, das durch dieses Gesetz verschoben ist und das eine so nachteilige Wirkung auf die Zigarrenindustrie hat. Dies ist zu beachten, weil in der Zigarrenindustrie viele Arbeiter tätig sind, während die Zigarettenindustrie wenige Personen beschäftigt. Wir können aber nicht warten, bis die von Ihnen und uns gewünschte Änderung des Gesetzes in Kraft tritt. Wir waren von Anfang an bestrebt, eine sofort wirksame Änderung zu erreichen. Wir haben deshalb die Frage aufgeworfen, auch gegenüber den Herren der Militärregierung, ob es wirklich der Sinn dieses Gesetzes ist, Steuer von Steuer zu erheben. Wenn neun Zehntel des Verkaufspreises Steuer sind und ich darauf noch einmal Umsatzsteuer erhebe, dann erhebe ich ja diese Umsatzsteuer nicht von dem Warenpreis, wie es eigentlich der Fall sein sollte, sondern wir erheben Steuer von Steuer. Wir haben mit unserer Ansicht bei der Militärregierung Verständnis gefunden, und wir können wohl nachträglich mit der Zustimmung rechnen, wenn wir folgende Zwischenlösung durchführen: Es wird auf Grund des § 131 Reichsabgabenverordnung auf die Erhebung der Umsatzsteuer und der Banderolensteuer verzichtet. Das hat zur Wirkung, daß dadurch eine wesentliche Senkung der Verkaufspreise schon jetzt erreicht wird. Es wurde von dem Herrn Vorredner darauf hingewiesen, daß bei den jetzigen Steuersätzen der Verkaufspreis für die Zehnpfennigzigarre, welche einschließlich Kriegszuschlag mit 15 Pfennig verkauft wird, auf 1,70 Mark steigen würde. Die von uns jetzt vorgesehene und bereits angeordnete vorläufige Durchführung des Gesetzes unter Verzicht auf die Umsatzsteuer hat zur Folge, daß dann der Verkaufspreis 80 Pfennig beträgt, also für eine Dreißigpfennigzigarre 1,50 Mark und so weiter. Die Zigarette, welche bisher 4 Pfennig kostete, kostet bei dieser Maßnahme  $14\frac{1}{2}$  Pfennig.

Wir hoffen, daß wir auf diese Weise das Gesetz durchführen und eine Stokkung in der Tabakindustrie vermeiden können. Ich glaube, daß wir mit diesen Maßnahmen schon einen Teil der Wünsche erfüllt haben, welche in der Entschliebung zum Ausdruck gekommen sind.

**Abg. Geiger (LDP):**

Inwieweit ist die Garantie von den anderen Staaten schon gegeben?

**Minister der Finanzen Dr. Mattes:**

Es wurde ja in der Begründung zu dem Gesetzentwurf ausgeführt, daß dieser Gesetzentwurf ja praktisch nur eine Anregung gegenüber dem Kontrollrat ist, da die Sache ja einheitlich für das gesamte Deutsche Reich durchgeführt werden soll, und es ist durchaus möglich, daß ein Gesetzentwurf, der praktisch ein Vorschlag für eine reichseinheitliche Regelung ist, von einem Lande ausgeht. Insofern war es also nicht notwendig, für diesen Gesetzentwurf eine Übereinstimmung mit den anderen Ländern herbeizuführen.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Damit ist die Debatte geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließung bezüglich der Tabaksteuer.

(Wird einstimmig angenommen)

Mit Rücksicht auf die Anfragen, die über Baustoffverteilung und so weiter gestellt wurden, erteile ich das Wort zu einer kurzen Information des Landesausschusses Herrn Ministerialdirektor Knapstein.

**Ministerialdirektor Knapstein<sup>304</sup>** — Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung —:

Es liegen verschiedene Anfragen vor zur Baustoffproduktion und Baustoffverteilung. Eine Reihe von Anfragen der CDU ist wunschgemäß durch einen Brief inzwischen schriftlich beantwortet worden. Zum Teil werde ich auf den Inhalt noch einmal eingehen; außerdem liegt der heutigen Plenarsitzung ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion Nr. 58 vor, der sich ebenfalls mit der Baustoffbeschaffung befaßt und die Staatsregierung ersucht, bei der Militärregierung darauf hinzuwirken, daß nur für dringend benötigte Zwecke Baustoffe angefordert werden.

Als das Wiederaufbauministerium beauftragt wurde, die Verteilung der Baustoffe vorzunehmen, haben wir als wichtigsten Grundsatz angesehen den der Produktivität. Wir wollen über die verteilten Baustoffe Rechnung vorlegen, wie es bei einem Haushalt der Finanzen geschieht. Wir haben deshalb Ihren Fraktionsvorsitzenden schon vor einem Monat den Plan für die Verteilung für den Monat April zugehen lassen und dasselbe wiederholt für den Monat Mai. Ich habe Ihnen den Plan für den Monat Mai auf den Platz legen lassen und bitte Sie freundlich, ihn zur Hand zu nehmen.

Vorher ein Wort über die Produktion der Baustoffe. Die Produktion liegt zwar nicht beim Wiederaufbauministerium, sondern beim Landwirtschaftsministerium sowie beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Ich halte es aber für wichtig, ein paar Worte über die Produktionslage zu sagen. Die Baustoffe-

<sup>304</sup> Karl Knapstein (1906) hatte Volkswirtschaft studiert und lehrte als Dozent an der Volkshochschule in Offenbach. Von Frühjahr 1940 bis April 1945 arbeitete er als Chefredakteur des Societäts-Verlages in Frankfurt. Nach Kriegsende war Knapstein Mitglied des „Advisory Council for Military Government“ in Frankfurt und Berater des Frankfurter Oberbürgermeisters, bevor er zum Ministerialdirektor im Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung berufen wurde. 1947 wurde er Leiter der Presseabteilung des Verwaltungsrates im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Anschließend trat er in den diplomatischen Dienst ein.

zeugung ist selbstverständlich in Groß-Hessen nicht eingerichtet in ihrer Kapazität für den Bedarf, wie er sich aus den ungeheueren Zerstörungen ergibt; sie steht also in keinem Verhältnis zu dem Bedarf, um die zerstörten Städte wieder aufzubauen. Es kommt hinzu, daß diese Kapazität nicht im entferntesten ausgenutzt werden kann, weil die wichtigste Substanz fehlt: die Kohle! Für den Baustoff erzeugenden Kalkstoff wiederum sind die erforderlichen Arbeitskräfte nicht zu bekommen. Das sind alles Dinge, die außerhalb der Zuständigkeit des Wiederaufbauministeriums liegen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung und des Arbeitseinsatzes gehört zum Arbeitsministerium, die Frage der übrigen Produktion zum Wirtschaftsministerium.

Das Wiederaufbauministerium ist vor die Situation gestellt, eine Sache zu verteilen, nur zu verteilen, nicht herzustellen. Wir haben also – scherzhaft gesprochen – nicht innerhalb einer Familie, sondern für die Bewohner eines ganzen Hauses zu sorgen. Man kann eine solche Verteilung der Baustoffe nur nach dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit vornehmen. Von diesem Gesichtspunkt wird die Verteilung auch vorgenommen. In erster Linie werden die zerstörten Städte berücksichtigt, damit die Wohnungen wieder aufgebaut werden, die überhaupt noch zu retten sind. Gerade in letzter Zeit mußte in stärkerem Maße als bisher die Landwirtschaft bedacht werden. Weshalb, das muß ich hier näher erläutern. Wir wollen der Landwirtschaft nicht noch zusätzliche Baustoffe geben, aber wir müssen [um] der Ernährungssicherung willen dafür sorgen, daß zwar nicht die Dörfer in erster Linie, sondern die zerstörten landwirtschaftlichen Betriebsgebäude wiederhergestellt werden, also sozusagen nach dort eine Sonderzuteilung von Baustoffen hinlenken, um die Ernte unter Dach zu bringen. Wir laufen sonst Gefahr, daß die Erntevorräte verderben, wie es schon voriges Jahr der Fall war.

Außer denen auf deutscher Seite, nämlich den Landkreisen, der Industrie und verschiedenen anderen Bedarfsträgern, gibt es noch einen Bedarfsträger, die Besatzung. Die Anforderungen der Besatzung sind groß. Nehmen Sie den Verteilungsplan für den Monat Mai: Die Zementproduktion der beiden hessischen Werke Dyckerhoff und Butzbach betrug 23 800 Tonnen. Fast 10 000 Tonnen werden von der Besatzungsmacht für Mai beansprucht, und für Juni liegen bereits neue Requisitionsscheine in Höhe von 11 000 Tonnen vor. Die Anforderungen der Besatzungsbehörde werden von Berlin für die drei Länder ausgegeben und festgelegt; sie betragen, bei einer ungefähren Produktion von 23 000 Tonnen im ersten Quartal, für das zweite Quartal über 28 000 Tonnen. Wir müssen also diese 28 000 Tonnen innerhalb von drei Monaten liefern, während wir ungefähr 23 000 Tonnen Produktion haben.

Bei den anderen Baustoffen liegt die Situation ähnlich, zum Beispiel in Backstein. Die Produktion soll drei Millionen Stück betragen. Wir haben 1,8 Millionen liefern müssen im Mai, und für Juni sind bereits 2 100 000 Backsteine beschlagnahmt. Bei einzelnen Baustoffen ist die gesamte Produktion von 25 000 Tonnen von der Besatzung in Anspruch genommen worden. Für den kommenden Monat sind von diesem Produkt 450 000 Stück beschlagnahmt worden, so daß auch da kaum eine Verteilung möglich ist. Auch bei Dachpappe wurden von 290 000 qm 119 000 qm in Anspruch genommen. Bei Holz, dem Schlüsselbaustoff, weil die übrige Bautätigkeit davon abhängt, ist nicht bekannt, wie groß

die Beanspruchung für die Besatzung ist. Beim Glas, einem außerordentlich benötigten Baustoff, für das die beiden Glasfabriken Leiden und Deutsche Tafelglasindustrie zur Lieferung in Frage kommen, werden monatlich 175 000 qm produziert. Von diesen 175 000 qm erhält Groß-Hessen 11%, 50% gehen an die Besatzung, die übrigen noch verbleibenden Prozentteile an die Bedarfsträger. Zur Verteilung sind 36 000 qm übriggeblieben. Von 26 000 qm Tafelglas mußten noch einmal 4300 qm abgezweigt werden für Zwecke der Besatzung. Ähnlich liegen die Zahlen bei Gußglas, das von Waldhof geliefert wird. 60% müssen für die Besatzung reserviert werden, Groß-Hessen erhält 20% monatlich, 16 000 qm bekommen wir, aber auch davon ist noch ein Teil an die Besatzung abgegangen.

Die Frage, wofür die Baustoffe benutzt werden: Es werden in Groß-Hessen durch die Besatzung mit Hilfe deutscher Arbeitskräfte und deutscher Baustoffe für 250 000 Menschen Wohnungen hergerichtet. Außer für amerikanische Besatzungsangehörige und deren Familien, für die 90% des Bedarfs benötigt werden, ist die Wiederherstellung und Reparatur zerstörter und beschädigter Bauten für 25 000 Personen erforderlich. Diese werden auf 16 verschiedene militärische Siedlungen in ganz Groß-Hessen zerstreut. Es wären noch verschiedene Probleme zu erläutern, ich will aber hiermit schließen. Vielleicht werde ich noch Gelegenheit haben, in einigen Fragen die eine oder andere Aufklärung über den Ihnen vorgelegten Plan zu geben.

Wir haben die Absicht, Ihnen und der Presse jeden Monat den Verteilungsplan vorzulegen, damit allen Verdächtigungen der Boden entzogen wird und um der Öffentlichkeit Rechnung zu geben, wo die Baustoffe geblieben sind.

**Abg. Pauly (CDU):**

Wenn ich den Verteilungsplan der Baustoffe betrachte, so fällt der große Anteil der Militärregierung auf. Als Baufachmann habe ich viel Einblick, und ich muß sagen, bei den Militärstellen wird mit dem Material nicht sparsam umgegangen. Es muß von deutscher Seite immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Baustoffe knapp sind und richtig behandelt werden müssen. Auch die Anforderungen durch die Ministerialbehörden finde ich reichlich hoch. Dann fällt die kolossale Differenz in der Verteilung in der Stadt und auf dem Lande ins Gesicht. Der Herr Vorredner führte aus, daß das Land zur Zeit mehr Baumaterial brauche für die Herstellung der Scheunen zur Aufnahme der Ernte. Das ist richtig, aber wenn auf dem Lande Fabrikneubauten erstellt werden, dann muß ich sagen, daß man in der Stadt dafür nichts bekommt. Für Kassel und Darmstadt sind die Verhältnisse ungefähr wie für Wiesbaden. Wir müssen aufs Land gehen, um das Baumaterial zu holen. Wenn wir über die Beschlagnahmung klagen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß in der Stadt Wohnungen geschaffen werden, wobei die gute Witterung auszunutzen ist. Deshalb möchte ich Herrn Minister Binder bitten, daß die zerstörten Städte besser bedacht werden. Es ist heute so weit gekommen, daß ich Arbeiter, die mir angeboten werden, nicht nehmen kann, weil kein Handwerkszeug dafür zur Verfügung steht.

**Abg. Catta (LDP):**

Zunächst müssen wir doch dem Ministerium für Wiederaufbau Dank sagen, daß wir in der Öffentlichkeit erfahren, wie die Sache mit den Baustoffen liegt.

So klar wie der Plan ist, der uns jetzt allmonatlich vorgelegt wird, so unklar sind manche Posten. Zunächst ist festzustellen, daß kein Verhältnis bei der Verteilung zwischen Kassel und Wiesbaden besteht. Kassel ist zu 80 Prozent zerstört, Wiesbaden zu 80 Prozent erhalten, jedoch ist in Wiesbaden die Verteilung der meisten Baustoffe größer als in Kassel. Zum Beispiel ist in Wiesbaden die Verteilung an Dachpappe größer als in Kassel, wo wir die Produktionsstätten haben. Wenn jemand aufs Land geht und dort seine Baustoffe bezieht, so ist das ein Kreislauf, der dadurch begünstigt wird, daß man dem Lande mehr zuteilt, als dort gebraucht wird. Auch der Wohnungsbau der bis zu 45 Prozent zerstörten Häuser müßte gefördert werden, das läge nicht allein im Interesse der Wohnungssuchenden, sondern auch der Steuerzahler. Wenn man das Kontingent der Industrie entweder den Landeswirtschaftsämtern oder den Regierungspräsidenten zuteilen würde, denn diese haben ja eine besondere Baustoffabteilung, so gäbe es keine Konkurrenz, und man könnte dann gleichzeitig die aufzubauende Industrie in der Dringlichkeitsstufe von den Regierungspräsidenten aus lenken. Es ist beim Industriesektor zu berücksichtigen – ich habe da gerade einen Bericht über die Braunkohle in Nordhessen –, daß für den ganzen Regierungsbezirk für seine Erzeugungsstätten, soweit sie wieder in Gang gebracht werden müssen, soundsoviel Baustoffe bereitzustellen sind, davon bekommt die Kohleindustrie soundsoviel vordringlich. Dieses bitten wir noch einmal zu prüfen.

Von der Fraktion wurde festgestellt, daß in Frankfurt ein Industriekontingent zuteilt wurde und daß die Firma dann eine Villa damit aufgebaut hat. Das muß unterbunden werden.

Eine große Schwierigkeit besteht darin, daß Drahtglas nicht mehr hergestellt wird. Wenn beispielsweise in Fabriken das Oberlicht mit Brettern zugemagelt ist, so muß den ganzen Tag Licht gebrannt werden, was Kohlen erfordert.

**Abg. Heißwolf (SPD):**

Daß bei dem geringen Anfall an Baumaterial noch 90 Prozent von der Besatzungsmacht in Anspruch genommen werden, besagt alles, daß wir in den Bauausführungen überall gehemmt sind. Aber ich bin andererseits der Meinung, wenn die zur Verfügung stehenden Baumaterialien sämtlich durch die zuständigen Stellen den Bauausführenden zugeleitet werden könnten, daß doch etwas mehr vorhanden ist, denn es ist eigenartig, daß alles Baumaterial auf Umwegen zu beschaffen ist gegen Lebensmittel und andere Austauschobjekte. Wenn von Herrn Pauly gesagt worden ist, daß auf dem Lande mehr gebaut wird als in den Städten, so hat das vielleicht seinen Grund darin, daß auf dem Land die Dinge ähnlich gehandhabt werden wie in den Städten bei den Inhabern von Bäckereien und Metzgereien. Wo in der Stadt ein Bau vorwärtsgetrieben wird, da ist es eine Bäckerei oder Metzgerei. In dieser Hinsicht scheint es mir nötig, dafür zu sorgen, daß die geringen Mengen Baumaterial auch auf dem ordentlichen Wege den Baufirmen zugeleitet werden. Meine Fraktion hat Ihnen den Antrag 58 vorgelegt. Er bezweckt, daß in den Sommermonaten die weniger stark beschädigten Gebäude in den Städten bevorzugt behandelt werden, um Wohnungen zu erstellen. Wir sind der Auffassung, wenn diese Gebäude noch länger stehen, ohne daß etwas daran getan wird, sie vollkommen zerfallen und unbenutzbar werden.

**Abg. Fisch (KPD):**

Meine Damen und Herren! Die Aufstellung, die uns das Ministerium für Wiederaufbau vorgelegt hat, ist nach meiner Ansicht alarmierend, besonders in bezug auf die Entwicklung der Zahlen gegenüber dem Vormonat. Wir haben gerade jetzt, wo die Bausaison in vollem Schwung sein sollte, einen Rückgang der Zuteilung in Zement, der sich so auswirken wird, daß die am schwersten beschädigten Städte nur mit einem Bruchteil der benötigten Mengen bedacht werden können. Nebenbei möchte ich mich auch dem anschließen, was über die merkwürdige Vorzugsstellung Wiesbadens im Hinblick auf die Zuteilungen gesagt worden ist.

Man kann den Vergleich über den Rückgang der Ziffern auch in den anderen Rubriken fortsetzen. Man sollte, um sich kurz zu fassen, die Versuche zur Korrektur nach zwei Richtungen hin vornehmen: erstens gegenüber der Besatzungsbehörde und zweitens gegenüber untergeordneten Organen, die sich an die Richtlinien des Ministeriums zu halten hätten. Der Berichterstatter des Ministeriums weist darauf hin, daß die Methode der Requisitionen der Besatzungsmacht jedes vernünftige Planen unmöglich macht, daß die Requisitionen unberechenbar sind, daß sie zu unvorhergesehenen Terminen erscheinen, zu Terminen, an denen die planmäßige Verteilung für den zivilen Bedarf schon vorgenommen ist, daß sie sich in unvorhersehbaren Größenverhältnissen bewegen. Daß unter diesen Umständen nicht an ein vernünftiges Planen gedacht werden kann, ist selbstverständlich. Ich möchte daher den Antrag der SPD-Fraktion, der sich mit diesem Thema beschäftigt, dahin erweitern, daß ich vorschlage, durch eine gemeinsame Delegation aller vier Parteien mit der Besatzung Führung zu nehmen und auf die bedenklichen Gefahren hinzuweisen, die durch ein solches unplanmäßiges Handhaben der Baustoffrequisitionen entstehen, nicht nur für die Frage des Städteaufbaues, sondern für die Aufbaufrage überhaupt.

Der zweite Punkt ist, daß wir uns bemühen festzustellen, inwieweit die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Baustoffe auf ordentliche und saubere Art und Weise geschieht. Das Datum, an dem die Anweisungen des Ministeriums erschienen sind über die Errichtung von Bauausschüssen bei den Regierungspräsidenten und den Oberbürgermeistern, ist glaube ich der 20. Februar gewesen. Zu diesem Termin sollte eine Kommission geschaffen werden, die über die Baufreigabe und Baugenehmigung im Einvernehmen mit den städtischen Bauämtern entscheiden sollte. Aber bis heute, drei Monate später, kennt man in Frankfurt am Main unter dem Führerprinzip Dr. Blaums<sup>305</sup> noch keine Ausschüsse, die sich nach den Richtlinien des Ministeriums vom Februar aufbauen sollen. Also ich glaube, daß man sich von seiten des Ministeriums und auch von seiten der Parteien bemühen müßte, daß eine Kontrolle der Zuteilung der Baustoffe auch zur Durchführung gelangt.

<sup>305</sup> In ähnlicher Weise war der Frankfurter Oberbürgermeister schon am 13. November 1945 in einem Artikel der FR von Wilhelm Karl Gerst unter der Überschrift „Führerprinzip oder Demokratie“ angegriffen worden.

**Ministerialdirektor Knappstein** – Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung –:

Wenn Sie feststellen, daß auf dem Lande Fabrikneubauten stattfinden, oder wenn Sie gar feststellen, daß Baustoffe, die für den Industrierwiederaufbau zugeteilt sind, für den Bau von Villen gebraucht werden, und Sie der Meinung sind, daß es zu Unrecht geschieht, so bitte ich dringend, uns das mitzuteilen, damit wir sofort Untersuchungen einleiten können. Wir haben zwar unsere Prüfer, die im Lande herumfahren, aber die Herren hier hören doch zweifellos mehr.

Ich glaube, daß die Feststellung, die Stadtkreise würden gegenüber den Landkreisen zu schlecht behandelt, auf einer falschen Beurteilung der Statistik beruht. In den Landkreisen sind ja auch alle nicht-kreisfreien Städte enthalten, also Rüdeshcim, Wetzlar und so weiter, Städte, die starke Zerstörungen haben, aber hier unter den Landkreisen auftreten. Dadurch wird das Verhältnis zwischen Stadt- und Landkreiszuteilung etwas anders. Außerdem sind in den Landkreisen auch die Zuteilungen enthalten, die etwa an auf dem Lande liegende Industriebetriebe gehen und natürlich auf dem Lande liegende Wirtschaftsbetriebe anderer Art. Man müßte einmal die Statistik so aufziehen: Wieviel von den Baustoffen wird zur Ausbesserung von Zerstörungen gebraucht und wieviel für Neubauten anderer Art?

Im übrigen möchte ich sagen, daß die Zahlen, die wir Ihnen heute unterbreiten, keineswegs die endgültigen sind, nach denen die Zuteilungen auch in Zukunft erfolgen sollen. Wir müssen erst vorsichtig abtasten, müssen die Frage Wiesbaden und Kassel erst einmal prüfen. Natürlich ist bei den Zuteilungen in Wiesbaden auch die Industrie einbegriffen. Eine richtige Auffassung würde man erst bekommen, wenn man die Zuteilungen für Wohnungsbauten und Industriebauten gegenüberstellte.

Die Schieferproduktion ist so außerordentlich minimal, daß sie wahrscheinlich ein paar Mann wegtragen könnten. Sie fällt für das Gesamtprogramm überhaupt nicht ins Gewicht, und wir haben sie deshalb wegen Unbedeutsamkeit weggelassen.

Daß wir bemüht sein werden, die Bauausschüsse, auch wenn es Schwierigkeiten macht, sehr schnell ins Leben zu rufen, kann ich Ihnen zusichern. Gerade die Veröffentlichung dieser Zahlen soll ja mit dazu beitragen, daß sich auch in den Orten, Landkreisen und Städten eine ähnliche Offenlegung erreichen läßt, daß also gesagt wird: Wir haben nun die Baustoffe bekommen, die das Wiederaufbauministerium ausgegeben hat. Dafür sind gerade die Bauausschüsse die gegebenen Organe. Wir werden also versuchen, daß wir die Bauausschüsse an die Arbeit bekommen.

**Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Binder:**

In der Frage der Bauausschüsse bei den Kreisen und Städten sind wir auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen. Man erblickt darin einen Angriff auf die Selbstverwaltung. In dem Widerstand liegt die Ursache, daß die Ausschüsse noch nicht zur vollen Wirksamkeit gekommen sind. Wer einen Antrag stellt auf Durchführung eines Bauvorhabens soll ja vor dieses Forum kommen, und wenn dieses Gremium entschieden hat, dann ist auch die Frage der Baustoffe grundsätzlich geregelt. Wenn der Antrag abgelehnt wird, können auch keine Baustoffe

zugeteilt werden. Die Parteien müssen in der Bürgerschaft darauf drängen, daß ihre Rechte gewahrt werden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Damit ist die Aussprache geschlossen. Es wäre abzustimmen über die Frage, ob die Anregung des Herrn Kollegen Fisch, eine Kommission unter Führung von Herrn Ministerialdirektor Knappstein zur Militärregierung zu entsenden, unterstützt wird. Wird diese Anregung angenommen? Ich stelle fest: einstimmig.

Wir haben nunmehr den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses entgegenzunehmen, und ich bitte, gleichzeitig damit zu verbinden Punkt 7 der Tagesordnung: „Diskussion der Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten“, denn zum Teil schlagen ja diese Anfragen in die verfassungsrechtlichen Dinge hinein. Darf ich den Herrn Berichterstatter Kollegen von Brentano bitten.

**Abg. Dr. von Brentano (CDU):**

[Handschriftlicher Vermerk: „Unkorrigiert, da vom Abg. von Brentano nicht zurückgesandt.“]

Meine Damen und Herren! Ich habe den Auftrag, über die Tätigkeit des Verfassungsausschusses und über die bisherige Tätigkeit der Verfassungskommission zu berichten, wobei ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit meinen Bericht abkürzen werde. Was die Tätigkeit des Rechts- und Verfassungsausschusses angeht, so ist zu sagen, daß dieser Ausschuß nur einmal getagt, aber keine Beschlüsse gefaßt hat<sup>06</sup>. Es wurden lediglich allgemeine Fragen mit dem Herrn Justizminister besprochen über die Zusammensetzung der Schwurgerichte und die Art, wie sie arbeiten sollen. Feste Entscheidungen wurden nicht getroffen, aber es bestand allgemeine Übereinstimmung über den einen Punkt, daß die Geschworenen nicht nur die Schuldfrage, entweder ganz oder in beschränktem Umfang, sondern auch die Strafhöhe mit zu entscheiden haben werden. Es wurden dann eine Reihe von Anfragen an den Minister gestellt, von denen die wesentlichste die der Legitimierung war.

Die Tätigkeit der Verfassungskommission war rührig und hat dazu geführt, daß ein Entwurf in erster Lesung angenommen wurde<sup>07</sup>. Ich erlaube mir, ein paar Vorbemerkungen über diese Tätigkeit zu machen. Zunächst freut es mich, feststellen zu können, daß die Verfassungskommission aufgrund einer jungen Demokratie mit außerordentlicher Sachlichkeit die Fragen behandelt hat, die ihr vorgelegt wurden. Jede Besprechung war ausgezeichnet durch eine absolute Sachlichkeit und Objektivität, was selbstverständlich nicht den notwendigen Erfolg haben mußte, daß wir in allen Fragen einer Meinung gewesen wären. Wir

<sup>306</sup> Die Zusammenkunft des Ausschusses hatte am 25. April 1946 stattgefunden. Protokoll der Sitzung in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 16.

<sup>307</sup> Die Vorbereitende Verfassungskommission hatte 13 mal in der Zeit von März bis Juni 1946 getagt. Vgl. Anm. 64. Sie arbeitete zunächst den Gesetzentwurf zur Wahl der Verfassungberatenden Landesversammlung aus, den sie Ende März 1946 der Militärregierung vorlegen konnte. Danach wandte sie sich der eigentlichen Verfassungsarbeit zu, und man einigte sich darauf, über die Direktive der Militärregierung hinauszugehen und einen eigenen Verfassungsentwurf vorzulegen. Am 18. Juni wurde der „Entwurf einer Verfassung für Hessen“ verabschiedet und der Militärregierung zugeleitet. Vgl. Berding, Verfassung, Dok. 5, S. 8 ff.

waren weiter – und auch das freut mich festzustellen – einer Meinung in der Verfassungskommission darüber nämlich, daß das, was dort besprochen und beschlossen wurde, weder eine offiziöse oder offizielle Stellungnahme der Parteien oder Fraktionen enthält, noch die endgültige Stellungnahme der einzelnen, die an den Beratungen teilgenommen haben.

Zu der Verfassung selbst folgendes: Wir waren von Anfang an – und haben darüber auch mit der Vorbereitenden Verfassungskommission in Württemberg-Baden gesprochen – im Zweifel, ob wir uns beschränken sollten auf die Ausarbeitung eines Organisationsstatuts oder eine Verfassung ausarbeiten sollten. Die immerhin weit beschränkten Souveränitätsrechte – wenn wir überhaupt den Mut haben, davon zu sprechen – könnten dazu Veranlassung geben, sich auf die Ausarbeitung eines Organisationsstatuts zu beschränken und Regeln aufzustellen, nach denen der staatliche Organismus äußerlich funktionieren soll. Trotzdem waren wir in Übereinstimmung mit den Freunden in Württemberg-Baden der Meinung, daß wir den Verfassungsentwurf ausarbeiten und vorlegen sollten und haben uns dann dazu auch entschlossen.

Eins möchte ich ganz offen sagen: Was wir besprochen haben, und wir haben auch das ernste Anliegen an die Militärregierung, wenn wir den Auftrag erhalten, in der Beratenden Landesversammlung eine Verfassung auszuarbeiten, dann muß eine gewisse Garantie bestehen, daß eine derartige Verfassung mehr als deklamatorische Bedeutung hat und man hoffen darf, daß die Militärregierung die beschränkten Souveränitätsrechte gibt, wenn die Beschlüsse nicht [nur] auf dem Papier stehen, sondern auch eine Funktion haben sollen. Es wird also, wie ich schon sagte, unser Anliegen an die Militärregierung sein, wenn man uns das Vertrauen schenkt, die Verfassung auszuarbeiten, uns auch die Befugnis zu geben, Gesetze zu erlassen, die wir für unerläßlich halten, da sonst das Vertrauen, das schon stark durchlöcherter Vertrauen der Bevölkerung in die neue Demokratie, endgültig zerstört würde. Über den Inhalt der Gesetze kann ich mich im einzelnen nicht ergehen, dazu reicht die Zeit nicht aus, und ich bitte Sie, nun die Dinge zur Kenntnis zu nehmen.

Über die bisherigen Grundrechte hinaus, die geboren sind aus der Erfahrung der Vergangenheit, die auch zum Teil bewußt problematischen Charakter haben, möchte ich aussprechen, daß wir von der Vergangenheit abrücken, daß Zustände, wie sie in der Vergangenheit bestanden, nicht wieder einmal eintreten können. Wir haben über die Begriffe einer Reihe von Grundrechten gesprochen, deren Einführung in die Verfassung aufgrund der Erfahrungen der letzten Zeit erforderlich erschien. So ist insbesondere der Freiheitsparagraph, für die Freiheit der Person eine bestimmte Rechtsgarantie, eingefügt worden. Das gilt nicht nur, daß nicht nur keinerlei Strafgesetz rückwirkende Kraft haben darf und eine doppelte Verurteilung in derselben Strafsache unzulässig ist, sondern auch jeder Versuch einer sittenhaften Beschuldigung zur Herbeiführung eines neuen Verfahrens soll verfassungswidrig sein. Wir haben auch das Grundrecht, daß auch jede körperliche und auch seelische Mißhandlung verfassungswidrig ist. Um einem Mißbrauch von Gesetzen vorzubeugen, haben wir es weiter für richtig gehalten, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Beschränkung von Grundrechten nur ausgesprochen werden kann durch ein formales Gesetz: Wir haben die Erfahrung aus der Weimarer Verfassung. Dort waren die meisten

Grundsätze nicht so gesichert; es bestand die Möglichkeit, auch durch Verordnungen neue rechtsgültige Bestimmungen zu schaffen. Für die Zukunft sind die Grundrechte als solche unantastbar. Soweit die Grundrechte vorübergehend beseitigt werden können, bedarf es hierzu eines formalen Gesetzes. Wesentliche Fragen, die zu längeren Diskussionen Anlaß gaben, waren dann die Fragen des Aufbaues des Staates. Wir waren uns alle klar darüber in der Verfassungskommission, ohne die geringste Einschränkung, daß wir die ganze Verfassung bearbeiten wollen – ich hoffe, daß die Verfassung demnächst beraten wird – in der Erwartung, daß sie nur ein Stein in dem Mosaik der Verfassung für das größere Deutschland sein wird, soweit eine das ganze Reichsgebiet überspannende Reichsverfassung erlassen wird.

Die Frage des Aufbaues des Staates hatte zunächst gestockt bei der Frage, ob für das Land Hessen ein Staatspräsident gewählt werden soll oder nicht. Der Ausschuß war – sogar einstimmig – der Auffassung, daß die Einrichtung eines Staatspräsidenten für das Land nicht erforderlich ist, insbesondere für ein Land wie Hessen. Insbesondere kann ich es auch begrüßen, daß in der Verfassung nicht mehr von Groß-Hessen, sondern von Hessen gesprochen wird. Wir waren auch der Meinung, daß die nötigen Aufgaben, die ein Staatspräsident erfüllen sollte, in diesem Rahmen nicht erfüllt zu werden brauchen. Das Land hat nur eine beschränkte Souveränität bis zur Bildung eines deutschen Staatsgebildes, und bis dahin können solche Aufgaben auch durch den Ministerpräsidenten erfüllt werden.

Ich bitte weiter zu notieren: Wir sind in der Meinung wesentlich auseinandergegangen. Wenn der Entwurf die verschiedenen Meinungen noch nicht wiedergibt, so wird das später noch geschehen. Die Frage, ob und inwieweit die Regierung aus der rein parlamentarischen Gebundenheit losgelöst werden soll oder nicht, war Gegenstand zahlreicher Besprechungen. Wir haben eine rein parlamentarische Demokratie errichtet, bei der das ganze Gewicht des Einflusses, der Verantwortung, die ganze Macht bei dem Parlament liegt, bei dem Träger der Volkssouveränität. Andere waren der Auffassung, daß [es bei] diese[r] rein parlamentarische[n] Garantie unerläßlich sei, dem Ministerpräsidenten eine Stellung einzuräumen, die ihn heraushebt und nicht nur erscheinen läßt als einen jederzeit zurückrufbaren Präsidenten. Die Frage wurde besprochen, ob zum Beispiel ein Mißtrauensvotum oder ein Vertrauensvotum heterogener Gruppen, etwa einen neuen eigenen Vertrauensmann zu ernennen, ihn abhängig machen soll von ihrem Erfolg, gleichzeitig einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Ferner war die Frage, ob dem Ministerpräsidenten das Recht einzuräumen sei, falls Meinungsverschiedenheiten zwischen der Landesregierung und den Parteien eintreten, die eine ersprießliche Arbeit in Frage stellen, eingreifen zu können.

Weitere Debatten sind selbstverständlich entstanden bei der Frage des Beamtenrechts und der Gerichtsbarkeit. Die Auffassungen gehen auch hier auseinander. Einige Mitglieder gaben der Auffassung Ausdruck, daß die Verfassung eigentlich nur garantiert werden könne durch ein Berufsbeamtentum, während andere den Standpunkt vertreten haben, daß der gewählte Beamte den Vorzug verdiene. Ähnliche Fragen entstanden in der Richterfrage. Darüber, daß der Richter unabhängig sein muß, waren wir uns einig. Gegen die grundsätzliche

Ernennung auf Lebenszeit wurden dagegen schwere Bedenken geltend gemacht im Hinblick auf das Versagen des Berufsbeamtentums wie auch des Richtertums in der vergangenen Zeit, wo eine solche Katastrophe durch das Dritte Reich über uns kommen konnte. Vorrechte des Berufsbeamtentums und des Richtertums können nur diskutiert werden, wenn diese Beamten vorbehaltlos entschlossen sind, sich für diesen neuen Staat einzusetzen. Wir verlangen, bevor sie ihr Amt übernehmen, daß sie sich entscheiden, ob sie auch innerlich die Bereitschaft dafür mitbringen. Wer sie übernimmt, übernimmt eine Treuepflicht gegenüber dem Staat. Wir haben darum auch, ohne daß wir der Meinung waren, die Frage endgültig gelöst zu haben, für das Richtertum vorgesehen, daß der Entwurf eine Formulierung enthält, wonach die planmäßigen hauptamtlichen Richter auf Lebenszeit endgültig angestellt werden erst dann, wenn sie nach ihrer Persönlichkeit und ihrer richterlichen Tätigkeit die Gewähr dafür bieten, daß sie ihres Amtes im Geiste der Demokratie und des sozialen Verständnisses walten werden. Erfüllt ein Richter nach seiner endgültigen Anstellung diese Erwartungen nicht, so kann ihn der Staatsgerichtshof auf Antrag des zuständigen Ministers seines Amtes für verlustig erklären und zugleich bestimmen, ob er in ein anderes Amt oder in den Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen ist. Wir haben also versucht, eine Garantie einzubauen, daß der Staatsgerichtshof, der aus fünf Berufsrichtern und sechs vom Landtag aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern zusammengesetzt ist, eine Kontrolle ausübt, ob der Richter die Verfassung achtet und vertritt. Wir wissen nicht, ob das eine ideale Lösung ist, aber es sind Gedanken, die wir uns darüber gemacht haben.

Auch in bezug auf das Notstandsrecht sind die Meinungen weit auseinandergegangen. Auch sie haben die Erfahrungen der Vergangenheit stark beeinflußt. Wir wissen ja, welcher Unfug mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung getrieben worden ist. Es beschränkt und begrenzt zeitlich das Recht des Parlaments. Im übrigen kann das Notstandsrecht von der Regierung nicht allein, sondern nur in Zusammenarbeit mit dem Ständigen Ausschuß des Parlaments ausgeübt werden. Der Ständige Ausschuß ist immer an Ort und Stelle, wird zur Verfügung stehen und keine Verletzung der Verfassung zulassen.

Eine Debatte ist weiter entstanden bei der Frage der Kulturpolitik, insbesondere wurde die Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat besprochen. Wir haben keine endgültige Formulierung getroffen, aber in einer absoluten Einigkeit ausgesprochen und festgelegt, daß die weltanschauliche Freiheit als oberstes Gesetz in die Verfassung aufzunehmen ist. Da ist schon eine grundsätzliche Regelung vorgezeichnet, auf deren Basis die einzelnen Fragen sich wesentlich leichter behandeln lassen. Über die Schulpolitik gab es natürlich verschiedene Auffassungen und Richtungen. Auch hier waren wir uns darüber einig, daß jeder Gewissenszwang unerträglich sei, und einig waren wir uns auch über das Recht der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Das sehr we-

<sup>308</sup> Artikel 48 der Weimarer Verfassung enthielt das sogenannte Notverordnungsrecht, das dem Reichspräsidenten gestattete, bei erheblicher Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorübergehend unabhängig vom Parlament und teilweise auch ohne Beachtung verfassungsmäßig garantierter Grundrechte zu regieren. Vgl. Heiber, Republik, S. 47.

sentliche und vielleicht in der heutigen Zeit wesentlichste Problem der Sozialverfassung haben wir noch nicht festgelegt. Was wir in der Vorbereitenden Verfassungskommission zu tun hatten, war nach meiner Meinung, ein Gerippe, ein Gerüst aufzustellen, wie die Verfassung etwa aufgebaut werden soll. Daß weitere Vorbereitungen notwendig sein würden, darüber waren wir uns alle im klaren. Es wird Aufgabe der Verfassungsgebenden Landesversammlung sein, wenn wir irgendeine Formulierung gefunden haben, oder seien es zwei Formulierungen, das weitere zu veranlassen<sup>309</sup>. Meine Damen und Herren, ich glaube, damit im wesentlichen alles gesagt zu haben, was ich mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit über die Tätigkeit der Vorbereitenden Verfassungskommission zu berichten hatte.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Vor Eintritt in die Debatte möchte ich sagen, daß die Anregung an mich herangetragen worden ist, die Redezeit auf zwanzig Minuten für jede Fraktion zu beschränken. Wie Sie sich dabei einteilen, bleibt Ihnen überlassen. Ich bitte Sie, sich hiernach zu richten.

**Abg. Fisch (KPD):**

Angesichts der beschränkten Zeit will ich nur auf das Wesentlichste eingehen. Es handelt sich um die Anfragen, die an den Herrn Ministerpräsidenten gestellt sind. Zu der Anfrage über Rhein und Ruhr ist, glaube ich, eine Bemerkung notwendig. Wir sind uns über die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebiets als des Herzens Deutschlands zweifellos alle im klaren. Unsere Kohlen-situation ist es ja nicht allein, die uns tagtäglich daran erinnert. Aber ich glaube, wir können uns nicht den Luxus erlauben, uns allein auf Deklamationen zu beschränken oder auf geharnischte Erklärungen, die immer wieder von der Welt die Berücksichtigung der deutschen Interessen fordern. Wir müssen in unseren Bemühungen um die Rettung und Sicherung von Rhein und Ruhr für Deutschland und das deutsche Volk davon ausgehen, wie stark in der Welt heute noch das Mißtrauen gegen Deutschland ist, und was wir der Welt gegenüber tun können, um ihr wieder das Vertrauen zu geben, das wir brauchen, wenn wir erwarten wollen, daß unsere Wünsche berücksichtigt werden. Die Vorschläge auf Internationalisierung des Ruhrgebiets gehen gewiß nicht von deutscher Seite aus, sie gehen aber von einer Seite aus, die — das müssen wir gerechterweise sagen — Grund hat, mißtrauisch zu sein nach einer achtzigjährigen Erfahrung, nach dem Verlauf von drei Kriegen, die vom Ruhrgebiet aus gerüstet und durchgeführt worden sind. Wenn das französische Volk heute verlangt, daß das Ruhrgebiet nicht mehr Ausgangspunkt von Aggressionen gegen Frankreichs Wohl sein darf, so müssen wir dem französischen Volk auch wirklich eine Ga-

<sup>309</sup> Die Vorlage der Vorbereitenden Verfassungskommission, die eigentlich nur als Orientierung für die Verfassungberatende Landesversammlung dienen sollte, wurde vor allem in den Bestimmungen des Grundrechtskatalogs sowie im Abschnitt über den Staatsaufbau richtungweisend für die endgültige Verfassung und erfuhr in diesen Passagen nur geringfügige Korrekturen. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 237f.

<sup>310</sup> Gemeint ist Frankreich, das das Ruhrgebiet vor allem unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten betrachtete und die Bildung eines Rheinlandstaates sowie die Internationalisierung des Ruhrgebietes verlangte. Vgl. Anm. 190.

rantie geben. Sie besteht nicht in Deklamationen und der Anmeldung von Forderungen, sondern darin, daß jene Mächte, die an der imperialistischen Ausnützung des Ruhrgebiets interessiert sind, ein für allemal verschwinden. Erst dann, wenn es keine Rüstungskonzerne mehr gibt, wenn nicht nur Krupp und Thyssen, sondern der ganze Rattenschwanz von reaktionären Beamten verschwunden sein wird, erst dann, wenn das Mitbestimmungsrecht der Schaffenden darüber wacht, daß unsere Schwerindustrie nicht mehr zu kriegerischen Zwecken benutzt wird, erst dann können wir erwarten, daß das französische Volk Vertrauen in uns, in das werktätige Volk Deutschlands findet und uns für reif hält, allein die Verantwortung vor der Welt dafür zu tragen, daß das Ruhrgebiet zu einer Stätte des Friedens wird.

Es liegt also auch an uns, einen Beitrag zu leisten, und die Frage von Ruhr und Rhein ist nicht bloß eine Angelegenheit von diplomatischen Verhandlungen, sondern auch eine Frage unseres eigenen Aufbaues, eine Frage: Wie werden wir die entscheidenden Zentren der Wirtschaft und des Staats in Deutschland einrichten?

Zur zweiten Frage: Kriegsgefangene. Ich glaube, daß wir keinen Grund haben, derartig bescheiden zu sein in der Forderung oder in dem Wunsch, es mögen die Kriegsgefangenen den Familien zurückgegeben werden, wie es in der Antwort des Herrn Ministerpräsidenten zum Ausdruck gekommen ist. Gewiß können wir nicht damit rechnen, daß vor Abschluß des Friedensvertrages alle Kriegsgefangenen heimkehren, aber wir sollten, wenn wir schon an alliierte Organe herantreten<sup>311</sup>, vor der Forderung nicht zurückweichen, daß alle jene zurückkehren, die nicht ausgesprochen in die Kategorie der Kriegsverbrecher gehören.

Der dritte Punkt: die Subventionen an die Mitglieder des Großherzoglichen Hauses<sup>312</sup>. Hierzu muß ich leider bemerken, daß uns die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten nicht befriedigt. Ich glaube, es ist in einer Zeit, in der wir über die große Not, besonders der Rentenempfänger, vielmehr der Renten-

<sup>311</sup> Mit dem Problem der Kriegsgefangenen, insbesondere der im Ausland zurückgehaltenen Gefangenen, hatte sich der Länderrat schon seit seinem Bestehen auseinandergesetzt. Verhandlungen mit den Alliierten über eine mögliche Freilassung der Gefangenen waren nicht möglich, da noch keine Behörde dazu bevollmächtigt war. Die Ministerpräsidenten baten die Militärregierung mehrfach, mit den Gewahrsamsmächten über eine Freilassung zu verhandeln, und stellten auch direkte Anträge auf Entlassung bestimmter Gruppen von Gefangenen, z. B. von Landarbeitern im März 1946, von Bergarbeitern im Juni 1946. Im April 1946 hatte der Länderrat über die Militärregierung die Freilassung aller Kriegsgefangenen bei allen Gewahrsamsmächten beantragt. Vgl. Härtel, Länderrat, S. 35f. Die KPD hatte in einer Anfrage um Auskunft darüber gebeten, ob den Mitgliedern des Großherzoglichen Hauses die „Subvention“ in Höhe von 400000 Reichsmark weitergezahlt werden würde.

<sup>313</sup> Ministerpräsident Geiler hatte in seiner schriftlichen Antwort dargelegt, daß es sich bei den Zuwendungen an die Mitglieder des Großherzoglichen Hauses nicht um eine Subvention handele, sondern um Zahlungen, die im Rahmen der Verpflichtungen aufgrund der Vermögensauseinandersetzung zu leisten seien. Vgl. NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 3. In dem Auseinandersetzungsvertrag mit dem Großherzoglichen Haus Hessen aus dem Jahre 1919, der 1930 revidiert worden war, war festgelegt worden, daß das Land bis 1947 590000 Mark zahlen sollte.

nicht-Empfänger, die große Not der Kriegsbeschädigten disputieren, in einer Zeit, in der die primitivsten Bedürfnisse infolge der Notlage nicht erfüllt werden können, nicht angebracht, sich auf Vermögensauseinandersetzungen zu stützen, um die Auszahlung an das Großherzogliche Haus in irgendeiner Form zu rechtfertigen. Ich glaube, der Herr Ministerpräsident sollte uns heute die Versicherung geben, daß keinerlei Verpflichtungen auf Grund von Vermögensauseinandersetzungen für uns als bindend betrachtet werden können, sondern daß es angesichts der allgemeinen Situation im Lande eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Zahlung der 400 000 Mark an das Großherzogliche Haus ohne weitere Diskussion eingestellt wird, ohne daß dann noch weitere Gutachten vom Finanzminister nötig sind. Ich habe übrigens in der uns zugeleiteten Etataufstellung vergeblich den Posten gesucht.

Ein vierter Punkt betrifft die Anfrage der kommunistischen Fraktion an den Herrn Ministerpräsidenten über seine Erklärung, die er am Ostersonntag abgegeben hat. Ich möchte nicht auf die Erklärung eingehen, soweit sie die Pressekritik über schwebende Maßnahmen der Regierung betrifft, weil uns diese Angelegenheit durch die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten erledigt scheint. Nicht ganz erledigt scheint mir die Sache, daß der Herr Ministerpräsident nach der „Frankfurter Rundschau“ erklärt hat, daß er eine lange Dauer der amerikanischen Besetzung wünscht, da wir sonst als wehrloses Volk den Zugriffen Anderer, vor allem des Nachbarn im Osten, ausgeliefert wären. Diese Erklärung ist am 23. April veröffentlicht worden, und leider erst nach einer sehr langen Zeit, am 14. Mai, gab der Herr Ministerpräsident hierzu eine neuerliche Erklärung, die abschwächend ist, indem es zu dieser Frage heißt: Außerdem müßte die außenpolitische Lage Deutschlands durch den Abschluß des Friedensvertrages und durch die Befestigung der Weltfriedensorganisation so gesichert sein, daß damit auch die Grenzen nicht schutzlos sind.

Ich will dem Herrn Ministerpräsidenten keineswegs unterschieben, daß er sich in aktiver Weise in die Blockbildungsbemühungen hier in unserem Lande einzuschalten versucht, die Europa nach Ost und West aufzuteilen bestrebt sind mit einer Grenzziehung östlich Bebra und Eschwege, aber wenn man das Amt eines Ministerpräsidenten bekleidet, ist man verpflichtet, nicht nur den Menschen Rechnung zu tragen und ihren Ressentiments nachzugeben, sondern man ist auch verpflichtet, auf die Auswirkungen von Erklärungen von derartiger Tragweite zu achten. Ich glaube, daß die Auswirkungen einer solchen Erklärung, wie sie vom Herrn Ministerpräsidenten abgegeben worden ist, vor ihrer Abgabe nicht genügend überlegt worden sind, sonst wäre sie vielleicht unterblieben. Tatsache ist, daß solche Erklärungen allen jenen Bemühungen Wasser auf die Mühle leiten, die an der Vergiftung der politischen Atmosphäre arbeiten, die dem deutschen Volk klarzumachen versuchen, daß sein Heil darin bestehe, möglichst schnell den Anschluß an den Westblock zu finden, und die es dauernd für gegeben erachten, ihre Lügen und Unverantwortlichkeiten zu mobilisieren, um eine Antisowjetstimmung zu schaffen und gleichzeitig aus der innenpolitischen Auseinandersetzung Kapital zu schlagen. Ich möchte auf die große Tragweite einer solchen Gefahr hinweisen, die daraus entsteht, wenn derartigen bewußten Vergiftungserscheinungen noch durch irgendwelche autoritative Erklärungen Vorschub geleistet wird.

Der Herr Ministerpräsident erklärte ferner, daß die Grenzen Deutschlands nicht schutzlos bleiben dürfen. Dadurch wird der Eindruck erweckt, als ob die Grenzen Deutschlands auch heute noch vom Osten her gefährdet seien. Die Schlußfolgerung bleibt dem einzelnen überlassen. Ich habe keine Veranlassung zu behaupten, daß alles das, was sich uns heute infolge des verlorenen Krieges und der Hitler-Katastrophe im Osten darbietet, mit Genugtuung begrüßt werden kann. Wir wissen es selbst, welche schwerwiegenden Auswirkungen beispielsweise die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder und Neiße für das ganze deutsche Volk hat<sup>314</sup>. Wir betrachten diese Abtrennung als einen schmerzlichen Verlust und möchten nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Trennung nicht endgültiger Natur ist, und wir glauben, daß es an uns in erster Linie liegt, daß wir eine Diskussion dieser Frage für nochmals erforderlich halten, wie ja auch die Potsdamer Beschlüsse noch keine Regelung in diesem Punkt vorgesehen haben. Aber wenn die Grenzen Deutschlands heute schon wirklich akut bedroht sind, so sind sie es in wirklich gleichem Maße, aber wenn wir offen sind, in stärkerem Maße von Ihnen hier selbst. Was heute an Bemühungen im Gange ist, die Einheitlichkeit Deutschlands zu zerstören unter irgendwelcher Losung wie separatistischen Bemühungen, Bundeshauptstädte zu proklamieren, das ist wirklich eine ernsthafte Gefährdung unserer Grenzen. Daher geht die Frage der Sicherung unserer nationalen Existenz im wesentlichen darauf hinaus, ob wir es fertigbringen, unter allen Umständen ohne irgendwelche Einschränkung, ohne Rücksicht auf parteipolitische Vorteile und Nachteile zur unabdingbaren Einheit des Reiches zu stehen. Es ist gefährlich, meine Damen und Herren, sich in dieser Auseinandersetzung etwa nach Bundesgenossen außerhalb Deutschlands umzusehen oder aber schon Bundesgenossen vorwegzunehmen, ohne daß man ganz sicher sein kann, ob diese Bundesgenossenschaft auch von der angesprochenen Seite her angenommen wird. Herr Dr. Köhler glaubte in der letzten Sitzung es für notwendig zu halten, eine Verbeugung nach dem Westen zu machen und der englischen und amerikanischen Regierung dafür den Dank auszusprechen, daß sie die Bemühungen um die Einheit Deutschlands besonders unterstützen. Das würde darauf hinauslaufen, zu sagen, der böse Russe und Franzose sind daran schuld, wenn die Einheit gefährdet ist. Ich möchte vor voreiligen Schlußfolgerungen warnen. Ich möchte erinnern an die Erklärung des Generals McNarney, die heute in der „Frankfurter Rundschau“ enthalten ist und in der gesagt wird, Amerika betrachte die Ruhr zwar wirtschaftlich als einen Bestandteil Deutschlands, die amerikanischen Besatzungsbehörden bereiteten sich aber für die Möglichkeit einer Änderung dieses Zustandes vor. Andererseits möchte ich erinnern an die Erklärung des Außenministers der Sowjetunion<sup>315</sup> in der er mit Recht darauf hinwies, die Frage der Einheit

<sup>314</sup> Die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Abtrennung dieser Gebiete bedeutete einen Gebietsverlust, der schwere wirtschaftliche Nachteile für Deutschland nach sich zog. Was in der Notzeit nach 1945 besonders schwer wog, war der Verlust der großen landwirtschaftlichen Flächen (vgl. dazu auch die diesbezüglichen Ausführungen des Abg. Köhler im Protokoll der Sitzung vom 21. Mai 1946, S. 266f.

<sup>315</sup> Der sowjetische Außenminister Molotow hatte sich auf der Pariser Außenministerkonferenz für einen deutschen Einheitsstaat ausgesprochen. Einer föderativen Gliederung stimmte er unter der Bedingung zu, daß die Bevölkerung darüber durch Volksabstim-

Deutschlands und auch des Status von Rhein und Ruhr ist abhängig von der Existenz einer deutschen Regierung. Er erklärte, daß wir augenblicklich in Deutschland noch nicht einmal den Embryo einer Regierung besitzen. Es wurde in dieser Rede darauf hingewiesen, daß es gerade der Chef der Sowjetregierung gewesen ist, der im vergangenen Juli den Vorschlag unterbreitete, wenigstens eine gewisse Zentralregierung für Deutschland zuzulassen, das Anfangsstadium zu schaffen in wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Hinsicht<sup>315</sup>. Wir haben diese damaligen Beschlüsse von Potsdam bis heute noch nicht realisiert.

Ich zitiere diese Stellungnahme der Sowjetregierung nicht aus dem Grunde, um eine Verbeugung nach dem Osten zu machen in ähnlicher Weise, wie sie vor 14 Tagen nach dem Westen für notwendig erachtet wurde. Ich sage das darum, weil ich für notwendig halte, in der Frage der Einheit des Reichs sehr vorsichtig zu sein, und weil ich es für notwendig halte, daß in diesen heiklen Fragen vor allen Dingen der geschichtlichen Wahrheit Raum gegeben werden muß und daß alles bekämpft werden muß, was irgendwie diese geschichtlichen Wahrheiten und die Tatsachen der Politik des vergangenen Jahres verwischt.

Ich glaube, wir haben hier aus dem Vortrag des Herrn von Brentano gehört, daß Hessen im Vergleich zu den übrigen Ländern der amerikanischen Zone eine fortschrittliche Politik einhält, soweit es die Grundfragen einer Verfassung für die kommende Zeit betrifft, und ich glaube, daß wir auch Grund haben, über die Bemühungen der großhessischen Regierung unserer Freude Ausdruck zu geben, daß sie immer wieder bemüht ist, Tatsachen zu schaffen, die der Reichseinheit dienlich sind. Gerade die Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten, daß im September erstmals eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten aller vier Zonen zustandekommen soll, erfüllt uns mit besonderer Genugtuung, gerade weil wir hier in Hessen eine solche aufgeschlossene Politik als Allgemeingut bezeichnen können, gerade darum, weil die Feinde der Reichseinheit durch dieses Vorherrschen des Einheitsgedankens in Hessen bis jetzt gezwungen waren, ihre separatistischen Tendenzen im Hintergrund zu halten oder sie nur unter bestimmten Tarnungen zu proklamieren, wie zum Beispiel Frankfurt als Bundeshauptstadt. Gerade darum sollten wir in dieser Tradition fortfahren, die darauf hinausläuft, alles zu unterstreichen und alles zu festigen, was der Einheit des Reiches dient und was das deutsche Volk in den Stand setzt, ohne innerpolitische Verhetzung, ohne Demagogie schließlich das Vertrauen der Welt wieder zu erobern. Wir können es nicht zulassen, daß beispielsweise jetzt im Wahlkampf die zukünftige Stellung Deutschlands in der Welt zum Gegenstand innerpolitischer Auseinandersetzungen in entstellender Form gemacht wird. Auch wenn wir zwölf statt sechs Wahlen in einem Jahr zu absolvieren haben, sollten wir uns

mung entscheiden sollte. Weiterhin hob er die Notwendigkeit einer deutschen Zentralregierung für den Abschluß eines Friedensvertrages hervor. Vgl. Deuerlein, *Einheit*, S. 138f.

<sup>316</sup> Die sowjetische Regierung hatte auf der Potsdamer Konferenz im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem die Frage aufgeworfen, ob eine zentrale deutsche Verwaltung errichtet werden sollte. Sie betonte jedoch, daß es sich dabei nicht um eine einheitliche Regierung handeln solle, sondern um eine zentrale Organisation. Nur so könne der Kontrollrat in Finanz-, Transport-, und Außenhandelsfragen etc. Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandeln. Vgl. Deuerlein, *Deklamation*, S. 147f.

in keinem Moment von der Hauptsache ablenken lassen: Welche innerpolitischen Garantien können dafür geschaffen werden, daß erstens die Einheit des Reiches gewahrt wird, zweitens Deutschland den Platz in der Reihe der Nationen wiederfinden kann?

**Abg. Schwarzhaupt (LDP):**

Meine Damen und Herren! Ich habe heute morgen unmißverständlich und bedingungslos den Willen meiner Fraktion zur wirklichen Reichseinheit unseres Vaterlandes dargelegt. Unserer Meinung nach wird diese Reichseinheit kommen oder nicht kommen nur aus dem geschlossenen Willen unseres Volkes heraus. Weder von Westen noch von Osten wird sie uns geschenkt werden. Wir müssen in unserem Herzen den Willen haben: 'Ein Volk und ein Reich', und dies bedingungslos, nicht irgendwelche Grenzen, mögen sie flach oder hoch sein, innerhalb des Reichs. Damit werde ich diesen Punkt verlassen und mich anderen Fragen zuwenden. Ich will nicht viel sprechen über die Gestaltung der künftigen Verfassung, ob Ein- oder Zweikammersystem, eine Frage, die ja sicherlich auch noch erörtert werden wird. Ich gebe nur der Hoffnung Ausdruck, daß das allgemeine Wahlrecht in der künftigen Verfassung nicht so aussehen wird wie dieses Monstrum von Wahlrecht, das wir jetzt hinter uns haben. Die Bestimmung des § 7<sup>317</sup> mit ihren 15 Prozent ist ein Schlag in das Gesicht der Demokratie. Wenn in einer Stadt wie Frankfurt am Main, in der 190 000 gültige Stimmen abgegeben wurden, 45 000 Stimmen, also fast ein Viertel der Gesamtzahl, nach geschehener Wahl wirkungslos gemacht werden, dann ist das ein Unsinn.

Meine Damen und Herren! Ich bin mit meiner Fraktion der Meinung, daß man eine Zersplitterung unseres Parteiwesens verhindern soll, aber die Sperre, die dazu in das Wahlrecht eingebaut wird, muß vor der Wahl stehen und nicht hinter der Wahl. Sie muß vor der Wahl stehen dadurch, daß man eine hohe Unterschriftenzahl unter die Wahlvorschläge verlangt, aber die Sperre nach der Wahl einzubauen, daß die Leute erst zur Wahl gehen, ihre Stimme abgeben, um dann zu hören, die Stimmen sind ja völlig wirkungslos, sie fallen alle unter den Tisch, das ist eine Verfälschung des Willens der Bevölkerung. Wir haben heute schon sehr viel davon gesprochen, wieviel Dinge es gibt, die der Demokratie abträglich sind. Dieses Wahlgesetz ist ihr sehr abträglich.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch ein Wort sagen zur Frage der Zweiten Kammer, ob man sie Oberhaus nennt oder sonstwie. Eine solche Kammer braucht absolut nicht ein Schlupfwinkel der Reaktion zu sein. Das Leben eines Volkes erschöpft sich ja nicht in der Politik, das Leben eines Volkes äußert sich auch in Kunst, Wissenschaft, im ganzen Kulturleben, in der Industrie, in der Landwirtschaft, das sind alles Lebensäußerungen, die aber schicksalgestaltend für ein Volk sind, und diese Kräfte nun auch wertvoll zu machen für die Gestaltung des Schicksals eines Volkes, das ist die Aufgabe einer Zweiten Kammer. Und dazu kommt noch eins: Unterschätzen wir doch die Lebenserfahrungen nicht, meine verehrten Damen und Herren. Es gibt sehr viele Dinge, die kann man nicht lernen und nicht erwerben durch Studium, die kann man nur erfahren, erfahren ganz wörtlich durch die Fahrt durch das Le-

<sup>31</sup> Gemeint ist § 7 des Gemeindewahlgesetzes vom 15. Dezember 1945. Vgl. GVB1. 2 (1945), S. 7ff.

ben, und diese wertvollen Kräfte dann zu verwerten, auch in der Politik, auch in der Gestaltung des völkischen Schicksals, das ist die Aufgabe einer solchen Kammer, für die wir eintreten.

Es sind in letzter Zeit wieder Gedanken aufgetaucht über das Zweiparteiensystem im Hinblick auf die guten Erfolge, die Jahrzehnte, Jahrhunderte hindurch in England und Amerika damit gemacht worden sind. Aber ich möchte doch eins sagen: Was in England organisch gewachsen ist und von dort durch die Angelsachsen hinüber nach Amerika gebracht worden ist, von dem ist noch gar nicht sicher, daß es auch für Deutschland angebracht ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Wort von Goethe verlesen, das er in einem Gespräch mit Eckermann im Jahre 1824 gesprochen hat: „Für eine Nation ist nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem eigenen allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen ist ohne Nachhaffung eines anderen. Denn was dem einen Volk auf einer gewissen Altersstufe eine wohltätige Nahrung sein kann, erweist sich vielleicht für ein anderes Volk als Gift. Alle Versuche, irgendeine ausländische Neuerung einzuführen, wozu das Bedürfnis nicht im tiefen Kern der eigenen Nation wurzelt, sind daher töricht und alle beabsichtigten Revolutionen dieser Art sind ohne Erfolg, denn sie sind ohne Gott, der sich von solchen Puschereien abwendet.“

Ich glaube, dieses Wort von Goethe sollte man dem Verfassungsausschuß einmal zur Kenntnis bringen. Wenn wir das Zweiparteiensystem für unser Volk ablehnen, so geschieht es nicht aus irgendwelcher Eigenbrötelei und auch nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern aus wirklich ernsthaften staatspolitischen Erwägungen. Lassen Sie mich darüber ein Wort sprechen. Eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Aufgabe unserer Innenpolitik, ist die Eingliederung der Industriearbeiter als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Träger des staatlichen Lebens des demokratischen Staates. Diese Aufgabe, die die Industriearbeiterschaft in Zukunft hat, legt in erster Linie der deutschen Sozialdemokratie eine hohe Verantwortung auf, denn es ist ja gar kein Zweifel, daß der größte Teil der Industriearbeiterschaft seine politische Vertretung in der Sozialdemokratie sieht. Wenn aber die Sozialdemokratie diese hohe Aufgabe übernimmt, dann übernimmt sie die Verantwortung für den Staat und nicht für eine Schicht, nicht für eine Kaste und nicht für eine Klasse, sondern die Sozialdemokratie ist dann verantwortlich dem ganzen Volk, und das bedeutet, meine Damen und Herren, die Abschwächung, die Überwindung des Klassenkampfgedankens in der starren marxistischen Form. Diese Entwicklung hat etwa im Jahre 1923 in Deutschland eingesetzt, und ich erinnere mich mit Freude einer Rede, die der damalige Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Landtag, der Abgeordnete Heilmann <sup>318</sup> — ich glaube, er ist auch in Dachau gestorben —, gehalten hat. Nun, meine Damen und Herren, ist das ja mit politischen Programmpunkten und Formulierungen ähnlich wie mit theologischen Dogmen und Lehrsätzen. Die äußeren Formeln und Formulierungen

<sup>318</sup> Der jüdische Rechtswissenschaftler Ernst Heilmann (1881—1940) war 1919 in die Verfassunggebende Landesversammlung Preußens gewählt worden. Danach gehörte er dem preußischen Landtag an. Im Juli 1933 wurde Heilmann verhaftet und starb nach siebenjähriger Leidenszeit in verschiedenen Konzentrationslagern im KZ Buchenwald.

bleiben jahrzehnte-, jahrhundertlang, aber der Inhalt ändert sich, und nun lassen Sie mich einmal mit ein paar Worten sagen, was damals Heilmann sagte zu den beiden Problemen Klassenkampf und Internationalität:

„Klassenkampf, das ist der Bürgerschreck. Nun will ich Ihnen sagen, was wir Sozialdemokraten unter Klassenkampf verstehen. Wenn im Ruhrgebiet die Gewerkschaftssekretäre der Bergarbeiterschaft auf der einen Seite, die Syndici der Grubenbesitzer oder Grubengesellschaften auf der anderen Seite am grünen Tisch sich versammeln und nun zähe stunden-, ja tagelang ringen um den Stundenlohn, um Arbeitszeit, um Arbeitsbedingungen, um Verbesserungen für die Sicherheit der Arbeiterschaft, ich sage, miteinander ringen und kämpfen, sehen Sie, das ist ein Stück Klassenkampf.

Nun, meine Damen und Herren, das ist ein berechtigter Kampf, das ist der Versuch eines Ausgleichs von ganz natürlichen Gegensätzen, die im täglichen Leben sich tausendfach wiederholen.

Heilmann kam auch auf die Internationalität zu sprechen: „Sie setzt ja die Nation als solche voraus. International, das ist dasselbe wie katholisch, über die ganze Erde, die Herausstellung von gemeinsamen Interessen, die sich über die ganze Erde erstrecken. Das ist Internationalität in sozialistischem Sinn.“ Ich glaube, das ist eine Stellungnahme, die die Arbeiterschaft heranbringt und herangebracht hat an den Staat, sie geeignet gemacht hat, Mitträger dieses Staates zu werden.

Und nun, meine Damen und Herren, sind wir der Meinung, daß ein Zweiparteiensystem diese Entwicklung, die wir begrüßen, hemmen würde, daß eine Vereinigung auf bürgerlicher Seite sogleich Auftrieb geben würde denjenigen Kräften innerhalb der Sozialdemokratie, die die Vereinigung mit der äußersten Linken herbeiführen wollen. Das würde aber eine Radikalisierung der Sozialdemokratie bedeuten, die wir nicht wünschen. Was würde dann geschehen? Wir würden ja bei diesem Zweiparteiensystem gar nicht zwei politische Parteien in Deutschland bekommen, wie in Amerika Republikaner und Demokraten und in England Konservative und Labour Party. Nein, es würden sich zwei Wirtschaftsgruppen entgegentreten: Arbeiterschaft und Bürgertum, das Schlimmste, was es geben kann. Es ist doch heute in Deutschland so: Jeder Bürger soll Arbeiter sein und jeder Arbeiter soll Bürger sein, Bürger und Bürge dieses demokratischen Staates. Nur diese Gemeinschaft kann uns weiterbringen.

Ein kurzes Wort noch zur Stellung des Beamten. Wenn in der Monarchie gefordert wurde, daß jeder Beamte monarchisch eingestellt sei, dann ist es das gute Recht der Demokratie zu fordern, daß jeder Beamte auch demokratisch sei, und zwar innerlich demokratisch und in wirklich wahrer Gesinnung diesem demokratischen Staat dienen soll. Aber wenn wir einerseits ein volles, wahrhaftes Bekenntnis zum demokratischen Staat wollen, so lehnen wir auf der anderen Seite ab, daß versucht wird, den ganzen Beamtenapparat parteipolitisch aufzuziehen. In dem Antrag 11 der CDU heißt es:

„Die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union beantragt, der Beratende Landesausschuß möge beschließen, daß Beamtenernennungen mit Rücksicht auf die erst im Herbst erfolgende Wahl des Landtages vorläufig nur kommissarisch erfolgen. Erst nach vorliegenden Ergebnissen der Wahlen zum Landtag kann über die politische Besetzung des großhessischen

Verwaltungsapparates — besonders in den leitenden Stellen — endgültig entschieden werden.

Wir halten diesen Antrag für ganz unmöglich. Es gibt politische Beamtenposten, die parteipolitisch zu besetzen sind, zum Beispiel die Landräte, Regierungspräsidenten, Staatssekretäre und so weiter. Da spricht die Parteipolitik mit. Aber den ganzen Beamtenapparat aufspalten zu wollen, das machen wir nicht mit, und wir sind erstaunt, daß dieser Antrag hier gestellt worden ist. Wollen wir denn so weit kommen, daß womöglich noch nach evangelischer oder katholischer Konfession gefragt wird? Ich habe hier ein Schreiben vorliegen — ich will es nicht lesen —, wie bei den Justizbehörden in Frankfurt am Main der katholische Teil der Beamtenschaft in einer Weise bevorzugt wird, daß auch der evangelische Teil der CDU nicht sehr erbaut sein würde, wenn ich das vorbrächte.

Noch ganz kurz ein Wort zur Stellung der Kirche. Mein Freund Weidner hat ja darüber schon gesprochen. Wir wollen nicht, daß die Kirche, evangelisch oder katholisch, an dem Schicksal eines Volkes vorübergeht, ohne dazu Stellung zu nehmen. Die sittliche Erneuerung unseres Volkes muß wesentlich auch eine Aufgabe und eine Leistung der beiden Konfessionen sein. Dieser Meinung sind wir durchaus. Die Kirche soll das Gewissen unseres Volkes sein, aber die Kirche darf unter keinen Umständen die Dienerin irgendeiner Partei sein. Wir wollen, daß unsere Politik christlich ist, aber wir wollen nicht, daß das Christentum irgendwie parteipolitisch wird. Dagegen wenden wir uns. Ich bedauere es, daß hervorragende Leute der Kirche sich so einseitig für eine Partei verschreiben, wie ich es hier in einem Flugzettel der CDU vor mir habe. Hier habe ich die Einladung zu einer öffentlichen Versammlung, wo Herr Dr. Köhler gesprochen hat.

Da schreibt ein Oberkonsistorialpräsident von Arnim<sup>319</sup> aus Berlin: Ein wahres Mitglied der Bekennenden Kirche könne seine politische Stellung allein bei der CDU haben, weil diese allein das politische Leben mit dem Geiste des Christentums durchdringen wolle.

Verbreitet in einem Aufruf zu einer Versammlung von Herrn Dr. Köhler. Meine Damen und Herren! Das ist eine Überheblichkeit, die parallel geht der Überheblichkeit, die wir bei den Deutschnationalen auf politischem Gebiet erlebt haben. Das war weder deutsch noch national. Das Christentum ist uns zu lieb, als daß man es hineindrängen sollte in die Politik.

Und zum Schluß ein Wort zur außenpolitischen Lage. Wir sind ein Volk in Not und Elend wie nie zuvor. Wir leiden seelisch, und wir sind geschändet in unserer deutschen Ehre. Geschmäht und verachtet stehen wir einsam in der Welt. Aber trotz alledem: Wir wollen nicht den Mut verlieren. Wir sind deutsch, wollen deutsch bleiben, nein, wir wollen wieder deutsch werden, wir wollen wieder zurückkehren zum gesunden Kern unseres deutschen Wesens, nicht in nationalistischer Überheblichkeit, sondern im Bewußtsein dessen, was unser Volk einst der Menschheit gegeben hat und noch geben kann. Ich schlie-

<sup>319</sup> Hans Ludwig von Arnim (\*1889) war promovierter Jurist und in der NS-Zeit als Referent im Evangelischen Konsistorium Berlin Mitglied der Bekennenden Kirche. 1945 wurde er Präsident des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg und Mitglied der Kirchenleitung.

ße mit einem Wort von Stresemann, das er beim Eintritt in den Völkerbund sprach. Damals sagte er:

„Der wird der Menschheit am meisten dienen, der, wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben hat. So verbinden sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiet, so können sie sich auch verbinden im politischen Streben.“

Meine Damen und Herren! Dieses Wort, das ein Mann gesprochen hat, der vom Nationalisten und Imperialisten des Kaisertums zum Verständigungspolitiker emporgewachsen war, soll uns Leitstern sein auf dem schweren Weg in die Weltorganisation der Vereinten Nationen.

**Abg. Zinnkann (SPD):**

Bevor der Herr Kollege von Brentano mit seinem Bericht begonnen hat, habe ich ihn gefragt, ob er die Absicht habe, sehr lange zu berichten. Er sagte: „Nein“, da er vielleicht geglaubt hat, sich recht kurz fassen zu können. Er frug mich darauf, ob wir die Absicht hätten, uns an der Debatte zu beteiligen. Ich habe gesagt: „Nein, für uns liegt keine Veranlassung vor, bei diesem Punkt in die Debatte einzugreifen.“ Ich habe dann mit den Herren von der kommunistischen Fraktion gesprochen, da ist mir gesagt worden, daß man nur wenig von der kommunistischen Fraktion dazu zu sagen habe. Ich schicke das voraus, um darzutun, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht die Absicht gehabt hat, zu diesem Punkt sich an der Debatte zu beteiligen, und zwar um deswillen, weil wir der Meinung waren, daß eine Aussprache über diese Dinge, die der Herr Berichterstatter hier vortragen wird, einer späteren Versammlung vorbehalten bleiben soll, nämlich der Verfassungsgebenden Landesversammlung, die ja eigentlich dazu berufen ist, sich über diese Verfassungsfragen zu unterhalten.

Nun haben die Darlegungen des Herrn Kollegen Schwarzhaupt mir doch Veranlassung gegeben, mich zum Wort zu melden, um namens meiner Fraktion zu einigen Punkten Stellung zu nehmen. Herr Kollege Schwarzhaupt hat die Sozialdemokratische Partei auf die große Verantwortung hingewiesen, die sie in dem heutigen Staat hat, in dem Staat, der ja erst im Werden begriffen ist, in dem deutschen Staat, den wir uns ersehnen. Wir wissen, daß wir da eine große Verantwortung übernehmen, aber wir sind nie vor der Übernahme von Verantwortung zurückgeschreckt. Ich glaube, wir haben das in der Vergangenheit bewiesen. Ich erinnere daran, daß wir schon einmal nach einem verlorenen Krieg die Verantwortung übernommen haben, und ich weiß, daß es viele gab, die die Verantwortung, die die Sozialdemokratie damals übernommen hat, nicht richtig gewürdigt haben. Lassen Sie mich dafür ein kleines Erlebnis anführen. Anlässlich der Wahl des Reichspräsidenten, wo die Sozialdemokraten in der Stichwahl für die Kandidatur des Zentrumsmanne Marx gestimmt haben<sup>32</sup> – nicht weil wir Herrn Marx so außerordentlich gern gehabt haben, sondern weil wir Schlimme-

<sup>32</sup> Gemeint sind die Vorgänge bei der Reichspräsidentenwahl vom 29. März 1925. Der Zentrumskandidat Wilhelm Marx war im notwendig gewordenen zweiten Wahlgang als Sammelkandidat des aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bestehenden „Volksblocks“ zur Wahl angetreten. Vgl. Heiber, Republik, S. 169f.

res verhüten wollten —, habe ich zusammen mit dem Ludwigshafener Reichstagsabgeordneten Hofmann in einer Versammlung gesprochen. Da hat es der Herr Hofmann, der sich offenbar sehr viel auf seine Witzigkeit zugute tat, fertiggebracht zu sagen: „Die Volksbeauftragten, die haben sich so genannt, weil sie kein Mensch beauftragt hatte“<sup>321</sup>.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, dieses Beispiel wollte ich einmal herauskristallisieren, um zu zeigen, daß sogar Reichstagsabgeordnete keinen Sinn dafür gehabt haben, welches Maß von Verantwortung die Sozialdemokratische Partei nach dem ersten verlorenen Weltkrieg übernommen hat. In Wirklichkeit waren diese Volksbeauftragten tatsächlich vom Volk berufen, denn der Arbeiter- und Soldatenrat, der ja seinerzeit monatelang in Permanenz getagt hat, stellte die Volksvertretung des ganzen Deutschen Reiches dar. Er war beschiedt aus allen Gebieten des Deutschen Reiches, und aus dessen Hand haben die Volksbeauftragten damals ihren Auftrag erhalten. Wir Sozialdemokraten sind uns der Verantwortung, die wir übernehmen, sehr wohl bewußt, und wir wissen auch, was es bedeutet, wenn wir uns jetzt dafür einsetzen, daß der Industriearbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, in den Industriebetrieben eingeräumt wird, und zwar ein maßgebliches Mitbestimmungsrecht. Wir werden uns nicht mehr mit Brosamen begnügen, die von des Reichen Tisch fallen, sondern wir werden verlangen, daß dieses Mitbestimmungsrecht ein endgültiges sein wird. Wir haben für dieses Mitbestimmungsrecht schon im Weimarer Staat gekämpft, und ich darf das für mich persönlich sagen, der ich nunmehr seit mehr denn 40 Jahren gewerkschaftlich organisiert bin, daß in diesen 40 Jahren mein Kampf gerade diesem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft gegolten hat, und wenn nun in diesem Zusammenhang Herr Kollege Schwarzhaupt zum Ausdruck gebracht hat, wir müßten, wenn nun die Arbeitnehmerschaft zur Mitverantwortung und Mitbestimmung herangezogen wird, erkennen, daß für den Klassenkampf kein Raum mehr sei — ich glaube, sinngemäß war es wohl so —, dann möchte ich zu der Frage des Klassenkampfes ganz eindeutig etwas sagen: Werner Sombart<sup>322</sup> hat einmal gesagt, die Behauptung, Marx sei der Erfinder des Klassenkampfes, sei die größte Eselei. Klassenkampf, das heißt Interessengegensätze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, hat es schon tausend Jahre vor Marx gegeben und wird es solange geben, als es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt. Karl Marx hat bekanntlich sein Kapital in England geschrieben zu einer Zeit, wo man in Deutschland noch nicht viel großindustrielle Betriebe hatte, während in England die Industrie schon weit vorgeschritten war, und die Verhältnisse, die Karl Marx damals studiert hatte, gaben ihm ja eigentlich die Grundlage für sein Werk. Damals war es doch so, daß eine 16- oder 18-stündige Arbeitszeit an der Tagesordnung war, daß zehnjährige Kinder an den Webstüh-

<sup>321</sup> Der „Rat der Volksbeauftragten“ war am 10. November 1918 durch die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte gewählt worden. Der Rat fungierte als vorläufige Regierung für Deutschland und löste sich nach dem Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung im Februar 1919 auf. Vgl. ebd. S. 19.

<sup>322</sup> Prof. Werner Sombart (1863–1941) war einer der bekanntesten Nationalökonomien des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. „Der moderne Kapitalismus“ (2 Bde., 1902) kann als sein Hauptwerk bezeichnet werden.

len gestanden haben, und das, meine Damen und Herren, war Klassenkampf, das war der Klassenkampf von oben, indem eine dünne Schicht Besitzender, im Besitz der Produktionsmittel befindlicher Menschen, die anderen, die nichts hatten, ausgebeutet haben. Ich muß objektiv sein und sagen, daß das nicht nur in England so war, denn als nachher die Industrie auch in Deutschland ihren Einzug gehalten hat, da haben sich ähnliche Verhältnisse herauskristallisiert. Als ich im Jahre 1928 ins Ministerium für Arbeit und Wirtschaft berufen wurde, da gerieten mir einmal Akten in die Hand, aus denen ich feststellte, daß noch um die Jahrhundertwende in Neu-Isenburg, dicht vor den Toren Frankfurts gelegen, wo die Wurstfabrikation zu Hause war, die Schlachtergesellen 16 und 18 Stunden täglich gearbeitet haben. Das bezeichnen wir Sozialdemokraten als den Klassenkampf von oben. Wenn also von Klassenkampf überhaupt gesprochen wird, dann waren es die anderen, die den Klassenkampf begonnen haben, und es ist nur allzu verständlich, daß diejenigen, die ausgebeutet wurden, sich gegen ihre Ausbeuter zur Wehr gesetzt haben und so ist der Klassenkampf von unten entstanden.

Ich darf also sagen, und nur deshalb habe ich überhaupt das Wort ergriffen, daß wir uns der Verantwortung wohl bewußt sind, die wir übernehmen, daß wir aber bereit und willens sind, diese Verantwortung in vollem Umfange auf uns zu nehmen. Ich wiederhole das, was ich vorhin zitiert habe von Werner Sombart: Klassenkämpfe wird es so lange geben, wie es Klassen gibt. Sorgen Sie, daß die Klassen verschwinden, dann werden auch die Klassenkämpfe verschwinden!

**Abg. Dr. Köhler (CDU):**

Meine Damen und Herren! Ich möchte einleitend dasselbe unterstreichen, was Herr Kollege Zinnkann soeben zum Ausdruck gebracht hat, daß ich ursprünglich gar nicht die Absicht gehabt habe, zu sprechen. Die Ausführungen von Herrn Kollegen Schwarzhaupt zwingen mich allerdings doch, das Wort zu ergreifen. Ich muß eins zum Ausdruck bringen: Wenn ich ein Nationalsozialist wäre, so ein richtiger Nazi, dann würde ich mich über den Verlauf dieser polemischen Auseinandersetzungen außerordentlich freuen, denn sie wären mir ja ein schlagender Beweis dafür, daß diejenigen, die sich heute antifaschistisch nennen, im Grunde genommen sich ja eigentlich gar nicht in der Zielsetzung einig sind, nämlich in der, nicht wieder Zustände zurückkehren zu lassen, wie wir sie glücklicherweise hinter uns haben. Und wenn ich Amerikaner wäre, so würde ich mir sehr ernsthaft die Frage vorlegen: Vielleicht war es doch etwas verfrüht, daß wir dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben haben, Parteien zu bilden und eine Demokratie aufzubauen, denn solche Polemiken innerhalb der Parteien erinnern außerordentlich lebhaft an die Zeit vor 1933, und es ist immerhin sehr merkwürdig, Herr Schwarzhaupt, bei aller Verehrung, die ich für Ihre Persönlichkeit habe, daß ausgerechnet von Ihrer Seite derartige Ausführungen gegenüber der CDU gemacht worden sind. Ich habe leider keine Gelegenheit gehabt, Herr Kollege Weidner, Ihre Ausführungen zu hören, aber was mir darüber bekannt geworden ist, hat mir genügt. Das eine möchte ich Ihnen sagen, Herr Schwarzhaupt: Wenn auf dem Zettel mit der Einladung zu einer Versammlung, in der ich gesprochen habe, eine Erklärung steht, die die Meinungen des Herrn von Arnim enthält, so können Sie uns doch nicht verwehren,

das anderen Leuten bekanntzugeben. Wir freuen uns außerordentlich, wenn eine solch prominente Persönlichkeit sich zur Partei bekennt, und es entspricht durchaus den Grundsätzen der Demokratie, wenn sie offen ihre Meinung sagt. Ich möchte umgekehrt fragen, wenn ein solches Bekenntnis auf Ihrer Aktivseite läge, ob Sie ein solches Bekenntnis nicht weitergeben würden? Wenn eine solch prominente Persönlichkeit sich so ehrlich und eindeutig zur CDU bekennt, dann können wir uns nur darüber freuen, dann haben wir jede Veranlassung, ein solches Bekenntnis auch weiteren Kreisen zu übermitteln.

Sie haben sodann Bedenken zum Ausdruck gebracht gegen den Antrag, den wir gestellt haben: „Der Beratende Landesausschuß möge beschließen, daß Beamtenernennungen mit Rücksicht auf die erst im Herbst erfolgende Wahl des Landtages vorläufig nur kommissarisch erfolgen.“ Unser ganzer Verwaltungsapparat ist im Aufbau begriffen. Das Spiel der politischen Kräfte ist weder nach der einen noch nach der andern Seite hundertprozentig übersehbar. Es liegt nun einmal im Wesen der Demokratie, daß man in einem demokratischen Staat nicht ausgesprochen antidemokratische Beamten einstellt, sondern nur solche, die sich aus innerstem Herzen zur Demokratie bekennen und im entscheidenden Falle auch bereit sind, die Konsequenzen aus diesem Bekenntnis zu ziehen. Darum geht es nämlich, wir haben es ja schon einmal erlebt, zu welchen Wirkungen es führt, wenn ein Mangel in dieser Beziehung vorhanden ist. Und infolgedessen halten wir es nicht nur für gerechtfertigt, sondern für unbedingt notwendig, daß jetzt, namentlich in den leitenden politischen Stellungen, nur kommissarische Ernennungen erfolgen, die dann endgültig werden können, wenn das Spiel der politischen Kräfte geklärt ist, und das wird ja nach menschlichem Ermessen in zwei, drei Monaten der Fall sein. Dann werden, das möchte ich in diesem Zusammenhang nochmals betonen, alle politischen Parteien zu dem Teil an der Verantwortung, der Regierung und der Mitarbeit beteiligt werden, der dem Vertrauen des Volkes nach der Zahl der Wählerstimmen entspricht.

Das ist das Wesen der Demokratie, darüber kann kein Zweifel bestehen. Im übrigen wird selbstverständlich für die endgültige Bestellung eines Beamten sein parteipolitisches Bekenntnis allein nicht entscheidend sein, wesentlich sind natürlich seine sachlichen und fachlichen Voraussetzungen. Aber wir wollen uns auch darüber keinen Illusionen hingeben, das ist in der Demokratie so, es wird immer politische Beamte geben. Ich sehe darin auch kein Unglück, es wird ja jede Partei so viel Verantwortungsgefühl haben, daß sie Leute hinstellt, die nicht nur politische Verantwortlichkeit haben, sondern darüber hinaus auch so viel (...)

(Zwischenruf des Abg. Weidner (LDP): Das werden Katholiken sein!)

Das werden nicht nur Katholiken sein, wir haben den Wunsch, auch protestantische Kräfte an die Stellen zu setzen, wo sie hingehören.

Was im übrigen die Frage der Verfassung anbelangt, so möchte ich hier auf längere Ausführungen verzichten. Wir haben ja gehört, was Herr von Brentano gesagt hat. Wir haben dazu im Parlament nichts zu sagen, ich hätte überhaupt nicht das Wort ergriffen, wenn Herr Schwarzhaupt nicht die Freundlichkeit gehabt hätte, uns anzusprechen.

**Abg. Bauer (KPD):**

Verehrte Anwesende! Ich habe nicht die Absicht, lange Reden zu halten, auch nicht die Absicht, über Verfassungsfragen zu sprechen, sondern nur deswegen, weil die Diskussion der Verfassungsfrage verbunden ist mit einer Anfrage an den Herrn Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren! In einigen Stunden, vielleicht in zweieinhalb Stunden, schließen wir das erste Parlament nach zwölf Jahren in Groß-Hessen. Wir haben die Arbeiten angefangen mit einem Bekenntnis zu Deutschland. Wir haben in den wenigen Plenarsitzungen oft sehr leidenschaftlich, aber doch im großen und ganzen sachlich gekämpft, um zu den Problemen Stellung zu nehmen, und wir haben feststellen können, daß wir uns einig waren darin, daß unsere ganze Arbeit sinnlos ist, wenn wir nicht zur Einheit Deutschlands kommen. Wir waren uns weiter einig darüber, daß die Verantwortung, die wir übernommen haben, und zwar alle antifaschistischen Parteien, eine selten große Verantwortung ist. Ich glaube, es wird wenige Parteien in dieser Welt geben, die in einer solch tragischen Situation das Erbe eines verlorenen Krieges übernehmen mußten. Wir müssen Deutschland aufbauen in einem Moment, wo es besetzt ist. Wir müssen nach innen hin das Volk zur Demokratie bringen und erziehen, wir müssen nach außen hin die Interessen des Volkes vertreten, selbst wenn wir noch keine Außenpolitik offiziell treiben dürfen. Aber, und das möchte ich, wenn ich auch das jüngste Mitglied dieses Hauses bin, Ihnen doch aus langer praktischer Erfahrung sagen, weil ich mit internationalen politischen Dingen zu tun hatte, wir müssen das nicht nur in einer Form tun, die nicht den Gedanken im Ausland aufkommen läßt, daß wir [auf] einmal hier chauvinistisch geworden sind, wir müssen das tun mit der Erkenntnis, daß wir den verlorenen Krieg hinter uns haben, wir müssen es tun mit der Erkenntnis, daß der Hitler-Faschismus leider in Deutschland hat hausen können und im Namen des deutschen Volkes zu Unrecht gesprochen hat. Wenn wir diese Würde dem Ausland gegenüber aufbringen, dann werden wir weiterkommen. Zu dieser Würde gehört allerdings auch etwas anderes: daß wir Auseinandersetzungen über das Gesicht des neuen Deutschlands und über die Beziehungen der einzelnen Länder zueinander verschweigen und hintanstellen bis zu dem Moment, wo wir erreicht haben, daß Deutschland einheitlich erhalten bleibt. In diesem Sinne haben wir den letzten Antrag eingebracht, der zu dem Problem der Einheit in dem aufgezeigten Sinne Stellung nimmt, haben ihn dem Präsidium übergeben und den Vorsitzenden der Fraktionen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion der KPD im Beratenden Landesausschuß Groß-Hessen beantragt, daß folgende Entschliebung zur Lage Deutschlands angenommen werden möge:

Der Beratende Landesausschuß hat mit Besorgnis von den Plänen Kenntnis genommen, die über eine künftige Gestaltung Deutschlands zur Zeit diskutiert werden. Der Beratende Landesausschuß ist sich wohl bewußt, daß es nicht Aufgabe eines Landes sein kann, die Außenpolitik Deutschlands allein zu bestimmen. Er weiß auch, daß Deutschland im Moment noch auf Grund des durch den Nazismus provozierten Krieges als Objekt behandelt wird und nicht über sich allein entscheiden kann. Trotzdem betrachtet es der Beratende Landesausschuß als die Aufgabe jedes

Deutschen, zu den brennendsten Fragen der künftigen Stellung Deutschlands in der Welt Stellung zu nehmen.

Der Beratende Landesausschuß ist der Meinung, daß das deutsche Volk in Zukunft weder eine Ost- noch Westpolitik betreiben soll, sondern mit allen Völkern dieser Erde in Friede und Freundschaft leben muß. Das Vertrauen der Welt kann nur durch den Aufbau einer wahren Demokratie gewonnen werden und den eindeutigen Verzicht auf jegliche kriegerische Politik. Dies und nichts anderes darf in den Äußerungen der verantwortlichen Politiker zum Ausdruck gebracht werden. Der Beratende Landesausschuß warnt alle, die hoffen, daß Deutschland durch einen neuen Krieg wieder groß und mächtig werden könne. Nur in einem wahren und gerechten Frieden kann Deutschland hoffen, bald seinen Platz unter allen Völkern dieser Erde wieder einnehmen zu können.

Gerade weil der Beratende Landesausschuß dieser Auffassung ist, muß er erneut seiner Überzeugung Ausdruck geben, daß Deutschland als nationale Einheit erhalten bleiben muß, so wie es von den vier Großmächten in der Potsdamer Konferenz erklärt wurde. Eine Abtrennung des Ruhr- und Rheingebiets würde das Todesurteil eines neuen Deutschlands bedeuten. Das deutsche Volk muß nach Meinung des Beratenden Landesausschusses besonders den Nachbarvölkern, die heute noch ein verständliches Mißtrauen bezeugen, alle Garantien geben, daß Deutschland niemals mehr seine Nachbarländer überfallen wird. Diese Garantien aber müssen in anderer Form als durch Loslösung bestimmter Gebiete von Deutschland gefunden werden.

Auf keinen Fall aber kann sich der Beratende Landesausschuß damit einverstanden erklären, daß in der größten Notzeit Deutschlands innerhalb Deutschlands selbst separatistische und föderalistische Pläne diskutiert werden, die gerade in der jetzigen Zeit die Einheit Deutschlands noch mehr gefährden. Nach Meinung des Beratenden Landesausschusses kann es für jeden Deutschen keine bedingte Einheit oder eine Einheit unter Vorbehalt geben. Nur die integrale Einheit Deutschlands kann uns vom endgültigen Untergange retten. Diskussionen über die äußere Staatsform und das künftige Verhältnis der Länder zueinander dürfen in keiner Weise die Einheit Deutschlands bedrohen.

Im Bewußtsein der großen Verantwortung, die die vier Parteien für die Zukunft Deutschlands tragen, fordern sie das ganze deutsche Volk auf, an die Zukunft der Heimat und ihrer Kinder zu denken, keine Sonderinteressen gelten zu lassen und mit allen Mitteln für die nationale Einheit Deutschlands einzutreten.

Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen; es würde damit der Kreis unserer Arbeit geschlossen werden. Am Anfang stand die Resolution zur Einheit, und wir würden mit dem Bekenntnis zur politischen Einheit schließen.

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich noch Gelegenheit habe, zu den Fragen, die mich speziell berühren, Stellung zu nehmen.

Vorerst ein kurzes Wort zur Verfassungsfrage und zu den Arbeiten, die im Verfassungsausschuß geleistet worden sind. Ich halte es für meine Pflicht, daß ich den Mitgliedern des Verfassungsausschusses für die sachliche Arbeit und für die große Mühe — die Herren kamen hergereist zu einer Zahl von Sitzungen, die meist ganze Tage in Anspruch nahmen — meinen Dank ausspreche und damit auch den Dank verbinde an die etwa 30 Einzelpersonlichkeiten, die wir aufgefordert hatten, zu den Problemen der Verfassung sich zu äußern<sup>323</sup>. Es sind zum Teil sehr wertvolle Antworten eingegangen, und wir werden das ganze Material der verfassungsgebenden Körperschaft überlassen.

Da ich dem Verfassungsausschuß präsiidierte, stand ich vor der Frage: Soll ich dem Ausschuß selbst den Entwurf vorlegen? Kollege Hoegner<sup>324</sup> in Bayern hat es so gemacht. Ich habe es nicht für richtig gehalten. Ich wollte den Verfassungsausschuß in gar keiner Weise beeinflussen, sondern ihm Gelegenheit geben, sich über alle Probleme selbst auseinanderzusetzen, und so stelle ich mir auch die Verhandlungen in der verfassungsgebenden Körperschaft vor. Wir haben kein fertiges Programm vorgelegt, sondern haben Sie auf die Problematik hingewiesen, die hinsichtlich einer Landesverfassung im Hinblick auf die spätere Reichsverfassung besteht. Das Parlament wird sich die Frage vorlegen: Grundrechte in unsere Landesverfassung hineinzubringen, ist das nicht ein Vorgriff auf die Reichsverfassung? Das Verhältnis zur Reichsverfassung muß vom Parlament sehr eingehend geprüft werden. Wir wollen ein gewisses Maß von Grundrechten jedenfalls hineinnehmen, man kann aber auch einen gegenteiligen Standpunkt vertreten. Jedenfalls muß eine Bestimmung in unsere Landesverfassung hinein, daß alle Bestimmungen dieser Landesverfassung außer Kraft zu treten haben, sobald sie zu Bestimmungen der späteren Reichsverfassung in Widerspruch stehen.

Weiter problematisch ist die Frage, ob ein Ein- oder Zweikammersystem gewählt werden soll. Es wäre erwünscht, zu einer gewissen Homogenität zu kommen. Der bayerische Verfassungsentwurf hat einen Senat vorgesehen<sup>325</sup>. Die Senatsmitglieder müssen 45 Jahre alt sein. Glücklicherweise scheint uns diese Formulierung nicht zu sein. Wir waren in dem Ausschuß eigentlich überwiegend der Auffassung, unser Land nicht mit einem Zweikammersystem zu belasten, sondern, was vielleicht richtiger ist, vor das Parlament beratende Körperschaften einzuschalten und hier die Erfahrungen, von denen Herr Schwarzhaupt gespro-

<sup>323</sup> Am 5. April hatte die Verfassungskommission einen Fragebogen verabschiedet, der an zahlreiche Körperschaften und Einzelpersonen mit der Bitte versandt wurde, eine Stellungnahme zur neuen Verfassung abzugeben. Dabei sollten u.a. folgende Fragestellungen angeschnitten werden: Mitwirkung des Volkes durch Volksentscheid und Volksbegehren, Ein- oder Zweikammersystem, Gewährleistung der Aktionsfähigkeit der Regierung, besonderer Staatspräsident neben dem Ministerpräsidenten, Volkswahl oder Parlamentswahl, vom Vertrauen des Landtages abhängige oder unabhängige Regierung, Wahlsystem und Notverordnungsrecht. Auf den Fragebogen trafen bis Mai 1946 ca. 40 Denkschriften ein. Vgl. Lengemann, Hessen-Parlament, S. 36f. und Berding, Entstehung, Dokument 6, S. 46f. u. Dokumente 7-15, S. 48-147.

<sup>324</sup> Wilhelm Hoegner (1887-1980), SPD, war im Oktober 1945 in Bayern zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

<sup>325</sup> Zum bayerischen Verfassungsentwurf vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 248ff.

chen hat, zu konzentrieren in der Form eines Wirtschaftsrats, Kulturrats etc. und diese dann beratend dem Parlament zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere Problematik: Staatspräsident oder nicht Staatspräsident? Auch darüber wird sich das Parlament auseinandersetzen müssen. Es ist vielleicht für Sie interessant zu erfahren, daß in dem bayerischen Verfassungsentwurf eine Bestimmung enthalten ist, daß die Minister auf vier Jahre fest gewählt werden, so daß auf diese Weise eine Stabilität erreicht werden soll, ich glaube aber, man kann die Stabilität auch auf andere Weise erreichen. Das ist eine Grundfrage, über die das Parlament sich wird auseinandersetzen müssen.

Und nun zu den einzelnen Fragen, die an mich gerichtet worden sind und deren Beantwortung Sie zum Teil nicht ganz befriedigt hat. Ich beginne mit dem Großherzoglichen Hause und darf dazu folgendes kurz erklären: Wie schon in meiner schriftlichen Antwort zum Ausdruck gebracht, handelt es sich keineswegs um Subventionen, sondern um Rechtsansprüche aus einem Vertrag. Ich hätte vielleicht aber noch hinzufügen können, daß dieser Leistungspflicht auf Seiten des Staates erhebliche Leistungen des Großherzoglichen Hauses gegenüberstehen. Es sind im ganzen 74000 ha Forstgebiet, das früher Eigentum des Großherzoglichen Hauses war, an den Staat überlassen worden, und die Zahlungen stellen den Kaufpreis dar. Ich habe in meiner Antwort erklärt, daß wir diese Verträge nachprüfen. Sie sind nicht von uns geschlossen, sie wurden geschlossen, bevor Groß-Hessen bestand, und zwar, ich glaube von Herrn Professor Dr. Bergsträsser, der damals die hessische Regierung vertrat. Wir haben es mit Rechtspflichten zu tun, und es kann nur darauf ankommen, ob man unter dem Gesichtspunkt der Verhältnisse eine Wandlung in der Erfüllung der Verpflichtungen eintreten lassen kann. Diese Sache wird mit aller Ruhe geprüft, und ich habe angeordnet, daß weitere Zahlungen nicht erfolgen, bis diese Prüfung durchgeführt ist.

Zur Kriegsgefangenenfrage: Wer unsere Verhandlungen im Länderrat und die zahlreichen Beschlüsse kennt, die in dieser Sache gefaßt wurden, der wird uns sicher nicht den Vorwurf der Bescheidenheit machen können. Wir haben mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie wichtig dieses Problem ist und daß vor allem die landwirtschaftlichen Arbeiter zurückkehren müssen und die Bergbauarbeiter. Mit allem Nachdruck haben wir die Freilassung der Gefangenen verlangt.

Presseerklärung: Es war natürlich eine sinnlose Vorstellung, als hätte ich je ein Grundrecht der Presse in Abrede gestellt. Das ist sicher nicht anzugreifen.

Was die andere Erklärung anbelangt, so darf ich ganz offen sagen, so hätte ich es vielleicht für richtiger gehalten, wenn man sich mit meiner Erklärung begnügt hätte. Es ist vielleicht gar nicht richtig, daß wir uns nochmals hier über den Inhalt der Erklärung unterhalten. Jedenfalls, das muß ich auch von den Herren der Kommunistischen Partei erwarten, kann man mir nicht vorwerfen, daß ich eine Westpolitik und eine Politik gegen die russische Zone treibe. Ich bin zuerst in die russische Zone hineingefahren<sup>326</sup>, und ich kann sagen, daß die Beziehungen, die ich angeknüpft habe, sich außerordentlich wertvoll ausgewirkt haben. Nachteilige Wirkungen sind nicht eingetreten. Gerade die Haltung des

<sup>326</sup> Geiler meint seine Reise nach Weimar im Januar 1946. Vgl. Anm. 14.

Präsidenten Paul mir gegenüber ist das beste Zeugnis. Wir haben jetzt wieder Beschlüsse gefaßt, die auch in kultureller Beziehung gehen. Der Kontakt nach dem Osten wird meines Erachtens immer stärker und nicht schwächer werden.

Und nun ein letztes Wort zur Rhein- und Ruhrfrage. Ich begrüße die vorgelegte Resolution außerordentlich und darf vielleicht zu dieser Schicksalsfrage Ihnen kurz noch folgendes mitteilen, was Sie sicher interessieren wird. Die britische Zone steht zur Zeit vor einer bedeutungsvollen Entscheidung. Während bisher die Sache so aussah, als ob die britische Militärregierung den Ländergedanken ablehnen würde, hat sie jetzt ausdrücklich erklärt, daß sie sich zu diesem Ländergedanken bekennen will, und hat die Regierungen aufgefordert, selbst das Problem in die Hand zu nehmen und Vorschläge auszuarbeiten, wie die Ländergestaltung in der britischen Zone erfolgen soll. Nun ist nach meiner Information die Sache so, daß zwei Strömungen einander gegenüberstehen, eine Strömung, ich möchte sagen, etwas partikularistische Strömung, die fünf bis sechs Gliedstaaten haben will, und eine, die drei Gliedstaaten verlangt. Ich bin gestern aufgefordert worden, rasch noch für die Presse Stellung zu diesem Problem zu nehmen, da am 13. des Monats in Godesberg die Regierungschefs der britischen Zone zusammenkommen, um sich über die Länderfrage zu orientieren und eine Klärung darüber zu schaffen, wie das Länderproblem in der britischen Zone organisiert werden soll. Ich habe mich in meinen Ausführungen, die heute noch abgehen, dafür eingesetzt: nur die Schaffung von drei mittelgroßen Ländern nützt dem Reichsgedanken. Wenn das britische Gebiet in fünf oder sechs Länder zerfällt, so ist das eine Zersplitterung, die dem Neuaufbau des Reiches nicht förderlich ist. Ich glaube, wenn drei Länder gebildet werden, nämlich Rheinland-Westfalen, Hannover mit Ausdehnung bis an die See und Schleswig-Holstein, vielleicht später noch vergrößert durch Mecklenburg, so ist das eine ausgezeichnete Lösung dieses Problems, und unter dem Gesichtspunkt der Rhein- und Ruhrfrage ist es viel richtiger, ein Land zu bilden, das Rhein und Ruhr im ganzen umfaßt. Das sind meines Erachtens Erwägungen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Das Zweite, wofür ich eintrete, ist die Abschaffung der Zentralstellen, die in der britischen Zone gebildet sind<sup>327</sup>. Für die wichtigsten Gebiete: Landwirtschaft, Justiz, Wirtschaft ist die Sache ja so, daß die Länderregierungen überhaupt nichts zu sagen hatten, daß Zentralstellen bestanden, die unmittelbar der Militärregierung verantwortlich waren, und deshalb bin ich dafür eingetreten, daß diese Zentralstellen verschwinden und daß auch in der britischen Zone ein Länderrat geschaffen wird ähnlich dem unsrigen, der die Frage der Koordinierung oder Gleichschaltung in der Bundesratsweise löst, wobei wir alle darüber klar sind, daß jede Zonenregierung dem Einheitsgedanken widerspricht und unter allen Umständen abgelehnt werden muß.

Und so lassen Sie mich schließen, indem ich meiner Befriedigung Ausdruck gebe über die Resolution, die Sie fassen wollen, und indem ich nicht überheblich sage: „Deutschland über alles“, aber: „Alles für Deutschland!“

(Lebhafter Beifall)

<sup>327</sup> Die britische Militärregierung hatte in ihrer Besatzungszone Zonen-Zentralämter errichtet, die für die ganze Zone zuständig waren. Vgl. Vogel, Westdeutschland, Teil I, S. 18.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wir sind damit zum Schluß der Beratungen gekommen und beginnen nunmehr mit dem schwierigen Kapitel der Abstimmung. Ich bitte jetzt insbesondere die Herren Fraktionsvorsitzenden, gut aufzumerken.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Anträge, die den Flüchtlingsausschuß betreffen. Es handelt sich um:

Antrag 22 der CDU: „Sonderfürsorge für die Ostflüchtlinge“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 23 der CDU: „Zwangswise Rückführung von Evakuierten in andere Zonen“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 27 der KPD: „Eingliederung der aus dem Ost- und Südostraum zugewiesenen Flüchtlinge“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 28 der KPD: „Rückführung der Evakuierten“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 29 der KPD: „Zusammenhaltung der aus einem Gebiet kommenden Arbeitskräfte“. Wird einstimmig angenommen.

Dazu kommt die Entschließung des Flüchtlingsausschusses, die gestern der Herr Berichterstatter Krüger vorgetragen hat. Wird einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Ernährungspolitischen Ausschuß. Da liegt an sich nichts mehr vor, nur Anfrage 46 und Antrag 47. Beide sind ordnungsgemäß beantwortet worden, und ich nehme an, daß wir sie als erledigt ansehen können. Die Anträge „Volkssiedlungsgesetz“ der SPD und „Ablieferungssoll“ der KPD wurden an den Ausschuß verwiesen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Sozialpolitischen Ausschuß.

Anfrage 7 der CDU: „Jugendgesetzgebung“. Ist erledigt.

Anfrage 20 in Verbindung mit Antrag 25 der KPD: „Jugendliche Arbeitslose“. Die Anfrage 20 ist erledigt durch Beantwortung.

Antrag 25 der KPD: „Fürsorge für die Jugendlichen“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 24 der CDU: „Förderung der beruflichen Ausbildung Jugendlicher, besonders zurückgekehrter jugendlicher Kriegsgefangener“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 26 der KPD in Verbindung mit Antrag 51 der SPD: „Betriebsrätegesetz“. Werden einstimmig angenommen.

Anfrage 18 der SPD: „Fürsorge für Kriegsbeschädigte“ und Anfrage 19 der CDU: „Soldatenfrauen“. Können als erledigt angesehen werden, da schriftlich beantwortet.

Antrag 17 der CDU: „Befreiung der Schwerkriegsbeschädigten von der Kraftfahrsteuer“. Wurde bereits am 21. Mai erledigt.

Antrag 21 der CDU: „Sondermaßnahmen zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten“. Sind Sie mit der Änderung „Schwerkriegsbeschädigte“ in „Schwerbeschädigte“ einverstanden?

(Zustimmung)

Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 52 der SPD: „Betreuung aller Erwerbsbeschränkten“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 53 der SPD: „Heil- und Pflegeanstalten“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 55 der SPD: „Verbilligung der Arbeiterzeitkarten“. Wird einstimmig angenommen.

Ferner liegt noch vor die Neufassung der Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 12. Januar 1923. Dieser Vorschlag ist vom Berichterstatter als Ergebnis der Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses vorgetragen worden. In den vorliegenden Exemplaren ist zu beachten, was auf den vervielfältigten Exemplaren fehlt, daß im § 7 gestrichen wird „des § 1“. Wird einstimmig angenommen.

Ferner liegt von der Fraktion der CDU vor: „Entwurf einer Verordnung über die Errichtung eines Oberversicherungsamtes für das Land Groß-Hessen“. Dazu ist zu berichtigen, daß es sich nicht um einen Antrag der CDU handelt, sondern um einen solchen des Sozialpolitischen Ausschusses. Wird mit Mehrheit angenommen.

Ferner Antrag der LDP über die schwierige Lage der Lohndreschbetriebe. Wird einstimmig angenommen.

Ferner Antrag der SPD-Fraktion: „Die Großhessische Landesregierung möge bei der Militärregierung vorstellig werden, damit das beschlagnahmte Vermögen der N.S.V. und deren Heime dem Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt unterstellt werden. – Dieses Vermögen sowie die Heime sind für Flüchtlinge zu verwenden.“ Wird einstimmig angenommen.

Zum Kulturpolitischen Ausschuß:

Anfragen 30–34 sind durch Beantwortung erledigt.

Antrag 35 der KPD: „Reichseinheitliche Planung auf dem Gebiet des Unterrichtswesens“. Wird einstimmig angenommen.

Antrag 36 der LDP: „Erhaltung des Forstwirtschaftlichen Instituts in Gießen“. Wird einstimmig angenommen.

Hierbei ist noch zu behandeln der Vorschlag der vier Parteien für eine Kundgebung, der folgenden Wortlaut hat:

- „a) Die Kirchen haben das Recht und die Pflicht, zu Fragen des öffentlichen Lebens vom ethischen Standpunkt aus Stellung zu nehmen, ohne aber für oder gegen einzelne Parteien sich auszusprechen, da man in jeder Partei Christ sein kann.
- b) Den einzelnen Geistlichen kann das Staatsbürgerrecht der parteipolitischen Betätigung nicht bestritten werden, es ist eine Taktfrage, wie weit sie darin gehen sollen, da im Volksbewußtsein der Geistliche als Staatsbürger und Amtsträger schwer auseinanderzuhalten ist.
- c) Alle politischen Äußerungen von Kirchen und Geistlichen sollen vom Geist strengster Wahrheitsliebe, Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit getragen sein, da andernfalls die Kirchen in den politischen Kampf hineingezogen würden. Alle politischen Parteien hingegen haben den Willen, die Kirche nicht in einen politischen Kampf hineinzuziehen, der dem Ansehen der Kirche schädigend wäre.

Wird einstimmig angenommen.

Ferner Antrag des Kulturpolitischen Ausschusses vom 6. Mai 1946:

„Angesichts der Tatsache, daß die bereits in diesem Jahre zu schaffende Verfassung für Groß-Hessen, die am 27. Oktober 1946 vom Volke selbst bestätigt oder verworfen werden wird<sup>32)</sup>, die Frage der Trennung von Staat und Kirche, von Religion und Schule in dem einen oder anderen Sinne klären muß, beschließt die Beratende Landesversammlung von Groß-Hessen, die Diskussion über den Inhalt der Schulerziehung zu vertagen. Alle Fraktionen sind sich darüber einig, daß unabhängig von der strittigen Frage der christlichen Simultanschule die Erziehung der Kinder auf folgender Grundlage zu erfolgen hat:

1. Die Schule hat die Aufgabe, den Schüler im Rahmen der Demokratie zu den Grundforderungen der Freiheit, der Friedensliebe, der sozialen Gerechtigkeit und Menschenwürde, zur Liebe zu Volk und Vaterland und zur Achtung vor allen Völkern und Rassen zu erziehen.
2. Sie soll dem Schüler die Grundlagen zur Ausbildung der in ihm liegenden Kräfte und Fähigkeiten geben, ihm die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen und ihn für seine Mitarbeit im Berufsleben vorbereiten.

Wird einstimmig angenommen.

Zum Kommunalpolitischen Ausschuß:

Hier ist noch die Ziffer 6 offen: „Beschlagnahmung von Wohnraum in der Stadt Kassel“, auf die der Herr Ministerpräsident noch keine Antwort gegeben hat. Ich frage, ob wir diesen Antrag als erledigt betrachten wollen.

(Zustimmung)

Anfrage 8 der CDU: „Verwaltungsreform“ und Anfrage 9 der KPD: „Schaffung eines neuen Beamtengesetzes“ sind beantwortet, können daher als erledigt angesehen werden.

Zum Rechts- und Verfassungsausschuß:

Antrag 10 der CDU: „Ausübung des Wahlrechts in geschlossenen karitativen Anstalten“. Hierzu hat der Herr Innenminister erklärt, daß in der Wahlordnung eine entsprechende Bestimmung erscheinen werde. Die CDU-Fraktion erklärt sich mit dieser Erledigungsweise einverstanden.

Antrag 11 der CDU: „Kommissarische Beamtenernennungen“. Wird gegen eine Minderheit angenommen.

Zum Punkt: „Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten“. Anfragen 1–6 sind erledigt.

Betreffend den Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Anfrage 37 der KPD: „Bei der Fabrik Busse beschlagnahmtes Leder“. Ist durch Beantwortung erledigt.

Anfrage 38 der KPD: „Verhältnisse bei den Fahrbereitschaften“. Ist durch Beantwortung erledigt.

Antrag 39: „Einsetzung von Planungsausschüssen“. Wurde bereits in der letzten Sitzung erledigt.

<sup>32)</sup> Der Volksentscheid fand am 1. Dezember 1946 statt.

Antrag 40 der CDU: „Erleichterung des Berufsverkehrs“ . Wird einstimmig angenommen.

Antrag 41 der KPD: „Verbesserung der Kohlenversorgung“ . Ist beantwortet.

Antrag 42 der KPD: „Ingangsetzung des Kupferbergbaues bei Sontra“ . Ist beantwortet.

Antrag 43 der KPD: „Intensivierung des interzonalen Handels“ . Ist beantwortet.

Antrag 44 der KPD: „Steigerung der Düngemittelproduktion“ . Ist beantwortet.

Antrag 45 der LDP: „Kohlenversorgung“ . Wird einstimmig angenommen.

Antrag 58 der SPD: „Reparatur der gering beschädigten Häuser“ . Wird einstimmig angenommen.

Anfrage 48 der CDU: „Zuweisung von Rohstoffen pp. für das Handwerk“ . Ist noch nicht beantwortet. Der Herr Minister ist gebeten, noch schriftlich Bescheid zu geben.

Anfrage 54 der LDP: „Schlechte Straßen“ . Ist beantwortet und erledigt.

Anfrage der LDP: „Es wird gebeten, die Militärregierung zu ersuchen, die beschlagnahmten deutschen Fahrzeuge aus Privatbesitz, welche nicht benutzt werden, für die Verkehrswirtschaft baldigst wieder freizugeben. An verschiedenen Stellen in Frankfurt sind seit Monaten derartige Fahrzeuge abgestellt, den Witterungseinflüssen ausgesetzt und dem deutschen Verkehr entzogen.“ Der Anfrage wird einmütig zugestimmt.

Zum Finanzpolitischen Ausschuß:

Anfragen 12–15 sind beantwortet.

Antrag 16 der KPD: „Währungsproblem“ . Wurde bereits am 21. Mai erledigt. Ferner der gemeinsame Antrag der vier Fraktionen betreffend der Tabaksteuer:

„Die Fraktionen der SPD, CDU, KPD und LDP des Beratenden Landesausschusses haben einstimmig beschlossen, durch Vermittlung des Herrn Ministerpräsidenten dem Alliierten Kontrollrat folgende Bitte vorzubringen:

Die neuerlich verfügten Erhöhungen der Verbrauchssteuern, insonderheit auf Rauchwaren, sind derart groß, daß

1. die tabakverarbeitende Industrie gezwungen ist, die Betriebe zu schließen, was zum Teil schon tatsächlich geschehen ist;
2. daß infolgedessen Tausende von Existenzen Brot und Arbeit verlieren;
3. daß kein Verbraucher in der Lage ist, die Rauchwarenerzeugnisse zu kaufen;
4. daß infolgedessen der Zweck der Steuererhöhung nicht eintritt, vielmehr überhaupt keine Erträgnisse aus dieser Steuer mehr zu erwarten sind.

Es wird daher gebeten, die Verbrauchssteuern, insonderheit auf Rauchwaren, so zu bemessen,

1. daß jeder Deutsche in der Lage ist, das ihm zustehende Ausmaß an Rauchwaren zu kaufen,
2. daß auf diese Weise unnötige Verärgerungen vermieden werden, „
3. daß auf diese Weise der Eingang von Steuern gewährleistet wird.“

Wird einstimmig gutgeheißen.

Ferner Antrag der SPD-Fraktion: „Die Großhessische Landesregierung übernimmt alle Kosten, die an Unterstützungen für Kriegerwitwen, Kriegerwaisen und Kriegereltern aufkommen, da dieselben früher vom Reich getragen wurden. Es ist unmöglich, daß die Städte und Kreise noch weiterhin die Lasten tragen können. Wird einstimmig gutgeheißen.

Ferner Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses: „Gesetz zur Regelung des Zahlungsmittelumschlages nebst Ausführungsbestimmungen.“

**Abg. Fisch (KPD):**

Bei zwei Paragraphen dieses Gesetzes werden wir uns der Stimme enthalten, da der ursprünglich von uns vorgelegte Text in einer Weise geändert worden ist, die wir nicht billigen können.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wir stimmen also nach Paragraphen ab.

§ 1: Gegen eine Stimme angenommen.

§ 2: Einstimmig angenommen.

§ 3: Bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

§ 4: Einstimmig angenommen.

§ 5: Einstimmig angenommen.

§ 6: Bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Ausführungsbestimmungen § 4: Hinter „Landwirtschaft“ mit dem Zusatz „der Gewerkschaften“ angenommen.

Zur Jugendfrage:

Anfrage 20 der KPD: „Jugendliche Arbeitslose dem Berufsleben zuführen“. Ist bereits erledigt durch Beantwortung.

Antrag 24 der CDU: „Förderung der beruflichen Ausbildung Jugendlicher“. Ist ebenfalls erledigt.

Ferner Antrag der vier Fraktionen:

- „1. Die zur Zeit bestehenden Fahrverbote für PKW und LKW an Sonntagen werden aufgehoben beziehungsweise gemildert, soweit es sich um kulturelle, sportliche und politische Veranstaltungen der Jugend handelt.
2. Die Jugendarbeit und Jugendziehung ist so zu fördern, daß die heranwachsende Jugend in ihrer positiven Haltung zur Demokratie und zum neuen Staat bestärkt wird.

Nach Einfügung „und politische (Veranstaltungen)“ wird der Antrag einstimmig angenommen.

Zum Problem der politischen Bereinigung:

Antrag 49 der CDU: „Verfahren bei den Spruchkammern“. Wird einstimmig angenommen.

Ferner Antrag der vier Fraktionen:

Laut § 58 des betreffenden Gesetzes müssen ab 1. Juni 1946 alle Betroffenen, soweit sie nicht in untergeordneter Arbeit beschäftigt sind, aus ihren seitherigen Stellungen entfernt werden. Die vier antifaschistischen Parteien richten das dringende Ersuchen an den Herrn Minister für Wiederaufbau und politische Bereinigung in Groß-Hessen, daß für alle Betroffenen deren Meldebogen und Fragebogen bereits der Militärregierung vorliegen,

soweit sie als Mitläufer und Entlastete in Betracht kommen, die Entfernung aus ihren Stellungen und aus den Betrieben bis zur endgültigen Entscheidung durch die Spruchkammern ausgesetzt wird.

Die Entfernung aus den Betrieben ist ganz besonders für die nicht hinreichend Belasteten eine große Härte und würde gegen den Grundsatz der Gerechtigkeit verstoßen, die durch das Gesetz erreicht werden soll. "

Wird einstimmig angenommen.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Es ist noch offen die Anfrage 50 an den Herrn Innenminister wegen der nächtlichen Überfälle auf dem Lande. Eine Antwort liegt hier nicht vor, sie ist aber früher schon mündlich gegeben worden. Die Anfrage ist daher erledigt.

Meine Damen und Herren! Wir sind nahezu am Ende. Wir haben nunmehr noch abzustimmen über den von der Kommunistischen Fraktion eingereichten Antrag für die Plenarsitzung über die Einheit Deutschlands. Ist jemand gegen diese Erklärung?

**Abg. Dr. Köhler (CDU):**

Die Erklärung ist so umfangreich, daß es mindestens doch der Sache nach erforderlich ist, daß jede Fraktion Gelegenheit hat, das in Ruhe durchzulesen. Im übrigen haben wir uns ja am 26. Februar in einer einmütigen Entschliebung für die Einheit Deutschlands ausgesprochen. Ich beantrage, den Antrag an den Geschäftsführenden Ausschuß zu überweisen.

**Vorsitzender Dr. Hilpert:**

Wird der Antrag unterstützt? Der Antrag auf Überweisung an den Geschäftsführenden Ausschuß wird mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen.

Meine Damen und Herren! Die Aussprache ist geschlossen. Wir stehen damit gleichzeitig am Ende der Vollsitzung vom 6. und 7. Juni und damit der Vollsitzung des Beratenden Landesausschusses von Groß-Hessen überhaupt.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich persönlich meinen Dank zum Ausdruck bringen dafür, daß mir alle Mitglieder dieses Hohen Hauses meine Arbeit leicht gemacht haben. Ich darf wohl auch in Ihrer aller Namen sagen, daß unsere Tagungen bewiesen haben, daß hier im Landesausschuß und in seinen Unterausschüssen wirkliche Arbeit geleistet worden ist. Es gibt wohl heute kein Problem, was unserem Volk so auf den Nägeln brennt, daß es nicht zu erörtern wäre. Daß dabei in gewissen Fragen die parteipolitischen Auseinandersetzungen in Verwechslung des Lokals, in dem wir uns befinden, von dem üblichen parlamentarischen Niveau herabgestiegen sind, soll uns nur den Beweis geben, daß wir alle den Beratenden Landesausschuß als die Vorschule betrachten wollen, um uns allmählich wieder zu wirklichen demokratischen Parlamentariern zu erziehen. Ich danke Ihnen nochmals, meine Damen und Herren, und schließe die Sitzung. Die Ausschüsse werden bis 30. Juni ihre Tätigkeit weiterführen.

Schluß gegen 19.30 Uhr